

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
63020 Offenbach
1. Auflage 2001
ISBN 3-932636-40-6

Band I

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-1946)

Berichte und Protokolle:

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946

Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946

Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946

Anhang:

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Vorwort

Vorliegender Reader enthält Dokumente, die für das Verständnis und die Einschätzung der Geschichte der SED und ihrer Entstehung von Bedeutung sind. Seine Herausgabe steht im Zusammenhang mit der im Verlag Olga Benario und Herbert Baum veröffentlichte Untersuchung „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“. Um die dort vorgenommenen Analysen und kritischen Einschätzungen zu wichtigen Fragen nachvollziehen und beurteilen zu können, ist die Kenntnis dieser Dokumente eine Voraussetzung. Die folgende „Gesamtzusammenfassung“ der genannten Arbeit kann auch als Orientierung zum Studium der hier wiederveröffentlichten Originaldokumente dienen:

„Ausgangspunkt der Analyse war eine Bestandsaufnahme der weltgeschichtlichen Dimension der Verbrechen des Naziregimes. Angesichts des Fehlens eines bewaffneten Aufstands innerhalb Nazi-Deutschlands wurde die Notwendigkeit und Problematik der Anti-Hitler-Koalition als Koalition eines sozialistischen Staates, der UdSSR, mit imperialistischen Staaten, den USA, England und Frankreich, geklärt, die gezwungen waren, Deutschland gemeinsam militärisch zu besetzen.

Der tagespolitische Rahmen der KPD/SED wurde zunächst durch das Potsdamer Abkommen abgesteckt, das auf der Konferenz der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam verabschiedet wurde.

Anhand der völlig berechtigten Positionen des Potsdamer Abkommens, die im einzelnen dargestellt und entwickelt wurden, standen Kernpunkte der Linie des antinazistisch-demokratischen Kampfes der KPD/SED nach 1945 auf dem Prüfstand.

Dabei wurden die Unzulänglichkeiten der KPD/SED, aber auch ihre geschichtlichen Leistungen eingeschätzt – konzentriert zunächst auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945 und dessen Umsetzung.

Bei Berücksichtigung aller wesentlichen Schwachpunkte der Politik der KPD/SED muß als Ergebnis zunächst festgehalten werden: Die KPD/SED vertrat sehr wichtige und richtige Positionen und erzielte entsprechende Erfolge im Kampf für die Entnazifizierung Deutschlands, realisiert auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie verurteilte deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massenmorde (allerdings ohne den Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen). Die KPD/SED anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein, vollzog handfest die Entfernung von Nazis aus dem Staatsapparat, ergriff antinazistische Maßnahmen bis hin zu Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft. In der Praxis war die KPD/SED weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die Kritik der ideologischen Schwächen des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 berührt bereits einen Kernpunkt der Kritik an der KPD/SED nach 1945 (und auch davor): Nationalistische Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen statt Aufklärung und Kampf auf Leben und Tod gerade auch gegen die „deutsche Ideologie“.

Es hat sich gezeigt, daß die Anerkennung der realen Lage des Bewußtseinsstandes der breiten werktätigen Massen mit opportunistischen Konsequenzen verbunden wurde, daß selbst im Bereich des antinazistisch-demokratischen Kampfes in Inhalt und Wortwahl ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht wurde, um an den verheerenden Bewußtseinsstand der breiten werktätigen Massen anzuknüpfen.

Die KPD/SED stand von Anfang an vor der doppelten und doppelt schwierigen Aufgabe: Es galt, die praktisch-politischen und demokratischen Aufgaben im vollen Ausmaß auf allen Gebieten konsequent anzupacken, wozu der Aufruf von 1945 ein erster gewichtiger Schritt war. Gleichzeitig galt es im Sinne der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms auf dem Niveau des wissenschaftlichen Kommunismus zuzulassen (das heißt konkret: Propagierung der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats und einer klaren Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus). Hierzu galt es, selbstkritisch alle eigenen programmatischen Dokumente zu überprüfen, die Dialektik von Maximal- und Minimalprogramm, von kommunistischen Zielen und konsequent verfolgten demokratischen Aufgaben, auch theoretisch und programmatisch in Grundsatzdokumenten zu verankern.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 stand dabei zu Recht im Mittelpunkt bei der Prüfung dieser Fragen. Denn anders als im Aufruf vom Juni 1945 konnte und mußte nun Bilanz der kommunistischen Tätigkeit der letzten Jahrzehnte gezogen werden, insbesondere seit der Gründung der KPD im Dezember 1918.

Diese Aufgabe stellte sich um so mehr, als die große historische Chance wirklich bestand, große Teile sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie abzulösen, sie bei der Verwirklichung des Programms der demokra-

tischen Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen, ja sogar in der SBZ die konterrevolutionäre Sozialdemokratie als Organisation zu zerschlagen, genauer gesagt, dort den Wiederaufbau dieser Agentur des deutschen Imperialismus zu verhindern.

Die Analyse der Dokumente des Vereinigungsparteitags hat gezeigt, daß die SED bei ihrer Gründung diese Aufgabe nicht erfüllt hat. Statt Aufklärung über die eigenen Fehler, statt gründlicher Kritik und Selbstkritik ließ sich die KPD bei der Vereinigung mit der SPD bei der Festlegung der programmatischen Grundlagen auf opportunistischen Handel mit Prinzipien ein und verabschiedete „Grundsätze“, die den Kriterien des „konsequenten Marxismus“ nicht entsprechen.

Als Kernfehler gegenüber dem Sozialdemokratismus ist deutlich geworden, was schon als Fehler im demokratischen Kampf gegenüber dem deutschen Nationalismus sichtbar wurde: Statt Aufklärung der Differenzen und Kampf um die Widersprüche wurde eine Art „Umarmungstaktik“ eingeschlagen. Auf diese Weise wurden durch große Zugeständnisse stillschweigend die eigentlichen Probleme zugedeckt, etwa realistische Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung der Arbeiterklasse auf dem Boden demokratischer Kämpfe ideologisch klar zu diskutieren und zu formulieren.

Der Gründungsparteitag der SED zog indes im Kern revisionistische Konsequenzen aus der Analyse der Besonderheiten Deutschlands – dessen Staatsapparat vor allem von der Sowjetarmee zerschlagen worden war, die auch die eigentliche, weil militärische Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bildete – und bündelte diese zur These vom „besonderen deutschen friedlichen Weg“. Gleichzeitig wurden bei demokratischen Kernaussagen, wie sie noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 festgehalten worden waren, erhebliche Rückzieher gemacht, die alle in Richtung

Nationalismus und Lohndedei gegenüber den Massen statt realistischer Einschätzung der Lage gingen. Fragen der Mitschuld wurden weggewischt. Der Selbstbetrug, sich über die Verpflichtung zur realistischen Einschätzung des wirklichen Bewußtseinsstandes der werktätigen Massen mit Phrasen hinwegzumogeln, ist hier dokumentiert worden.

Die harte Kritik an den Fehlern des Gründungsparteitags der SED hätte ein anderes Gewicht, wenn diese rasch selbstkritisch korrigiert worden wären. Dem war aber nicht so: In vielerlei Hinsicht wurden die opportunistischen Fehler des Gründungsparteitags Ausgangspunkt für die weitere Fehlentwicklung der SED nach 1946.

Doch nicht nur die Beurteilung der programmatischen Grundlagen der Vereinigung von KPD und SPD zur SED stand auf dem Prüfstand. Gegen alle antikommunistischen Propagandalügen von der „Zwangsvereinigung“ wurde bei der historisch konkreten Einschätzung der Vereinigung selbst herausgearbeitet, daß das Hauptproblem der – aus gewichtigen, aber nicht überzeugenden Gründen – in großer Hast vollzogenen Vereinigung nicht die Vereinigung selbst war, sondern die Verwischung der Widersprüche zwischen KPD und SPD und die fehlende selbstkritische Korrektur des von führenden Kadern der KPD um des Tageserfolgs willen bewußt betriebenen Prinzipienhandels.

Als grundlegendes Problem einer Kritik der Fehler der SED auf solidarischer Grundlage hat sich erwiesen, daß die Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht abgeschwächt werden darf, daß die Fehler mit ihren Wurzeln möglichst tiefgehend aufgedeckt werden müssen. Ein entscheidendes und unverzichtbares Mittel war dabei, ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus alle aufzufindenden positiven Stellungnahmen auch von zweitrangigen Führungskadern der KPD/SED heranzuziehen, um deutlich zu machen, daß wichtige Grundsatzfragen diskutiert, richtige Antworten

bereits angelegt oder in einzelnen Fragen auch schon entwickelt waren.

So ist klar geworden, daß es sich lohnte, in der KPD und SED zu dieser Zeit solidarisch für richtige Positionen zu kämpfen. Ebenso ist aber auch klar geworden, daß die falschen Positionen nicht zufällig, sondern im innerparteilichen Kampf, der mit falschen, vertuschenden Methoden geführt wurde, gegen richtige Ansätze und Antworten durchgesetzt und festgeschrieben wurden. Damit sind die Fehler der KPD/SED in ihrer Größe und in ihrer Bedeutung besser sichtbar geworden, und so wurde auch ein lebendiger Einblick in die Geschichte der KPD/SED ermöglicht.

* * *

Bei der bei uns geführten Diskussion über die Ergebnisse der Analyse der KPD/SED 1945/46 gab es eine gewichtige Kontroverse darüber, auf welchem Gebiet und worin die *Ursachen* der Fehler der KPD/SED vor allem liegen. In einem ersten Entwurf wurde mit einer gewissen Dramaturgie insbesondere der deutsche Nationalismus, das Nachgeben gegenüber den „Massen“, die man ja gewinnen wollte, herausgearbeitet. Die deutschen Besonderheiten, vor allem das Ausmaß der Verhetzung der breiten Massen mit nazistischer und reaktionärer Ideologie sei nicht erkannt worden. Mit deutlicher, durchaus berechtigter Empörung wurde vor allem registriert und gebrandmarkt, daß die KPD/SED selbst einfache demokratische Gesichtspunkte in Frage gestellt, falsch beantwortet und dem allgemeinen reaktionären Druck nachgegeben hat. Wenn von „unseren Kriegsgefangenen“ gesprochen, den deutschen Gebieten im Osten nachgeweiht, das Vaterland „über alles“ gestellt wird, die „kleinen Nazis“ in Schutz genommen, Reparationen als „Last“ dargestellt werden, ja gar gönnerhaft festgestellt wird, daß „die Juden auch Opfer“ waren – dann ist eine solche Empörung sehr verständlich. Doch warum greift diese Akzentuierung dennoch zu kurz?

In erster Linie, weil sich die Kritik am Kern der Fehler der KPD/SED so auf den demokratischen Sektor konzentrieren würde. Jede demokratische Kraft könnte und müßte an denselben Maßstäben gemessen werden.

Die KPD aber hatte einen kommunistischen Anspruch und mußte und muß vor allem an kommunistischen Prinzipien gemessen werden. Die Gefahr, sozusagen bis zu diesem Punkt gar nicht mehr zu kommen, hat zwei Quellen:

Erstens kann angesichts übler antidemokratischer Positionen diese Frage scheinbar gar nicht mehr analysiert werden, denn wer kein konsequenter Demokrat ist, kann auch keinen kommunistischen Anspruch haben.

Zweitens spricht die KPD in den zentralen Dokumenten selbst so gut wie gar nicht über kommunistische Prinzipien. Kritisiert man ihre Dokumente anhand der Dinge, die dort stehen, wird sozusagen wie von selbst das Thema „kommunistische Prinzipien“ nicht auftauchen. Wo nichts ist, kann man auch, zumindest im Detail, nichts kritisieren.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion über diese Fragen wurde deutlich, daß Lenins Schrift „Was tun?“ in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel ist, um gerade die kommunistischen Prinzipien als Kernfrage zu verstehen und bei aller nötigen Kritik an typisch deutschen Fehlern der KPD nicht die Voraussetzung dieser Fehler zu übersehen: die Revision kommunistischer Prinzipien.

Lenin erklärt in „Was tun?“ – um es nur ganz kurz anzureißen –, daß die kommunistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats sowohl durch die Ideologie des Revisionismus als auch durch die Anbetung der Spontaneität, des Selbstlaufs und des Bücklings vor den breiten Massen, die angeblich spontan zu richtigen Ideen kommen, ausgehöhlt und in Frage gestellt, schließlich revidiert werden.

Daß die breiten Massen nicht spontan demokratisches und sozialistisches Bewußtsein aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen allein erhalten, daß in den Kämpfen aufgeklärt werden muß, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen im eigenen Land und im internationalen Maßstab ausgewertet und hinzugezogen werden müssen, daß die Kommunisten als „Volkstribüne“ im wirklich demokratischen Kampf gegen jegliche reaktionäre Willkür vorangehen müssen, daß aber gerade all dies nur eine prinzipienerprobte Kommunistische Partei garantieren kann, die nach festen Kaderkriterien aufgebaut ist und deren Aufnahmepolitik sich an der Qualität und nicht der Quantität ihrer Mitglieder orientiert – das ist sozusagen eine Art Kriegserklärung an die ganze Gedankenwelt, die die Gründung der SED begleitete. Die rasante Mitgliederentwicklung der SED nach dem Motto Quantität vor Qualität legt die Vermutung nahe, daß beispielsweise Lenins Hinweise zur Einführung einer Kandidatenzeit für potentielle Mitglieder nicht beachtet wurden. Kein Wunder, daß Lenins Schrift „Was tun?“ keine zentrale Bedeutung bei der Vorbereitung der kommunistischen Kader auf die Vereinigung von KPD und SPD und der Ausarbeitung ihrer programmatischen Grundlagen hatte, da sozusagen aus jeder Zeile dieser grundlegenden Schrift das Gegenteil von dem deutlich wird, was bei der Gründung der SED dann geschah.“

Autorenkollektiv: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“, Offenbach 2000, S. 419 – 227

Diese Einschätzung und die ihr zugrunde liegenden Analysen und Kritiken zur Diskussion zu stellen und deren kritische Überprüfung anhand des Studiums der Originaldokumente zu ermöglichen – dies ist nicht zuletzt der Zweck dieses Dokumenten-Readers.

Der Verlag

Inhaltsverzeichnis:

Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands

am 19. und 20. April 1946 in Berlin

Begrüßung des Parteitages.....	3
1. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen.....	7
2. Bericht des Zentralkomitees	
a) Die Politik der Partei (Walter Ulbricht).....	12
b) Die Organisationspolitik der Partei (Franz Dahlem).....	27
Der Charakter einer staatsaufbauenden Partei	27
Unsere Organisationsprinzipien.....	29
Parteiorganisation eines neuen Typus.....	30
Betriebsgruppen und Aufbau der Parteiorganisation	31
Die Rolle der Wohnbezirksgruppen.....	33
Charakter und Arbeitsmethoden der Parteileitungen	34
Zur Kaderpolitik der Partei	36
Innerparteiliche Demokratie und Parteidisziplin	38
d) Die Frauenarbeit der Partei (Ellie Schmidt)	39
c) Der ideologische Kampf der Partei (Anton Ackermann)	44
e) Die Jugendarbeit der Partei (Paul Verner).....	54
f) Kassenbericht der Partei (Alfred Oelssner).....	63
Aussprache und Beschlußfassung	65
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission	87
4. Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes (Wilhelm Pieck).....	88
a) Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	106
b) Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.....	106
c) die Vereinigung der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	110

5. Wahl des Parteivorstandes	111
Schlußansprache von Wilhelm Pieck	113

Beschlüsse des Parteitags

Zum Bericht des Zentralkomitees	114
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	114
Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	118
Die Vereinigung der SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	126
Verzeichnis der Redner	126
Inhalt	127

40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am 19. Und 20 April 1946 in Berlin

Erster Verhandlungstag, Freitag 19 April 1946	130
Zweiter Verhandlungstag, Sonnabend 20. April 1946	156
Verzeichnis der Redner des SPD-Parteitages	187

Dokumente der Einheit

Beschluß der SPD über die Durchführung der Vereinigung mit der KPD	188
Beschluß der KPD über die Durchführung der Vereinigung mit der SPD	188
Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	188
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	188
Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	191
Manifest an das deutsche Volk	196

Protokoll des Vereinigungsparteitags

am 21. Und 22. April in Berlin

Vorwort	202
Begrüßung und Gelöbniß	203
Begrüßungsansprachen	204
Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands.....	236
Aussprache und Beschlußfassung	269
Bericht der Mandatsprüfungskommission	271
a) Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	271
b) Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	272
c) Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)	274
Wahl des Parteivorstandes und der Parteivorsitzenden.....	275
Schlussansprache von Walter Ulbricht.....	277
Froher Ausklang	279
 Beschlüsse des Vereinigungsparteitages:	
Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	284
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.....	284
Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	288
Manifest an das deutsche Volk.....	296
Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegramme	301
Rednerverzeichnis und Inhaltsverzeichnis	305
 Anhang:	
Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945	307

**BERICHT
ÜBER DIE VERHANDLUNGEN
DES 15. PARTEITAGES
DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS**

*19. und 20. April 1946
in Berlin*

1946

VERLAG NEUER WEG GMBH / BERLIN

**TAGESORDNUNG
DES PARTEITAGES**

1. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen
2. Bericht des Zentralkomitees
 - a) Die Politik der Partei
Berichterstatter Walter Ulbricht
 - b) Die Organisationspolitik der Partei
Berichterstatter Franz Dahlem
 - c) Der ideologische Kampf der Partei
Berichterstatter Anton Ackermann
 - d) Die Frauenarbeit der Partei
Berichterstatterin Elli Schmidt
 - e) Die Jugendarbeit der Partei
Berichterstatter Paul Verner
 - f) Kassenbericht der Partei
Berichterstatter Alfred Oelssner

Aussprache und Beschlußfassung
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes
Referent Wilhelm Pieck

Aussprache und Beschlußfassung über

 - a) Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
 - b) Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
 - c) Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands u. der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)
5. Wahl des Parteivorstandes

P R Ä S I D I U M

Wilhelm Pieck
Walter Ulbricht
Franz Dähle
Anton Ackermann
Hans Jendretzky
Hermann Matern
Karl Maron
Elli Schmidt
Martha Arendsee
Rosa Thälmann
Olga Körner
Ellen Kunz
Hanna Meltzer
Willi Sägebrecht (Brandenburg)
Kurt Bürger (Mecklenburg)
Oskar Müller (Großhessen)
Bernhard Koenen (Halle)
Werner Eggerath (Thüringen)
Bruno Hoffmann (Chemnitz)
Wilhelm Koenen (Dresden)
Gustav Gundelach (Hamburg)
Max Reimann (Ruhrgebiet)
Hugo Paul (Düsseldorf)
Kurt Müller (Hannover)
Karl Schreck (Mannheim)
Albert Buchmann (Stuttgart)
Fritz Sperling (München)
Paul Wandel
Professor Rompe
Hans Mahle
Fred Oelssner
Erich Honnecker (Jugend)
Heinz Keßler (Jugend)

MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Fritz Große (Sachsen)
Grete Keilson
Walter Hähnel
Lotte Ulbricht
Fritz Reuter (Berlin)
Werner Schwarze (Sachsen)
Alois Pissnick (Provinz Sachsen)
Anne Kundermann (Mecklenburg)
Erich Kops (Thüringen)
Franz Brüning (Brandenburg)
Anton Joos (Ruhrgebiet)
Julius Jürgensen (Hamburg)
Madwirt (Baden)

WAHLKOMMISSION

Hermann Matern
Richard Gypner
Arthur Wyschka
Fritz Winzer (Hamburg)
Kurt Baumgart (Hannover)
Käte Lübeck (Bremen)
Hoffmann (Ruhrgebiet)
Fritz Frenken (Niederrhein)
Paul Schwerdt (Mittelrhein)
Rudi Singer (Bayern)
Albert Stoll (Württemberg)
Willi Mohn (Hessen)
Karl Mewis (Berlin)
Bruno Brockhoff (Brandenburg)
Richard Eyermann (Thüringen)
Gertrud Keller (Sachsen)
Frieda Koenen (Provinz Sachsen)
Herta Geßke (Mecklenburg)

REDAKTIONS KOMMISSION

Anton Ackermann
Hermann Matern (Berlin)
Fred Oelssner
Maria Rentmeister
Walter Möller (Hamburg)
Rudi Wascher (Köln)
Willi Bohn (Württemberg)
Georg Fischer (Bayern)

STATUTENKOMMISSION

Franz Dahlem
Hans Seigewasser
Waldemar Schmidt (Berlin)
Fritz Große (Sachsen)
Otto Walter (Provinz Sachsen)
Gerda Sucker (Brandenburg)
Erich Glückauf (Mecklenburg)
Kurt Lichtenstein (Ruhrgebiet)
Walter Vesper (Niederrhein)
Paul Krüger (Hessen-Frankfurt)
Robert Leibbrand (Württemberg)
Stefan Heimann (Thüringen)

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, den 19. April 1946 – Vormittags-Sitzung

BEGRÜSSUNG DES PARTEITAGES

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck, eröffnet den Parteitag um 10 Uhr 25 Minuten.

Wilhelm Pieck: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ist eröffnet.

Es ist der 15. in der Reihe der Parteitage, die seit der Gründung unserer Partei am 30. Dezember 1918 einberufen wurden, wobei ich die beiden während der Illegalität in der Hitlerzeit abgehaltenen Parteikonferenzen, die Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 und die Berner Parteikonferenz im Januar 1939, einrechne. Vordem fand der letzte legale Parteitag, der 12., im Juni 1929 in Berlin-Wedding statt.

Die Geschichte unserer Partei umfaßt, einschließlich der Spartakuszeit, dreißig Jahre einer schweren Kampfzeit, in der sie alle ihre Kräfte im Kampfe gegen die Feinde der Arbeiterklasse, für die nationalen Interessen unseres Volkes, für Frieden und Völkerverständigung, für eine den Einfluß der werktätigen Massen sichernde Demokratie, für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und für die Einheit der Arbeiterklasse einsetzte. Die Partei hat in diesem Kampfe große und schwere Opfer gebracht.

Es gehört zu unserer heiligen Tradition, auf unseren großen Parteitagen unser erstes Wort den Helden zu widmen, die der Kampf aus unseren Reihen gerissen hat. (Die Delegierten erheben sich.) Ihre Zahl ist sehr groß. Viele Zehntausende sind es, Zehntausende der

Besten unserer Kämpfer. Schon gleich nach der Gründung unserer Partei wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer weißgardistischen Offiziersmende ermordet. Die Reaktion triumphierte in dem Glauben, damit die Partei vernichtet zu haben. Aber sie hatte sich verrechnet. Die Partei wuchs als die konsequente Kampfpartei des deutschen Proletariats zur Massenpartei heran, deren Wachstum die Bourgeoisie mit immer größerem Schrecken erfüllte. Provokationen über Provokationen erfolgten, um die Partei als Vorhut der Arbeiterklasse zu schlagen. Als aber die Partei trotzdem immer stärker anwuchs, ging die Reaktion zum Frontalangriff auf die Arbeiterklasse über und errichtete die faschistische Diktatur. Es war der ausgesprochene Wille der Reaktion, die Kommunistische Partei durch Terror und Mord auszurotten, um der Arbeiterklasse die einzige Kampfpartei zu nehmen. Das ist der Reaktion nicht gelungen.

Die Partei hat diesen Kampf mutig überstanden, aber sie hat in diesem Kampfe die schwersten Opfer an den Besten unserer Partei gebracht. In den Gestapohöllen, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern wurden sie von den entmenschten Nazibanden zu Tode gequält, ermordet oder durch Strick und Richtbeil ums Leben gebracht. Die Zahl der aus unseren Reihen gerissenen Genossen, Männer und Frauen, ist so groß, daß allein die Aufzählung ihrer Namen viele Stunden erfordern würde. Wenn ich aus ihrer großen Zahl nur einige wenige mit Namen hervorhebe, so sollen damit keineswegs die großen Leistungen der anderen Genossen für die Sache der Arbeiterklasse irgendwie verkleinert werden. Wir gedenken ihrer aller mit tiefster Ehrfurcht und größter Kampfesgeschlossenheit und werden das große Werk der Arbeiterklasse, für das sie ihr Leben hingaben, zum Siege führen.

Genossinnen und Genossen! Wir gedenken vor allem unseres Ernst Thälmann, des Führers unserer Partei und unseres werktätigen Volkes, der von der Faschistenbande noch kurz vor ihrem Untergange im August

1944 ermordet wurde. Es war der schwerste Verlust, den unsere Partei in den opferreichen Jahren ihres Kampfes erlitten hat. Wir haben vor wenigen Tagen unseres Ernst Thälmann aus Anlaß seines sechzigsten Geburtstages mit dem tiefen Schmerze gedacht, wo wir ihn gerade jetzt in dieser großen Zeit nicht mehr unter uns haben, um mit ihm gemeinsam und unter seiner Führung das große Werk der Vereinigung der Arbeiterklasse in der Sozialistischen Einheitspartei zu vollenden. Das Beispiel, das uns Ernst Thälmann durch seine Arbeit und seinen Kampf an der Spitze der Kommunistischen Partei gegeben hat, wird uns immer der Ansporn sein, Größeres und Höheres zu vollbringen.

Wir gedenken in Ehrfurcht unserer von den Faschisten ermordeten Genossen, unseres Jonny Scheer, Ernst Schneller, Walter Stöcker, Albert Kunz, Max Maddalena, Wilhelm Firl, Siegfried Rädcl, Ernst Grube, Georg Schumann, Edgar André, Wienand Kaasch, Franz Stenzer, Fiete Schulze, Anton Saefkow, Erich Gentsch, Theo Neubauer, Rudolf Renner.

Wir gedenken in Ehrfurcht unserer von der Nazi-bande ermordeten Genossinnen Liselotte Hermann, Helene Glatzer, Olga Benario, Käte Niederkirchner.

Wir gedenken in Ehrfurcht unserer vielen im spanischen Freiheitskampfe gefallenen Kameraden, von denen ich nur die Genossen Hans Beimler und Arthur Becker namentlich hervorhebe.

Wir gedenken in Ehrfurcht unserer während der Hitlerzeit in der Sowjetunion und in der Emigration verstorbenen Genossen, vor allem unserer hochverehrten Klara Zetkin, die im hochbetagten Alter von sechsundsiebzig Jahren am 20. Juni 1933 in Moskau starb. Sie hat durch ihre ganze Lebensarbeit das größte Verdienst an der Aufrüttelung der werktätigen Frauen für den großen Befreiungskampf der Frauen, für ihre Gleichberechtigung und für die Freiheit des werktätigen Volkes. Wir erinnern uns alle noch gut ihres mutigen Auftretens bei der Eröffnung des Reichstages am 30. August 1932, die sie als Alterspräsidentin vornahm

und bei der sie der faschistischen Reaktion eine erschrockene Kampfansage entgegenschleuderte. In Moskau starben auch unser Fritz Heckert und Wilhelm Florin, die beide zu den alten Mitgliedern des Zentralkomitees unserer Partei gehörten und die eine große Lebensarbeit im Dienste unserer Partei und für das werktätige Volk geleistet haben. Dazu gehört auch der in der Sowjetunion verstorbene Genosse Paul Jäckel.

Es sind große Lücken, die durch den Tod aller dieser Genossen in unsere Reihen gerissen wurden. Wir gedenken ihrer mit dem Gelöbnis, durch unsere große Arbeit für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und durch gesteigerte Arbeitsleistungen diese Lücken zu schließen und das Werk zu vollenden, für das sie kämpften und ihr Leben ließen.

Genossinnen und Genossen! Ihr habt Euch zu Ehren der aus unseren Reihen gerissenen Genossen von den Plätzen erhoben. Ich danke Euch!

Genossinnen und Genossen! Es sei mir nun die weitere Ehrenpflicht der Begrüßung aller Delegierten und Gäste unseres Parteitages gestattet.

Im Namen des Zentralkomitees gilt mein Gruß vor allem den in so großer Zahl zu unserem Parteitag erschienenen Delegierten, unter ihnen besonders unseren aus den drei westlichen Besatzungszonen erschienenen Genossen, die unter sehr viel schwierigeren Bedingungen ihre Arbeit leisten müssen, als es uns hier in der sowjetischen Besatzungszone dank der Fortentwicklung unserer Organisation ermöglicht ist. Wir hoffen, daß ihnen die Beschlüsse unseres Parteitages und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei eine große Hilfe bei ihrer Arbeit sein werden, und daß auch in diesen Besatzungszonen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien bald herbeigeführt und dadurch die Sozialistische Einheitspartei in ganz Deutschland verwirklicht wird.

Unter den zu unserem Parteitag erschienenen Gästen begrüße ich zuerst den Vertreter des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei und des

sozialdemokratischen Parteitages, den Genossen Erich W. Gniffke. (Lebhafter Beifall.) Wir haben durch unsere kameradschaftliche Zusammenarbeit in den hinter uns liegenden Monaten eine so aufrichtige Freundschaft zwischen den beiden zentralen Körperschaften geschlossen, daß uns nicht nur die Gemeinschaft unserer politischen Anschauungen, sondern auch der entschlossene Wille miteinander verbindet und den Erfolg sichert, auf breitester demokratischer Basis die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu vollziehen und durch diese Vereinigung die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands aufzubauen, die als Führerin des werktätigen Volkes die großen Aufgaben durchführen wird, die vor unserem Volke in dem Neuaufbau der Wirtschaft, in der Überwindung der Not, in der Sicherung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie und der Schaffung von Garantien für die Sicherung des Friedens und der Völkerverständigung stehen. Wir grüßen von dieser Stelle aus alle sozialdemokratischen Mitglieder, alle Freunde und Kämpfer für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und für die Sozialistische Einheitspartei. (Lebhafter Beifall.)

Ferner begrüße ich im Namen des Zentralkomitees die Alliierten Besatzungsmächte und ihre anwesenden Vertreter. Es wird von uns immer das größte Gewicht darauf gelegt, in engstem Einvernehmen mit ihnen unsere großen Aufgaben zu meistern und uns dabei nach den von den Besatzungsmächten erlassenen Anordnungen zu richten. Wir sind uns der großen Verantwortung, die wir als Vertreter des werktätigen deutschen Volkes den Besatzungsmächten gegenüber tragen, durchaus bewußt. Wir wissen aber auch, daß die Durchführung der vor unserem Volke stehenden Aufgaben, sowohl seine Verpflichtung zur Wiedergutmachung, als auch in der Sicherung des Friedens und der Schaffung von Garantien gegen jedwede Aggression von deutscher Seite, die weitestgehende Einmütigkeit im deutschen Volke erfordert. Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheits-

partei handeln wir also im Sinne der Potsdamer Beschlüsse der Alliierten Besatzungsmächte und damit auch im gemeinsamen Interesse der Völker der Besatzungsländer und des deutschen Volkes. Darauf beruht unsere Zuversicht, daß die aus der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien hervorgehende Sozialistische Einheitspartei nicht nur die Anerkennung, sondern auch die Unterstützung der Alliierten Besatzungsmächte finden wird.

Im Namen des Zentralkomitees begrüße ich unter den Gästen die Vertreter des Magistrats der Stadt Berlin, der Zentralverwaltungen und der Landes- und Provinzialvorstände. Wir wünschen, daß sie von den Beratungen und Beschlüssen unseres Parteitages nicht nur befriedigt sein werden, sondern daß sie auch unser großes Werk, die Vereinigung der Arbeiterklasse in der Sozialistischen Einheitspartei, begrüßen und ihr die größte Unterstützung zuteil werden lassen, wie umgekehrt wir alles zur Unterstützung ihrer schweren Arbeit tun werden.

Mein Gruß im Namen des Zentralkomitees sei dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen anwesenden Vertretern gewidmet. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund vollbrachte mit der Herbeiführung der Einheit der Gewerkschaften ein großes Werk und schuf Garantien dafür, daß der wirtschaftliche Aufbau auf demokratischer Basis unter der entscheidenden Mitwirkung der Gewerkschaften und der Betriebsräte vor sich gehen wird. Die Gewerkschaften können versichert sein, daß ihnen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die größte Unterstützung in ihrer Arbeit leisten wird. Gerade diese Einheit wird mehr noch als bisher auch die Einheit in den Gewerkschaften befestigen und damit ihren Kampf zum Nutzen der Arbeiterschaft erfolgreich gestalten. Das hat auch der alte Gewerkschaftsführer Theodor Leipart in seinem Briefe zum Ausdruck gebracht, in welchem er die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei begrüßt.

Schließlich begrüße ich im Namen des Zentralkomitees und im Namen unseres Parteitages die Groß-Berliner Arbeiterschaft, der wir den besten Erfolg in ihrer Aufbauarbeit der so zertrümmerten Stadt und des Neuaufbaus der Wirtschaft und der Entfaltung eines wahrhaft demokratischen Kommunalwesens wünschen. Dabei werden wir kräftig mithelfen.

Die Schwierigkeiten, die sich in Berlin gerade in bezug auf die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ergeben haben, werden durch die wachsende Einsicht der Arbeiter in die Notwendigkeit der Einheit überwunden werden, und so wird jede Spekulation zunichte gemacht werden, die mit der Aufrechterhaltung der Spaltung und der Verhinderung der Vereinigung verbunden ist. Es ist nur zu natürlich, daß alle reaktionären Kräfte ein Interesse an der Verhinderung der Vereinigung haben und deshalb durch Verleumdungen und Verdächtigungen des einen oder des anderen Vereinigungspartners sie aufzuhalten versuchen. Aber über diese reaktionären Manöver wird die Arbeiterschaft Groß-Berlins trotz aller Schwierigkeiten, die mit der Aufteilung Berlins in vier Besatzungssektoren verbunden sind, hinweggehen; denn die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft erfordern diese Vereinigung.

Mein Gruß gilt auch allen übrigen Gästen unseres Parteitages.

Genossinnen und Genossen! Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Tagesordnung unseres Parteitages bringt das auch zum Ausdruck. Wir schließen mit diesem Parteitage, der der letzte Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ist, eine große Epoche unserer Partei ab. Der wichtigste Beschluß wird der über die Vereinigung der Kommunistischen Partei mit der Sozialdemokratischen Partei und das Aufgehen in die Sozialistische Einheitspartei sein. In dieser Einheit wird die von unserer Partei geleistete Arbeit ihre Krönung finden, die immer auf die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und auf die Herbeiführung

ihrer Einheit gerichtet war. Alles, was die Stärke unserer Partei ausmachte, ihre Kampfschlossenheit, die marxistische Schulung ihrer Funktionäre, ihre Parteidisziplin wird sich vereinen mit der Arbeit der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und wird in der Sozialistischen Einheitspartei eine höhere Weihe und stärkere Kraft finden.

So sehr wir die Gefühle verstehen, von denen viele unserer Genossinnen und Genossen bei dem Aufgeben der Selbständigkeit unserer Partei und der althergebrachten Kampfgemeinschaften beseelt sind, wie diese Gefühle auch in gleicher Weise bei den sozialdemokratischen Mitgliedermassen vorhanden sind, so schaffen wir doch durch diese Vereinigung die dringenden und notwendigen Voraussetzungen, in dieser schweren Zeit des deutschen Volkes den einzig möglichen Weg zu gehen, auf dem wir nicht nur den Neuaufbau der Wirtschaft, Demokratie und Frieden sichern, sondern auch die Möglichkeit schaffen, auf demokratischem Wege dem Sozialismus näherzukommen und ihn zu verwirklichen. Diese großen Aufgaben und dieses hohe Ziel, die in dem vorgelegten Entwurf der „Grundsätze und Ziele“ der Sozialistischen Einheitspartei näher aufgezeigt sind, müssen uns alle mit dem größten Enthusiasmus und Arbeitseifer und der festen Zuversicht erfüllen, daß wir dieses Werk zum Siege führen werden. In diesem Bewußtsein wollen wir an die Arbeit unseres Parteitagés herangehen.

1. WAHL DES PRÄSIDIUMS UND DER KOMMISSIONEN

Vorsitzender Pieck: Genossinnen und Genossen!
Die Tagesordnung liegt Euch vor. Sie lautet für den ersten Tag:

1. *Wahl des Präsidiums und der Kommissionen;*
2. *Bericht des Zentralkomitees;*
3. *Bericht der Mandatsprüfungskommission*

und für den zweiten Tag:

4. *Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes. Aussprache und Beschlußfassung über*
 - a) *Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,*
 - b) *Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,*
 - c) *Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien;*
5. *Wahl des Parteivorstandes.*

Wir kommen zunächst zur

Wahl des Präsidiums.

Dafür liegt folgender Vorschlag vor:

Wilhelm Pieck
Walter Ulbricht
Franz Dählem
Anton Ackermann
Hans Jendretzky
Hermann Matern
Karl Maron
Elli Schmidt
Martha Arendsee
Rosa Thälmann
Olga Körner
Ellen Kunz
Hanna Meltzer
Willi Sägebrecht (Brandenburg)
Kurt Bürger (Mecklenburg)
Oskar Müller (Großhessen)
Bernhard Koenen (Halle)
Werner Eggerath (Thüringen)
Bruno Hoffmann (Chemnitz)
Wilhelm Koenen (Dresden)
Gustav Gundelach (Hamburg)
Max Reimann (Ruhrgebiet)
Hugo Paul (Düsseldorf)
Kurt Müller (Hannover)

Karl Schreck (Mannheim)
Albert Buchmann (Stuttgart)
Fritz Sperling (München)
Paul Wandel
Professor Rompe
Hans Mahle
Fred Oelssner
Erich Honnecker (Jugend)
Heinz Keßler (Jugend)

Werden noch andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Zusammensetzung des Präsidiums ab. Wer für den Vorschlag ist, den ersuche ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Vorschlag ist angenommen. Ich bitte die Genossinnen und Genossen, deren Namen ich verlesen habe, im Präsidium Platz zu nehmen.

Wir kommen nunmehr zur

Wahl der Kommissionen

und zwar zunächst der *Mandatsprüfungskommission*.
Dafür liegt folgender Vorschlag vor:

Fritz Große (Sachsen)
Grete Keilson
Walter Hähnel
Lotte Ulbricht
Fritz Reuter (Berlin)
Werner Schwarze (Sachsen)
Alois Pißnick (Provinz Sachsen)
Änne Kundermann (Mecklenburg)
Erich Kops (Thüringen)
Franz Brüning (Brandenburg)
Anton Joos (Ruhrgebiet)
Julius Jürgensen (Hamburg)
Machwirt (Baden)

Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den vorgeschlagenen Genossen ist, den ersuche ich um

das Handzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Der Vorschlag ist einstimmig angenommen. Genosse Fritz Große wird beauftragt, die Kommission einzuberufen.

Wir kommen zur Wahl der *Wahlkommission*. Ich möchte hierzu vorweg bemerken, daß beim Punkt 5 der Tagesordnung: Wahl des Parteivorstandes in geheimer Wahl gewählt werden muß. Dazu werden Stimmzettel ausgegeben werden, die heute Abend vor Schluß der Tagung entgegenzunehmen sind. Die Delegationsführer müssen die Stimmzettel für ihre Delegation in Empfang nehmen, damit die Delegierten morgen beim Betreten des Vorraums nach Vorzeigung der Delegiertenkarte die Abstimmungszettel in die dort aufgestellten Wahlurnen legen können.

Für die Wahlkommission schlagen wir folgende Genossen vor:

Hermann Matern
Richard Gyptner
Arthur Wyschka
Fritz Winzer (Hamburg)
Kurt Baumgart (Hannover)
Käte Lübeck (Bremen)
Hoffmann (Ruhrgebiet)
Fritz Frenken (Niederrhein)
Paul Schwerdt (Mittelrhein)
Rudi Singer (Bayern)
Albert Stoll (Württemberg)
Willi Mohn (Hessen)
Karl Mewis (Berlin)
Bruno Brockhoff (Brandenburg)
Richard Eyermann (Thüringen)
Gertrud Keller (Sachsen)
Frieda Koenen (Provinz Sachsen)
Herta Geffke (Mecklenburg)

Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist ein-

stimmig angenommen. Genosse Hermann Matern wird beauftragt, die Kommission einzuberufen.

Wir kommen zur Wahl einer *Redaktionskommission*, die die Aufgabe haben wird, die vorliegenden Anträge und sonstigen Vorlagen für die Berichterstattung vorzubereiten. Vorgeschlagen werden dafür folgende Genossen:

Anton Ackermann
Hermann Matern (Berlin)
Fred Oelssner
Maria Rentmeister
Walter Möller (Hamburg)
Rudi Wascher (Köln)
Willi Bohn (Württemberg)
Georg Fischer (Bayern)

Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um das Handzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Das ist angenommen. Genosse Ackermann wird die Kommission einberufen.

Dann haben wir noch die *Statutenkommission* zu wählen. Dafür werden folgende Genossen vorgeschlagen:

Franz Dahlem
Hans Seigewasser
Waldemar Schmidt (Berlin)
Fritz Große (Sachsen)
Otto Walter (Provinz Sachsen)
Gerda Sucker (Brandenburg)
Erich Glückauf (Mecklenburg)
Kurt Lichtenstein (Ruhrgebiet)
Walter Vesper (Niederrhein)
Paul Krüger (Hessen-Frankfurt)
Robert Leibbrand (Württemberg)
Stefan Heimann (Thüringen)

Gibt es andere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die vorgeschlagenen Genossen ist, den bitte ich um das Hand-

zeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig angenommen. Genosse Franz Dahlem wird beauftragt, die Kommission einzuberufen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich den Genossen Erich W. Gniffke das Wort zur Begrüßung namens des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei und des sozialdemokratischen Parteitages zu nehmen.

Erich W. Gniffke (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, als Abgesandter des letzten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Euch die brüderlichen Grüße Eurer Klassengenossen zu überbringen. (Starker Beifall.) Nach dem Ausklang der zum letztmal getrennt tagenden Parteitage wird es fortan keine Sozialdemokratische Partei Deutschlands und keine Kommunistische Partei Deutschlands, sondern zum Wohle der werktätigen Bevölkerung Deutschlands und zum Wohle unseres Vaterlandes nur noch als geeinte sozialistische Partei die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geben. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Das innenpolitische Leben in Deutschland wird seit dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus von einer großen politischen Frage bestimmt, nämlich davon, ob es der deutschen Arbeiterklasse diesmal gelingen wird, die Einheit zu erringen, oder ob die beiden Arbeiterparteien weiterhin getrennt marschieren werden. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ist das erste innenpolitische Ereignis, das als Zeichen eines wiedererwarteten Lebens zu werten ist.

Es ist selbstverständlich, daß diese politische Tat mit ihrer weitreichenden Auswirkung nicht nur Anhänger besitzt. Die Opposition gegen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ist vielgestaltig. Es ist einleuchtend, daß die reaktionären Kräfte in Deutschland mit Bangen den Tag heranreifen sehen, an dem die unselige Zwietracht in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung beseitigt werden wird. Die Uneinigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung bildete ja die

Voraussetzung für den Sieg der reaktionären Kräfte in Deutschland in den Jahren von 1918 bis 1933, und diese Kräfte wissen genau, daß es nur eine Macht in Deutschland gibt, die eine Wiederholung der jüngsten Vergangenheit deutscher Geschichte verhindern kann, und diese Macht wird durch die geeinte deutsche sozialistische Arbeiterbewegung repräsentiert. (Erneuter Beifall.) Heute können die reaktionären Kreise noch nicht mit offenen Karten spielen. Darum tarnen sie ihre Angriffe mit dem politischen Kriegsgeschrei: Rettet die Demokratie! So können wir es vielfach erleben, daß die Antidemokraten von vor 1933 sich jetzt als Gralhüter einer noch nicht geborenen Demokratie von 1946 aufspielen. Wir aber durchschauen das politische Spiel dieser Herren und wissen genau, daß sie an der deutschen Arbeiterklasse ebensowenig Interesse haben, wie an einer wirklichen Sicherung der Demokratie, obwohl sie vorgeben, die geheiligten Grundrechte der Demokratie gegen uns schützen zu müssen.

Wir haben kein so kurzes Gedächtnis. Wir erinnern uns noch sehr genau, daß bürgerliche Redakteure fast aller kapitalistisch orientierten Zeitungen in den Jahren von 1930 bis 1933 sich mit schwerer Schuld beladen haben. Sie haben den Nationalsozialismus zahlenmäßig genährt und nichts Ernsthaftes getan, um die Demokratie gegen die Angriffe zu schützen. 1933 haben sie sich dann „auf den Boden der Tatsachen gestellt“.

Wir erinnern uns deshalb dieser historischen Vorgänge, um den Arbeitern zu sagen: Mißtrauen ist gut, politisch sogar klug, wenn es sich gegen die Klassengegner richtet, die Euch heute wieder eine Demokratie lehren wollen, die sie dann gegen Euch benutzen können! Wir müssen den Herren Gegnern klarmachen, daß die deutsche Arbeiterbewegung auf Grund des politischen Vorlebens mancher dieser „demokratischen“ Lehrmeister wenig Vertrauen zu ihnen hat. Sie können und dürfen es uns nicht übelnehmen, wenn wir heute entschlossen sind, die Sicherung der Demokratie in die Hände der Werktätigen zu legen. (Lebhafter Beifall.)

Wir lassen diese Herren ruhig für und gegen die neue Demokratie schreiben, wir aber sichern die Demokratie durch Handlungen. Durch die demokratische Bodenreform haben wir eine Quelle verstopft, durch die die Reaktion in Deutschland seit über zwei Jahrhunderten genährt und gespeist wurde. Wir haben durch den Aufbau einer neuen Selbstverwaltung die unzuverlässigen, volksfremden Kräfte ausgeschaltet und sie durch zuverlässige Männer und Frauen aus den Reihen der Werktätigen ersetzt. Wir sind dabei, Neulehrer, Volksrichter, Betriebsleiter einzubauen und glauben, daß wir durch diese Maßnahme für die wirkliche Sicherung der Demokratie mehr tun als die mehr oder minder geistreichen Artikelschreiber. Durch diese Maßnahmen haben wir jedenfalls die ersten positiven Sicherungen geschaffen, die die neue deutsche Demokratie vor einer Aushöhlung von innen und vor einem Angriff der Reaktion von außen schützen werden.

Nun gibt es aber abseits von uns noch eine Anzahl Genossen, die der Auffassung sind, daß das Einigungswerk der deutschen Arbeiterklasse nicht notwendig sei, weil ein Bündnis oder Kartellverhältnis zwischen beiden Parteien genüge. Wer die Geschichte des deutschen Parlamentarismus kennt, weiß, daß Bündnisse oder Kartellverhältnisse oder auch Blockbildungen immer nur so lange gehalten haben, wie die verbundenen Parteien durch das Bündnis Vorteile erringen konnten. Bei der ersten schweren Belastungsprobe sind alle Bündnisse zwischen Parteien zerbrochen. (Zustimmung.) Das lehrt die deutsche Geschichte. Wir haben uns also in der gegenwärtigen Situation zu fragen: können wir es uns erlauben, die beiden sozialistischen Parteien nur durch ein Bündnis aneinanderzubinden? Wir verneinen diese Frage. Wir sind der Auffassung, daß die beiden Arbeiterparteien so eng wie nur möglich miteinander und aneinander gebunden werden müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß organisatorisch so fest vereint werden, daß sie jeder Belastungsprobe standhalten kann. (Beifall.) Unsere Forderung konnte

deshalb nur lauten: schafft endlich, bevor man sich wieder auseinandergeredet hat, die sozialistische Einheit der Arbeiterklasse!

Im übrigen ist es auch gar nicht einzusehen, warum die beiden Arbeiterparteien sich nur mit einem Bündnis begnügen sollen, wo durch die Vereinigung der beiden Kraftströme die sicherste Gewähr für eine dauerhafte Aufbaupolitik geschaffen werden kann. Die Kritiker wandten sich in den letzten Wochen besonders gegen das Tempo der Vereinigung. Man forderte eine weitere ideologische Klärung, bevor man zu einer Vereinigung schreiten könne. Genossinnen und Genossen! Wir „klären“ uns gerade schon lange genug. Wer ehrlich ist, wird folgendes bestätigen müssen: als die Vereinigung nach Zulassung der beiden Parteien nicht sofort erfolgte, haben viele, die jetzt als Kritiker auftreten, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien verlangt und eine ideologische Klärung für überflüssig erklärt. Heute redet man von einer voreiligen Vereinigung und verlangt unbedingt eine weitere ideologische Klärung. Darin liegt offensichtlich ein Widerspruch. Für mich ist es unverständlich, wie aus einem grundsätzlichen Bejaher der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in wenigen Monaten ein Verneiner oder ein Kritiker werden kann. Darin liegt nach unserem Dafürhalten keine politische Linie; das ist inkonsequent. Wer die Vereinigung grundsätzlich bejaht, wird — daran gibt es für mich keinen Zweifel — früher oder später doch in unsere Reihen einschwenken.

Wer die erhebenden Parteitage der Landes- und Bezirksverbände von Sachsen und Thüringen, von Mecklenburg und Brandenburg und auch von Berlin erlebt hat, weiß, auf welcher Seite die deutsche Arbeiterklasse tatsächlich steht. Die Begeisterung und Einmütigkeit sind ein sprechendes Zeugnis dafür, daß die Vereinigung dem innersten Bedürfnis der werktätigen Massen entspricht. (Bravo!) So etwas kann man nicht machen, eine solche von Herzen kommende Begeisterung läßt

sich nicht organisieren. Sie ist da oder sie ist nicht da, und wer immer noch Zweifel gehabt haben sollte, dem werden sie hoffentlich durch den Bezirksparteitag des Berliner Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei genommen sein, insbesondere auch durch den Vereinigungsparteitag beider Parteien am letzten Sonnabend und Sonntag. Das war die wirkliche Stimme Berlins. Die über 400 Delegierten des Berliner Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sich einmütig zu der Vereinigung bekannt. (Lebhaftes Bravo.) Mit diesem Beschluß sind alle Zweifel und Zänkereien beseitigt worden, die die Spalter in die Reihen der Berliner Mitgliedschaft getragen haben. Wer Gelegenheit hatte, den Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien in Berlin im „Palast“ mitzuerleben, dem wird dieser Tag sicherlich unvergeßlich bleiben. Es war vielleicht der bedeutendste Tag in der sobewegten Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ich denke besonders an die Worte des 82jährigen früheren Leiters unseres Berliner Bezirksverbandes, an die Worte des Genossen Eugen Ernst, die er an die Delegierten der beiden Arbeiterparteien als Sprecher der Veteranen unserer Partei richtete. Er sagte etwa folgendes: „Wir Alten haben nicht mehr viel Zeit. Beeilt Euch deshalb, schafft die Einheit, die wir so sehr herbeigesehnt haben! Wir wollen sie noch miterleben!“ — Es ist nicht verwunderlich, daß es gerade die alten Mitglieder unserer Partei sind, die sich mit solcher Wärme für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien eingesetzt haben. Sie haben noch unter Bebel die Macht einer einigen Arbeiterklasse kennengelernt. Sie haben dann die politische Ohnmacht miterleben müssen, die dadurch entstand, daß die einige Arbeiterbewegung gespalten wurde und sich dadurch selbst entmachtete. Weil die Alten in ihrem Leben die politische Kraft der Einheit kennengelernt haben, deshalb sind unsere alten Veteranen für die Wiederherstellung der Einheit in der Arbeiterklasse. Hinter ihrem mahnenden Wort steht die Erfahrung eines langen politischen Lebens.

Natürlich hängt es nun auch von uns ab, ob die sich hier vollziehende Einheit über die Zonengrenzen hinweg die Arbeiterschaft im Westen und Süden Deutschlands miterfaßt und alle die auf den Sand setzt, die sich als Spalter dieser Entwicklung entgegenstellen wollen. Wir müssen zwei Voraussetzungen erfüllen: Erstens, wir müssen uns in der Sozialistischen Einheitspartei so fest im Vertrauen und in brüderlicher Kampfgenossenschaft vereinigen, daß uns keine Macht je wieder auseinanderbringen kann. (Lebhafter Beifall.) Zweitens muß es uns gelingen, die durch die Einigung der Arbeiterklasse erzeugten politischen Kräfte hundertprozentig als Motor für den Wiederaufbau Deutschlands einzusetzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir die Ernährung bei uns sichern können, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft Schritt für Schritt wieder flott zu machen, wenn es uns gelingt, die Bodenreform als Aktivum in der Ernährungsschlacht auszuwerten, wenn es uns gelingt, in einer großzügigen Schulreform auch den Kindern der Werktätigen den Weg zu den hohen Bildungsstätten unseres Volkes zu ebnen, wenn es uns zusammenfassend gelingt, durch unsere Einheitspartei vorbildliche Aufbauarbeit zu leisten, dann zweifle ich keinen Augenblick daran, daß wir durch diese Tat der geeinten Arbeiterklasse ohne viele Worte auch in den anderen Teilen Deutschlands die Arbeiterschaft für uns gewinnen werden.

Wir wissen, daß die Aufgaben, die vor uns stehen, so ungeheuerlich sind, daß sie keine Partei für sich allein bewältigen kann. Wir wissen auch, daß wir mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die wichtigste Voraussetzung dafür schaffen, um mit Hoffnung auf Erfolg an die Arbeit gehen zu können. Die Arbeit beginnt nach dem 1. Mai erst richtig, und jeder ist verpflichtet, an seinem Platz das größtmögliche zu leisten, damit wir nicht die Hoffnungen enttäuschen, die breiteste Kreise unseres Volkes in uns setzen. Die Sozialistische Einheitspartei ist eine politische Tat der Arbeiterbewegung für das ganze deutsche Volk. Sie

wird die stärkste politische Macht in Deutschland sein. Aber wir wollen durch diese politische Tat weder für noch gegen eine andere Macht Stellung nehmen. Das deutsche Volk will mit allen Völkern der Welt im Geiste der Versöhnung leben und hat nicht die Absicht, mit Voreingenommenheit oder mit Vorbehalten gegen eine Macht den Neuaufbau unseres demokratischen Lebens zu beginnen.

Wir glauben darum aber auch, daß wir durch die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen wirklichen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland liefern; denn alle Kräfte, die in Deutschland immer wieder zum Krieg getrieben haben, werden durch die geeinten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse ein für allemal aus dem politischen Leben unseres Volkes ausschalten. (Beifall.)

In diesem Geiste wird die geeinte Arbeiterschaft Berlins und die der anderen Länder und Bezirksverbände am 1. Mai demonstrieren und dem deutschen Volke, aber auch der Welt die Kraft und den Friedenswillen einer geeinten Arbeiterbewegung zeigen. Auf unseren Transparenten werden wieder die alten Kampfparolen stehen, unter denen die deutsche Arbeiterklasse seit mehr als zwei Generationen marschiert: „*Wir kämpfen in Einigkeit für Frieden und Sozialismus.*“ (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Wir treten nunmehr in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein: Bericht des Zentralkomitees. Als erster wird Genosse Walter Ulbricht den Bericht über die Politik der Partei erstatten.

2. BERICHT DES ZENTRALKOMITEES

a) Die Politik der Partei

Berichterstatter Walter Ulbricht

(Der Redner wird stürmisch begrüßt.)

Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Der politische Bericht des Zentralkomitees unserer Partei umfaßt die Zeit von der Brüsseler Konferenz im Jahre

1935 bis Ende 1945. Wir geben Rechenschaft über die Politik der Kommunistischen Partei in der Zeit der tiefsten Schande Deutschlands, in der Zeit der barbarischsten Kriegspolitik der faschistischen deutschen Machthaber. Zur Berichtszeit gehört aber auch das zweite Halbjahr 1945, die Zeit nach dem Sturze des Hitlerfaschismus durch die Armeen der Alliierten. Was wurde in dieser Zeit getan, um unser Heimatland aus der Katastrophe herauszuführen und Deutschland zu retten?

Unsere Partei hat im Kampfe gegen den faschistischen deutschen Imperialismus die größten Opfer gebracht. Sie hat keine Stunde den Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik aufgegeben. Sie hat auch während der Hitlerzeit getreu ihrer geschichtlichen Aufgabe gehandelt. So kann man sagen, daß die Geschichte unserer Partei die Geschichte des Kampfes gegen die imperialistischen Machthaber in Deutschland, gegen die Herrschaft der Rüstungsplutokraten, der Bankherren und Großgrundbesitzer ist. Wenn im ersten Weltkrieg der Ruf Karl Liebknechts erscholl „Krieg dem imperialistischen Kriege! Nieder mit der Regierung!“, so verbreiteten von Beginn der Hitlerherrschaft an die illegalen kommunistischen Parteiorganisationen Flugblätter des Inhalts: Hitler treibt Deutschland in den Krieg! Willst Du Frieden, so kämpfe für den Sturz Hitlers!

Als Hitler 1935 die Reichskriegsflagge hißte, das Wehrgesetz erließ und den Kampf um „mehr Raum“ proklamierte, da war offenkundig, daß der Krieg nahe bevorstand.

Unsere Partei hielt es in dieser ernstesten Situation vor allem für notwendig, ihre vergangene Politik ernsthaft zu überprüfen und der Partei sowie der Arbeiterklasse zu helfen, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, um eine richtige Politik im Kampfe gegen das Hitlersystem durchführen zu können. In eindeutiger Selbstkritik legte die Partei damals auf der Brüsseler Konferenz fest, daß sie nicht recht-

zeitig aus den Veränderungen in der Lage im Jahre 1932 die politischen Schlußfolgerungen gezogen hatte. Die allgemeine Veränderung in der Lage erforderte die Konzentration und Einigung aller Kräfte auf die Verteidigung der Reste der Demokratie und auf die Vernichtung der faschistischen Kräfte. Gleichzeitig wurde nicht rechtzeitig erkannt, daß sich die Lage in der Sozialdemokratie geändert hatte. Durch die Entfernung der Sozialdemokratie aus den Regierungs- und Verwaltungspositionen war die Sozialdemokratie in eine neue Lage gebracht worden, die es leichter möglich machte, die sozialdemokratischen Organisationen für die Schaffung einer festen Einheitsfront zu gewinnen. Erst auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz wurde diese Wendung in der Einheitsfrontpolitik vollzogen. In diesen Beschlüssen wurde gesagt, daß der Kampf um die demokratische Republik das strategische Kampfziel ist, für das alle antihitlerischen Kräfte in breiter Front zusammengeschlossen werden müßten. Große sektiererische Hemmnisse waren in unserer Partei gegen die Durchführung dieser Politik vorhanden, und erst im Ringen gegen diese sektiererischen Tendenzen hat unsere Partei die Wendung vollzogen und damit die Voraussetzungen für die Bildung der breiten Front des antifaschistisch-demokratischen Kampfes gegen Faschismus und Reaktion geschaffen. Durch diese Wendung wurde unsere Partei politisch und moralisch gestärkt und enger mit den breiten Massen der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes verbunden.

Auf der Brüsseler Tagung im Oktober 1935 erklärte unsere Partei:

„Die Vorbereitung des Krieges für die imperialistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals hat das ganze Land in ein wahres Kriegslager verwandelt. Der Nürnberger Parteitag der NSDAP trug in seinen Vorbereitungen und in seiner Durchführung den Charakter einer Generalmobilmachung für den Krieg. Die dort gehaltenen Reden waren auf die

Vorbereitung des Krieges, auf die Steigerung der chauvinistischen Verhetzung des Volkes eingestellt. Die Drohung gegen Litauen und die unverschämte Hetze gegen die Sowjetunion zeigen das imperialistische Ziel dieser Kriegspolitik. Der Krieg wird jedoch Deutschland in eine neue Niederlage hineinführen und das deutsche Volk nur noch tiefer in Elend und Knechtschaft hinabdrücken.“

Der Kriegspolitik der Hitlerregierung stellte die Kommunistische Partei ihre Friedenspolitik gegenüber, über die in den Beschlüssen von Brüssel gesagt wurde:

„Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern, es braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjetunion. Hitlers Politik schafft dem deutschen Volk überall Feinde. Die Rassengesetze der Rosenberg und Goebbels werden in der ganzen Welt als der Machthunger des deutschen Imperialismus verstanden, der die Welt beherrschen will.“

In der Erkenntnis, daß die faschistische Gewaltherrschaft nur durch die breiteste Volksaktion beseitigt werden könne, schlug die Kommunistische Partei den Hitlergegnern die Einheitsfront und Volksfront vor. In den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz wird der Sozialdemokratischen Partei als Organisation ein Einheitsabkommen vorgeschlagen und zugleich allen antifaschistisch-demokratischen Kräften der Vorschlag gemacht, sich in der Volksfront zum Kampfe für Frieden, Freiheit und Brot, für den Sturz der faschistischen Herrschaft zusammenzuschließen. Wenn also gegenwärtig gewisse Gegner der Einheit davon sprechen, daß die Kommunisten erst nach dem Sturz der Hitlerherrschaft für die Einigung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte gekämpft hätten, so zeigen der tatsächliche Kampf der Parteiorganisation und die Beschlüsse der Partei, daß unsere Partei während der Hitlerherrschaft alles tat, was in ihren Kräften stand, um eine breite antifaschistisch-demokratische Front zu

schaffen. Im Beschluß der Brüsseler Konferenz heißt es wörtlich:

„Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen.“

Also wir sagten schon damals in unseren Beschlüssen, daß die Schaffung der Aktionseinheit das dringendste Gebot der Stunde ist, aber daß die geschichtliche Aufgabe es notwendig macht, die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse in einer einheitlichen politischen Massenpartei herbeizuführen. Das sei vor allem denen gesagt, die vergessen haben oder vergessen wollen, daß die Kommunistische Partei schon während der Hitlerzeit für die Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien wirkte.

Unter den unerhört schweren Bedingungen des faschistischen Terrors entwickelte sich die Solidarität der antifaschistischen Kräfte. Von unten her entwickelte sich unter den schweren Bedingungen des Terrors die Aktionseinheit zwischen einzelnen Gruppen von Kommunisten und Sozialdemokraten und von Kommunisten und Katholiken. 1936/37 kämpften im Rheinland Gruppen von Kommunisten und Katholiken gegen die faschistische Unterdrückung und klärten das Volk auf über Hitlers Kriegspolitik. Als kommunistische und katholische Freunde vor das faschistische Blutgericht geschleppt wurden, erklärte der Kaplan Roussaint mutig: „Ich habe in den Besprechungen mit jungen Katholiken den Standpunkt vertreten, daß

der Nationalsozialismus das Chaos bedeutet, weil er zum Kriege führt!“, und das Mitglied des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Ewald Kaiser, der zusammen mit Kaplan Roussaint angeklagt wurde, erklärte vor den faschistischen Blutrichtern, daß es bei aller Meinungsverschiedenheit gemeinsame Interessen zwischen Kommunisten und Katholiken gibt, *das gemeinsame Interesse im Kampf um die Erhaltung des Friedens*. Dieses damalige Zusammenwirken, diese gemeinsame Arbeit im Kampf um die Erhaltung des Friedens ist der Grundstein gewesen für die spätere Zusammenarbeit und ist der Grundstein für die heutige Zusammenarbeit von Kommunisten und Katholiken in verschiedenen Gebieten Deutschlands.

In vielen Städten Deutschlands kam es damals zur Aktionseinheit. In Württemberg vereinbarten sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre gegenseitige Hilfe zur Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors. In Niedersachsen erfolgte eine solche Vereinbarung, an der auch frühere Reichsbannerkameraden teilnahmen. In Baden wurde die gemeinsame Gefangenenhilfe vereinbart sowie der gemeinsame Widerstand gegen den Lohnraub durch Organisierung der Opposition in der Arbeitsfront.

In Berlin fanden Beratungen zwischen dem Bezirksvorstand der SPD und den Kommunisten statt. Es wurden gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den faschistischen Terror, gegen Spitzel und Provokateure vereinbart, gemeinsame Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.

Im Zeitzer Gebiet wurde eine Einheitsfrontvereinbarung für die gemeinsame Hilfe für die Opfer des Faschismus und für den gemeinsamen Kampf gegen Provokateure getroffen.

In Dortmund gaben die Bezirksleitungen der KPD und SPD einen gemeinsamen Aufruf heraus gegen die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben.

Anläßlich der Vertrauensrätewahlen in Stuttgart wurde ein gemeinsames Flugblatt verbreitet, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, die Unternehmerknechte und Hitleragenten von den Listen zu streichen.

Im Februar 1937 war eine sozialdemokratische Delegation aus Berlin beim Auslandsbüro der SPD und legte ein Programm mit zehn Forderungen der Berliner Sozialdemokraten vor. Diesem Programm hatte die Landesleitung der Kommunistischen Partei in Berlin ihre Zustimmung gegeben. Am Schluß dieser sozialdemokratischen Plattform wurde gesagt:

„Im Proletariat ist eine tiefe Sehnsucht nach Einheit vorhanden. Die geeignetste Form, diesem Streben nach Einheit eine politische Gestalt zu geben, ist die Volksfront.“

In diesem Dokument hieß es weiter, daß es notwendig ist, alles zu tun, um den Kampf gegen die faschistische Kriegswirtschaft für die demokratischen Rechte des Volkes zu führen. Diese Vereinbarung wurde mit Genossen Braß, der damals noch der Sozialdemokratie angehörte, unter Zustimmung des früheren Vorsitzenden der Berliner Sozialdemokratie, des Genossen Künstler, getroffen.

Diese Entwicklung der Zusammenarbeit einzelner kommunistischer und sozialdemokratischer Gruppen, der Zusammenarbeit von Gruppen Jugendlicher, die früher der sozialdemokratischen oder kommunistischen Jugendbewegung angehört hatten, wurden immer wieder durch den faschistischen Terror unterdrückt. Tausende unserer Besten wurden in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen und dort zugrunde gerichtet.

Der deutsche Faschismus überfiel das spanische Volk. Dem Aufruf zur Einreihung in die Kampfbrigaden in Spanien folgten tausende parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter. Es gingen kommunistische, sozialdemokratische und andere antifaschistische Werktätige, die aus Deutschland verjagt waren,

an die Front. Aber auch aus Deutschland selbst, aus dem Ruhrgebiet und aus Mitteldeutschland gingen antifaschistische Kämpfer nach Spanien, um dort den Kampf gegen die faschistische Kriegsintervention zu führen. Ruhm und Ehre den zahllosen antifaschistischen Kämpfern, die im Kampfe gegen den deutschen Faschismus auf spanischem Boden ihr Leben hergegeben haben. (Bravo.)

Auf die Kriegsaggression in Spanien folgte der Angriff des deutschen Imperialismus auf Österreich und die Tschechoslowakei. Es war offenkundig, daß die militärische Strategie Hitlers zunächst darin bestand, ein solches Aufmarschgebiet zu erobern, daß ihm einen günstigen Absprung für die Verwirklichung seiner weiteren Kriegsziele ermöglichte.

Zu dieser Zeit kamen die Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands und Genossen, die im Auslande lebten, auf der Berner Parteikonferenz der KPD im Januar 1939 zusammen und nahmen zu der drohenden Kriegsgefahr Stellung. In dem Beschluß der Berner Konferenz wurde gesagt, daß die Entwicklung seit der Eroberung Österreichs und der Annexion des Sudetengebietes die Feststellung bestätigt, daß die Losungen des Hitlerregimes „Großdeutschland“ und „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ nur Losungen zur Durchführung der Eroberungspläne gegen andere Völker und zur imperialistischen „Neuverteilung“ der Welt durch den Faschismus sind. Es hieß weiter in diesem Beschluß:

„Im Westen wie im Osten schafft daher das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe gestürzt werden kann, in die Katastrophe eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker.“

Es war also schon im Januar 1939 vorauszusehen, daß Hitler die totale Isolierung Deutschlands betrieb und

alles tat, um Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte zu jagen.

In dieser ernstesten Situation schlug unsere Partei allen Sozialdemokraten, Katholiken und Demokraten, sowie allen anderen verantwortungsbewußten Deutschen den Zusammenschluß, den gemeinsamen Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die Freiheit des deutschen Volkes mit dem Ziel der Bildung einer Volksregierung und einer neuen demokratischen Republik vor. In den damaligen Beschlüssen wird im wesentlichen über den Sinn dieser demokratischen Republik das gesagt, was im Aktionsprogramm unserer Partei vom Juni 1945 entwickelt worden ist. Dieser Vorschlag zum gemeinsamen Handeln wurde von einem Teile sozialdemokratischer Führer begrüßt. Es kam mit Männern wie Dr. Breitscheid und anderen zu Vereinbarungen über die gemeinsame Propaganda gegen Hitlers Kriegspolitik.

Die Kräfte der deutschen Antifaschisten vermochten sich jedoch nicht gegenüber der chauvinistischen Hetze, gegenüber den zeitweiligen außenpolitischen Erfolgen Hitlers und gegenüber dem faschistischen Terror durchzusetzen. Trotzdem haben die Widerstandskämpfer und die gemeinsame Propaganda der Antifaschisten verschiedener Parteizugehörigkeit eine große geschichtliche Bedeutung gehabt. Die Opfer, die in diesem Kampfe gebracht wurden, waren nicht vergebens. Durch diesen Widerstand, durch diese gemeinsame Propaganda gegen die faschistische Kriegspolitik wurde das antifaschistische Denken von Teilen der Arbeiterschaft erhalten und gefestigt, und überall, wo die Möglichkeit dazu bestand, wurde versucht, Sand in die faschistische Kriegsmaschine zu streuen.

Der Hitlerfaschismus konnte leider ohne Widerstand der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse in Deutschland den Kriegsüberfall gegen Polen durchführen. Es ging dabei keineswegs um Danzig, sondern es ging um den Aufmarsch gegen die Sowjetunion.

Hitler führte danach den Stoß gegen Frankreich, um seine europäische Kriegs- und Wirtschaftsbasis zu verbreitern und England zum Militärbündnis gegen die Sowjetunion zu gewinnen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands klärte das deutsche Volk damals darüber auf, daß Hitlerdeutschland der imperialistische Angreifer war und daß deshalb das deutsche Volk alles tun muß, um jede weitere Ausdehnung des Krieges zu verhindern und für die sofortige Beendigung des Krieges zu kämpfen. Wenn in der englischen Presse Angriffe gegen unsere Partei im Zusammenhang mit unserer Stellung zum deutsch-sowjetischen Vertrag gerichtet wurden, so beruht dies offenkundig auf einem Mißverständnis. Unsere Stellung ging davon aus, alles zu tun, um den Krieg zu beschränken, um zu einem sofortigen Frieden zu kommen und auf diesem Wege den Kampf für den Sturz der Hitlerregierung mit Erfolg zu führen. Die Kommunistische Partei hat in einem Appell an das deutsche Volk zur damaligen Zeit erklärt:

„Die KPD warnt das deutsche Volk, sich keinen Illusionen hinzugeben, daß das Hitlerregime eine solche Politik (d. h. eine Friedenspolitik), die allein im Interesse des deutschen Volkes liegen würde, durchführen wird.

Das deutsche Volk im ganzen muß der Garant für die Einhaltung des Nichtangriffspaktes der Sowjetunion und Deutschlands sein. Nur *wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein.*“

Das heißt, daß wir das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse warnten: nur wenn ihr selbst die Geschichte des Landes in eure eigenen Hände nehmt, nur wenn ihr erfolgreich den Kampf gegen die Hitlerherrschaft führt, nur dann kann der Friede gesichert werden.

Aus unserer Stellungnahme geht klar hervor, daß wir für die sofortige Beendigung des Krieges kämpf-

ten. Wir hätten gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, durch die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Organisationen in Deutschland und in der Welt und durch Vereinbarungen über gegenseitige Sicherheit zwischen den vier Großmächten Amerika, Sowjetunion, England und Frankreich die Aggression Hitlers gegen die Tschechoslowakei überhaupt zu verhindern. Leider hatte Herr Runciman damals zuviel Einfluß auf die Politik in Mitteleuropa. Statt zu helfen, den Frieden zu sichern, bemühte er sich, die Aggression Hitlers auf andere Wege zu leiten. (Sehr richtig.)

Als Hitler Norwegen überfiel, verbreiteten die Kommunisten in Berlin ein Flugblatt, in dem geschrieben war:

„Wir empfinden es als eine tiefe Schmach, daß jetzt das norwegische Volk von den deutschen Machthabern vergewaltigt, geknechtet und ausgehungert wird.“

Als der deutsche Imperialismus seine Kriegsaggression gegen Jugoslawien und Griechenland durchführte, sagten die Kommunisten dem deutschen Volke, daß die deutschen Machthaber entgegen dem nationalen Interesse unseres Volkes handeln, und daß nur das arbeitende Volk selbst im Kampfe gegen die Hitlerherrschaft Land und Volk retten kann.

Die zeitweisen außenpolitischen Erfolge Hitlers erleichterten ihm, die imperialistische Ideologie, die Ideologie des Rassenhasses und der Welteroberung tief in unser Volk hineinzutragen, was zur Folge hatte, daß die antifaschistische Propaganda der aktiven antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Lande selbst nur wenig wirksam wurde. Es kommt hinzu, daß es nur in einer Reihe von Städten möglich war, die Einheitsfront zwischen kleinen Gruppen der Kommunisten, Sozialdemokraten und anderer Antifaschisten herbeizuführen. Der faschistische deutsche Imperialismus konnte deshalb infolge dieser inneren Lage in Deutschland, infolge des Versagens der deutschen

Arbeiterklasse sein Kriegsverbrechen, den Krieg gegen die Sowjetunion durchzuführen. Das war das größte Verbrechen gegen die eigene Nation. Der Kriegsüberfall gegen die Sowjetunion, der totale Krieg Hitlers gegen das Land, in dem keine Konzern- und Bankherren, keine Großgrundbesitzer und keine alten zaristischen Beamten mehr herrschten, der Krieg gegen das Land, in dem das Volk bestimmt, war der reaktionärste, barbarischste Krieg, den es jemals gegeben hat. Hitler glaubte, mit konzentrierten technischen Kräften blitzartig das Land des Sozialismus niederwerfen zu können. Raubend, plündernd und mordend drangen die Hitlertruppen in der Ukraine und in Weißrußland vor, bis sie bei Leningrad, Moskau und Stalingrad von der Roten Armee und dem werktätigen Volk vernichtend geschlagen wurden. Es kam, wie es vorauszusehen war. Die deutsche Armee wurde zerschlagen.

Als die deutschen Truppen am Dnjepr standen, erklärten deutsche Hitlergegner, daß es möglich sei, viele deutsche Offiziere und Soldaten zur Trennung von Hitler zu veranlassen, wenn wir uns zunächst auf die Forderung des Rückzuges der deutschen Truppen an die alte Reichsgrenze beschränken würden. Wir wollten alles, was von uns abhing, tun, um zu verhindern, daß das wahnsinnige Blutvergießen fortgesetzt und zuletzt Deutschland selbst zum Kriegsschauplatz wurde. Es erwies sich jedoch, daß es in der deutschen Armee und in den Kreisen der deutschen Offiziere nicht genügend Männer gab, die fähig waren, sich gegen Hitler zu erheben und die Kriegshandlungen einzustellen. Es erwies sich, daß auch die deutschen Soldaten und Offiziere erst dann Schlußfolgerungen zogen, als sie in Gefangenschaft waren. (Sehr wahr.)

Wir anerkennen trotzdem mit Hochachtung, daß eine Reihe von Offizieren, nachdem sie in Gefangenschaft gekommen waren, die Orden Hitlers ablegten und alles taten, was in ihren Kräften stand, um die deutschen Truppen zur Einstellung der Kampfhandlungen zu bewegen. Es gelang ihnen, Hunderttausend

den von Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft gingen, das Leben zu erhalten.

So vermochte Hitler, Deutschland in die tiefste nationale Katastrophe zu stürzen. In harter Selbstkritik müssen wir feststellen, daß es dem deutschen Imperialismus jahrzehntelang gelungen war, die Spaltung der Arbeiterklasse herbeizuführen und zu vertiefen und dadurch die Widerstandskräfte gegen die imperialistische Kriegspolitik im deutschen Volke zu schwächen und zu lähmen. Jene Funktionäre der Arbeiterbewegung, die 1918, 1923, 1932 und 1933 mit dem Hinweis auf angeblich unnötige Opfer die Arbeiterschaft hinderten, ihre elementarsten Kampfaufgaben zu erfüllen, werden heute nicht mehr bestreiten können, daß ihre damalige Politik nicht nur zu den furchtbarsten Opfern der deutschen Arbeiterklasse, sondern zu den schlimmsten Blutopfern des deutschen Volkes geführt hat. (Zustimmung.) Der Weg, den das deutsche Volk gegangen ist, war der teuerste Weg, der überhaupt möglich war.

Deutschland wurde durch das Verbrechen Hitlers ruiniert. Vor einem Jahre wurde in Berlin von der Roten Armee der letzte entscheidende Schlag gegen die Hitlerarmee geführt. Hitlers Hauptquartier wurde von den Truppen Marschall Shukows zertrümmert und Hitler selbst vernichtet.

Nach dem Sturz Hitlers ergab sich eine grundlegend andere Situation, als nach dem ersten Weltkrieg. Damals mußte Wilhelm II. und seine Militärkamarilla gehen; aber die Generale und Konzernherren blieben, und die preußische Bürokratie tat so, als ob nichts geschehen sei.

Im zweiten Weltkrieg haben die deutschen imperialistischen Machthaber den Krieg bis zur völligen Vernichtung der deutschen Armee auf deutschem Boden weitergeführt. Das bedeutet, daß der gesamte Staatsapparat, der Apparat der Industrie und der Landwirtschaft bis zum Ende Hitlers Kriegspolitik unterstützt hat. Wohl wußten die führenden Kreise der In-

dustrie, daß der Krieg verloren war, aber sie hofften bis zur letzten Stunde, daß es ihnen gelingen könnte, Differenzen zwischen den Alliierten hervorzurufen, um die Grundlagen des deutschen Imperialismus retten zu können. Sie dachten dabei an ihre Erfolge nach dem ersten Weltkrieg, wo es ihnen gelungen war, unter der Losung des Kampfes gegen die Sowjetunion tatsächlich die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu erhalten.

Es ist natürlich, daß die deutschen reaktionären Kräfte nach dem 8. Mai 1945 eine ähnliche Politik versuchten, wobei sie offenkundig mit der Sympathie solcher Konservativen wie Lord Vansittart rechneten. Zuerst sabotierten diese Herren Kriegsinteressenten die Wiederingangbringung der Wirtschaft, gingen aber zugleich zur Wiederherstellung ihrer alten Organisationen unter neuen Namen über. Sie verstanden es ausgezeichnet, die Presse zu mobilisieren unter der Losung des Kampfes gegen den „Zentralismus“, womit sie den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften meinten, während sie selbst hinter dem Nebelvorhang dieser Propaganda den Verein der Eisenhüttenleute, die Vereinigung für den Maschinenbau und Dutzende anderer Vereinigungen der faschistischen Kriegswirtschaft mit einem neuen Namen versahen und die zweite Garnitur der deutschen Imperialisten in die Führung brachten. In einigen Gebieten Deutschlands, vor allem in der bayerischen Ordnungszelle, begann die Reaktion den Kampf unter der Losung des Föderalismus. In den Westgebieten Deutschlands ist offenkundig das nächste taktische Ziel dieser Reaktionäre, die Sozialdemokratie fester an die Christlich-Demokratische Union oder die Zentrumspartei zu binden, um auf diese Weise die Einigung der Arbeiterklasse zu verhindern. Schumacher ist offensichtlich auf den Leim der westlichen Reaktionäre gegangen, indem er die Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei ablehnte. Es ist klar ersichtlich, daß der Weg, der gegenwärtig in einigen Gebieten Deutschlands gegangen wird, der alte Weg

ist, der nach 1919 gegangen wurde und der dem deutschen Imperialismus und Militarismus erlaubte, seine Grundlagen zu retten. (Zustimmung.)

Die Grundfrage, um die es gegenwärtig in Deutschland geht, ist die Beseitigung der materiellen Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus und der Kampf gegen die imperialistischen und militaristischen Ideologien. Es darf den reaktionären imperialistischen Kräften, den Konzern- und Bankherren und Großgrundbesitzern nicht wieder erlaubt werden, die Demokratie zum Kampfe gegen die demokratische Ordnung und zum Wiederaufbau ihrer reaktionären Organisationen auszunutzen.

Das nationale Unglück unseres Volkes bestand doch gerade darin, daß es den reaktionären Kräften bei allen entscheidenden Wendepunkten in der deutschen Geschichte gelang, das Übergewicht gegenüber den fortschrittlichen Kräften zu gewinnen. Die grundlegende nationale Aufgabe ist deshalb gegenwärtig die Entmachtung der Träger dieser reaktionären, räuberischen, volksfeindlichen Politik. (Sehr richtig.) Das sind die Konzern- und Bankherren und sonstigen Kriegsinteressenten, die Großgrundbesitzer und die faschistische Bürokratie.

Das deutsche Volk muß wissen, wenn der Einfluß der reaktionären Kräfte in Staat und Wirtschaft bestehen bleibt, dann bedeutet das periodische Krisen und dauernde Konflikte mit anderen Völkern. Soll aber endlich in Deutschland die friedliche Arbeit und der Neuaufbau Deutschlands gesichert werden, dann muß das Volk die Geschicke des Landes in die eigenen Hände nehmen.

In Erkenntnis der großen geschichtlichen Aufgabe, mitzuhelfen, unser Heimatland aus der vom Faschismus herbeigeführten Katastrophe herauszuführen, war deshalb nach dem Sturze Hitlers der erste Schritt unseres Zentralkomitees, allen antifaschistisch-demokratischen Kräften vorzuschlagen, die Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion, für die Sicherung des Frie-

dens, für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands zu schaffen.

Die Voraussetzung für eine wirkliche Sicherung des Friedens ist die Erkenntnis der Ursachen des Krieges und der Wurzeln der Nazi-Ideologie. Manche Leute machen es sich jetzt sehr einfach, indem sie die Angeklagten in Nürnberg als die alleinigen Verantwortlichen hinstellen. Sie wollen vergessen machen, daß ohne den deutschen Staatsapparat, ohne die deutsche Armee und ohne die deutschen Wirtschaftsorgane sowie ohne den faschistischen Terrorapparat Hitler den Krieg nicht hätte bis Ende April führen können. Im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei vom 11. Juni 1945 wird deshalb gesagt, daß neben den Hitler und Göring, Keitel und Jodl die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens die Schuldigen sind und die Verantwortung für den Krieg tragen. Auch die Nazi-Ideologie ist nicht nur das Produkt des Kriegswahnsinns Hitlers, sondern die konsequente Weiterführung der Ideologie der preußischen Junker und der deutschen Konzernherren sowie ihrer Krieger- und Kolonialvereine. (Zustimmung.) Das alte „Führerprinzip“ des Führers des Kohlsyndikats, Kirdorf, der Krupp, der Oldenburg-Januschau, von Donnersmarck und Konsorten wurde vom Faschismus zum obersten Staatsprinzip erklärt. (Sehr wahr.)

Diese Verantwortlichkeit der Funktionäre des Wirtschafts- und Staatsapparates und der Offiziere der Armee erfordert deshalb die Zerschlagung des alten Hitlerschen Staats- und Staatsapparates. Daher wurde in der sowjetisch besetzten Zone nicht davon ausgegangen, wer aus dem Apparat entlassen werden soll, sondern es wurde gegenüber der Vergangenheit der Schlußstrich gezogen und bestimmt, wer von den früheren Beamten in den neuen demokratischen Verwaltungsapparat eingestellt werden kann. (Sehr richtig.) Durch den Befehl der Sowjetischen Militär-Ver-

waltung über die Schließung der Banken wurde auch der Trennungsstrich gegenüber dem Hitlerschen Finanzbankrott gezogen und der Befehl des Marschalls Shukow Nr. 124 über die Beschlagnahme der Betriebe der Kriegsinteressenten und aktiven Nazis gab die Möglichkeit, die Betriebe der Kriegsinteressenten zu beschlagnahmen und, soweit sie nicht von der Besatzungsbehörde beansprucht wurden, unter die Leitung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane zu bringen.

Das grundlegend Neue bestand darin, daß in der sowjetischen Besatzungszone auf Grund der Potsdamer Beschlüsse der Alliierten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte die volle Möglichkeit zur Säuberung des Wirtschafts- und Verwaltungsapparates erhielten und den reaktionären Kräften keine legale Möglichkeit gewährt wurde, sich neu zu organisieren. Nach 12½-jähriger faschistischer Knechtschaft, nach der tiefen Depression, die zunächst breite Kreise des Volkes nach dem Mai 1945 beherrschte, gelang es doch allmählich, die Volkskräfte zur eigenen Initiative anzuregen. Die Frauen und Männer, die sich bei der Wiederherstellung des Verkehrs, bei der Organisierung der Lebensmittelversorgung, bei der Organisierung der Hausreparaturen, bei der Ingangbringung der Betriebe besonders bewährt hatten, wurden in leitende Funktionen in die Selbstverwaltungsorgane berufen. Wenn gegenwärtig ein Jahr nach Beendigung des Hitler-Krieges, der Verkehr schon soweit wieder in Gang gekommen ist und der größte Teil der Industrie arbeitet, so haben wir das den Arbeitern, den Ingenieuren, den Angestellten zu verdanken, die aus eigener Initiative sofort zupackten. (Beifall.)

Vongewissen Feinden der Demokratie sind in einigen westlichen Gebieten Gerüchte über eine einseitige Besetzung der Verwaltungsfunktionen in Sachsen, Thüringen und anderen Gebieten verbreitet worden. Ich möchte an dem Beispiel einer Landesverwaltung zeigen, wie wirklich der Apparat der Selbstverwaltung zusammengesetzt ist. Nach den mir vorliegenden An-

gaben sind in dieser Selbstverwaltung tätig 901 Parteilose, 521 Mitglieder der SPD, 440 Mitglieder der KPD, 90 Liberal-Demokraten und 87 Christlich-Demokraten. Es gibt also ebenso viel Parteilose in der Verwaltung wie Mitglieder der beiden Arbeiterparteien zusammen. Das ist ein absolut richtiges Verhältnis. Aber von den politisch Organisierten sind die meisten Angestellten dieser Landesverwaltung Sozialdemokraten. Es sind offenkundig jene Sozialdemokraten, von denen in der Westzone gewisse Leute erzählen, daß sie alle erschossen worden seien. Sie leben nicht nur, sondern sie arbeiten und haben sogar parteipolitisch gesehen die Mehrheit in der Selbstverwaltung Sachsens.

Wir anerkennen offen, daß es in diesen Selbstverwaltungsorganen noch viele Schwächen gibt. Es muß mehr getan werden, um die Funktionäre der Selbstverwaltungsorgane zu schulen, man muß ihnen mehr helfen, sich zu entwickeln. Gleichzeitig ist erforderlich, daß die Selbstverwaltungsorgane sich noch enger mit dem Volke verbinden und daß eine regelmäßige Berichterstattung vor der Bevölkerung durch die Mitglieder der Landesverwaltungen und durch die Mitglieder der Stadtverwaltungen und Kreisverwaltungen erfolgt. Allgemein kann man sagen, daß durch die Mitarbeit der Vertreter der Bevölkerung in den verschiedenen Organen der Selbstverwaltungen, den Wohnungsausschüssen, bei der Lebensmittelverteilung, durch die Mitarbeit der Betriebsräte und Gewerkschaften in den Wirtschaftsabteilungen und Industrie- und Handelskammern die Voraussetzung zu einer aktiven Mitarbeit der Bevölkerung geschaffen wurde. Je fester der demokratische Aufbau fundiert wird, um so mehr wird die Bevölkerung erkennen, daß es ihre eigene Stadtverwaltung ist, die ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn alle fortschrittlichen Kräfte aktiv mitarbeiten, ihre Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit machen und, wenn notwendig, auch offen Kritik üben.

Wir können jetzt ein Jahr nach dem Sturz der Hitlerherrschaft berichten, daß die demokratische Boden-

reform beendet wurde. Die Bodenreform wurde im wahrsten Sinne des Wortes vom Volke selbst durchgeführt. 9500 Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform mit 52388 Mitgliedern waren in der sowjetisch besetzten Zone tätig. Unterstützt von den Selbstverwaltungsorganen und von der Arbeiterschaft der Städte, führten diese Kommissionen, Landarbeiter, Bauern und andere Werktätige, die Bodenreform durch. Insgesamt wurden 6350 Landgüter mit über 100 ha beschlagnahmt. Die Gesamtfläche betrug 2254436 ha, davon 730000 ha Waldfläche. Außerdem wurden 2330 Güter mit einer Gesamtfläche von 77800 ha, die Kriegsverbrechern und aktiven Faschisten gehörten, beschlagnahmt. Vieh, Geräte und Maschinen der früheren Großgrundbesitzer wurden kostenlos unter die Neubauern aufgeteilt, größere Maschinen, Zuchtstationen und dergleichen erhielten die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe.

Diese Durchführung der Bodenreform ist ein großer geschichtlicher Sieg der demokratischen Kräfte in Deutschland, denn die Bodenreform hilft den Frieden sichern, die Demokratie festigen und die Ernährung unseres Volkes verbessern.

Wenn Kritiker aus anderen Gebieten Deutschlands mit unseren demokratischen Methoden der Bodenreform nicht einverstanden sind, so können wir ihnen nur antworten: Ihr hattet im Westen und Süden Deutschlands genau so viel Zeit zur Durchführung der Bodenreform wie wir, ihr hattet die Möglichkeit, zu zeigen, was ihr könnt, aber bisher habt ihr noch nicht einmal begonnen. Statt in anderen Gebieten Deutschlands die Propaganda gegen die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone zu führen und die Behauptung zu verbreiten, die Bodenreform gefährde die Ernährung, wäre es besser gewesen, man hätte dort mit der Durchführung der Bodenreform begonnen, dann wäre wahrscheinlich auch die Ablieferung aus dem Dorfe eine bessere gewesen. (Zustimmung und Beifall.)

Es ist kein Zufall, daß die Ernährungskrise dort am schärfsten ist, wo die Gegner der Bodenreform den stärksten Einfluß haben. (Sehr richtig.) Warum ist das so? Die Bodenreform hilft, die faschistischen Kräfte eines Volkes entmachten und wenn anstelle der alten faschistischen Kräfte die Bauern und das werktätige Volk selbst die Führung des Dorfes in die Hände nehmen, dann wird ein neues Verhältnis von Stadt und Land zustandekommen, und dann wird die Bevölkerung der Städte auch Lebensmittel aus den Dörfern bekommen. Und weil in anderen Gebieten Deutschlands der Faschismus in den Dörfern seine Basis hat, kommen keine Lebensmittel in die Städte. (Sehr richtig.)

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir erklären, daß in Thüringen, in Sachsen, in der Provinz Sachsen, in Mecklenburg, in Brandenburg eine tiefe ökonomische und politische Veränderung im deutschen Dorfe vor sich gegangen ist. Anstelle der alten militaristischen Großgrundbesitzer haben die Frauen und Männer des Friedens, die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die Führung im Dorf in ihre Hände genommen und durch die Schaffung der Bauernkammern haben die Bauern auch bei der Beratung der Landwirtschaftsfragen in den Selbstverwaltungsorganen ihr Wort mitzureden. Es wird eine Ordnung geschaffen, durch die der Bauer im Frühjahr weiß, wieviel er von seiner künftigen Ernte abzuliefern hat. Wenn er gut arbeitet, dann wird er selbst davon den Nutzen haben; denn was er mehr erntet, das steht ihm für den Verkauf auf dem freien Markt zur Verfügung.

So ist an die Stelle der alten faschistischen Zwangswirtschaft eine neue demokratische Ordnung im Dorfe getreten. Wir haben das durchgeführt, was im Aktionsprogramm der Partei vom Juni 1945 gesagt wurde, nämlich die Entmachtung der reaktionären Großgrundbesitzer und die Durchführung der demokratischen Bodenreform.

In der Industrie ist infolge der Nachwirkungen des Krieges die Entwicklung langsamer gegangen. Sowohl

durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden, wie durch die Initiative der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, wurden in der sowjetisch besetzten Zone die Betriebsleitungen von Faschisten und Kriegsinteressenten gesäubert und die Konzerne und Syndikate liquidiert. Wenn man berücksichtigt, daß für manche Industriezweige und Großbetriebe frühere Ingenieure, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre auf leitende Posten berufen wurden, die sich erst in das neue Aufgabengebiet einarbeiten mußten, so kann man sagen, daß in dieser kurzen Zeit von den demokratischen Kräften eine gute, erfolgreiche Arbeit geleistet worden ist. Es ist uns gelungen, im größten Teil des sowjetisch besetzten Gebietes die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Und selbst dort, wo es noch Arbeitslosigkeit gibt, ist es nur notwendig, daß eine Umgruppierung der Arbeitskräfte in die Gebiete erfolgt, wo gegenwärtig ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

Die Neuverteilung der Arbeitskräfte wird uns die Möglichkeit geben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Worin besteht das grundsätzlich Neue? Es besteht darin, daß die Betriebe der Kriegsinteressenten beschlagnahmt sind, daß die Betriebe der Kriegsinteressenten und Nazis, die nicht von den Besatzungsbehörden für sich in Anspruch genommen werden, im Laufe der nächsten Zeit in die Hände der demokratischen Selbstverwaltungsorgane übergehen werden. Würden diese Betriebe in den Händen der früheren Kriegsinteressenten bleiben, so würden diese Kräfte aufs neue die Möglichkeit haben, ihre alte Krisen- und Kriegspolitik fortzusetzen. Deshalb ist es im Interesse des Friedens und des richtigen Einsatzes dieser Betriebe für den Neuaufbau notwendig, daß sie in die Hände der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen übergehen, das heißt, Betriebe staatlichen Charakters werden. Von der Landesverwaltung eingesetzte Direktoren, denen Verwaltungsausschüsse zur Seite stehen, sollen diese Betriebe leiten.

Es wäre falsch, in diesem Zusammenhang von Staatskapitalismus zu sprechen, wie der bayerische Ministerpräsident Dr. Hoegner es tat. Das ist deshalb falsch, weil in den Landes- und Provinzialverwaltungen nicht Vertreter des Großkapitals sitzen, sondern die demokratischen Selbstverwaltungsorgane werden von wirklich antifaschistisch-demokratischen Kräften geleitet, die die Garantie bieten, daß die Betriebe, deren Besitzer die Landesverwaltung ist, wirklich im Interesse des Volkes arbeiten. Es ist deshalb richtig, von einer demokratischen Wirtschaftsordnung zu sprechen.

Was ist der grundsätzliche Unterschied gegenüber der faschistischen Kriegswirtschaft? Der Unterschied besteht darin, daß nicht mehr die Monopolkapitalisten, die Kriegsinteressenten in Staat und Wirtschaft bestimmen, sondern Vertreter des werktätigen Volkes. Indem die Großbetriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der Landesverwaltungen übergehen und die Finanzpolitik von den Landesbanken geleitet wird, ist es möglich, die Wirtschaft in den Dienst des Volkes zu stellen. Unter der Kontrolle der Vertreter der Werktätigen kann die Verteilung der Waren und die Preisbildung durchgeführt werden.

Die Fortschritte im sowjetisch besetzten Gebiet beweisen, daß es unter den Bedingungen der Besatzung und im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse durchaus möglich ist, die Demokratie zu entfalten, Brot und Arbeit für das Volk zu sichern und die geistige Neugeburt unseres Volkes durchzuführen.

Wenn von einigen Leuten in kritischer Weise erklärt wird, daß ja die sowjetischen Besatzungsbehörden diese demokratische Entwicklung gefördert haben, so können wir nur sagen: Uns, dem deutschen Volke, ist es nur angenehm, wenn die Besatzungsbehörden die demokratische Entwicklung und den neuen wirtschaftlichen Aufbau fördern. (Beifall.) Den betreffenden Herren, die hier Kritik üben, kann ich nur sagen, daß die deutschen Bauern erfreut darüber gewesen sind, daß die Besatzungsorgane die Bodenreform gefördert haben.

Wenn in anderen Teilen Deutschlands Ernährungs- und Arbeitslosigkeit infolge der Tätigkeit faschistischer und reaktionärer Gruppen herrschen, so hat das seine Ursache hauptsächlich in der zögernden Entwicklung der demokratischen Initiative des schaffenden Volkes in diesen Gebieten. Die Ernährungs- und Arbeitslosigkeit kann nicht überwunden werden, solange in Oldenburg noch mehr als tausend Nazis im Reichsnährstand-Apparat sitzen. (Hört! Hört!) Es besteht keine Aussicht auf Entwicklung der Produktion, solange nicht Antifaschisten und Demokraten die Leitung der Wirtschaftsabteilungen bei den Landesregierungen und Kreisämtern in den Händen haben.

Wenn in Bayern 21 Unternehmerverbände für ganz Bayern zugelassen sind – im Landesmaßstab! – aber die Gewerkschaften sich bisher nur auf örtlicher Basis organisiert haben, dann kann es in der Wirtschaft nicht vorwärts gehen. Die Grundfrage für die Inangbringung der Wirtschaft ist das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften. Deshalb gibt es für die Arbeiterklasse nur einen Weg: Ihre ganze Kraft auf den Aufbau der neuen freien Gewerkschaften zu konzentrieren, um mit ihrer Hilfe zu erzwingen, daß die Reaktionäre aus den Wirtschaftsbeiräten herauskommen und die Hälfte der Mitglieder der Industrie- und Handelskammern aus Gewerkschaftlern besteht. (Bravo!) Die Schaffung starker freier Gewerkschaften ist die Grundbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen Deutschlands. (Beifall.) Wenn aber die Leute, die Deutschland von einer Krise in die andere gestürzt haben, und die Hitlers Krieg bis zu Ende unterstützten, in den leitenden Wirtschaftsorganen bleiben, dann werden die Westgebiete aus der Wirtschaftskrise überhaupt nicht herauskommen.

Was nützt die Arbeit des Arbeiters, wenn ein Fünftel der Waren auf den freien Markt kommen und vier Fünftel auf den schwarzen Markt. Was nützt es, wenn die Rohstoffe für die Herstellung von Rauchtischen

und ähnlichen Dingen vergeudet werden, während den Bombengeschädigten die wichtigsten Bedarfsgegenstände fehlen? Wie kann die Wirtschaft in Gang kommen, wenn die Banken nicht helfen beim Aufbau der Wirtschaft, sondern nur darum besorgt sind, daß die Herren Faschisten und Kriegsinteressenten monatlich ihr Geld bekommen, damit sie nach Garmisch-Partenkirchen und in andere schöne Gebiete fahren können?

Diese reaktionären Kräfte, die in verschiedenen Gebieten Deutschlands ihr Unwesen treiben, sind zugleich die Hauptgefahr für die Einheit Deutschlands. Es wäre viel leichter, die anderen Völker von der Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit Deutschlands zu überzeugen, wenn sich in allen Teilen Deutschlands die demokratischen Kräfte schon durchgesetzt hätten und die faschistischen reaktionären Gefahren überwunden worden wären. Im Westen Deutschlands erweisen sich auch heute wieder die Herren Rüstungsinteressenten als die Todfeinde der Nation. Denn sie sind es, die die separatistischen Organisationen finanzieren und stützen. Wir appellieren an unser ganzes Volk, alles zu tun im Kampfe gegen die reaktionären separatistischen Elemente und die Propagandatätigkeit dieser Leute unmöglich zu machen. Das ist im Lebensinteresse unseres Volkes, denn ohne das Ruhrgebiet, ohne das Rheinland kann Deutschland nicht leben. Durch eine Abtrennung des Ruhrgebietes würde auch Frankreich keinen Nutzen haben. Es würde lediglich ein Herd der ständigen politischen Unruhe geschaffen.

Wir verstehen die Besorgnisse des französischen Volkes, daß das Ruhrgebiet noch einmal ein Aufmarschgebiet imperialistischer Streitkräfte sein könnte. Wir sind aber der Meinung, daß das Ruhrgebiet sehr wohl im Rahmen Deutschlands zu einem Stützpunkt des Friedens gemacht werden kann. Wir richten deshalb an die Besatzungsbehörden die Bitte, den demokratischen Kräften im deutschen Volke zu erlauben, die Betriebsleitungen von Faschisten und Kriegsinteressenten zu säubern, die Industrie- und Handelskam-

mern demokratisch zu reorganisieren und die Unternehmer-Organisationen, diese traditionellen Träger der imperialistischen Eroberungspolitik Deutschlands, zu verbieten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unternehmer haben genügend Möglichkeit, ihre Interessen in den Industrie- und Handelskammern zu vertreten. Wenn die frühere faschistische Wirtschaftsgruppe für Maschinenbau sich jetzt über ganze Zonengebiete organisiert, so ist das eine starke zentralisierte Organisation, an deren Spitze Vertreter des deutschen Imperialismus stehen. Die Zulassung der Tätigkeit solcher Organisationen kann zu nichts Gutem führen.

Nicht minder groß ist die Gefahr des Föderalismus. Die Aufteilung Deutschlands in Länder und Provinzen, die selbständig wirtschaften, kann nur dem Zweck dienen, die faschistischen und reaktionären Positionen in verschiedenen Gebieten Deutschlands zu erhalten. Dr. Hoegner, der sozialdemokratische Ministerpräsident Bayerns, einer der Hauptvertreter des Föderalismus, wurde von faschistischen Gruppen seines Landes auf die Todesliste gesetzt. (Hört! Hört!) Vielleicht veranlaßt ihn diese Tatsache, darüber nachzudenken, ob seine bisherige Politik gegenüber der Reaktion und der Königspartei richtig war oder nicht. Was sind das für Zustände, daß Nazi-Stoßtrupps in Eggenfelden eine Versammlung sprengen können, daß russische Weißgardisten, die Freunde von Rosenberg, legal ihre reaktionäre Propaganda treiben? Die Vertreter der militaristischen Königspartei dürfen eine offene Massenpropaganda gegen die Demokratie führen. Die Kriegsinteressenten sind in 21 Unternehmerverbänden über ganz Bayern organisiert.

Ich frage Dr. Hoegner, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist: Wollen Sie in Bayern griechische Zustände, oder was wollen Sie eigentlich? (Sehr gut!) Möge der bayerische Ministerpräsident nicht vergessen, daß nach dem ersten Weltkrieg der erste politische Mord an Kurt Eisner in München begangen wurde. Die Organisation Escherich wurde in der bayerischen Ord-

nungszelle geschaffen. Die militärischen Organisationen des Generals von Epp, aus denen später die SA und SS hervorgingen, hatten ihre Hauptstütze in München. Auch damals begann es mit der Hetze gegen die Kommunisten und endete mit dem Faschismus. Dazu kommt, daß gegenwärtig in Bayern noch tausende Leute der jugoslawischen Michailowitsch-Bande gepflegt werden. Dr. Hoegner hat erklärt, daß ihm nur eine 15jährige Besatzung helfen könne. Ich erlaube mir die Vermutung auszusprechen, daß, wenn die Führung der bayerischen Sozialdemokratie ihre Politik nicht bald ändert, die Reaktion sich so gut vorbereitet, daß sie nicht einmal einen Kapp-Putsch braucht, um die tatsächliche Macht in Bayern in die Hände zu bekommen. (Zustimmung.)

Als ich von dem reaktionären Terror in verschiedenen Gebieten Bayerns erfuhr, und davon, daß eine faschistische Gruppe schon den Ministerpräsidenten auf die Todesliste gesetzt hat, habe ich den sozialdemokratischen Landespräsidenten von Sachsen, Dr. Friedrichs, gefragt, was er, wenn er in eine solche Lage in Sachsen gekommen wäre, getan hätte. Dr. Friedrichs war der Meinung, daß man in einer solchen Lage zunächst die antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften zusammenberuft, sie über den Ernst der Lage informiert und alle Betriebsbelegschaften gegen diese faschistisch-reaktionäre Gefahr mobilisiert. (Lebhafter Beifall.)

Er war weiter der Meinung, daß er sich in diesem Fall seinen eigenen Polizeiapparat näher ansehen und prüfen würde, wer dafür verantwortlich ist, daß in bestimmten Gebieten faschistische Gruppen sich organisieren können. Und er meinte, das beste Mittel wäre, nicht nur gewisse reaktionäre Kräfte aus der Polizei zu entfernen, sondern daß man in einem solchen Falle 2000 oder noch mehr Gewerkschaftsmitglieder aufrufen müßte, sich zu melden, damit sie in die Polizei eingegliedert werden. (Lebhafter Beifall.)

Drittens war er der Meinung, daß man die Tätigkeit der Landräte und anderer Verwaltungsorgane überprüfen müsse, und daß man terminmäßig die Säuberung der einzelnen Abteilungen der Landesregierung und der Landratsämter durchführen müßte. Wer nicht in bestimmter Frist diese Säuberung bei sich vollzogen hätte, der müßte aus dieser Verwaltung entfernt werden.

Und viertens war er der Meinung, daß man angesichts einer solchen Gefahr den Reichsnährstand hätte schnell zerschlagen müssen und den Mut gehabt haben müßte, in den Dörfern Bauernkomitees zu bilden, die dort die demokratische Entwicklung sichern. (Beifall.)

Das war, wie gesagt, die Meinung eines sozialdemokratischen Präsidenten einer Landesverwaltung in einem Gebiet, das etwas näher bei uns liegt. Vielleicht werden auch manche Genossen in anderen Gebieten aus den Erfahrungen, die aus den Worten von Dr. Friedrichs sprechen, eine praktische Nutzenanwendung ziehen.

Ich habe dieses ein Beispiel nur angeführt, um zu zeigen, daß der Föderalismus der Reaktion nützt. Es ist kein Zufall, daß Mister Churchill und Lord Vansittart so interessiert sind an der Entwicklung und Festigung des Föderalismus in Deutschland. Auch das sollte unserm Volke etwas zu denken geben. Schließlich soll unser Volk nicht vergessen, daß Hitler der Pflegling des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner war. Die Tatsachen zeigen, daß das bayerische Volk eine besondere Verantwortung hat im Kampfe um die Liquidierung der Reste des Faschismus, und daß es im Interesse des bayerischen Volkes selbst liegt, sich enger zu verbinden mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften der anderen Gebiete Deutschlands, vor allem mit den Antifaschisten und Demokraten in Sachsen und Thüringen.

Wir kämpfen auch deshalb gegen den Föderalismus, weil er den wirtschaftlichen Neuaufbau hindert. Ein Gebiet Deutschlands ist auf das andere angewie-

sen. Auch bei formalem Bestehen der Zonengrenzen kann entsprechend den Potsdamer Beschlüssen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands verwirklicht werden. Wir ersuchen deshalb den Interalliierten Kontrollrat, Zentralverwaltungen zu erlauben, damit der normale Verkehr und Wirtschaftsaustausch zwischen den Zonen möglich wird. (Beifall.)

Am gefährlichsten für unser deutsches Volk ist der Versuch gewisser Reaktionäre, die auch von dem Sozialdemokraten Schumacher unterstützt werden, Deutschland in zwei Teile zu spalten. Schumacher sucht diese antinationale Politik zu tarnen durch Propaganda für die westliche Kultur. Wir sind der Meinung, daß es nach 12jähriger faschistischer Finsternis notwendig ist, in unserm Volke die Nazi-Ideologie zu überwinden und es vertraut zu machen mit den fortschrittlichen Errungenschaften der deutschen Kultur. Darüber hinaus wollen wir, daß unserem Volke die fortschrittlichen Kulturwerte der anderen Länder vermittelt werden, mit denen wir zu friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen kommen wollen und kommen müssen. Das sind sowohl England und Frankreich, wie die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und andere Völker. Wir sind also gegen die Versuche, Deutschland in eine westliche und eine östliche Zone zu trennen angesichts der Gefahr, daß gewisse reaktionäre Kräfte das wollen, um die Positionen der Reaktion und des Imperialismus in Teilen von Deutschland zu halten. Um so notwendiger ist die Einheit der Arbeiterschaft, die Einheit aller demokratischen Kräfte und die endliche Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Heute ist offenkundig, daß die faschistischen und reaktionären Kräfte in Deutschland die Träger des Separatismus und der Spaltung Deutschlands sind. Deshalb ist der Kampf gegen die Reaktion die nationale Aufgabe unseres Volkes. Es gibt nur ein Mittel, der Reaktion ein für allemal den Weg zu versperren: das ist die Einheit der antifaschistisch-demokratischen

Kräfte und das ist die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien!

Auf unserem heutigen 15. Parteitag, ein Jahr nach dem Sturze des Hitler-Faschismus durch die Alliierten, können wir sagen, daß von dem Aktionsprogramm, das unsere Partei am 11. Juni 1945 verkündete, ein großer Teil durchgeführt wurde. Wenn es gewisse Kreise gibt, die unzufrieden sind über den starken Einfluß der Kommunisten, so können wir ihnen heute mit Stolz sagen:

Unsere Partei ist gewachsen, weil sie für die Durchführung von Gegenwartsforderungen des schaffenden Volkes gearbeitet hat, die den wahren nationalen Interessen unseres Volkes und dem Neuaufbau unserer Heimat dienen.

Unsere Partei ist gewachsen, weil wir uns nicht auf Propaganda beschränkt haben, sondern durch eine aktive Volkshilfe der Bevölkerung geholfen haben, aus der schlimmsten Not herauszukommen.

Unser Einfluß ist gewachsen, weil wir am entschiedensten, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Genossen den Kampf für die Bodenreform und damit für den größten geschichtlichen Fortschritt und für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes geführt haben.

Unser Einfluß ist gewachsen, weil wir auf Grund eines demokratischen Programms am Neuaufbau Deutschlands arbeiten, und weil wir die entschiedensten Kämpfer für die Einheit Deutschlands sind. (Lebhafter Beifall.)

Was in diesem einen Jahr gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, der Liberal-Demokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union geleistet werden konnte, ist erst ein kleiner Schritt vorwärts. *Erst die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei, der Millionenpartei des werktätigen Volkes, gibt den antifaschistisch-demokratischen Kräften die Organisation, die imstande ist, die Einheit der Arbei-*

terklasse und die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu festigen und mit diesen gewaltigen Kräften den großen Plan des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands in die Tat umzusetzen. Unser oberstes Gesetz bleibt: Alles durch das Volk! Alles für das Volk! Alles für unser neues deutsches Vaterland. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Bevor wir das nächste Referat hören, gebe ich bekannt, daß der Vorschlag eingereicht worden ist, den Genossen Willi Kappel aus der Pfalz, nachdem er inzwischen eingetroffen ist, mit in das Präsidium zu wählen. Erhebt sich dagegen Einspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich den Genossen Kappel, hier oben Platz zu nehmen.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Bericht des Zentralkomitees: Die Organisationspolitik der Partei. Ich erteile hierzu das Wort dem Genossen Franz Dahlem.

b) Die Organisationspolitik der Partei

Berichterstatler Franz Dahlem

Genossinnen und Genossen! Vor der deutschen Arbeiterklasse steht die große Aufgabe, als die führende Kraft das neue demokratische Deutschland aufzubauen, alle entgegenstehenden feindlichen Kräfte zu überwinden, alle fortschrittlichen Schichten des Volkes für die gemeinsame Aufbauarbeit zu gewinnen und zu mobilisieren und kühn neue Wege zu suchen, um dieses Ziel auf dem raschesten Wege zu erreichen.

Der Charakter einer staatsaufbauenden Partei

Unsere Partei hat seit der ersten Stunde ihres legalen Auftretens nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes als ihre Überzeugung kundgetan, daß nunmehr nach dem Bankrott der großkapitalistischen Herr-

schaft in unserm Land, die Arbeiterklasse das Schicksal Deutschlands in ihre Hände nehmen und daß sie den neuen Staat aufbauen und führen muß. Die Partei hat dementsprechend sofort ihre *Tätigkeit als eine staatsaufbauende Partei* begonnen und eine Politik im Gesamtinteresse des deutschen Volkes und aller seiner werktätigen Schichten durchgeführt.

Es ist heute unbestritten, daß es die Kommunisten in erster Reihe waren, die hervorragend und aktiv arbeiteten, um in dem allgemeinen Chaos wieder die erste Ordnung zu schaffen, die Ernährung zu sichern, die Straßen und Brücken für den Verkehr freizumachen, die Wohnungen für den Winter zu reparieren und ein einigermaßen normales Leben wiederherzustellen. Es ist ebenso unbestritten, daß auf Grund der Initiative unserer Partei die ersten Selbstverwaltungen gebildet, die zerstörten Betriebe hergerichtet, mit der Produktion begonnen und der Verkehr zum Funktionieren gebracht wurde. So entwickelte die Partei, eng verbunden in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie und im Block mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien eine Politik des Aufbaus auf allen Gebieten der Verwaltung, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens, die in der sowjetischen Besatzungszone zu solchen beachtlichen Erfolgen führte, wie zur erfolgreichen Bildung demokratischer Selbstverwaltungen in allen Ländern und Provinzen, zur Durchführung der Bodenreform und zu der noch in Gang befindlichen Industriereform.

Parallel mit dieser Aufbauarbeit entwickelte sich die Parteiorganisation, und zwar als Organisation eines neuen Typus. Von vornherein streifte sie ihren früheren Charakter einer Oppositionspartei ab. In zäher und noch fortdauernder Überzeugungs- und Schulungsarbeit ging sie daran, die Mitgliedschaft von der früher vorherrschenden negativ-kritischen und in der Hauptsache agitatorischen Politik auf die tagtägliche praktische Vertretung der aktuellen Interessen der Werktätigen, zu einer realen verantwortlichen Politik um-

zustellen, mit dem Blickfeld auf das Gesamtinteresse des werktätigen Volkes und des ganzen Landes.

Wir können heute behaupten, daß diese Umstellung auf die Massenarbeit in den Bezirken im Osten Deutschlands im großen und ganzen erfolgreich durchgeführt wurde. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß hier die Partei im wachsenden Maße das Vertrauen der Arbeiter und Werktätigen gewinnen konnte, was sich unter anderem auch darin ausdrückt, daß allein in der Sowjetzone der Mitgliederbestand der Partei heute die Zahl von 600 000 erreicht hat (Beifall), gegenüber 100 000 Mitgliedern in den in Frage kommenden 6 Bezirken im Jahre 1933, und daß unsere Partei in ihrer Zusammensetzung immer mehr den Charakter einer wahren Volkspartei der Werktätigen annimmt.

Außerdem hat die Partei in den Bezirken der Westzonen, wo die Parteiarbeit unter schwierigeren Bedingungen durchgeführt werden muß, jetzt 205 000 Mitglieder. (Beifall.) Das heißt: unsere Partei, die in ihrem Höchststand im Jahre 1933 eine Viertelmillion Mitglieder zählte, hat heute die Zahl von 800 000 erreicht. (Beifall.)

Diese Umstellung der Partei auf die Mitverantwortung für die Lösung der Aufgaben in Produktion, Wirtschaft und Verwaltung der Gemeinden, Provinzen und Länder mußte auch eine Änderung in den Methoden der Arbeit und den Formen der Parteiorganisation zur Folge haben. Die früheren Methoden der Arbeit der Betriebs- und Straßenzellen aus der Zeit vor 1933 erwiesen sich als unbrauchbar, die alte Organisationsform als zu eng.

In den *Betrieben* entwickelten die sich neu bildenden Parteileitungen und Partei-Kollektive von selbst bereits eine operative Arbeit. Sie waren die Motoren bei der Ingangsetzung einer neuen Friedensproduktion, sie kümmerten sich um Fragen der Rohstoffbeschaffung, der Preisregulierung, der Mitbestimmung und selbst der Leitung in den Betrieben; sie stellten Betriebsprogramme auf, zu deren Durchführung

sie die Belegschaften mobilisierten. Dadurch entwickelten sie sich, im Gegensatz zu den früheren mehr oder minder halb legalen oder illegalen Betriebszellen, zu breiten legalen Betriebsgruppen mit einem vollständig neuen und konkreten Inhalt ihrer Arbeit.

Ähnlich war die *Entwicklung der Arbeit im Wohngebiet*. Die Parteimitglieder in den Straßenzellen des Wohngebiets mußten in der ersten Zeit Aufgaben lösen, wie die Aufräumung der Straßen, Dachdeckaktionen, Sicherung der Ernährung, Holzaktionen zum Winter, Einrichtung von Wärmehallen, Nähstuben usw. Sie mobilisierten dazu breite Massen in freiwilliger Arbeit, schufen neue Formen der Massenmobilisierung, wie die Haus- und Straßennobleute. Zur Beratung und Organisation dieser vielfältigen Aufgaben genühten die früheren Methoden, die Diskussionsabende der Straßenzellen nicht mehr. Es entstanden breite Straßengruppen, die operativ arbeiten mußten, wenn sie alle diese Aufgaben erfüllen sollten. Dieser Prozeß der Herausbildung operativer Parteigruppen im Wohnbezirk ist noch im Gange und längst nicht abgeschlossen.

Ebenso war es mit den *Ortsgruppen auf dem Lande*. Auf dem Dorfe war die Partei früher äußerst schwach vertreten. Im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform, die ja — das können wir mit Stolz sagen — hervorragend durch die Aktivität der KPD unterstützt wurde, ergab sich die Notwendigkeit und jetzt auch die Möglichkeit, durch die Aufnahme vieler Neubauern Hunderte von neuen ländlichen Ortsgruppen zu schaffen. Diese Ortsgruppen mußten ständig zu neuen konkreten Fragen, wie z. B. der Herbstbestellung, der Schaffung und Anleitung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, der Schaffung ländlicher Genossenschaften usw. praktisch Stellung nehmen. So entstand auch auf dem Lande ein neuer fortschrittlicher Typus der örtlichen Parteiorganisation.

So war die Entwicklung der unteren Einheiten der Partei in der ersten Phase des Wiederaufbaus. Heute, 10 Monate nach dem Zusammenbruch der Hitler-Dik-

tatur haben wir — ich rede jetzt von der sowjetischen Besatzungszone — ein Stadium erreicht, wo ein ausgebautes System von Selbstverwaltungen in den Gemeinden und Städten bis hinauf zu den Provinzial- und Landesverwaltungen besteht, wo sowohl im Provinz- wie im Landesmaßstab wie im Maßstab der ganzen Zone planmäßig nach Landwirtschaftsplänen und nach einem allgemeinen Wirtschaftsplan gearbeitet wird, wo Selbstverwaltung, Industrie, Verkehr, Handel und Versorgung in Stadt und Land miteinander kombiniert zusammenarbeiten, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhen, Bedarfsgegenständen und die Fabriken mit Rohstoffen und Halbfabrikaten zu versorgen, wo die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, die Vereinigungen der Bauern und die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine führende Rolle in der Leitung der Wirtschaft zu spielen beginnen, wo der Wirtschaftsapparat in der Sowjetzone dazu übergeht, wirtschaftliche Beziehungen, Waren- und Rohstoffaustausch mit den übrigen Teilen Deutschlands vorzunehmen.

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse in diesen Gebieten Deutschlands, also in einem Drittel Deutschlands, von jetzt ab repräsentiert durch die Sozialistische Einheitspartei, in Politik, Wirtschaft und Verwaltung die führende Rolle spielt, müssen wir sorgfältig überprüfen, welches die besten Formen der Parteiorganisation sind, um diese vor uns stehende Aufgabe mit größtmöglichem Erfolg lösen zu können.

Unsere Organisationsprinzipien

Gestattet mir zuvor einige wenige grundsätzliche Worte zu einigen Organisationsprinzipien.

Die Parteiorganisation ist das Kampfinstrument, mit dessen Hilfe die Partei ihre Arbeit und ihre Aufgaben durchführt. Die Organisationsform der Partei hängt von den Bedingungen ab, unter denen die Partei arbeiten muß oder arbeiten kann. Sie hängt weiter ab

von den jeweiligen Aufgaben, die ihr in der gegebenen Situation gestellt sind. Die Parteiorganisation ist also nichts Starres, sondern etwas Lebendiges. Sie muß; wenn sie auf der Höhe ihrer Aufgaben sein will, jeweils jene Formen annehmen, wie sie gerade zur Lösung der Parteaufgaben notwendig sind.

Unsere Partei entsprach in ihren Organisationsformen bis zum Jahre 1933 denen einer oppositionellen Partei, die im Kampf gegen das Unternehmertum und die kommunistenfeindlichen Maßnahmen des Staates stand. Der Klassenkampf im Betrieb zwang der Partei die mehr oder minder halblegale oder illegale, enge Form der Betriebszelle auf. Die Straßenzelle ihrerseits kam damals kaum über allgemeine Agitation und Führung von Wahlen hinaus. Unter der Hitlerdiktatur, sowohl in der illegalen Arbeit in den Betrieben und Wohngebieten, wie auch in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, wo die Partei ihre Arbeit nicht aufgegeben hat, mußten die Parteiorganisationen die konspirativsten Methoden und die engsten Formen des Zusammenschlusses der zuverlässigsten Genossen annehmen. Es konnte in dieser Lage kein innerparteiliches Regime in Form von Wählbarkeit der Funktionäre oder Befragung der Mitglieder geben.

Der militärische Zusammenbruch des Hitler-Regimes stellte unsere Partei unmittelbar vor eine grundlegend andere und neue Situation, vor die Tatsache einer zerschlagenen Staatsmaschinerie, einer zerstörten Wirtschaft, einer das Leben der Massen bedrohenden Katastrophe von Hunger und Epidemien. Es mußte sofort zugepackt, sofort eine neue Verwaltung geschaffen und das Leben der Bevölkerung gesichert werden.

Ein Rückblick auf die letzten 10 Monate beweist, daß die KPD im Verein mit der SPD und den antifaschistisch-demokratischen Kräften diese Lage gemeistert hat. Die Schwierigkeiten wurden am besten dort überwunden, wo die Besatzungsbehörden den demokratischen Parteien die freieste Entwicklungsmöglichkeit gaben (Bravo!), und das war und ist in der

Sowjetzone. Hier sind die demokratischen Selbstverwaltungen, die Betriebsräte, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe heute die Träger der neuen demokratischen Ordnung, die sich in ihrer Entwicklung fortschrittlich von dem zurückgebliebenen Stand der Entwicklung in den Westzonen abheben.

In diesem Prozeß der Durchführung der neuen großen Aufgaben mußte die Parteiorganisation ihre *Formen ständig weiter ändern und den neuen Bedingungen angleichen*. Es entwickelten sich neue Methoden der praktischen Arbeit, neue Formen des Parteaufbaus und neue Regeln des innerparteilichen Lebens.

Es ist nach dem Gesagten ganz natürlich, daß in der Ostzone unsere Parteiorganisation einen viel fortschrittlicheren Typus aufweist als in den Westzonen, wo der Klassenkampf mit den alten Kräften des Faschismus und der Reaktion und andere Hindernisse einer solchen Entfaltungsmöglichkeit unserer Partei hindernd im Wege stehen.

Parteiorganisation eines neuen Typus

Ich schildere diese Entwicklung so ausführlich, weil wir mit unseren sozialdemokratischen Freunden ausgedehnte Diskussionen bis in die letzte Stunde über den neuen Typus der Parteiorganisation, über Rolle und Aufgabe der Grundeinheiten der Partei, der Betriebsgruppen und Straßengruppen, durchgeführt haben, bis wir uns schließlich auf feste Formulierungen verständigten, wie sie jetzt im Statut auf dem neuen Parteitag beschlossen werden sollen.

Auch die Organisation der SPD hat eine Wandlung ihrer Struktur erfahren. Auch die SPD, vor dieselben Aufgaben der Lösung der Probleme des Betriebes gestellt, war zuerst zur Bildung von Betriebsgruppen übergegangen. Vor ihr stand in aller Schärfe die Frage, eine grundsätzliche Entscheidung über die Rolle die-

ser neuen Betriebsgruppen gegenüber der alten Wohnorganisation zu fällen. Den SPD-Freunden wurde klar, daß mit Zahlabenden und Abteilungen, mit der Organisationsform des Wahlvereins, wie sie noch den Zeiten entstammt, als die politische Rolle der Arbeiterklasse sich in der Hauptsache darin erschöpfte, alle paar Jahre diese oder jene Gemeinde- oder Parlamentswahl durchzuführen, die heutzutage vor der Arbeiterklasse stehenden Probleme nicht gemeistert werden können.

Ich wies schon darauf hin, daß auch unsere Betriebs- und Straßenzellen, die schon einen höheren Typus als den der reinen Wohnorganisation darstellen, der Aufgabenstellung nicht mehr entsprachen.

Dank der Vereinigung der KPD und SPD wird nunmehr die Sozialistische Einheitspartei in der Sowjetzone zur führenden Kraft in Politik, Wirtschaft und kulturellem Leben dieses Teiles Deutschlands. In ihren Händen, als der führenden Staatspartei, liegt die Verantwortung für das Wohl und Wehe des Volkes und für den gesamten demokratischen Neuaufbau des Landes.

Vor der Parteiorganisation steht die Aufgabe, diese politische, wirtschaftliche und kulturelle Führung zu sichern, d. h. die Parteiorganisation muß so gestaltet sein, daß sie dieses gewährleisten kann. Das bedingt eine erneute gründliche Überprüfung und Änderung unserer bisherigen Methoden der Arbeit und unseres Parteaufbaus. Das bedeutet, daß im Verschmelzungsprozeß zweier so verschiedenartiger Organisationen, wie die KPD und SPD, mit ihren eigenen Traditionen und Organisationsformen, eine neue Kampforganisation entstehen muß, wie sie zur Führung von Staat und Wirtschaft notwendig ist.

Das grundlegend Neue ist dabei die Fundierung der Partei auf der Grundlage der Betriebe, bei Herausarbeitung ihrer Aufgaben in Produktion und Wirtschaft, bei gleichzeitiger Umstellung auch der Arbeit der Parteigruppen im Wohngebiet auf aktive Führung im kommunalpolitischen Leben der Gemeinden und der Städte.

Betriebsgruppen und Aufbau der Parteiorganisation

Vor der Partei stehen heute in den Betrieben eine Reihe von Aufgaben wirtschaftspolitischer Natur, die überhaupt nur mit Hilfe starker Betriebsgruppen gelöst werden können. Wir nennen einige der wichtigsten: Endgültige Säuberung der Betriebe vom faschistischen Einfluß, Sicherung der Rechte der Betriebsräte, Vertretung und Verbesserung der materiellen und sozialen Bedingungen der Arbeiter und Angestellten, Sicherung des vollen Mitbestimmungsrechts im Aufbau der Produktion, Überführung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis in die öffentliche Hand. Wo kann die Partei diese Probleme am besten lösen, wenn nicht an den Stätten der Produktion selbst, mit Hilfe ihrer Betriebsgruppen? Hier findet sie die besten Menschen zur Durchführung dieser Aufgaben, die sie auf betriebliche und wirtschaftliche Kommandohöhen stellt. Hier in den Betriebsgruppen sind jene Parteifunktionäre und -mitglieder zusammengefaßt, die als qualifizierte Arbeiter, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler usw. ein Parteikollektiv bilden, in dem sich alle gegenseitig kennen, sowohl als Parteigenossen, wie ihren Charaktereigenschaften und ihrer Berufsqualifikation nach. Aus diesen Quellen erfahrener Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre und der Betriebsintelligenz kann die Partei die geeignetsten Männer und Frauen entnehmen, die sie für die Besetzung der Positionen in den Organen der Wirtschaft und der Verwaltung braucht und die über die notwendige Sachkenntnis verfügen.

Die Rolle der Arbeiterklasse, im Neuaufbau des Landes die Führung zu übernehmen, macht es zu einer Notwendigkeit für jede Parteileitung, die politische Arbeit aufs engste mit der Wirtschaftsarbeit zu koordinieren. Manche unserer bisherigen Parteileitungen, deren Mitglieder in der Hauptsache aus dem Wohngebiet stammten, waren und sind zur Führung der aktuellen Politik

der Partei unfähig. Die Reden mancher Sekretäre und Funktionäre unserer Partei, sobald sie auf die Fragen des Aufbaus der Produktion und der Lenkung der Wirtschaft kommen, klingen hohl und phrasenhaft, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie von den konkreten Wirtschaftsfragen nichts verstehen, weil sie sich darum nicht kümmern. Es ist deswegen dringend nötig, daß in Zukunft die Betriebsarbeiter und -Angestellten und die technische Betriebsintelligenz in größerem Maße als bisher in allen Parteileitungen vertreten sein müssen, wenn die Sozialistische Einheitspartei ihre Aufgabe erfüllen soll. (Bravo!) Aus den Betriebsgruppen können politisch fähige Genossen und Genossinnen in die übergeordneten Parteileitungen entsandt werden, die selbst aus eigener Arbeit und Erfahrung die Probleme der Produktion und der Wirtschaft kennen.

Ich sagte eingangs, daß wir die bisherige Entwicklung der Betriebsgruppen überprüfen müssen, um weitere Verbesserungen durchzuführen. Wir müssen dabei hier in unserer Zone klarstellen, was heute die Aufgaben der Betriebsgruppen im Betriebe sind und was ihre Aufgaben nicht sind. In der ersten Phase nach dem Zusammenbruch haben die Betriebsgruppen oft selbst als Parteiorganisationen den Aufbau der Betriebe in Angriff genommen. Sie haben selbst unmittelbar die Rohstoffe beschafft, ja oft direkt an der Leitung des Betriebes teilgenommen. Das war in der damaligen chaotischen Übergangszeit unvermeidlich. Das Leben selbst und die Praxis aber lehrten, daß eine klare Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Betriebsgruppen der Partei und den Aufgaben der Parteigenossen in den Organen bzw. in den Leitungen der Betriebe gemacht werden muß. Die Parteileitungen — das gilt für die Betriebsgruppen so gut wie für alle übergeordneten Leitungen — müssen sich hüten, sich direkt in die Leitung der Wirtschaft einzumischen oder gar Organe der Wirtschaft ersetzen zu wollen. (Sehr gut!) Das ist nicht ihre Aufgabe.

Die Aufgabe der Betriebsgruppen besteht hier darin, die Probleme des Betriebes in ihren Mitgliederversammlungen zu stellen, die allgemeine Linie herauszuarbeiten und mit Hilfe der Parteigenossen, die als qualifizierte Arbeiter und Angestellte, als Techniker, Ingenieure, als Betriebsräte und Wirtschaftsfunktionäre, als Treuhänder und Betriebsleiter in den Werkstätten und in den Büros des Betriebes arbeiten, den Gang der Wirtschaft maßgeblich zu beeinflussen. Sie sollen durch ihre Vorschläge und durch ihre Initiative bei der Aufstellung und Durcharbeitung betrieblicher Aufbauprogramme der ganzen Arbeit im Betrieb Richtung und Ziel geben. Aber die ganze wirtschaftliche Verantwortung muß bei den normalen wirtschaftlichen Organen des Betriebes liegen. Die Betriebsgruppe muß ständig auf dem laufenden über alle Vorgänge im Betriebe sein. Das ist gesichert, wenn sie Mitglieder in allen Teilen des Betriebes besitzt. Dann ist sie auch imstande, die Arbeit der Parteigenossen — ob das nun einfache Arbeiter und Angestellte oder Betriebsräte, Gewerkschaftler oder Betriebsleiter sind — zu kontrollieren und anzuleiten.

Eine Voraussetzung, daß sie ihre Aufgabe erfüllen kann, besteht darin, daß in die Leitung der Betriebsgruppe und der Abteilungsgruppen solche Mitglieder hineinkommen, die neben ihrer politischen Qualifikation den inneren technischen Betrieb, Produktion, Preisfragen, Rohstofffragen genau kennen, die selbst fest in ihren Abteilungen verwurzelt sind. Es wird dann auch möglich sein, auch die Personalpolitik des Werkes zu beeinflussen, Schädlinge, verkappte Faschisten, sabotierende Reaktionäre bloßzustellen, wie zum Beispiel im Falle des Direktors Schwab bei Telefunken-Berlin, und diese Schädlinge dann mit Hilfe der öffentlichen Meinung zu entfernen. Es gibt bereits vorbildliche Beispiele der Arbeit von Betriebsgruppen — ich nenne nur Leuna und BVG-Berlin — die wir sorgfältig studieren und popularisieren sollen.

Durch den Zusammenschluß von KPD und SPD wird die Betriebsgruppe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Zukunft in den meisten Betrieben nicht nur eine zahlenmäßig starke Parteiorganisation werden, sondern in ihr strömen jetzt durch die Verschmelzung alte und erfahrene Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre und junge politisch aktive und bewegliche Kräfte und eine große Anzahl neu zur Partei stoßende Mitglieder aus allen Schichten der Belegschaft zusammen.

Diese neuen Arbeitsmethoden der Betriebsgruppen führen zu Konsequenzen auch für den weiteren Aufbau der gesamten Parteiorganisation. Es hat sich z. B. in Berlin als notwendig erwiesen, Konferenzen der Betriebsgruppenleiter der einzelnen Industrien durchzuführen, auf welchen die allgemeinen Probleme der betreffenden Industrie beraten, die gemachten Erfahrungen gesammelt und wertvolle Lehren für alle Betriebe gezogen werden konnten. Ohne solchen Gedankenaustausch kommen die Leiter der Wirtschaftsabteilungen unserer Parteileitungen nicht mehr aus. Solche Aussprachen sind notwendig, um die Linie der Wirtschaftspolitik der Partei zu entwickeln. Ohne sie können die verantwortlichen Genossen in unseren Abteilungen — ob sich das nun um die Abteilungen Wirtschaft, Arbeit, Handel und Versorgung usw. handelt — sich keinen Überblick über die Lage in den einzelnen Zweigen der Industrie verschaffen.

Es ergeben sich noch weitere Notwendigkeiten für den Parteaufbau. Einzelne Betriebsgruppen von Großbetrieben sind auf Grund ihrer Erfahrungen dazu übergegangen, Parteisekretäre anzustellen. Die bisher weitestgehende Form, die sich jetzt in Berlin herausgebildet hat, ist die Schaffung durchgehender Betriebsparteiorganisationen bei den städtischen Betrieben, bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, der Gasag und der Müllabfuhr. Ebenso wurde eine durchgehende Parteiorganisation sowohl bei den Eisenbahnern wie bei den Postlern durchgeführt. Wir werden also durch die Entwicklung

von unten herauf vor ganz neue Organisationsprobleme gestellt. Wir wissen sehr gut, Genossen, wie unterschiedlich die Entwicklung der Betriebsgruppen und wie schwach meist der Inhalt ihrer Arbeit heute noch ist. Deshalb muß es jetzt die Hauptsorge aller Parteileitungen sein, diese wichtigsten Grundorganisationen der Partei auf die Höhe ihrer Aufgaben zu bringen.

Eine parallele Entwicklung wie bei den Betriebsgruppen zeigt sich auch, was Struktur und Inhalt der Arbeit der Wohnbezirksgruppen betrifft. Wir müssen selbstkritisch sagen, daß wir die Wohngruppen sehr vernachlässigten, daß es einen großen Tempoverlust gibt was ihre Fähigkeiten betrifft, die vor ihnen stehenden Aufgaben zu bewältigen.

Die Rolle der Wohnbezirksgruppen

Die Wohnbezirksgruppen, wie sie nunmehr laut Statut heißen, sind ebenso gleichberechtigte Grundeinheiten wie die Betriebsgruppen. Sie haben ihre speziellen Aufgaben im Wohnbezirk, die ebenfalls von lebenswichtiger Bedeutung für das Leben der Bevölkerung sind. Diese Aufgaben liegen in der Hauptsache auf kommunalpolitischem Gebiete. Wir nannten schon einige der wichtigsten: Lösung der Wohnungsprobleme, Fragen der Ernährung und Versorgung, des Schul- und Erziehungswesens, des Aufbaus unserer Straßen und Städte. Mit einem Wort: es handelt sich um vielfältigste Probleme, wie sie besonders vor der Verwaltung einer Gemeinde stehen. Wir werden sehr sorgfältig studieren müssen, wie unsere Wohnbezirksgruppen, welche die Mehrzahl der unteren Einheiten in der Partei bilden — auf Grund der zahlenmäßigen Stärke der Sozialistischen Einheitspartei wird z. B. in Berlin die Zahl der Wohnbezirksgruppen in die Tausende gehen — am besten ihre Arbeit und die Formen ihrer Organisation entwickeln können.

In der KPD, besonders stark aber bei unseren sozialdemokratischen Freunden, bestanden Befürchtungen,

daß die Wohnbezirksgruppen durch die Organisierung der Betriebsarbeiter in den Betriebsgruppen von den aktiven Arbeiterelementen, insbesondere von Funktionären, entblößt und dadurch unfähig gemacht werden könnten, die wichtige Arbeit im Wohngebiet zu leisten. Dem ist aber nicht so. Es ist eine Tatsache, daß heute erst ein Bruchteil der Arbeiterschaft in den Betrieben arbeitet, was uns die Statistik über die Zusammensetzung der Partei nach Betriebszugehörigkeit demonstriert. Es ist selbstverständlich, daß alle Betriebsarbeiter, die heute im Betrieb beschäftigt sind, in die Betriebsgruppe hineingehören. Darüber hinaus ist es aber eine Tatsache, daß bestimmte Kategorien von Arbeitern und Angestellten nur in den Wohnbezirksgruppen organisiert werden können, z. B. eine große Zahl von Bauarbeitern mit unbeständiger Arbeitsstelle, Parteimitglieder aus Kleinbetrieben; auch Handwerker und Gewerbetreibende können nur schwer in Betriebsgruppen erfaßt werden. Dazu kommen die Arbeitslosen, die Berufslosen, die Angehörigen freier Berufe und vor allem die große Masse der nicht in den Betrieben beschäftigten Frauen.

Hier ist das große Problem zu lösen, die Frauen, die nach einem neuen Lebensinhalt suchen, ins politische Leben einzubeziehen und sie, gleichberechtigt wie die Männer, zur verantwortlichen Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei auf allen Gebieten einzugliedern.

Die Entfaltung der Arbeit der Frauenausschüsse zeigt schon, auf welchem Gebiete Zehntausende von Aktivistinnen allein in einer Stadt wie Berlin benötigt werden: bei der Schulungs- und Erziehungsarbeit, bei der Kontrolle der Versorgung und Ernährung der Bevölkerung, bei der Organisierung auf den verschiedensten Gebieten der Sozialfürsorge, im Kampf um Gleichberechtigung und Rechtsschutz für die Frauen. Ganz neue Berufe müssen der Frau erschlossen werden. Eine neue Organisation, wie z. B. die im Aufbau begriffenen Konsumgenossenschaften müßte von oben bis unten von Frauen geleitet werden. (Bravo und Händeklatschen.)

Es wird die Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei sein, dieses Problem der Einbeziehung der Frauen in das politische Leben kühn anzupacken und zu lösen. In dem neuen Statut wurde ausdrücklich festgelegt, daß in jeder Parteileitung eine Mindestzahl von Frauen vertreten sein muß. (Beifall.)

Wenn die Partei eine richtige Politik der Interessenvertretung unter den einzelnen werktätigen Schichten durchführt, dann wird sie die Kräfte erhalten, die sie braucht. Alle qualifizierten Menschen, die fortschrittlich gesinnt sind, und die etwas können, werden in der Partei und durch die Partei volle Entfaltungsmöglichkeiten und Befriedigung ihrer Schaffenslust finden.

Nun, wir haben in der letzten Zeit in den Diskussionen mit unseren sozialdemokratischen Freunden nicht mehr so viel, wie es früher oft der Fall war, über Fragen der paritätischen Besetzung von Positionen gestritten. Es erwies sich nämlich, daß wir keinen Kaderüberfluß haben, weder die Sozialdemokraten noch die Kommunisten, sondern daß im Gegenteil, angesichts der Vielfalt der Anforderungen nach qualifizierten Kräften, ein empfindlicher Kadermangel besteht. Das ist sowohl in der Partei wie bei der Besetzung von Positionen in der Wirtschaft und in den Selbstverwaltungen der Fall. Jetzt wird die Sozialistische Einheitspartei auf Grund ihrer Stärke und Macht weitere zehntausende qualifizierter Menschen für die Arbeit auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten benötigen.

Durch die neue Fassung des § 9 des Statuts der Sozialistischen Einheitspartei sind die Befürchtungen unserer sozialdemokratischen Freunde über den Mangel an Parteifunktionären für die Arbeit im Wohngebiet behoben. Es heißt jetzt in § 9:

- (1) Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.
- (2) In Betrieben, in denen mindestens fünf Parteimitglieder tätig sind, wird eine Betriebsgruppe errichtet. Parteimitglieder, die in einem solchen Betriebe tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und

sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen, wenn der Ortsgruppenvorstand oder die übergeordnete Parteikörperschaft eine solche besondere Arbeit im Wohnbezirk beschließt.

- (3) Die von einer Betriebsgruppe nicht erfaßten Arbeiter, Angestellten, Angehörigen freier Berufe, selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirte, Arbeitslosen, Berufslosen, Hausfrauen usw. werden in Wohnbezirksgruppen erfaßt.
- (4) Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit.
- (5) Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.
- (6) Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut (§ 25).

Damit sind die von mir erwähnten Befürchtungen behoben, und wir können nun gemeinsam an den Aufbau der Betriebsgruppen und Wohnbezirksgruppen der Sozialistischen Einheitspartei herangehen.

Im praktischen Leben wird es sich bald erweisen, daß die Betriebs- und Wohngruppen oft eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen werden. Das wird so sein bei der Durchführung allgemeiner Wohngebietsaufgaben, bei Wahlen, bei der Unterstützung von Betrieben seitens der Wohngruppen usw. Auch von den Wohngruppen aus werden die besten Parteigenossen, die zugleich die sachverständigsten Kenner der Probleme der Kommunalpolitik ihres Ortes und Stadtgebietes sind, in die übergeordneten Leitungen gewählt werden.

Charakter und Arbeitsmethoden der Parteileitungen

In die Parteileitungen werden also auf ganz natürlichem Wege von unten auf, aus der praktischen Tätigkeit in den Betriebs- und Wohngruppen die Genossen und Genossinnen entsandt werden, die sowohl vom

Standpunkt der politischen Fähigkeit als Parteimitglieder, wie vom Standpunkt der Beherrschung der Probleme des Betriebes und der Wirtschaft, der Kommunalpolitik und der Verwaltungspraxis, der Arbeit auf den verschiedenen Gebieten die Geeignetsten sind, um die Politik der Partei zu konkretisieren. (Bravo!)

Und jetzt einiges zum neuen Charakter und zu den Arbeitsmethoden der Parteileitungen.

Die Aufgabe der Parteileitungen besteht darin, in ihrem Arbeitsbereich die konkrete Linie der Politik der Partei herauszuarbeiten und in der Praxis zu verwirklichen. Das erfordert einen hohen Grad der Qualifikation der Mitglieder der neuen Parteileitungen. Sie müssen nicht nur in theoretischer Beziehung auf festen Füßen stehen, sondern müssen auch imstande sein, die Entwicklung auf allen Gebieten in ihrem Arbeitsbereich zu übersehen, um die überall wirkenden Parteigenossen anzuleiten und ihnen mit Rat und Tat helfen zu können. Um das zu ermöglichen, wird bei jeder Leitung – auch das ist im Statut vorgesehen – ein Sekretariat als eine ständige operative Leitung gebildet, deren einzelne Mitglieder eine klar umrissene Verantwortung für bestimmte Arbeitsgebiete übernehmen sollen.

Entsprechend dem Charakter der Sozialistischen Einheitspartei wird der Parteiapparat durch die Bildung einer Reihe von Abteilungen so aufgebaut, daß er sich der Struktur des kommunalen und staatlichen Verwaltungsapparates angleicht. In diesen Abteilungen werden von Sachverständigen, Abteilungsleitern und Mitarbeitern in engster Verbindung mit den verantwortlichen Genossen, die auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft, Verwaltung, Kultur usw. tätig sind, die Probleme behandelt, wie sie in den einzelnen Industrien, in den Wirtschaftsorganen, in den Gemeinden, Provinzial- und Landesverwaltungen, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen, in den neuen Bauernorganisationen und auf dem Gebiet der Kultur stehen. Hier werden die Erfahrungen gesammelt, die Fehler kritisiert

und korrigiert und die allgemeine Richtung der Arbeit der Parteigenossen in ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet festgelegt. Die Parteileitungen selbst mischen sich nicht direkt in die Führung der Wirtschaft und Verwaltung ein; sie behandeln nur die prinzipiellen und wichtigen Fragen, kümmern sich nicht um die kleinen Dinge. Aber sie behalten den großen Überblick und die Kontrolle über die Durchführung der Aufgaben. Sie müssen stets auf dem laufenden sein. So helfen sie den verantwortlichen Parteigenossen durch ihren Rat, durch die Übermittlung der besten und letzten Erfahrungen.

Genossen! *Politik und Wirtschaft sind heute mehr denn je untrennbar miteinander verbunden.* Durch die Verbindung der allgemeinen politischen Arbeit mit der Wirtschafts- und Verwaltungsarbeit realisieren die Parteileitungen die politische Führung der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen werden folgende Abteilungen gebildet, die natürlich bei den oberen Leitungen in den einzelnen Referaten und Ausschüssen mehr gegliedert werden, als bei den unteren Parteileitungen:

- Wirtschaft und Finanzen
- Landwirtschaft
- Arbeit und Sozialfürsorge
- Genossenschaften
- Landes- und Provinzialpolitik
- Kommunalpolitik
- Justiz
- Werbung und Schulung
- Kultur und Erziehung
- Jugend
- Frauen
- Presse und Information
- Personalpolitik
- Organisation
- Instrukteurabteilung
- Parteifinanzen
- Geschäftsverwaltung

Die Organisationsabteilung, die eng mit der Instrukteurabteilung für die einzelnen Bezirke bzw. Kreise bzw. Ortsgruppen zusammenarbeiten muß, soll die Entwicklung der Parteiorganisation beobachten, die gleichmäßige Auswertung der Erfahrungen in allen Teilen des Parteikörpers sichern und eine gleichmäßige Entwicklung in allen Gliederungen der Partei im gesamten Land gewährleisten.

Entsprechend der Aufgabenstellung der Partei wird auch der gesamte Parteaufbau bis nach oben, ausgehend von den Grundeinheiten der Betriebs- und Wohngruppen bis zu den Landes- und Provinzialleitungen, dem administrativen Aufbau der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen angeglichen. Wo die Zentren der Verwaltungen und der Regierungen sind, da wird auch in der Regel die entsprechende Parteileitung sein. Diesem Aufbau auf der Grundlage der Kreise und Länder trägt auch das neue Statut Rechnung, so daß jetzt mit Recht behauptet werden kann, daß die Sozialistische Einheitspartei mit einem solchen Aufbau im Begriffe ist, sich mit ihrer neuen Organisation das Instrument zu schaffen, um die großen vor ihr stehenden Aufgaben der Führung in Staat und Wirtschaft zu erfüllen.

Zur Kaderpolitik der Partei

Eine weitere große Aufgabe, welche die ständige und wichtigste innere Aufgabe der Partei ist, besteht darin, die Menschen zu betreuen, die in vielfältigsten Funktionen und Positionen innerhalb und außerhalb der Partei für die Durchführung ihrer Politik verantwortliche Arbeit leisten sollen. Genosse Stalin hat uns eindringlich gelehrt, daß der Mensch das Wichtigste ist und daß im Leben des Volkes und des Staates die Kader alles entscheiden. Unsere Partei in der Sowjetzone, die besonders hervorragenden Anteil am neuen Aufbau der Selbstverwaltung, der Betriebe, der Wirtschaft, des Lebens auf allen Gebieten genommen hat,

die über Tausende von Bürgermeisterern, über Zehntausende verantwortlicher Menschen verfügt, welche auf den verschiedensten Gebieten arbeiten, gerade unsere Partei weiß, wie schwierig dieses Problem der Entwicklung der Kader ist. Denn es ist wirklich vom Vorhandensein oder vom Mangel an fähigen Funktionären abhängig, ob die Arbeit auf jedem einzelnen Gebiet vorwärts geht oder stockt. (Sehr richtig!) *Es hängt lediglich von den Menschen, die an verantwortlicher Stelle tätig sind, ab, ob die Partei Vertrauen in der Bevölkerung genießt oder nicht, und dies hängt ab sowohl von deren Können wie von ihren moralischen Qualitäten.* (Sehr wahr!) In der irregulären Übergangszeit, als die Partei zunächst noch im Aufbau begriffen war, als das Zentralkomitee und die Bezirksleitungen noch keine genügende Kontrolle über die Funktionärskader in allen Orten hatten, konnte manches faule Element an die Spitze lokaler Parteiorganisationen, in Gemeindeverwaltungen oder als Bürgermeister hochkommen, was in jedem Falle dem Prestige der Partei geschadet hat. (Sehr gut!) Diese Zeiten sind vorbei, und wo noch solche Erscheinungen auftreten sollten, müssen sie mit Hilfe der Kritik der Massen schonungslos ausgemerzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Frage der Schaffung neuer Kader von Funktionären wird jetzt noch dringender werden. Denn die Vereinigung der KPD und SPD bedeutet nicht nur eine Summierung der bisherigen Kräfte der beiden Organisationen, sondern eine Vervielfältigung dieser Kräfte. Die Sozialistische Einheitspartei wird in unserer Ostzone die vorherrschende und führende Partei sein. SPD und KPD haben heute in der Ostzone bereits rund 1,3 Millionen abgerechnete Mitglieder. (Beifall.) Die Sozialistische Einheitspartei wird bei den kommenden Gemeinde-, Kreis- und Landeswahlen überall eine überwältigende Arbeitermehrheit bekommen. Im Zusammenhang mit der Industriereform und mit dem Aufbau weiterer Massenorganisationen der Werktätigen wird sie neue zehntausende Funktionäre auf ver-

antwortliche Posten stellen müssen. Diese Aufgabe werden wir lösen, wenn auf allen Stufen der Partei eine richtige Werbearbeit und eine gute Kaderpolitik gemacht werden. Die Entwicklung selbst schafft die Voraussetzungen dazu. Zurzeit strömen von Monat zu Monat mehr als hunderttausend neue Mitglieder in die Partei, und zwar aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung. *Zweihunderttausend Neuanmeldungen liegen bereits für den Beitritt zur Sozialistischen Einheitspartei nach dem 1. Mai vor.* (Beifall.) Wir können nicht behaupten, daß dies auf Grund einer planmäßigen Werbung vor sich geht, sondern es handelt sich um einen elementaren Prozeß auf Grund des steigenden Vertrauens, das die werktätigen Massen zur Partei gewinnen, und das insbesondere auf Grund der Befriedigung im arbeitenden Volk über die Herstellung der Arbeitereinheit. (Sehr richtig!)

Das Problem besteht darin, die zehntausende und hunderttausende wertvollster Menschen zu gewinnen, die heute noch außerhalb der Reihen der Partei stehen. Hier können wir regulierend eingreifen, indem wir eine systematische Werbung unter jenen Schichten durchführen, welche die Partei am dringendsten zur Lösung ihrer Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten braucht. Das sind also die fortschrittlichsten und qualifizierten Arbeiter, Angestellten, vor allem aus den Reihen der Gewerkschaftler; das sind die fähigsten Menschen aus den Reihen der betrieblichen Intelligenz, die erkennen, daß unsere Partei die einzige starke Kraft zum Neuaufbau Deutschlands ist; das sind die Menschen, die auf den vielfältigen Gebieten der Kommunalpolitik, vom Verkehr, Handel und Versorgung produktive und aufbauende Arbeit leisten; das sind die fortschrittlich gesinnten Wissenschaftler, die Angehörigen der freien Berufe, die Lehrer und Professoren, die wissen, daß nur mit der Macht der Partei die Schulreform, die Justizreform, der Neuaufbau einer demokratischen Kultur erfolgreich zu Ende geführt werden kann. Das sind vor allem die Massen der aktiven Frauen, die zu

uns kommen werden, wenn die Partei ihnen die Gleichberechtigung erkämpft; das sind die Massen der Jugendlichen, denen die Sozialistische Einheitspartei eine bessere Gegenwart, eine sichere Zukunft und neue Ideale geben kann. Wir haben schon das Beispiel des Zustroms von Bauern in die Partei, von Bauern, die früher den Sozialisten und Kommunisten mißtrauisch gegenüberstanden, die aber infolge unserer Initiative bei der Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg, in Brandenburg und anderen Landgebieten zahlreich in unsere Partei kommen und die aus ihren eigenen Reihen die Kräfte für die Führung ihrer neuen Organisationen stellen.

Wir sind überzeugt, daß die Sozialistische Einheitspartei die vielen Kräfte mobilisieren wird, die zum Aufbau einer friedlichen Wirtschaft und einer demokratischen Staatsverwaltung notwendig sind. Das deutsche werktätige Volk besitzt große Qualitäten. Es kommt nur darauf an, solche traditionellen Eigenschaften wie die der präzisen Arbeit, der Ordnungsliebe, der Disziplin, der Lust am eigenen Werk auf das Gute und Fortschrittliche zu lenken. Die Erfahrungen des erfolgreichen Aufbaus während der vergangenen Monate in der Sowjetzone sind ein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Wie soll man nun die Menschen ausfindig machen und entwickeln, wie sie auf den vielfältigsten Gebieten benötigt werden? Ich denke, es gibt in dieser Frage keine erschöpfendere Antwort als die, welche der Genosse Stalin auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahre 1939 gegeben hat.¹ In seinem Rechenschaftsbericht sagte Genosse Stalin über die Bedeutung der Kader und ihrer richtigen Auslese:

„Richtige Kaderauslese heißt:

1. Die Kader schätzen als den goldnen Fonds der Partei und des Staates, sie hochhalten, sie achten.

¹ J. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), Moskau 1939, Seite 42.

2. Die Kader kennen, die Vorzüge und die Mängel jedes Kaderarbeiters sorgfältig studieren und wissen, auf welchem Posten sich die Fähigkeiten des Mitarbeiters am leichtesten entfalten können.

3. Fürsorglich Kader heranbilden, jedem sich entwickelnden Mitarbeiter helfen, sich emporzuarbeiten, keinen Zeitaufwand scheuen, um sich mit solchen Mitarbeitern geduldig „abzugeben“ und ihre Entwicklung zu beschleunigen.

4. Rechtzeitig und kühn neue, junge Kader befördern, ohne sie an der alten Stelle einrostet, ohne sie versauern zu lassen.

5. Die Mitarbeiter so auf die Arbeitsplätze verteilen, daß sich jeder am richtigen Platze fühle, daß jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmaß dessen leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist, daß die gesamte Richtung der Arbeit zur Verteilung der Kader vollauf den Anforderungen der politischen Linie entspreche, zu deren Durchführung diese Verteilung vorgenommen wird.“

So soll auch die Linie der Aufgaben unserer Personalabteilungen sein, welche die Beobachtung, Förderung, Auslese und den entsprechenden Einsatz der Funktionäre durchzuführen haben, wobei wir nicht ängstlich sein sollen, auch frisch in die Partei gekommene junge Kräfte auf verantwortliche Arbeit zu stellen. (Bravo!) Daneben müssen die Personalabteilungen sorgfältig darauf achten, daß keine faulen, asozialen oder feindlichen Elemente in die Partei eindringen, und, wo das trotzdem geschehen sollte, müssen sie sofort aus den Reihen der Partei entfernt werden.

Innerparteiliche Demokratie und Parteidisziplin

Gewaltig sind die Aufgaben, die vor unserer Partei stehen. Sie sind nur zu erfüllen, wenn alle Leitungen, vom Parteivorstand bis herunter zu den Betriebs- und

Wohngruppen, sich auf das Vertrauen der Parteimitgliedschaft, auf die disziplinierte Durchführung der Linie und der Beschlüsse der Partei verlassen können. Nur eine solche Disziplin hat einen Wert und hält stand, die auf dem Vertrauen der Mitgliedschaft zur Führung der Partei aufgebaut ist. Die innerparteiliche Demokratie ist daher eine Lebensnotwendigkeit für die Partei der Arbeiterklasse.

Das vorliegende Statut ist das demokratischste, das es jemals in der deutschen Arbeiterbewegung gegeben hat. Die Wünsche nach einem vollen Entscheidungsrecht der Mitgliedschaft werden befriedigt. Alle Leitungen der Partei von unten bis oben werden in Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen gewählt. *In der Sozialistischen Einheitspartei wird der Wille der Parteimitgliedschaft oberstes Gesetz sein.* (Bravo!)

Das Statut macht die aktive Arbeit zur Pflicht jedes Parteigenossen. In der Partei wird jedes Mitglied nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, seine Kritik und seine Vorschläge anzubringen. Wir werden auch unsere Methode der offenen Selbstkritik in die neue Partei mit hineinbringen. (Beifall.) Dies alles wird dazu helfen, das Verantwortungsbewußtsein jedes Parteimitgliedes für die Gesamtpartei zu erhöhen. Wir werden auch an die Kritik der Massen und ihr Urteil über die Arbeit der Partei appellieren. Die Parteileitung, insbesondere der Genosse Wilhelm Pieck, hat in der Vergangenheit viele Briefe einfacher Parteigenossen und von parteilosen Menschen aus den verschiedensten Volksschichten erhalten. Sie machten uns oft auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung eines Ortes oder der Belegschaft eines Betriebes, über Mißstände in einer Bürgermeisterei, in einem Amt oder auf das ungebührliche Gebaren verantwortlicher Parteimitglieder aufmerksam. Das hatte zur Folge, daß bürokratische Auswüchse beseitigt oder entartete oder unfähige Parteimitglieder von ihrem Posten entfernt und auch aus der Partei ausgeschlossen wurden. Solche

direkten Verbindungen der Parteileitung mit den Massen sind als zusätzliche Kontrolle der Arbeit der Partei sehr wertvoll. Sie sind auch ein Barometer für die richtige oder falsche Durchführung der Linie der Partei und bereichern die Politik der Parteiführung.

Genossen! Mit der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei beginnt jetzt eine neue Phase im Leben und in der Arbeit unserer Parteiorganisation. Jetzt haben wir die Hände frei. In der Ostzone z. B. werden keine Kräfte mehr im Bruderkampf absorbiert werden. (Bravo!) Die Einheit der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der im Aufbau begriffenen Arbeiter- und Massenorganisationen ist gesichert, was auch eine Vervielfältigung ihrer Kräfte bedeutet. Es kommt jetzt darauf an, alle Parteiorganisationen, insbesondere unsere Betriebsgruppen und Wohnbezirksgruppen, so aufzubauen und mit Leben zu erfüllen, wie es uns die Linie der bisherigen Arbeit als erforderlich zeigt und wie ich es darzustellen versucht habe.

Darüber hinaus kommt es darauf an, mit Hilfe der Parteiorganisationen die großen Massen des schaffenden Volkes in immer größerem Ausmaß selbst am Aufbau unseres Landes zu beteiligen. Gelingt uns dies, dann wird die Sozialistische Einheitspartei die Retterin unseres Volkes und die Wegbereiterin zu einem neuen glücklichen Leben sein.

Euch, Genossen aus den Westzonen, soll das Beispiel der Entwicklung der Partei in der Ostzone als Ansporn zur Nachahmung gelten. Ihr könnt versichert sein, daß der neue Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei alle seine Kraft einsetzen wird, damit in allen Zonen die Arbeiterklasse sich die Führung in Staat und Wirtschaft erkämpft und dadurch die Voraussetzungen schafft, ihre historische Mission auch in Deutschland zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Nach der Tagesordnung müßte jetzt der Bericht des Genossen Ackermann über den ideologischen Kampf der Partei folgen. Da wir aber vorgesehen hatten, um 14 Uhr die Mittagspause eintre-

ten zu lassen, und der Bericht etwas längere Zeit in Anspruch nimmt, schlage ich eine Umstellung in diesem Tagesordnungspunkt vor, indem wir den Bericht über die Frauenarbeit der Partei vorwegnehmen, der kürzere Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Einverständnis vorausgesetzt, erteile ich das Wort der Genossin Elli Schmidt zum Bericht über die Frauenarbeit der Partei.

d) Die Frauenarbeit der Partei

Berichterstatterin Elli Schmidt

(Die Rednerin wird mit Beifall begrüßt.)

Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute auf einer so bedeutungsvollen Tagung Rechenschaft über die von uns unter den Frauen geleistete Arbeit ablegen, so können wir zweifellos feststellen, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, seit Kriegsende viele tausende Frauen aus ihrer dumpfen Verzweiflung herauszureißen und in ein neues Leben zu stellen. Der Hitlerkrieg und das blutige Naziregime hatten den Frauen so viel Leid und Kummer zugefügt, daß viele von ihnen nicht begreifen konnten, was der Frieden für sie bedeutet. Zu furchtbar war das vom nazistischen Regime hinterlassene Chaos, und Millionen Frauen mußten sich mit ihren Kindern erst einmal eine neue Heimat suchen, weil der Krieg sie aus der alten vertrieben, ausgebombt und wohnungslos gemacht hatte.

Unsere Partei, die als erste nach dem Zusammenbruch überall in Erscheinung trat und die Initiative ergriff, die furchtbaren Notzustände zu beseitigen, zeigte auch den Frauen den Weg zur aktiven Mitarbeit. Wir können wirklich sagen, daß große Massen von Frauen sich vom ersten Tage an hervorragend in den Neuaufbau Deutschlands eingeschaltet haben. Wenn unsere Delegierten aus allen Gebieten Deutschlands heute feststellen können, daß der Trümmerhau-

fen Berlin doch einigermaßen aufgeräumt ist und man wieder eine Stadt erkennen kann, so haben wir das in erster Linie den Berliner Frauen zu verdanken. (Lebhafter Beifall.) Auch in Dresden, Chemnitz, Leipzig und anderen größeren Städten hatten die Frauen den Hauptanteil an den Aufräumungsarbeiten. Dazu ist noch zu bemerken, daß Millionen Arbeitsstunden freiwillig und unbezahlt am Abend und an Sonntagen geleistet wurden. Auf diese tatkräftigen Frauen können wir mit Recht stolz sein.

Die furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit lehren die Frauen aber auch, daß sie nicht abseits stehen können vom politischen Leben, vom politischen Kampf, sondern sich einreihen müssen in die große Front des Friedens und der Freiheit, wenn sie sich und ihren Kindern eine neue Zukunft sichern wollen. Zehntausende Frauen sind auch zu uns in die Kommunistische Partei gekommen, und man kann sagen, daß in ganz Deutschland hunderttausende Frauen gewerkschaftlich und politisch aktiv geworden sind. In Berlin und in der gesamten sowjetischen Zone konnten wir auch feststellen, daß die Frauen mit großem Interesse in die von uns einberufenen Versammlungen kommen. Das beweist uns, daß sich die Frauen von dem Gift der Nazi-Ideologie freimachen und einen neuen Platz im Leben erkämpfen wollen.

Darum ist es unsere große Aufgabe, den Frauen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ihnen so klar und verständlich die Ziele der Sozialistischen Einheitspartei aufzuzeigen, daß sie erkennen, daß es nur diese Partei ist, die sich konsequent bis zum letzten für die Forderungen und Interessen der Frauen einsetzen wird, daß sie die Partei ist, die für den Frieden kämpft und den Nationalsozialismus und Militarismus mit Stumpf und Stiel ausrottet.

Da der Gedanke zur Einheit unter den Frauen besonders stark ist und auch immer wieder in den gemeinsamen Frauenversammlungen der beiden Arbeiterparteien stürmisch zum Ausdruck gebracht wurde,

können wir wirklich von der Hoffnung erfüllt sein, daß die Sozialistische Einheitspartei wie ein Magnet hunderttausende Frauen an sich ziehen wird. Die Sozialistische Einheitspartei ist gemäß ihrem Programm nicht nur die Partei der Arbeiterfrauen, nein, sie ist die Partei aller schaffenden Frauen, ganz gleich, aus welchen Berufen sie kommen, sei es die Arbeiterin oder Bäuerin, sei es die Ärztin, Studentin, Wissenschaftlerin, sei es die Künstlerin, Angestellte oder Hausfrau. Alle Frauen werden in ihr den Platz finden, der ihnen die Überzeugung, die Kraft und den Geist gibt, die großen Aufgaben im Interesse der Neugestaltung Deutschlands zu lösen. Die Sozialistische Einheitspartei wird die Partei aller schaffenden Frauen sein.

Heute gilt es, auf unserem Parteitag noch einmal zu überprüfen, ob die neuen Wege, die die Kommunistische Partei gegangen ist, um die Frauen zu mobilisieren, richtig und gut waren. Die Initiative zur Schaffung von kommunalen Frauenausschüssen ging zweifellos von uns aus. Wir wollten dadurch erreichen, daß die Frauen, ganz gleich, ob sie schon einer der vier antifaschistischen Parteien angehörten, Mitglieder der Gewerkschaften waren oder noch nicht, sich in die große Front der Aufbauwilligen einreihen sollten. Die Praxis hat dann auch gezeigt, daß auf der Grundlage der Arbeit der Frauenausschüsse die Einheit der Frauen am besten entwickelt und hergestellt werden konnte. Die Frauenausschüsse haben ein großes Stück Arbeit zur Überbrückung der schlimmsten Wintersnot geleistet. Sie waren überall da, wo eine helfende und liebevolle Hand gebraucht wurde.

Natürlich gab es auch bei uns hier in der sowjetischen Besatzungszone Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit. Es gab ein starkes Mißverhältnis in der Aktivität der Frauen aus den einzelnen Parteien, auf der anderen Seite wieder starke Ansprüche auf die Besetzung von Positionen. Doch hier hat meistens der klare und gesunde Verstand der Frauen richtig entschieden und, ohne auf die Parteizugehörigkeit zusehen,

diejenigen vorgeschlagen und gewählt, die eben die aktivsten waren und die größte Initiative entwickelt haben.

Durch eine besonders enge Fühlungnahme mit unseren sozialdemokratischen Genössinnen konnten wir die verschiedenen Auffassungen auf einen einheitlichen Nenner bringen. Die Genossin Käte Kern vom Zentralausschuß der SPD erklärt heute immer wieder, daß ihr die kameradschaftliche Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen Genossinnen in den Frauenausschüssen die Überzeugung gegeben hat, daß unsere beiden Arbeiterparteien sich zur Sozialistischen Einheitspartei vereinigen müssen. Wir können aber auch sagen, daß wir mit den Vertreterinnen der CDU und der LDP gut und kameradschaftlich zusammenarbeiten. Das kommt daher, daß wir auch ihnen die Verantwortung gegeben und dadurch bewiesen haben, daß wir es mit der Zusammenarbeit wirklich ehrlich meinen.

Bei uns in der sowjetischen Besatzungszone gibt es so gut wie keine größere Stadt, in der nicht ein kommunaler Frauenausschuß tätig ist. Auch in den Dörfern entstehen immer mehr Frauenausschüsse. In den Betrieben werden jetzt überall Frauenkommissionen in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, vor allem durch Initiative der Gewerkschaften ins Leben gerufen. Diese betrieblichen Frauenkommissionen konkretisieren die allgemeinen Aufgaben der Frauenausschüsse besonders auf die Forderungen und Wünsche der Betriebsarbeiterinnen. So läuft jetzt zum Beispiel eine große Kampagne zur Schaffung von Kindergärten in den Betrieben und in Wohngebieten, weil die Zahl der vorhandenen bei weitem nicht ausreicht, um die Kinder der arbeitenden Mütter aufzunehmen.

Die Aufgaben der Frauenausschüsse sind vielseitig und umfassend. Sie liegen auf allen Gebieten der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen der Frauen. Wir haben zuerst auch den Fehler gemacht, unsere Arbeit zu sehr auf die Hilfsarbeit zu

konzentrieren und nur die sozialen Probleme zu sehen. Die natürliche Veranlagung der Frau brachte hierzu auch die größte Aktivität mit. Dabei wurde die kulturelle und ideologische Beeinflussung der Frauen vernachlässigt, obwohl wir sie in den Richtlinien der Frauenausschüsse mit in den Vordergrund gerückt hatten. Wir setzten dann Anfang Januar mit einer breiten Schulungsarbeit ein, und zwar mit großem Erfolg; denn die Frauen waren dafür durchaus zugänglich und stark interessiert. In Berlin war der Prozentsatz der parteilosen Frauen an den Schulungsabenden der Frauenausschüsse sehr hoch, und wir brachten es in einzelnen Verwaltungsbezirken auf eine regelmäßige Beteiligung von 80 bis rund 400 Frauen. Als ein von der Frauenkommission der BVG durchgeführter Kursus jetzt sein Ende nahm und auf Vorschlag unserer Genossen vier Wochen ausgesetzt werden sollte, verlangten die Frauen geschlossen die Fortsetzung ohne Pause.

Es wurden alle aktuellen Probleme der demokratischen Erneuerung Deutschlands behandelt, aber auch geschichtliche Themen, die für die Frauen von besonderem Interesse sind. Durch diese kulturelle und ideologische Aufklärung und Schulung wurde zweifellos das geistige Niveau der gesamten Arbeit der Frauenausschüsse gehoben. Wir bekamen vor allem auch einen größeren Zustrom von Frauen aus den Kreisen der Intelligenz. Bei uns sind heute bedeutende Ärztinnen, Juristinnen, Lehrerinnen, deren Mitarbeit wir bei der Neugestaltung eines demokratischen Deutschlands so dringend brauchen.

Die Entwicklung der Gesamtarbeit unserer Partei unter den Frauen konnte natürlich nicht in allen Teilen Deutschlands gleichmäßig vor sich gehen. Zweifellos hatten wir in der sowjetisch besetzten Zone es leichter als unsere Genossinnen in Westdeutschland. Trotzdem ist es unserer Partei gelungen, auch in den entscheidenden Städten Westdeutschlands Frauenausschüsse zu schaffen, die sich durch ihre gute und prak-

tische Arbeit bereits einen Namen errungen haben. Dabei gibt es natürlich in den einzelnen Zonen große Unterschiede. So ist z. B. im Ruhrgebiet die Arbeit unter den Frauen schon viel fortgeschrittener als in Bayern und Süddeutschland. Das Hemmende in der Arbeit unserer Partei unter den Frauen im Westen wird natürlich vor allem durch die Tatsache bestimmt, daß dort nicht nur reaktionäre und ähnliche Parteien, sondern auch viele Frauenbünde, -kreise und Frauenorganisationen existieren. In Westdeutschland haben wir das Negative der Weimarer Republik, keine Einheit, sondern eine weitgehende Zersplitterung der Frauenbewegung. Wohin das in der Vergangenheit geführt hat, wissen wir alle. Die Frauenausschüsse in Westdeutschland haben deshalb die hohe Aufgabe, das feste, unerschütterliche Bollwerk der Einheit aller Frauen zu werden. Vorbild dabei können und müssen unsere sozialdemokratischen und kommunistischen Genossinnen sein.

Bei unseren Genossinnen in Westdeutschland besteht oftmals keine Klarheit darüber, welche Stellung sie zu den einzelnen Frauengruppen, sei es der „Hamburger Frauenring“ oder der „Süddeutsche Frauenarbeitskreis“, einnehmen sollen. Dafür können wir keine starre, allgemeine Richtlinie geben; denn die Lage in den einzelnen Bezirken Westdeutschlands ist dazu zu unterschiedlich. Aber eins können wir sagen: Wir arbeiten mit allen konsequent antifaschistisch-demokratischen Frauengruppen zusammen und führen mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen alle offenen und versteckten reaktionären Frauengruppen, in denen sich die Elemente des Nazismus und Militarismus verkriechen. Unser Ziel muß sein, *eine einheitliche antifaschistisch-demokratische Frauenbewegung für ganz Deutschland zu schaffen.* (Sehr richtig!)

In Berlin schaffen wir dazu jetzt die besten Voraussetzungen durch die Neubildung des zentralen Frauenausschusses. In diesem zentralen Frauenausschuß werden nicht nur die Reichsfrauenleiterinnen der anti-

faschistisch-demokratischen Parteien vertreten sein, sondern auch die Vertreterinnen des FDGB und prominente Frauen, die im öffentlichen Leben der Sowjetzone und auch in Westdeutschland eine Rolle spielen. Der neu zu bildende zentrale Frauenausschuß wird sich aus der Vorsitzenden, den Vorstandsmitgliedern und den Ausschußmitgliedern zusammensetzen. Wir wollen auch alle verdienten, hervorragenden Frauenpersönlichkeiten im zentralen Frauenausschuß einen Ehrensitz geben. Der zentrale Frauenausschuß wird außer dem Sekretariat, der Leitung, fünf ständige arbeitende Referate schaffen, und zwar je ein Referat für Kultur und Erziehung, für Sozial- und Gesundheitsfürsorge, für Arbeit und Berufe, für Volkswirtschaft und eine Rechtsabteilung. Diese Referate, die wir bereits in Form von ehrenamtlich geleiteten Arbeitsgruppen im Hauptfrauenausschuß Groß-Berlin hatten, haben sich in der praktischen Arbeit gut bewährt.

Genossinnen und Genossen! Ein wichtiger Programmpunkt der Sozialistischen Einheitspartei ist die volle Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Nach 12 Jahren Hitlerzwang, Entrechtung und Entmündigung der Frauen wollen sie endlich volles Mitbestimmungsrecht haben. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung im antifaschistisch-demokratischen Deutschland wurde auch von den Frauen begeistert begrüßt. Obwohl das Prinzip der Gleichberechtigung anerkannt wird, hat man es doch noch nicht überall praktisch durchgeführt. Auch hier müssen wir uns noch durchsetzen und viel mehr Frauen in verantwortliche Positionen entsenden.

Weiter ist auch die Gleichsetzung des Lohnes erst in einigen Berufszweigen und Betrieben durchgeführt worden. Doch so gut wie keinen Vergleich gibt es hier mit der Lage in Westdeutschland. Aus den Berichten unserer Genossinnen geht hervor, daß man die Frauen, die in Verwaltungen tätig sind, zählen kann. Ein regelrechter Kampf wird vor allem in Bayern gegen eine

angeblich zu hohe Beteiligung der Frauen an den Universitäten geführt. Die in Bayern mit den Heimkehrern durchgeführten Konferenzen offenbaren die ganz reaktionäre und faschistische Einstellung eines großen Teiles der Männer gegen die Frauen, die den Kampf um Beruf und Selbständigkeit führen. Es ist doch heute keineswegs so, daß die Frauen den Männern die Arbeit wegnehmen. Die Mehrzahl der Frauen ist ja durch die furchtbaren Folgen des Hitlerkrieges gezwungen, sich einen neuen Lebensberuf zu suchen. Hier gilt es besonders von uns aus einzuhaken und an Hand von Beispielen aus der Sowjetzone den Frauen zu zeigen, daß es dort so etwas nicht gibt. In Berlin haben wir an den Universitäten ein Verhältnis der weiblichen und männlichen Studierenden von 10 : 18. Ein überwiegender Prozentsatz der Neulehrer sind Mädchen und Frauen. Die Hörer der Volkshochschulen bestehen zu 60 Prozent aus Frauen.

Im Bauwesen sind in Berlin 50 Prozent Frauen beschäftigt, im ganzen 45 000 Frauen, und unsere ganze Liebe und Fürsorge gehört gerade diesen Frauen, die beim Bau beschäftigt sind. Wenn man heute in Frankfurt am Main einen Film zeigt, in dem die Bauarbeiterinnen in Berlin als abschreckendes Beispiel dargestellt werden und die Frankfurter Frauen darüber ihr Bedauern ausdrücken, so sagen unsere Berliner Frauen dazu: Durch bloßes Bedauern werden wir unsere Trümmer nicht los! (Lebhafte Zustimmung.) Im Gegenteil, es wird bald die Zeit kommen, wo die Berliner Frauen die Frankfurter Frauen bedauern können; denn schon in diesem Jahr werden Berliner Frauen in neugebaute Wohnungen einziehen können, während man in Frankfurt und in Westdeutschland immer noch unter den furchtbaren Trümmerhaufen leben wird. (Sehr richtig!)

In einem Aufruf an die Frauen fordert der Frankfurter Frauenausschuß als ersten Punkt die völlige Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten, wie sie den Frauen durch die Weimarer Verfassung gesetzlich zugesichert ist. Jeder von uns weiß, daß in der

Weimarer Republik die Gleichberechtigung der Frau eine nur formelle war. Sie stand nur auf dem Papier. Die Weimarer Verfassung hat den Frauen nicht die volle politische, kulturelle und wirtschaftliche Gleichberechtigung eingeräumt. Es gab weder gleichen Lohn für gleiche Leistung noch die berufliche Gleichberechtigung der Frau. Die wichtigsten geistigen und handwerklichen Berufe waren vorwiegend Privileg der Männer. Wer es mit der vollen Gleichberechtigung der Frau ernst meint, kann sich daher nicht auf die Weimarer Verfassung beschränken und berufen. Im neuen demokratischen Deutschland wollen wir das grundsätzlich ändern.

Noch haben unsere Frauen große Sorgen und Nöte. Die Erziehung der Jugend und der Kinder ist nicht leicht. Die Frauen, die oft allein mit allen Schwierigkeiten zu Hause fertig werden müssen, brauchen eine feste Stütze. Die Sozialistische Einheitspartei wird sich mit den Sorgen der Frauen befassen und sich mit aller Energie mit der Verbesserung der Ernährungslage, für die Rückkehr der antifaschistischen Kriegsgefangenen, für eine breite Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen und für den wirtschaftlichen Aufschwung einsetzen. Die Sozialistische Einheitspartei wird als starke Kraft für die Gestaltung eines neuen und besseren Lebens aller Frauen dies den Frauen und Müttern Deutschlands zum Bewußtsein bringen und sie zu Hunderttausenden als Mitkämpfer in die Reihen der Sozialistischen Einheitspartei aufnehmen. Das wird die nächste und wichtigste Aufgabe für uns alle sein.

Im Statut der Sozialistischen Einheitspartei ist festgelegt, daß allen Leitungen Genossinnen angehören müssen. Es ist das erste Statut einer Arbeiterpartei, das solche Bestimmungen enthält. Wir Genossinnen begrüßen aufs herzlichste das fortschrittliche Statut der Sozialistischen Einheitspartei. Dadurch kommt nämlich zum Ausdruck, daß innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei die hohe Bedeutung der Frauen anerkannt wird und die besten und befähigsten Genos-

sinnen auch in der Parteiarbeit auf verantwortliche und führende Funktionen gestellt werden müssen. (Bravo!) Sorgen wir dafür, daß dieser Leitsatz überall Anwendung findet und keine Leitung gebildet wird, der nicht eine entsprechende Anzahl von Genossinnen angehört. Damit wird erreicht werden, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands das engste Verhältnis zu den breiten Schichten der Frauen herstellt und die Frauenarbeit in der gesamten Parteiarbeit die Rolle spielt, die ihr zukommt.

Damit wird Millionen Frauen und Müttern Deutschlands bewiesen: Die Sozialistische Einheitspartei ist eure Partei. Schließt euch ihr an! Kämpft mit uns für ein glückliches Leben unserer Kinder! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Noch einige Mitteilungen: Die Delegierten werden gebeten, ihre Mitgliedskarte beim Delegationsführer für die Mandatskontrolle abzugeben. Die Delegationsführer sollen dann die Mitgliedskarten bei der Mandatsprüfungskommission abgeben.

Ferner ersucht der Genosse Matern die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich nach dem Mittagessen in der Garderobe einzufinden.

Es wird noch die Frage gestellt, wie die Ausgabe der Stimmzettel gehandhabt werden soll. Ich denke, daß die Mandatsprüfungskommission noch heute abend über das Ergebnis der Prüfung der Mandate Bericht erstatten wird, so daß heute abend die Stimmzettel nicht ausgegeben werden. Sie werden morgen früh beim Eingang in das Parteilokal gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte ausgehändigt, so daß die Abgabe der Stimmzettel dann erfolgen kann und wir in der Lage sind, bis zum Abschluß der morgigen Tagung das Resultat der Abstimmung festzustellen.

Die Mandatsprüfungskommission bitte ich; ihre Arbeit so zu beschleunigen, daß sie heute noch ihren Bericht geben kann. Wir werden die Mittagspause in die Zeit von 14 bis 15 Uhr legen, und ich bitte alle Genos-

sen, sich so zu beeilen, daß wir pünktlich um 15 Uhr wieder beginnen können. Wir werden die Tagesordnung, die für den ersten Tag vorgesehen ist, die noch ausstehenden Berichte, die Aussprache und den Bericht der Mandatsprüfungskommission heute noch erledigen. Es ist anzunehmen, daß die Sitzung heute bis um 20 Uhr abends dauern wird. Die Genossen müssen sich also darauf einrichten. Morgen müssen wir um 14 Uhr schließen, so daß wir dann nur noch die für den zweiten Tag vorgesehenen Tagesordnungspunkte erledigen können.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein, die bis 15 Uhr dauern wird.

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, den 19. April 1946 – Nachmittags-Sitzung

Die Nachmittagsitzung des Parteitages wird um 15,20 Uhr eröffnet.

Vorsitzender Pieck: Das Wort zum Bericht des Zentralkomitees über den ideologischen Kampf der Partei hat der Genosse Anton Ackermann.

e) Der ideologische Kampf der Partei

Berichterstatter Anton Ackermann

Genossinnen und Genossen! Für die Kommunistische Partei als eine konsequent marxistische Partei hat die Theorie und der ideologische Kampf immer eine erstrangige Bedeutung gehabt. Wir unterscheiden uns auch darin grundsätzlich von den opportunistischen und revisionistischen Richtungen in der Arbeiterbewegung. Der Opportunismus, der die Preisgabe der Grundsätze und Ziele der marxistischen Be-

wegung bedeutet, schließt naturgemäß auch eine Mißachtung der Theorie und eine verhängnisvolle Geringschätzung des ideologischen Kampfes ein. Wem die Grundsätze und Ziele des Marxismus keinen Heller wert sind, was soll der sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigen, was bedeutet dem eine grundlegende geistige Auseinandersetzung? Die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind den Opportunisten ein Greuel, und Leute wie Dr. Schumacher in Hannover, Neumann oder Swolinsky in Berlin wären gern bereit, das Heil ihrer Seele dafür herzugeben, wenn sie es ungeschehen machen könnten, daß einmal ein kommunistisches Manifest von so unangenehmen Menschen wie Marx und Engels geschrieben worden ist. Diese Haltung kennzeichnete schon immer den Reformismus und Opportunismus. Sie unterscheiden sich darin von uns, den konsequenten Marxisten, wie Tag und Nacht.

Für den wirklichen Sozialisten ist die Theorie des Marxismus, der ideologische Kampf, von größter Bedeutung. Heute gilt dies mehr als je zuvor. *Ohne fortschrittliche Theorie und ohne fortgesetzten geistigen Kampf mit der Reaktion kann es keine fortschrittliche Bewegung geben.*

Der wissenschaftliche Sozialismus, die Lehren des konsequenten Marxismus, sind der Kompaß, der uns den richtigen Weg finden läßt. Ohne die Lehren von Marx und Engels, Lenin und Stalin würden wir im Dunkeln tappen. Unsere Bewegung wäre hilflos wie ein Blinder, und das schaffende Volk würde immer wieder eine leichte Beute der monopolkapitalistischen Hyänen werden. Nur die Aneignung des ganzen Reichtums der marxistischen Theorie gibt uns die Möglichkeit, die Gegenwart richtig zu erkennen, vorausschauend in die Zukunft zu blicken, unsere Politik, unsere Propaganda und Agitation richtig zu führen, die Massen zu gewinnen und das Volk zum Siege über alle seine Feinde zu führen.

„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist!“ Diese Worte Lenins müssen sich tief in das Den-

ken und Fühlen jedes deutschen Sozialisten eingraben. Die Hitler und Himmler waren nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, die den verrückten Versuch unternahmen, den Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Und das Ergebnis? In Deutschland sind ihre schändlichen Pläne zeitweilig gelungen, weil unsere Reihen gespalten und damit unsere Kraft gelähmt war. Als aber die Hitlerbande den Überfall auf die Sowjetunion wagte, da war das der Anfang von ihrem Ende. Der Sieg der Roten Armee über die imperialistisch-faschistischen Eroberungsarmeen war nicht nur der Sieg der stärkeren Waffen, es war der Sieg der stärkeren Moral, der stärkeren Ideologie. (Sehr gut!) Dank diesem Siege konnte nun auch bei uns in Deutschland die marxistische Bewegung wieder auferstehen. Und mit Stolz und Genugtuung können wir feststellen, daß heute diese Bewegung viel mächtiger und stärker ist als je zuvor in unserem Lande. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bedeutet, daß wir das Banner unseres Sieges hoch aufgepflanzt haben. Die Zukunft wird uns gehören! (Beifall.)

In diesen historischen Tagen, wo die Beschlüsse über die Vereinigung der KPD und der SPD gefaßt werden, wollen wir ein Gelöbnis ablegen. Es soll das Gelöbnis sein, daß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die opportunistische Mißachtung der Theorie und des ideologischen Kampfes niemals Raum finden darf. Das geistige Vermächtnis von Marx und Engels soll uns stets heilig sein. Wir wollen es hüten, indem wir uns die Lehren der großen marxistischen Führer und Theoretiker *unserer* Epoche aneignen, um diese Lehre mit eigenem Verstand und Urteil auf unsere besondere Lage und unsere besonderen Aufgaben anzuwenden. Wer die großen Leistungen Lenins und Stalins auf allen Gebieten der marxistischen Wissenschaft kennt, wird mir beipflichten, daß diese Lehren in ihren Grundzügen für alle Länder Gültigkeit haben; denn das ist der lebendige Marxismus, der Marxismus von heute.

Es wäre allerdings der größte Fehler, ein Fehler, den wir in der Vergangenheit oft begangen haben, jene einzelnen Sätze Lenins und Stalins, die aus den Besonderheiten der Lage ihres Landes geboren worden sind, schematisch auf unsere ganz anders gearteten Verhältnisse zu übertragen oder unter ganz anderen Voraussetzungen als dort, genau dasselbe zu tun, was sie getan haben. Vor diesen Fehlern müssen wir uns hüten, wenn wir nicht Schiffbruch erleiden wollen. Aber ich frage: ist z. B. Lenins Lehre vom Imperialismus nicht die einzig richtige Analyse des gegenwärtigen kapitalistischen Systems in der ganzen kapitalistischen Welt? Darum hat sie auch nicht nur für ein Land Gültigkeit, sondern für alle Länder mit kapitalistischen Verhältnissen. Kein Marxist kann auf dieses theoretische Rüstzeug verzichten.

Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: ist nicht das Büchlein Stalins: „Der dialektische und historische Materialismus“ die Weiterbildung der materialistischen Philosophie an Hand der neuesten Ergebnisse natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Forschung? Wo ist ein anderes marxistisch-philosophisches Lehrbuch, das es mit dieser Schrift aufnehmen könnte? (Sehr richtig!) Darum bekennen wir uns als deutsche Marxisten leidenschaftlich zu den grundlegenden Werken der theoretischen Führer unserer Epoche, zu den Werken Lenins und Stalins. (Lebhafter Beifall.)

Es ist lächerlich und zugleich dumm, aus dieser unserer Haltung etwa eine Abhängigkeit von der Sowjetpolitik konstruieren zu wollen. (Zustimmung.) Die Hetzer, die solches behaupten, sollten sich wenigstens von Goethe belehren lassen, nach dessen Worten alles Hohe, Gute der ganzen Menschheit angehört. Jede Wissenschaft ist übernational und kennt keine Landesgrenzen. Das gilt auch von der durch Lenin und Stalin bereicherten marxistischen Wissenschaft.

Die Sozialistische Einheitspartei wird eine unabhängige Partei sein, weil sie in ihren Entschlüssen völlig frei sein wird, weil sie die grundlegenden Lehren des

Marxismus nicht als Schema, nicht als starre Glaubenssätze betrachtet, sondern auf die spezifisch deutschen Verhältnisse und den spezifisch deutschen Weg der Entwicklung anwenden wird. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird vor allem deshalb eine unabhängige deutsche sozialistische Partei sein, weil nur ihre Mitglieder, ihre Delegiertenkonferenzen und schließlich die Parteitage als letzte Instanz zu beschließen haben werden und das Wohl des schaffenden deutschen Volkes stets Richtschnur ihres Handelns sein wird.

Jedoch, Genossinnen und Genossen, wollen wir uns über folgendes klar sein: ihre historische Mission kann diese Partei nur dann erfüllen und den Sieg nur dann an ihre Fahnen heften, wenn sie fest auf dem Boden des konsequenten Marxismus steht. (Lebhafter Beifall.) Ich habe bereits auf unserer Parteikonferenz am 2. März erklärt, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands weder die alte SPD noch die alte KPD sein wird. Aber alle wertvollen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung wird die Sozialistische Einheitspartei in sich aufnehmen und weiter entwickeln. Wir als Kommunisten haben dabei nicht wenig Positives beizutragen. Unsere Treue zum Marxismus, unsere Hochachtung der marxistischen Theorie und des ideologischen Kampfes sind wohl mit das Wertvollste, was in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nicht nur erhalten, sondern gepflegt und weiterentwickelt werden soll.

In voller Gleichberechtigung und auf dem Boden innerer Demokratie wollen wir wetteifern, die Millionenzahl der Mitglieder der Einheitspartei unermüdlich im Geiste des Marxismus zu schulen und unsere Jugend an solchen Vorbildern wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann zu erziehen. Diese marxistische Schulungs- und Erziehungsarbeit wird eine Bedeutung haben wie nie zuvor. Auf diesem Wege können wir nicht nur die zahlenmäßig stärkste Partei in Deutschland werden, son-

dern auch eine innerlich festgefügte und geschlossene Kampfgemeinschaft, eine Partei von solcher Wirksamkeit und Schlagkraft, daß unser endgültiger Sieg nicht mehr fern sein kann. (Beifall.)

Für unsere Schulungsarbeit und unseren ideologischen Kampf müssen wir unerhört viel aus den Erfahrungen gerade der letzten Jahrzehnte lernen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in ihrer schwersten Zeit, d. h. während der 12 Jahre der Hitlerbarbarei, einen Prozeß wachsender politischer und ideologischer Reife durchgemacht. Unter den furchtbaren Schlägen des faschistischen Terrors und im Brand des Hitlerkrieges ist unsere Partei reifer, sind ihre Kader klüger geworden. Es war eine harte, ja eine grausame Schule für uns, daß die Hitlerfaschisten in unserem Lande siegen und Deutschland in den zweiten Weltkrieg, in den verbrecherischen Krieg gegen das Sowjetvolk jagen konnten. Aber diese Lehren sind uns nicht umsonst erteilt worden. Wir haben sie beherzigt und sind in einer ganz anderen politischen und geistigen Verfassung aus der Illegalität herausgegangen, als wir 1933 in sie eintraten.

Was ist in diesem Sinne über unseren ideologischen Kampf, besonders über den Kampf gegen die faschistische Dschungelmoral und gegen die Lügenpropaganda der Goebbels und Konsorten festzustellen? Dazu ist erstens festzustellen, daß wir, die konsequenten Marxisten, in allen grundlegenden Fragen recht behalten haben. Es gab vor und nach 1933 zahlreiche Meinungen, die die faschistische Bewegung als anti-kapitalistische Revolte des Kleinbürgertums oder auch des Lumpenproletariats bezeichneten. Leute, die solche Auffassungen vertraten, ließen sich dadurch täuschen, daß die NSDAP anfänglich in ihren Terrororganisationen vorwiegend lumpenproletarische Elemente gesammelt hatte und breiteste Schichten des Kleinbürgertums durch Versprechungen und Lügen köderte.

Wir Marxisten aber wußten, daß die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft einer Partei und die

Rolle, das Wesen dieser Partei, zwei ganz verschiedene Dinge sein können. Wir haben von Anfang an erklärt, daß die NSDAP ein Instrument in den Händen der wildesten deutschen Imperialisten zur Knebelung des eigenen Volkes und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges ist. Die Tatsachen haben uns recht gegeben; denn Hitler hat die uneingeschränkte terroristische Herrschaft der wildesten reaktionären und chauvinistischen Elemente des Finanzkapitals aufgerichtet und den verbrecherischsten aller imperialistischen Raubkriege geführt. Alle Versprechungen der Hitler und Goebbels haben sich als schamloser Betrug erwiesen. Recht behalten haben wir, die vielgeschmähten und verfolgten Marxisten. Jeder ehrliche Mensch, der den Nazibetrügern auf den Leim gegangen ist, müßte heute vor Scham über seine Verblendung in die Erde versinken und wenigstens so viel Ehrlichkeit aufbringen, offen zu erklären: „Ja, ich habe mich fürchterlich täuschen und mißbrauchen lassen; recht behalten haben die Marxisten, die von den Nazibanditen als Volksfeinde und Vaterlandsverräter beschimpft wurden. Sie, die Marxisten, haben sich als die besten Patrioten erwiesen, während wir, die Nacheiferer Hitlers, mitgeholfen haben, Volk und Vaterland ins Verderben zu stürzen.“

Jeder, auch der kleinste Pg, hat ein gerüttelt Maß Schuld auf sich geladen und kann sich von dieser Schuld nur frei machen, wenn er rückhaltlos mit seiner Vergangenheit gebrochen und sich als freiwilliger aktiver Helfer bei der Beseitigung der Trümmer, beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands bewährt hat. Einen anderen Weg zurück in die demokratische Gemeinschaft des neuen Deutschland gibt es für sie nicht. Aber dieser Weg steht allen offen, die nicht zu den aktiven Nazis gehören und sich keines besonderen Verbrechens schuldig gemacht haben. Unsere Forderungen sind: Keine Gnade den großen und kleinen Führern der NSDAP! Keine Gnade den Bank- und Konzernherren, die die wirklichen Verantwortlichen am Faschis-

mus und Hitlerkrieg waren! Strengste Bestrafung aller Naziverbrecher! Bis aufs letzte wollen wir sie aus ihren Verstecken aufspüren und ihnen für immer das Handwerk legen! (Bravo!) Den Faschismus wirklich zu vernichten wird aber nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, auch die faschistische Ideologie, die Millionen und aber Millionen Deutsche vergiftet hat, auszurotten. Auch in dieser Beziehung müssen wir aus der Zeit vor 1933 lernen und dürfen einen Fehler nicht wiederholen, den wir damals gemacht haben.

Wir haben vor 1933 die Gefährlichkeit der nationalen und sozialen Demagogie der Nazis zu spät erkannt und zu spät den schärfsten ideologischen Kampf gegen diese Demagogie aufgenommen; wir haben diesen Kampf bis zuletzt viel zu schwach geführt. Wir haben die demonstrativen Methoden des RFB überschätzt; aber in den Versammlungen standen oft unsere besten Genossen den gewissenlosen Nazidemagogen hilflos gegenüber. Daraus müssen wir heute die Lehre ziehen, und wenn wir selbstkritisch unsere Arbeit während der letzten zehn Monate betrachten, dann müssen wir leider feststellen, daß unser Kampf gegen die Lehre vom Lebensraum, gegen den Rassenwahn, gegen den Schwindel der Volksgemeinschaft und des deutschen Sozialismus, gegen das Führerprinzip und gegen die nazistische Geschichtsfälschung vollkommen ungenügend war. (Sehr richtig.) Weder in den Versammlungen, noch in der Presse und Literatur haben wir uns ernstlich bemüht, diesen Schwindel zu entlarven und der Nazi-Ideologie den Todesstoß zu versetzen. Ich sage offen: In dieser Beziehung sind wir drauf und dran, einen Fehler zu machen, den wir schon einmal begangen haben, wenn auch heute die Umstände ganz andere sind. Der Hitlerfaschismus als Staat und als Partei ist zerschlagen; aber noch lange nicht vernichtet ist im deutschen Volk der Ungeist des Nazismus, die Dschungelmoral der Hitler und Himmler. Darin liegt eine große Schwäche der antifaschistisch-demokratischen Bewegung und darin müssen wir eine Energie-

quelle für alle Schattierungen der Reaktion sehen. Die Bayerische Königspartei und ähnliche reaktionäre Sumpfb Blüten können besonders deshalb dem neuen demokratischen Deutschland gefährlich werden, weil die Nachwirkungen der faschistischen Propaganda noch sehr stark sind und weil wir viel zu wenig getan haben, sie zu liquidieren. Ohne eine breite Aufklärungsarbeit, die Dutzende von Millionen Menschen erfaßt, wird es nicht möglich sein, Faschismus und Militarismus wirklich zu vernichten und die demokratische Entwicklung in Deutschland zu sichern.

Deshalb muß es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben betrachten, den breitesten ideologischen Kampf zu entfalten, das ganze schaffende deutsche Volk von den Nachwirkungen der Goebbels-Propaganda zu befreien, die Ideale einer fortschrittlichen Demokratie und eines kämpferischen Humanismus, den Geist der friedlichen Zusammenarbeit der Völker zum geistigen Allgemeingut der Massen des deutschen Volkes zu machen. Diese Aufgabe ist so groß und bedeutungsvoll, daß die fähigsten Kräfte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu ihrer Lösung eingesetzt werden müssen.

Erst wenn dieser ideologische Kampf erfolgreich entfaltet sein wird, werden wir auch unsere Stellung zu den nicht aktiven Pgs in das richtige Verhältnis zu der grundlegenden Aufgabe bringen, nämlich zu der Aufgabe der Vernichtung des Faschismus in allen seinen Erscheinungen und bis in seine Wurzeln. Mit anderen Worten: Es kommt nicht nur darauf an, dem ehemaligen nichtaktiven Pgs zu sagen, daß wir keinesfalls gedenken, sie zu vernichten, sondern ihnen eine Rückkehr in die demokratische Gemeinschaft ermöglichen wollen; es kommt vor allem darauf an, den Nazi, der noch in vielen von ihnen steckt, gründlich auszutreiben.

Wir haben dazu alle Mittel in der Hand. Wir haben die marxistische Weltanschauung, die den schaffenden Menschen die höchsten und edelsten Ideale vermittelt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird über eine reiche Erfahrung der Massenarbeit von Jahrzehnten verfügen. Sie wird eine breite Presse und die notwendigen technischen Mittel zur Führung einer Aufklärungsarbeit besitzen, damit tatsächlich Dutzende Millionen von Menschen erfaßt werden können. Nicht zuletzt aber sind wir dank des ideologischen Wachstums, das wir in den letzten Jahren durchgemacht haben, auch für diese Aufgabe reifer geworden. In einer Reihe von grundlegenden Problemen haben auch wir Kommunisten nicht nur hinzulernen, sondern umlernen müssen.

Die Lehren, die wir aus der Machtergreifung des Hitlerfaschismus gezogen haben, sind auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935, die wir mit Recht als unseren 13. Parteitag betrachten, gründlich verarbeitet worden. Diese Parteitagung ist zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der KPD geworden. Über ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen. Unser Kampf um die demokratische Republik, unsere Politik der Einheit der sozialistischen Bewegung und der Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hat in diesem Jahrzehnt keine Abschwächung und kein Schwanken erfahren. Wir haben diese neue Politik immer weiter ausgebaut und entwickelt, und es muß immer wieder betont werden, daß diese Beständigkeit unserer Politik seit mehr als einem Jahrzehnt der beste Beweis dafür ist, daß unser Kampf um die Demokratie, unsere Politik der Einheit keine kurzlebige Taktik mit Augenzwinkern, kein hinterlistiges Manöver darstellt, sondern eine konsequente politische Grundhaltung ausdrückt.

Wenn wir von den Schwächen und Fehlern sprechen, die wir nach 1933 überwunden haben, so stoßen wir vor allem auf die Frage: *Wie steht der Marxist zur Nation?*

Früher haben wir die Stellung des Marxismus zur nationalen Frage eng verstanden. Gewiß standen wir turmhoch über den Opportunisten; denn wir haben als Kommunistische Partei von der nationalen Frage

wenigstens soviel verstanden, daß der antiimperialistische Befreiungskampf unterdrückter Völker oder unterdrückter nationaler Minderheiten ein gerechter Kampf ist, der von der sozialistischen Bewegung aller Länder mit allen Kräften unterstützt werden muß. Aber darauf beschränkten wir uns in der nationalen Frage, obwohl die Politik des deutschen Imperialismus ein noch größeres nationales Problem geschaffen hatte; *die imperialistische Abenteuer- und Kriegspolitik stellte eine tödliche Gefahr für die Existenz und für die Zukunft der eigenen Nation dar.*

Damit hatte die nationale Fragestellung für den Marxisten eine ganz andere Bedeutung, ein neues Gesicht bekommen. Vor einem Jahrhundert war das Bürgertum der kapitalistischen Länder die Klasse, die für sich beanspruchte, die vaterländischen Interessen zu vertreten und die Nation zu führen. Die Arbeiterklasse wußte, daß die Führung der Nation ihr erst dann gehören wird, wenn sie sich befreit und die Macht im Staate erobert haben wird. Als das Kommunistische Manifest geschrieben wurde, war der Kampf der Arbeiterklasse um das Vaterland gleichzusetzen mit dem zukünftigen Kampf um die politische Macht und den Sozialismus. Das war richtig und blieb richtig, bis der monopolistische Kapitalismus eine ganz andere Lage geschaffen hatte. Der erste Weltkrieg zeigte dem deutschen Volke bereits, was es für das Schicksal der Nation bedeutet, wenn Herrschaft und Führung in den Händen der räuberischen und kriegslüsternden Imperialisten liegen. Der Hitlerfaschismus und der Hitlerkrieg lehrten dem deutschen Volke mit letzter Eindringlichkeit, daß die imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik seiner Herrscher nicht nur eine Gefahr für die bedrohten und überfallenen fremden Völker bedeutet, sondern eine *Politik des nationalen Selbstmordes* für das eigene Volk. Das wurde nach 1933 durch die Aufrüstung und die Abenteuerpolitik Hitlers immer deutlicher. Folglich konnten die Marxisten an dieser Tatsache, an dieser Gefahr nicht vorübergehen und

mußten ihre Schlußfolgerungen ziehen. Diese Schlußfolgerungen konnten nur darin bestehen, daß es unsere Aufgabe sein muß, diese Gefahr abzuwenden, indem die Arbeiterbewegung, noch ehe sie im Besitz der politischen Macht ist, den Kampf um das eigene Vaterland aufnimmt, daß sie sich mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften des Volkes verbünden muß, um das nationale Schicksal den blutbefleckten Händen der Imperialisten zu entreißen und in die eigenen Hände zu nehmen. Die Partei des Sozialismus mußte auf neue Art an die nationale Frage herangehen und klar erkennen, daß in Wirklichkeit sie die wahrhaft patriotische Partei ist.

Die Arbeiterklasse und das schaffende Volk vertreten durch ihren Kampf für Frieden und Freiheit die Gesamtinteressen des Volkes, die wahrhaft nationalen Interessen. Früher waren Worte wie Vaterland, Nation, das Privileg bürgerlicher Parteien; in der Arbeiterbewegung waren solche Begriffe fast verpönt. In der Gegenwart sind diese Worte im Munde eines jeden bürgerlichen reaktionären Politikers zu einer gemeinen Lüge geworden. (Sehr richtig.) Die Imperialisten kennen kein Vaterland, keine nationalen Interessen. (Zustimmung.) *Nur die freiheits- und friedliebenden Kräfte des Volkes haben das Recht, sich als national und patriotisch zu bezeichnen.* (Lebhafte Zustimmung.)

In diesem Zusammenhang war es notwendig, auch unsere Haltung zur deutschen Geschichte und zur Geschichte überhaupt zu überprüfen. Früher haben wir uns im allgemeinen darauf beschränkt, an die revolutionären Überlieferungen anzuknüpfen. Aus der Geschichte interessierten uns hauptsächlich die Epochen der großen revolutionären Kämpfe: Der große Bauernkrieg, die Revolution von 1848, die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihres Kampfes, die Revolutionen in anderen Ländern. Jetzt müssen wir allen Etappen der Geschichte unsere Aufmerksamkeit zuwenden, an alle fortschrittlichen Traditionen anknüpfen, alle wahrhaft großen Geister, alle fortschrittlichen Leistungen

anerkennen und würdigen, um mit desto größerer Energie alle reaktionären Züge in der Vergangenheit unseres Volkes aufzudecken und die reaktionären Geschichtslügen und Entstellungen für alle Geschichtsepochen zu entlarven. Es ist klar, daß sich hier für den marxistischen Historiker ein neues weites und segensreiches Betätigungsfeld erschließt.

Diese unsere positive Einstellung zur Nation, zu ihrer Vergangenheit ist eine unserer Weltanschauung, unseren Prinzipien entspringende Haltung. Sie kann und wird zu einer neuen Kraftquelle für unsere Bewegung werden. Damit sind Schranken niedrigerissen, die in der Vergangenheit breite Volksteile vom Anschluß an die sozialistische Bewegung abhielten. Unsere breite nationale Politik wird uns zur entscheidenden Kraft im ganzen Volke werden lassen (lebhaft Zustimmung), und unerschöpfliche neue Energien werden für den Fortschritt der Entwicklung frei. Auf diesem Wege wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als Millionenpartei an der Spitze der ganzen Nation in Führung gehen. (Beifall.)

Es taucht die Frage auf, ob dieser Patriotismus der sozialistischen Partei nicht im Widerspruch zur Idee des proletarischen Internationalismus steht. Die Antwort auf diese Frage lautet: Unser nationaler Kampf ist der Kampf gegen Reaktion und Imperialismus, für die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker, für Frieden und Freiheit. Dieser Kampf ist der proletarische Internationalismus der Tat! (Beifall.) Folglich stehen sich das Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus und das Bekenntnis zu den nationalen Interessen des eigenen Volkes nicht feindlich gegenüber. Das eine ist ohne das andere gar nicht denkbar. Und hat uns der Hitlerkrieg nicht den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse ihre internationalen Verpflichtungen nicht erfüllen kann, sondern völlig versagt, wenn sie nicht eine entscheidende Kraft im eigenen Lande darstellt? Eine Sekte kann noch soviel von Internationalismus reden, praktisch werden diese Worte nichts be-

deuten. Erst eine solche sozialistische Partei, die eine große Kraft geworden ist, kann ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen. Zur Massenpartei, zur politisch entscheidenden Kraft im Lande wird die marxistische Partei aber nur durch eine breite nationale Politik, durch die Sammlung aller gesunden Kräfte des Volkes. Wenn das schaffende deutsche Volk im eigenen Hause Ordnung schafft, die Macht der Reaktion und Kriegshetzer vernichtet, wird es damit nicht nur sich selbst, sondern auch den anderen friedliebenden Völkern den größten und besten Dienst erweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Würden wir es aber der Reaktion ermöglichen, sich von neuem national zu tarnen, würden wir ihr die nationale Fahne überlassen, dann würde sie die Volksmasse leichter wieder in ihr Garn locken können und Freiheit und Friede wären aufs neue bedroht.

So ist die nationale Frage zu einer entscheidenden Frage geworden. Wir müssen uns entschlossen und kühn auf unsere neuen Aufgaben einstellen. Das zeigt sich jetzt besonders im Kampf um die Einheit Deutschlands. Wir erklären, daß wir unermüdet und ohne Kompromiß für diese Einheit kämpfen, weil wir ohne sie nicht leben können und weil wir darin eines unserer unabdingbaren Rechte als Nation erblicken. Deutschland ist unser aller Heimat und Vaterland. Wir sind als Deutsche *ein* Volk, *eine* Nation und lehnen daher auch den Föderalismus ganz entschieden ab. (Bravo.)

Der föderalistische Staatsaufbau ist notwendig für einen Staat mit mehreren Nationalitäten. Für ein solches Land ist die föderalistische Gliederung und besonders eine weitgehende kulturelle Autonomie der einzelnen Nationen eine selbstverständliche demokratische Forderung. (Sehr richtig.) Da aber die Bayern und die Sachsen, die Rheinländer und die Mecklenburger nicht verschiedene Völker, sondern die eine deutsche Nation bilden, ist und bleibt der föderalistische Bundesstaat für Deutschland eine fremde Schmuggelware. (Zustimmung.)

Es sind die Faschisten, die Großgrundbesitzer und die großkapitalistischen Reaktionäre, die sich in diesen Partikularismus geflüchtet haben. Weil ihnen in den fortgeschrittenen Ländern und Provinzen Deutschlands, wo die demokratischen Kräfte stark sind und mit der Demokratisierung ernst gemacht wird, der Boden unter den Füßen brennt, deshalb flüchten sie in die noch zurückgebliebenen Bezirke und wollen diese von Deutschland losreißen, damit ihnen ein Schlupfwinkel verbleibt. Das sind in der Gegenwart die wahren Hintergründe des Separatismus und Föderalismus. Ich zweifle aber nicht daran, daß das schaffende Volk diese Hintergründe erkennen und dem reaktionären Gesindel einheitlich und entschlossen das Handwerk legen wird. Dafür garantiert uns die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Genossinnen und Genossen! Umlernen mußten wir auch in unserer Stellung zur demokratischen Republik. Viele Gegner behaupten, die Kommunisten seien prinzipielle Feinde der Demokratie und würden es immer bleiben; alles andere sei nur Manöver. Ich frage: Was ist eigentlich Demokratie? Demokratie bedeutet Herrschaft des Willens der Mehrheit. Die Werktätigen sind die überwiegende Mehrheit des Volkes. Demokratie ist Organisationsfreiheit für das schaffende Volk, ist Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Wenn nun unsere Praxis auch vor 1933 geprüft wird, haben wir uns denn nicht für das demokratische Prinzip und für die demokratischen Grundrechte mit aller Entschiedenheit eingesetzt? Unser Kampf in der Weimarer Republik war kein Kampf gegen die Demokratie, es war ein Kampf für mehr, für eine bessere Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Wir waren nicht Gegner des demokratischen Prinzips, wir waren Gegner der rein formellen, nur scheinbaren Demokratie des Weimarer Staates und das ist nicht dasselbe. Warum waren wir Gegner dieses Staates? Weil die Revolution von 1918 vor den Machtpositionen des Monopolkapitals halt gemacht hatte; weil das Mono-

polkapital die herrschende Klasse geblieben war und der Weimarer Staat ein solcher Staat war, auf den das Wort Engels zutrifft: „In ihr (d. h. in der bürgerlich-demokratischen Republik – A. A.) übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus.“ („Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.“) Einer der Grundfehler von 1918 bestand darin, daß der alte bürokratisch-monarchistische Staatsapparat nicht beseitigt und die Macht des Monopolkapitals nicht gebrochen wurde. So wurde der Weimarer Staat zum Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals gegen das schaffende Volk und deshalb haben wir gegen diesen Staat gekämpft. Dieser Kampf war bis zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig und richtig.

Wir haben andere Fehler gemacht. Wir haben erstens den Fehler gemacht, noch zu einer Zeit um die ganze politische Macht der Arbeiterklasse, um den Sozialismus zu kämpfen, als die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren und die Abwehr der faschistischen Gefahr im Vordergrund stehen mußte. Wir haben weiter den Fehler gemacht, daß wir den neuen Staat, um den wir kämpften, den proletarischen Staat, der Demokratie gegenüberstellten. In unseren Köpfen hatte sich eine schematische Vorstellung festgesetzt: Hier ist der Kapitalismus; ihm entspricht die bürgerliche Demokratie, die die Herrschaft des Großkapitals bedeutet; dieser Staat muß auf revolutionärem Wege beseitigt werden, um die politische Macht der Arbeiterklasse aufzurichten und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Im Grunde ist und bleibt diese Idee richtig. Aber sie war bei uns zu einem leblosen Schema erstarrt. Wir kannten nur einen direkten, unmittelbaren Weg zum Sozialismus und haben nicht verstanden, daß die Entwicklung in den einzelnen Ländern höchst ungleichmäßig und verschieden verläuft, daß sie vor allen Dingen oft *Übergangsformen* erzeugt. Wir haben Lenins Plan in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 nicht verstanden. Lenin führte damals

den Kampf um eine demokratische Republik, die noch nicht die sozialistische Demokratie, aber auch nicht mehr die Herrschaft der Kapitalisten sein sollte, um einen demokratischen Staat also, der das Instrument des Bündnisses mehrerer Klassen, vor allem der Arbeiter und der Bauern sein sollte. Eine solche Übergangsform ist in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzung durchaus möglich, wenn auch das kapitalistische System im Ganzen und die kapitalistischen Besitzverhältnisse noch nicht beseitigt sind.

Das war der Plan Lenins 1904/05, und wenn es auch klar ist, daß ein solcher demokratischer Staat nicht auf eine längere historische Dauer existieren kann – denn wenn der Kapitalismus bleibt, muß auch unvermeidlich das Großkapital von neuem erstarken und die Staatsgewalt wieder in die Hände bekommen – so schließt doch die marxistisch-leninistische Staatstheorie Übergangsformen, die sich unter besonderen Umständen bilden können, nicht aus. Diese Möglichkeit der Übergangsformen haben wir früher nicht erkannt, sondern den direkten Weg zum Sozialismus als den einzig möglichen betrachtet. Wir haben den Fehler gemacht, nur den direkten Angriff zu kennen, statt nach Übergangsformen zu suchen, nach Formen des Heranführens der Massen an den Kampf um die Macht. Unsere Haltung führte dann praktisch oft dazu, daß die Massen die Auffassung bekamen: Die Kommunisten sind Antidemokraten; sie sind Anhänger einer Diktatur der Minderheit. In Wirklichkeit sind wir die konsequentesten Demokraten, obwohl wir uns früher leider oft wie Feinde der Demokratie gebärdeten. Das hat unseren Kampf um die Massen ungeheuer erschwert und stellte einen schweren Fehler dar. Auch hier haben wir umgelernt. Keine Geringschätzung der demokratischen Rechte und Freiheiten! Kein solcher Schematismus, der für alle Zeiten jede Übergangsform verneint und die demokratische Republik in allen Ländern und zu allen Zeiten nur als die Herrschaft des Großkapitals betrachtet! Wir haben gelernt, daß unter besonderen

Umständen ein demokratischer Staat möglich ist, der die Herrschaft der Mehrheit – des schaffenden Volkes – darstellt. Wir haben gelernt, daß unter diesen Voraussetzungen der demokratische Weg zum Sozialismus möglich sein kann. Folglich hat sich auch unsere Stellung zur Demokratie wesentlich geändert und auch das ist kein bloßes taktisches Manöver, sondern die Anwendung des lebendigen Marxismus auf unsere konkrete historische Lage in Deutschland.

Ohne diese Änderung unserer Haltung in der Frage der demokratischen Republik wäre es nicht möglich gewesen, den Kurs auf die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuschlagen und diese Vereinigung herbeizuführen. Die Überwindung unserer eigenen Fehler, die Überwindung des Dogmatismus in unseren Reihen war eine Voraussetzung zur Überwindung der Spaltung, zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wir können heute mit Stolz feststellen, daß diese Arbeit zum ersten entscheidenden Erfolg geführt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Zum Schluß möchte ich noch einige Bemerkungen über den *Charakter der marxistischen Partei* unserer Zeit machen.

Im allgemeinen wird die marxistische Partei als Arbeiterpartei betrachtet. Wir erhielten auch jetzt viele Vorschläge, in den Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das Wort „Arbeiterpartei“ aufzunehmen. Wir haben das nicht getan. Warum nicht?

Die marxistische Partei ist gewiß in dem Sinne eine Arbeiterpartei, daß die Arbeiterklasse die einzig konsequente sozialistische Kraft ist, daß das Proletariat dazu berufen ist, die Rolle des Totengräbers des Kapitalismus, die Rolle des Pioniers beim Aufbau des Sozialismus zu spielen. Man kann die marxistische Partei als eine Arbeiterpartei bezeichnen, weil sie das Klassenziel des Proletariats vertritt und auch die Wahrung der alltäglichen Interessen der Arbeiter auf den ersten

Plan rückt. Aber können wir uns darauf beschränken, unter den Arbeitern zu werben und unsere Partei ausschließlich als eine Partei der Arbeiter zu betrachten? Nein, das wäre grundfalsch. Das hieße, in die Zeit der Anfänge der marxistischen Bewegung zurückzugehen, in die Zeit des entstehenden Industrieproletariats.

Das junge Proletariat befand sich in völliger geistiger und politischer Vormundschaft des Bürgertums und die erste Aufgabe, die vor dem Marxismus stand, war, die Arbeiterklasse aus dem Einfluß des Bürgertums loszulösen und eine selbständige proletarische Klassenbewegung zu schaffen. Es war unvermeidlich, daß in dieser Anfangsperiode der marxistischen Bewegung das Besondere, das Trennende allen anderen Kräften gegenüber in den Vordergrund gestellt werden mußte. Heute haben wir eine ganz andere Lage. Heute besteht die Aufgabe nicht mehr darin, die Arbeiterschaft von den anderen Schichten des Volkes loszulösen und zu trennen. Diese Aufgabe war vor hundert Jahren zu lösen und sie ist längst gelöst. Heute stehen andere und höhere Aufgaben vor uns: Der Kampf um die Führung des ganzen Volkes, der Kampf darum, die Geschichte der gesamten Nation in die Hand zu nehmen. In dieser Lage wäre es ein verhängnisvoller Fehler, das Trennende zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen Schichten des schaffenden Volkes zu betonen. *Die marxistische Partei ist die Partei aller Schichten des schaffenden Volkes.* Wir verstehen darunter sowohl die Arbeiter wie die Angestellten, vor allem auch die Bauern, die Handwerker und die kleinen Kaufleute und besonders die Intelligenz in allen ihren Teilen: die Wissenschaftler, Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Agronomen, und nicht zuletzt die Künstler. Die marxistische Partei ist die Partei aller dieser Schichten; denn sie vertritt die Interessen aller Schaffenden gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Parasiten. Ihr Ziel, der Sozialismus, wird die Befreiung und Höherentwicklung aller körperlich und geistig Schaffenden bedeuten. Marx und Engels haben immer betont: Indem die Ar-

beiterklasse sich selbst befreit, befreit sie die ganze Menschheit aus der Sklaverei des Kapitalismus. Erst der Sozialismus bedeutet den endgültigen Austritt der Menschheit aus dem Zustand der Barbarei in das Reich der Freiheit. Daraus ergibt sich, daß die marxistische Partei die Partei aller Werktätigen, der Hand- wie der Kopfarbeiter, die Partei aller wahrhaft fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte des Volkes ist.

Von besonderer Bedeutung für die marxistische Partei ist heute neben den Bauern vor allem auch die Intelligenz. Vor der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, vor dieser marxistischen Partei und der deutschen Arbeiterklasse stehen neue und außerordentlich schwierige Aufgaben, wie z. B. die Führung des Neuaufbaus des Verwaltungsapparates, des Neuaufbaus der Volkswirtschaft, die Erneuerung des gesamten kulturellen Lebens. Solche Aufgaben sind viel komplizierter als etwa die Führung von Streiks oder eine allgemeine sozialistische Propaganda. Diese komplizierten Aufgaben kann die Arbeiterklasse und die marxistische Partei nur lösen, wenn ihr fortgesetzt Bildungselemente aus der Intelligenz zuströmen. Der Arbeiter und der Wissenschaftler, der Bauer und der Künstler gehören zusammen! Alle Schaffenden haben das gleiche Interesse an der Freiheit, denn wenn der Arbeiter seine Rechte verliert, dann verliert sie auch der Bauer und der Wissenschaftler. Sie alle haben das gleiche Interesse an der Erhaltung des Friedens; denn der imperialistische Krieg bringt ihnen allen nur Leiden und Opfer. Die Machtergreifung Hitlers hat uns gelehrt, daß die Arbeiterklasse unvermeidlich geschlagen wird, wenn sie gespalten und von ihren natürlichen Verbündeten getrennt ist. *Nur in der Einheit liegt die Garantie des Erfolges der Werktätigen.*

So ist die marxistische Partei von heute die große Ideen- und Kampfgemeinschaft der Arbeiter und darüber hinaus des ganzen schaffenden Volkes. Die Sozialistische Einheitspartei wird die Interessen aller Werktätigen Tag für Tag zu vertreten haben. Jeder Arbeiter,

Bauer, Mittelständler und Intellektuelle muß die Gewißheit haben: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist meine Partei; sie kennt meine Sorgen, sie wahrt meine Interessen, ihr Programm ist die Vollstreckung meines Willens. Und die Bauern, die Mittelständler, die Angehörigen der Intelligenz, die zu uns kommen werden, sollen offene Türen finden. Leider gibt es hier und dort in unseren Reihen noch eine engstirnige Haltung, mitunter sogar eine Feindseligkeit gegenüber den Intellektuellen. Eine solche Haltung hat mit Marxismus nichts zu tun; sie ist ein gefährliches Sektierertum, das rasch überwunden werden muß, wenn wir vorwärts gehen wollen. (Sehr richtig.) Der Intellektuelle, der es verdient und zu uns kommen will, soll sich in unseren Reihen wie zu Hause fühlen. Wir wollen ihn ohne Zögern auch auf verantwortliche und führende Posten stellen. (Bravo.) Diese Haltung erwarten wir von jedem unserer Genossen.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir auf dem vor zehn Jahren eingeschlagenen Weg kühn und entschlossen weitergehen, wenn wir die Lehren der Vergangenheit beherzigen und alle unsere Kräfte anspannen, dann werden wir es schaffen. Die Gestaltung der Zukunft unseres Volkes liegt in unseren Händen. Erweisen wir uns der Größe der Verantwortung bewußt. Es darf kein Zurück, es kann nur noch ein Vorwärts zum vollen Sieg der Demokratie, zum Triumph des Sozialismus geben. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Es folgt jetzt der Bericht über die Jugendarbeit der Partei. Das Wort hat Genosse Paul Verner.

e) Die Jugendarbeit der Partei

Berichterstatter Paul Verner

Genossinnen und Genossen! Zwischen dem Brüsseler Parteitag und unserer heutigen Tagung liegen die leidvollsten und tragischsten Jahre für unser Volk und unsere Jugend. Auf jenem Parteitag im Jahre 1935 be-

handelte Genosse Ackermann ausführlich den Standpunkt unserer Partei zu den Fragen der Jugend und des Nazismus. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Hitlerismus kein Mittel unversucht ließ, die junge Generation Deutschlands so vollständig wie nur möglich in die Kriegsmaschine einzubeziehen und für den totalen Krieg vorzubereiten, betrachtete es unsere Partei als dringende Notwendigkeit, die Kräfte der Kommunisten und die aller fortschrittlichen Menschen gegen diese jugendverderbende Politik des Nazismus zu mobilisieren. Damals sagte Anton Ackermann:

„Der Krieg, den Hitler vorbereitet, wird der Jugend unausdenkbare Opfer, Leiden und Entbehrungen auferlegen... Der imperialistische Krieg ist der schlimmste Würger der jungen Generation... Die Jugendbewegung muß daher alle nicht reaktionären, nicht nazistischen fortschrittlichen Kräfte der jungen Generation in einer breiten Jugendbewegung gegen Faschismus und Krieg vereinigen.“

Und hören wir noch, was unser Genosse Wilhelm Pieck am 4. August 1934 in einem Brief an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend schrieb:

„Die Hitlerregierung hat es besonders auf die werktätige Jugend abgesehen, an der sie nur das eine Interesse hat, sie für den Krieg als Kanonenfutter zurecht zu machen.“

Diese Einschätzung der Partei auf dem Gebiet der Jugendpolitik war richtig. Ist doch die Sprache zu arm an Worten, um den Leidensweg der jungen Generation in den Jahren der Hitlerdiktatur und des Krieges zu beschreiben. Wir anerkennen aber auch, daß die antifaschistischen Kräfte auf Grund der unseligen Zersplitterung zu schwach waren, um das Verbrechen der Hitlers zu verhindern, zu schwach, Deutschland, sein Volk und seine Jugend vor dem Krieg und vor dem Sturz in den Abgrund zurückzureißen.

Wir sagen ebenfalls und sprechen das mit Stolz heute und an dieser Stelle aus: Gegen diese Sturmflut des Nazismus, der verstiegenen Ideen des Herrenmensentums, der Kriegs- und Rassenhetze durch die Volks- und Jugendfeinde, standen Schulter an Schulter mit ihren erwachsenen Genossen junge Kommunisten, die erzogen durch die Partei Ernst Thälmanns, treu den großen Idealen des Kommunistischen Jugendverbandes waren.

In Stolz und Ehrfurcht sehen wir auf unsere gefallenen, von der Gestapo ermordeten jungen Genossen wie Arthur Becker, Rudi Arndt, Heinz Kapelle, Grete Walter, Bruno Tesch und viele, viele andere. Voll Ehrfurcht gedenken wir auch der Geschwister Scholl und aller übrigen Antifaschisten, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gaben.

Ehre und ewiges Gedenken diesen jungen Helden!
(Beifall.)

Wenn wir den Weg der jungen Generation in den letzten Jahren überblicken, so müssen wir sagen, daß wohl niemals eine Jugend schändlicher verraten und vollständiger verführt wurde als die deutsche. Durch eingeschickte und gewissenlose Propaganda der Nazis wurde sie vom richtigen Wege abgedrängt und der Verderbnis preisgegeben. Durch billige Einzelmaßnahmen, die der Jugend als Zuckerbrot gereicht wurden, wurde sie in den Gesamtbereich der totalen Aufrüstung eingegliedert und schließlich Kanonenfutter. Und das Tragische dieser Entwicklung ist gerade die Tatsache, daß die Jugend an die Rechtfertigkeit der nazistischen Irrlehren glaubte und so offenen Auges den Weg in die Katastrophe ging.

Mit dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ in zwölf Jahren zerbrachen auch die bis dahin gültigen Ideale der Jugend. Sie schien an der Schwere der Gegenwart zu verzweifeln, sie sah in ihrer Mehrheit keinen Weg in die Zukunft.

Und heute, Genossinnen und Genossen, wird viel über die ideologischen Stimmungen gesprochen, die

unter den Jugendlichen herrschen. Doch es scheint uns, daß man hier oft zu einseitig ist oder über das Ziel hinauschießt. Wollte man ein Bild von den ideologischen Stimmungen unter der Jugend malen, so genügt weder die weiße noch die schwarze Farbe, sondern man braucht die ganze Farbenskala. Zwischen Gut und Böse, Positivem und Negativem liegen viele Abstufungen. Es gibt den Teil der Jugend, der sich entschieden für den Wieder- und Neuaufbau unserer Heimat einsetzt, und wir haben große Massen von Jugendlichen, die abseits und apathisch dastehen. Wir finden schließlich die große Masse der Jugend, die sich von den Ereignissen treiben läßt. Das ist nicht verwunderlich. Zwölf Jahre nazistische Erziehung haben in der Denkart der Jungen und Mädels tiefe Wurzeln geschlagen. Das faschistische Gedankengut aus den Hirnen unserer Jugend herauszureißen, ist ein tiefgehender und langwieriger Prozeß.

Wir wollen nicht verkennen, das große Massen unserer jungen Generation mit den Begriffen unserer Zeit nichts anzufangen wissen. Demokratie ist z. B. für viele noch ein Schlagwort, deren Inhalt sehr verschieden ausgelegt wird. Die Jugendlichen, die heute vierzehn bis achtzehn Jahre alt sind, waren zu Beginn der Hitlerdiktatur kleine Kinder. Ihre Erziehung ist im wesentlichen das Produkt des Faschismus, der sie lehrte, daß Deutschland machtvoll und auf Grund seiner Kraft und Stärke in der Welt geachtet ist. Heute knurrt ihnen der Magen, und sie sehen die großen Schwierigkeiten, aber noch nicht die Tatsache, daß unsere Not das Ergebnis der Hitlerdiktatur ist. Wie nach jedem Krieg, und erst recht nach dem nazistischen Eroberungskrieg, tritt eine Lockerung aller Moralgesetze und der Moral überhaupt ein. Man darf diese Tatsache weder verbergen, noch darf man sie übertreiben. Aber, Genossinnen und Genossen, das Übel ist groß. Viele Jugendliche gibt es, deren heutiges moralisches Gesetz des Handelns die Auffassung ist: Jeder ist sich selbst der Nächste! Wir sehen das Anwachsen der Jugendkriminalität, wir wissen über das Bestehen so mancher jugendlicher Ban-

den. Wir kennen den Zustand der bedenklichen Freiheiten, die in den Beziehungen der Menschen untereinander als eine Folge der hitlerischen Erziehung und des Krieges eingerissen sind. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die Trümmer unserer Städte erschweren uns die Überwindung dieser Zustände.

Es ist auch verständlich, daß infolge dieses Krieges die Arbeitsmoral stark gelitten hat. Wenn man sechs Jahre auf Kosten anderer Völker lebte, so ist es für viele schwer, zu geordneter ehrlicher Arbeit zurückzukehren.

Gestehen wir es auch ein: Es gab und gibt noch erwachsene Menschen, die – sehr richtig ausgehend von der Erkenntnis, daß die Lehren des Nazismus gerade unter der Jugend das größte Unheil angerichtet haben – meinten und meinen, mit dieser Jugend sei nichts anzufangen. Wir Kommunisten hingegen haben diese Frage niemals so gestellt. Es ist das Verdienst unserer Partei und der sich in jenen Wochen sammelnden antifaschistischen demokratischen Kräfte, daß sie in der Zeit, wo das nackte Leben tagtäglich und unter großen Schwierigkeiten organisiert werden mußte, der Jugend einen Weg wies und ihr zurief: Man muß neu beginnen!

Wir Kommunisten begrüßten daher die Initiative verschiedener Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die damals bei den Besatzungsbehörden um die Genehmigung antifaschistischer Jugendausschüsse nachgesucht hatten. Erinnern wir uns der Worte unseres Genossen Walter Ulbricht auf der ersten Funktionärkonferenz der Partei vom 25. Juni 1945 in Berlin. Er sagte:

„Besonders wichtig ist auch die Schaffung von Jugendausschüssen. Wir haben das Vertrauen zur deutschen Jugend, daß sie mit Hilfe der erfahrenen Antifaschisten aus der Katastrophe, in die Hitler Deutschland getrieben hat, lernen wird. Wir verzichten auf die Schaffung eines Kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche freie Jugendbewegung entsteht.“

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß diese Jugendausschüsse eine bedeutende Rolle für das Sichwiederfinden großer Teile der jungen Generation spielten. Sie wirkten als Sauerteig unter der nach außen apathisch und gleichgültig erscheinenden jungen Generation. Und hier an dieser Stelle sei noch auf eine Tatsache hingewiesen. Unsere Partei faßte den Beschluß, Jugendlichen vom sechzehnten Lebensjahr an den Beitritt zur KPD zu gewähren. Auch in diesem Beschluß kommt die Sorge unserer Partei für die jugendlichen Werktätigen zum Ausdruck. Wie unsere Partei die Partei der Erwachsenen ist, so ist sie auch die Partei der Jugend. In den vergangenen Monaten angestrenzter Arbeit hat sich die Führung unserer Partei sehr oft mit den Problemen der jungen Generation beschäftigt. Und Genossinnen und Genossen, ich verrate hier kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Verantwortliche für die Jugendarbeit im Sekretariat unseres Zentralkomitees der Nestor und Vorsitzende unserer Partei, unser geliebter Genosse Wilhelm Pieck ist. (Lebhafter Beifall.)

Viele Jugendliche sind zu unserer Partei gestoßen. Im Durchschnitt sind etwa 5½ Prozent unserer Parteimitgliedschaft Mitglieder zwischen sechzehn und einundzwanzig Jahren. Und nach allen Berichten zu urteilen, ist der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtmigliedschaft im Wachsen begriffen. Ich bin sicher, daß die Sozialistische Einheitspartei, in der sich wieder Bruder und Bruder und Schwester und Schwester des schaffenden Volkes gefunden haben, in noch viel stärkerem Maße die Jugendlichen wie ein Magnet anziehen wird, als es die beiden Arbeiterparteien getrennt vermochten.

Die Jungen und Mädels, die im vergangenen Jahre zu unserer und der Sozialdemokratischen Partei stießen, kamen nicht als Sozialisten. Ihre Vorstellungen vom Sozialismus waren und sind noch sehr nebelhaft. Manche sind noch behaftet mit den Vorstellungen des Pseudo-Sozialismus der Nazis. Sie sind zur Partei gekommen, weil sie erkannten, daß unsere Partei das Richtige will.

Welch große Verantwortung erwächst uns allen für die Erziehung dieser unserer jungen Mitglieder! Das ist ein großes Kapital, ein Kapital, das wir hüten und pflegen müssen. Daher wollen wir sicherstellen, daß sich die jungen Genossen in unserer Partei wohl fühlen, daß sie in ihr eine Heimat, einen Kameraden, einen Freund und etwas Ureigenes finden.

Es kann als Regel aufgestellt werden, daß dort, wo sich die Partei um die Nöte und die Wünsche der Jugend kümmert, ihnen bei der Verwirklichung ihrer Forderungen hilft, sich die Jugend in größerer Zahl unseren Einheiten anschließt als dort, wo die Partei aus dem Deklamatorischen, dem toten Lippenbekenntnis über die Notwendigkeit der Jugendarbeit noch nicht hinausgekommen ist. (Sehr gut!) Mut zur Wahrheit ist die erste Voraussetzung für eine gesunde Selbstkritik. (Beifall.)

Wir sagen daher, daß es noch eine ganze Anzahl unserer Parteiorganisationen gibt, die wohl in Versammlungen verkünden, daß ihnen die Fragen der Jugend am Herzen liegen, aber bei der praktischen Durchführung jede Hilfe versagen. Es gibt nicht wenige Berichte und nicht wenige junge Genossen, die sich darüber beklagen, daß sie sich in der Partei nicht recht wohl fühlen, daß ihnen bei der Durchführung der Arbeit unter der Jugend Schwierigkeiten bereitet werden. So wurde z. B. in einer kleinen Stadt der Provinz Brandenburg von der Jugend verlangt, ein Jugendheim in einem guten festen Haus für Räume in einer baufälligen Baracke einzutauschen. Und noch ein Beispiel mehr: Die meisten Jugendheime in Berlin befinden sich in einem beklagenswerten Zustand, während die Cafés und Bars über die schönsten Inneneinrichtungen verfügen. (Sehr wahr!)

Daher sollten wir in unserer Partei erreichen, daß wir uns nicht nur um unsere jungen Parteimitglieder kümmern und sorgen, sondern den täglichen Problemen der jungen Generation unsere Aufmerksamkeit widmen. Wir müssen einen solchen Zustand haben, daß

die älteren Genossen *Patenschaften* über die jüngeren übernehmen und die Jugend mit der interessanten und lehrreichen Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung vertraut machen. (Sehr gut.) Erzählen wir die Geschichte der Pioniere der deutschen Arbeiterklasse, die aus dem Nichts die deutsche Arbeiterbewegung schufen, erzählen wir das Leben und die Taten Bebels, Liebknechts, Luxemburgs, Thälmanns, und sie werden in die Kräfte des Volkes Vertrauen setzen. Berichten wir davon, wie wir das Leben in diesen vergangenen harten Monaten neu schufen, und sie werden Erfahrungen und nützliche Lehren gewinnen.

Damit die Zukunft diese unsere Arbeit unter den jugendlichen Parteimitgliedern ein Höchstmaß an Erfolg bringt, ist es notwendig, daß die Jugendabteilungen in den Leitungen unserer Partei mit erfahrenen Genossen besetzt werden und *die Jugendarbeit zu einer Angelegenheit der Gesamtpartei wird.* (Bravo.)

Gestattet mir nun, Genossinnen und Genossen, einige kurze Bemerkungen über die Lage der jungen Generation. Noch gibt es keine Aufstellung über die Verluste, die der fast 6jährige Krieg in die Reihen der deutschen Jugend gerissen hat. Doch ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik der Stadt Berlin genügt, um aller Welt zu zeigen, wo die Blüte eines Volkes geblieben ist. Im Alter von 18 bis 19 Jahren wurden am 1. Dezember 1945 nur 8350 Jungens gezählt, hingegen 17410 Mädels. Im Alter von 19 bis 20 Jahren waren es nur 6657 männliche und 18517 weibliche Jugendliche; im Alter von 20 bis 21 Jahren 6323 Jungens und 19187 Mädels. Diese Zahlen sprechen ihre deutliche Sprache. In den Jahren, in denen sich das junge Mädchen mit dem Gedanken der Heirat, der Gründung einer Familie befaßt, fehlen zwei Drittel der männlichen Generation. Sie wurden im männermordenden Krieg geopfert.

Die Lage der Jugendlichen ist schwer. In manchen Teilen Deutschlands herrscht unter der Jugend Arbeitslosigkeit. In Berlin sind noch 20000 Jugendliche ohne Arbeit, davon zwei Drittel Mädchen. 6 Jahre Krieg

haben die Gesundheit der Jugend untergraben. Unterernährung, Seuchen und deren Folgen sind das Resultat. Mit allen diesen Schwierigkeiten hatten und haben wir noch zu kämpfen.

Aber wir können heute an dieser Stelle mit Stolz berichten, daß wir im Kampf gegen diese Schwierigkeiten Erfolge erzielt haben. Was die Bezirke der sowjetischen Besatzungszone angeht, so können wir heute mit Freude feststellen, daß dank der unermüdlichen Arbeit unserer Partei und aller anderen antifaschistischen Kräfte sowie der Jugendausschüsse und dank der Hilfe durch die Sowjetische Militärverwaltung Großes geleistet wurde. Viele unserer Jugendlichen wurden in Arbeit gebracht. In der Provinz Sachsen gibt es keinen jugendlichen Arbeitslosen mehr. Lehrwerkstätten und Lehrbauhöfe wurden errichtet. Als im Herbst vorigen Jahres die Frage stand, alles zu tun, um uns notdürftig vor der Kälte zu schützen, da waren es viele Jugendausschüsse, die aktiv an diesen Aktionen teilnahmen. Viele Dächer Berlins und anderer Städte wurden durch die Hände unserer Jungen und Mädels repariert. Um die Jugend von der Straße wegzubringen, richteten die Jugendausschüsse z. B. in Berlin nicht weniger als 207 Arbeitsstuben ein, in denen 80000 Spielsachen hergestellt und 30000 große und kleine Kleidungsstücke angefertigt wurden.

Auch in den übrigen Bezirken legte die Jugend große Initiative an den Tag. Im Land Sachsen gab es ein Dorf mit dem Namen Adelsdorf. In den letzten Tagen des Krieges vernichteten SS-Banditen dieses Dorf vollständig. Vor 8 Wochen zog die Jugend dieses Kreises hinaus, um aus diesem Adelsdorf in Schutt und Trümmern ein Dorf der Jugend aufzubauen. Es wird in Zukunft Dorf der Jugend heißen und die Jugend und ihre Arbeit ehren. (Bravo!)

An einem freiwilligen Arbeitstag putzten die Jugendlichen von Bautzen 50000 Ziegel. Vor wenigen Wochen fand in der Stadt Leipzig ein freiwilliger Arbeitssonntag der Jugend statt. Die Mitglieder des

Jugendausschusses meinten, es würden 5000 Jugendliche erscheinen, in Wirklichkeit kamen 12000 Jungen und Mädels. Die Arbeitsleistungen dieses einen Tages waren: 105000 Ziegelsteine wurden geputzt oder so viele Steine, wie man für 7 Einfamilienhäuser benötigt. Diese Ziegelsteine wurden Neubauern zur Verfügung gestellt, um ihre Höfe auszubessern und instandzusetzen. Weiter wurden 350 kg Wolle in einer zerstörten Kammgarnspinnerei hervorgegraben. Das ist Wolle für mehr als 600 Pullover. 40 cbm Holz wurden geschlagen, 300 cbm Erde bewegt, 10000 qm Gartenland umgegraben, die der zusätzlichen Ernährung dienen, 60 qm Fenster verglast! Und nach getaner Arbeit ging die Jugend spielen und tanzen.

Als die Bergarbeiterkatastrophe von Kamen im Lande Thüringen bekannt wurde, faßte der Jugendausschuß in Thüringen den Beschluß, 450 verwaisten Bergarbeiterkindern einen mehrwöchigen Ferienaufenthalt in Thüringen zu geben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Seit dem 7. März 1946 besteht in allen Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone eine einheitliche, eine demokratische und überparteiliche Organisation der Jugend, die *Freie Deutsche Jugend*. Diese Jugendorganisation entstand durch den Willen der Jugendlichen selbst. Sie ist das Ergebnis der brüderlichen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit junger Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen. Zehntausende junger Arbeiter und Arbeiterinnen sind bereits Mitglieder der Freien Gewerkschaften, und wir haben gestern abend Mitteilung bekommen, daß innerhalb von 4 Wochen sich bereits 175000 Jugendliche der Freien Deutschen Jugend angeschlossen haben. (Beifall.)

Diese Erfolge und die geleistete Arbeit verleiten uns jedoch nicht dazu, Schwierigkeiten und Schwächen in unserer Arbeit zu übersehen. Der demokratisch-antifaschistische Einfluß unter der Studentenschaft und den Schülern der höheren Lehranstalten ist

noch viel zu gering. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften demokratischer Studenten ist erst in den Anfängen.

Einer Bewegung, der wir in Zukunft große Aufmerksamkeit widmen müssen, ist die Kinderlandbewegung. Über einige sporadische Anfänge sind wir bis jetzt nicht hinausgekommen.

Oder nehmen wir ein solches wichtiges Arbeitsfeld wie den Rundfunk. Die Jugend ist den Männern und Frauen vom Funk zu Dank verpflichtet, die aus dem Nichts ein Jugendprogramm gestalteten. Aber bis heute ist es noch nicht gelungen, jeder Jugendgruppe und jedem Jugendheim ein Rundfunkgerät zu beschaffen.

Noch steht ein großer Teil der Jugend, der größte, abseits. Noch sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für viele Jugendliche ungelöst. Daher sollten wir Sozialisten in Zukunft alle Anstrengungen machen, um die Verpflegung der Jugend zu verbessern, über ihre Arbeitsbedingungen und ihre hygienischen Verhältnisse zu wachen und ihnen Freude und Frohsinn zu ermöglichen. Die Jugend ist das kostbare Gut jeder Nation, es muß gehütet und gepflegt werden.

Genossinnen und Genossen! Wie können wir die Jugend als Gesamtheit für die gerechten und hohen Ideale eines demokratischen antifaschistischen Deutschland gewinnen? Wie überwinden wir ihr Mißtrauen gegenüber dem Neuen? Wie führen wir sie heraus aus der Müde und Leere? Wie überwinden wir die Enttäuschung und Apathie? Ich spreche hier nicht von jenen Hunderttausenden, die sich bereits für uns entschieden haben, sondern von jenen Millionen, die noch abseits stehen, und die wir gewinnen müssen. Und ich glaube, wir werden sie gewinnen. Es wäre eines Sozialisten unwürdig, vor den Schwierigkeiten auf diesem Gebiet zu kapitulieren. Geben wir daher der Jugend Orientierung und Weg.

Die Jugend liebt die Tat. Sie wird ihre Kräfte mit Begeisterung dann geben, sobald sie die Gerechtigkeit

und Notwendigkeit dafür erfaßt hat. Überzeugen wir daher die junge Generation, daß alles das, was wir heute leisten, dem Volke und seiner Jugend selbst zugute kommt, und daß alles jenes, was sich dieser Entwicklung in den Weg stellt, weggeräumt werden muß.

Die Jugend liebt das Neue. Ist doch die Jugendzeit die Zeit der Träume und Pläne, die Zeit der Abenteuer. Gibt es in unserer Zeit eine abenteuerlichere und schwierigere Aufgabe als z. B. die Erschaffung neuer Wohnstätten aus den Ruinen? Entwickeln wir vor der Jugend den Plan des Neuaufbaus z. B. der Frankfurter Allee in Berlin oder des Aufbaus solcher Stadtviertel wie die Johannstadt in Dresden. Zeigen wir ihr, daß jeder Junge und jedes Mädels hier ein Robinson Crusoe der Wirklichkeit und der Tat sein kann.

Die Jugend liebt das Heldentum. Der junge Mensch träumt davon, sich einzusetzen, er wählt sich ein Vorbild. Gibt es, Genossen, bei uns Helden? Jawohl, die gibt es! Im Kreise Jerichow II in der Provinz Sachsen haben sich zwölf Jungen zu einer Traktorenbrigade zusammengeschlossen. In der ersten Frühjahrsbestellung nach dem Kriege pflügte diese Brigade mit zwei Traktoren in sechs Tagen und Nächten eine Fläche von 521 Morgen. (Lebhafter Beifall.) Genossen, das sind Helden! Das sind Helden des friedlichen Aufbaus! Und sagen wir der Jugend noch dazu, daß dies das tägliche Brot für uns ist und kein Krautjunker davon ein einziges Korn bekommt, denn diese gibt es in der Provinz Sachsen nicht mehr.

Die Jugend liebt die Gerechtigkeit und die Hingabe. Zeigen wir ihr daher, was ungerecht ist, zeigen wir ihr, wie man das Reaktionäre und Verfaulte bekämpft.

Und die Jugend liebt schließlich das Leben. Sie will dem Leben vorausseilen. Sie ist von Natur aus fröhlich. Sie weiß zu lachen und liebt, sich zu zerstreuen. Seien wir daher keine Philister oder wie unser Genosse Matern kürzlich sagte, keine Mondgucker, keine Asketen. Geben wir ihr das Recht zu Fröhlichkeit

und Zerstreuung. Lassen wir sie tanzen. Und sorgen wir dafür, daß das in Formen geschieht, die des demokratischen Deutschland würdig sind. Das erreicht man nicht durch Worte, sondern man muß beispielgebend sein. Unsere Moral ist streng, weil sie „die Moral jener Menschen ist, die ehrlich bestrebt sind, eine bessere Menschheit heranzubilden, indem sie sie von aller Unreinheit, die die Gewinnsucht mit sich bringt, befreien will.“ Wenn jeder Sozialist und jeder Antifaschist diese Moral in sich verkörpert, wird sie beispielgebend für die gesamte junge Generation sein.

Als Letztes, Genossen und Genossinnen, ein Wort über unseren ferneren Weg und unsere Aufgaben. Vor uns steht ein umfassendes Problem zur Lösung, das über unsere Zukunft entscheidet: Wie gewinnen wir die Masse der Jugend für die Interessen des gesamten Volkes? Wie erziehen wir die Jugend in einem Geist des Vertrauens in die Kräfte des Volkes und zur Demokratie? Dabei muß das Ziel sein, die Jugend in einem den Interessen des Volkes entsprechenden Sinn zu sammeln und zu orientieren. Welche Wege gibt es nun dorthin?

Es ist darüber viel diskutiert worden, und wir sind der Auffassung, daß wir in Deutschland keine Jugendparteien benötigen. Keine Jugendlichen-Partei der Sozialistischen Einheitspartei und keine Jugendlichen-Parteien der anderen antifaschistischen Organisationen. Es ist keine Lösung des Problems, wollte man die Jugend in einer mehr oder minder kleinen sozialistischen, katholischen oder liberalen Elite organisieren, sondern die Jugend wird den Interessen des Volkes am besten dienen, wenn sich die breiten Massen der deutschen Jugend, ihre verschiedenen Schichten, die Arbeiter, Bauern, Studenten, alle Jungen und Mädels in einer großen, einheitlichen, demokratischen Jugendorganisation zusammenfinden. Aber diese Organisation muß überparteilich, d. h. unabhängig von den politischen Parteien sein. Sie muß demokratisch und antifaschistisch sein. In ihr muß es Platz für alle aufbauwilligen

Kräfte und demokratischen Meinungen geben. In ihr muß Loyalität und Toleranz herrschen. Sie muß allen Interessen der Jugendlichen Spielraum lassen.

Aber sie muß eines gemeinsam haben. Sie muß sich zum unbedingten Einsatz für den Wieder- und Neuaufbau unserer Heimat bekennen und zur Wiedergeburt Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage.

Diese Aufgabe kann niemals gelöst werden von irgendwelchen, den Organisationen der Erwachsenen angeschlossenen Jugendparteien. Wir sind daher der Meinung und Überzeugung, daß dieses für die gesamte Nation bedeutsame Problem durch die Freie Deutsche Jugend entschieden werden kann.

Viele der Mitglieder der Freien Deutschen Jugend waren ehemals in der Hitlerjugend oder im BDM. Und allen jenen BDM- und HJ-Mitgliedern, die heute noch abseits stehen, reicht die FDJ eine offene Hand und ruft ihnen zu: Schlagt ein! Kommt in die Freie Deutsche Jugend, stellt eure jungen Kräfte in den Dienst des Fortschritts, für unser Volk und unser Land. Jene aber, die zu dem besoldeten Führungsstab der nazistischen Jugendverderber gehörten, haben keinen Platz in der Organisation der FDJ. Sie haben nicht einmal Platz in der Freiheit, sondern ihr Platz ist im Gefängnis. (Bravo.)

Wir begrüßen es daher, daß die Alliierten im Westen solche Verbrecher an der Jugend wie Axmann und seine Gesellen hinter Schloß und Riegel gesetzt haben.

Ebenso stark würden wir es begrüßen, wenn in den westlichen Zonen die demokratisch-antifaschistische Jugendbewegung größere Entfaltungsmöglichkeiten bekommen würde. So richtig es ist, wenn dort gesagt wird, daß die Jugend neue Pfade finden muß, so brauchen wir dazu in Deutschland keine Pfadfinderorganisation. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind hier der gleichen Auffassung wie die „Neue Zeitung“ in München, die zu dieser Frage schreibt:

„In einem Land, das 12 Jahre hindurch aus der Disziplin einen religiösen Kult machte, Unterordnung mit Vaterlandsliebe absichtlich verwechselte, Plattfüße betreute, aber Plattgehirne entwickelte, kann man die Dringlichkeit einer Pfadfinderbewegung kaum sehen.“

Und wenn uns gestern die Meldung aus München erreichte, daß sich die Pfadfinder dieser Stadt damit beschäftigen, eine befriedigende Lösung der Uniformfrage zu finden, so sagen wir: Die deutsche Jugend benötigt keine Uniformen! (Sehr gut und Beifall.) Und wenn wir noch hören, daß an der Spitze so mancher dieser Pfadfindergruppen Reserveoffiziere der deutschen Armee stehen, so hat das mit der Erziehung der Jugend zur Demokratie nichts zu tun. (Sehr gut.) Und wenn wir noch hinzufügen, daß Bestrebungen im Gange sind, über ganz Deutschland Jugendgemeinschaften zu errichten, deren Aufgabe es sein soll, eine antibolschewistische Front aufzurichten, so bedeutet das, daß man aus dem sechsjährigen Krieg und der Hitlerdiktatur nichts gelernt hat oder nichts lernen wollte, und die Absicht hat, Deutschland aufs neue ins Unglück zu stürzen. (Sehr richtig.)

Ein Jahr nach dem Kriege versuchen die reaktionären Kräfte erneut, das Haupt zu erheben. Und wir, die antifaschistischen Volkskräfte, haben alle Ursache, auf der Hut zu sein. Den antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisationen möchten wir von hier aus raten: Seid wachsam gegenüber allen reaktionären Versuchen! Findet Euch zu brüderlicher, kameradschaftlicher *Zusammenarbeit! Schließt Euch um der gemeinsamen Tat willen zusammen.*

Die alliierten Besatzungsmächte bitten wir jedoch, den gesunden demokratischen Bestrebungen der Jugend noch stärker alle Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen. Es sollte Klarheit darüber herrschen, daß jede Politik, die versucht, die Jugend von den demokratischen, politischen Aufgaben fernzuhal-

ten, letzten Endes nur reaktionären Absichten nutzen kann und die Furcht vor dem Fortschritt ausdrückt. Sollte ein solcher Weg beschritten werden, dann wird der Prozeß der demokratischen Erneuerung Deutschlands, und dazu gehört die junge Generation, gefährdet werden. Das wollen wir nicht und nicht die demokratischen Kräfte der Welt.

Genossinnen und Genossen! In diesen Tagen tritt die Freie Deutsche Jugend mit einer großen Initiative vor die junge Generation. Allen Jugendlichen, allen Organisationen und allen demokratischen Verwaltungsorganen Deutschlands unterbreitet die FDJ einen Entwurf zu den *Grundrechten der jungen Generation*. Dieser Entwurf soll keine Schreibtischarbeit sein, sondern soll nach Auffassung der FDJ überall Anlaß zu einer breiten demokratischen Aussprache geben und schließlich auf einem Parlament der Jugend die endgültige Fassung als die Grundrechte der jungen Generation für die Zeit des demokratischen Wieder- und Neuaufbaus erhalten.

Die Freie Deutsche Jugend wünscht, daß alle ihre Meinung dazu sagen, Abänderungen und Verbesserungen vorschlagen. Sie will, daß diese Grundrechte zur ureigensten Sache der ganzen Jugend werden.

Vier Rechte sind es, von der die Jugend erwartet, daß sie ihnen durch die demokratischen Selbstverwaltungen erfüllt werden. Es sind erstens die *politischen Rechte*. Die Jugend will, daß zum Gesetz erhoben werde, daß die Jugendlichen ab 18 Jahre an allen Wahlen zu den demokratischen Selbstverwaltungen teilnehmen können und von 21 Jahren an gewählt werden können. Sie will, daß in noch viel stärkerem Maße als bisher die besten Jugendlichen, Jungen und Mädchen, auf verantwortliche Posten in der Gemeinde und in den Provinz- und Länderverwaltungen gestellt werden.

Sie fordert zweitens das *Recht auf Arbeit und Erholung*. Sie will, daß — trotz der Schwierigkeiten — der Jugend Arbeit und Erholung durch konkrete Maßnahmen gesichert werden, daß sich das neue und demo-

kratische Deutschland tagtäglich mit den Sorgen der Jugend auf diesem Gebiet beschäftigt und ihr ein besseres Los zuteil werden läßt.

Sie fordert drittens das *Recht auf Bildung*. Das gesamte deutsche Bildungswesen soll eine demokratische Neugestaltung erfahren. Der Jugend sollen die Tore zu allen Stätten der Bildung und der Kultur weit geöffnet werden.

Sie fordert schließlich das *Recht auf Freude und Frohsinn*. Sie will, daß man der Jugend auch auf diesem Gebiete Rechnung trägt.

Wir als Sozialisten werden diese Forderungen der Jugend unterstützen. (Beifall.)

Wir sind sicher, daß die Männer und Frauen, die im Kampf gegen die Hitlerdiktatur ihren Mann standen und die heute in den Selbstverwaltungen tätig sind, nicht nur Verständnis für die Belange der jungen Generation haben, sondern sie auch erfüllen werden. Darin, liebe Freunde, liegt auch die Lösung des Geheimnisses, wie wir die junge Generation für das demokratische Deutschland gewinnen. (Sehr gut!)

Genossinnen und Genossen! Auf die Karfreitag-Nacht des Bruderkampfes und der Spaltung der Arbeiterklasse, die 27 Jahre währte, folgt nun der Aufstehungsmorgen: die geeinte Partei der deutschen Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei! Diese Partei wird die Partei der Jugend sein. Und wir sind sicher, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die entscheidende Kraft sein wird, die der jungen Generation auf ihrem schweren Weg aufwärts und vorwärts mit allen ihren Kräften helfen und zur Seite stehen wird.

So werden wir eine junge Generation erziehen, eine Jugend, die lebt, eine Jugend, die liebt, und eine Jugend, die aufbaut. Eine Jugend, die gemeinsam mit der erwachsenen Generation ein Deutschland baut, das demokratisch und friedliebend ist, ein Deutschland, das einheitlich, glücklich und schön sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Als letzter Teilbericht folgt nun der Kassenbericht der Partei, erstattet durch Alfred Oelssner. (Beifall.)

f) Kassenbericht der Partei

Berichterstatter Alfred Oelssner

Parteigenossinnen, Parteigenossen! Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juni 1945 bis zum 31. März 1946 und schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit einem Betrag von RM 10 826 765,74.

Einnahmen

Einnahmen von Beiträgen aus den	
Bezirken	5 648 045,30 RM
Sammlungen und Spenden	2 104 869,— RM
Rückerstattungen	2 801 799,85 RM
Verpflegung	169 766,18 RM
Magazin	23 477,91 RM
Mieten	1 552,27 RM
Sozialbeiträge	20 846,16 RM
Steuern	53 085,06 RM
Bankzinsen	3 143,75 RM
Kassenausgleich	180,26 RM
	<hr/>
	10 826 765,74 RM

Ausgaben

Agitation	2 096 363,69 RM
Parteischulen	583 336,— RM
Bibliotheken	1 118 277,76 RM
Organisation	706 129,31 RM
Bezirksausschüsse	1 508 222,65 RM
Jugendausschüsse	5 665,— RM
Innere Verwaltung	202 331,14 RM
Darlehen an Organisationen	223 400,— RM
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	1 442 237,50 RM

Gehälter	297 051,85 RM
Löhne	79 680,25 RM
Autounterhaltung	179 083,42 RM
Verpflegung	110 937,71 RM
Magazin	40 651,92 RM
Soziale Beiträge	67 660,55 RM
Steuern	44 928,82 RM
Pensionen	7 160,— RM
Fernsprechgebühren	4 187,73 RM
Bank- und Postscheckspesen	178,88 RM
Baukonto	255 258,— RM
Kassenbestand	2 860 473,56 RM
	<hr/>
	10 826 765,74 RM

Zu dem Kassenbericht ist zu bemerken, daß die Höhe der Beitragseinnahmen von 5 648 045,30 RM bei einer Gesamtmitgliederzahl von 584 897 in der sowjetisch besetzten Zone die gesunde Basis beweist, auf der sich die Beitragszahlung bewegt. Alle Bezirksleitungen haben wesentlich mehr als ihren Pflichtbeitrag von 20 Prozent der Beitragshöhe an die Zentralkasse abgeführt und damit die Finanzen wesentlich verbessert, so daß das Zentralkomitee seine politischen und organisatorischen Aufgaben voll erfüllen konnte. (Beifall.)

Die Sammlungen und Spenden in Höhe von 2 104 869,— RM gingen vom 1. Tage des Bestehens des Zentralkomitees aus allen Teilen des Reiches, von vielen Betrieben, ja selbst von Zusammenkünften entlassener Opfer des Faschismus aus den verschiedensten Konzentrationslagern ein. (Bravo!) Die Rückerstattung in Höhe von 2 801 799,85 RM beziehen sich auf die von der Zentralkasse verauslagten Propagandakosten an Bezirke, Verlage, Zeitungen usw.

Für Agitation und Propaganda wurden 2 096 363,69 RM ausgegeben. Die Höhe der Summe erklärt die Erfolge der Partei bei der Durchführung ihrer politischen Ziele in der Bodenreform, Schulreform und vor

allen Dingen in der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei. (Beifall.)

Die Summe von 583 336,— RM für Parteischulen ist deswegen so hoch, weil durch die Zertrümmerung aller Kulturgüter und Häuser für unsere Schulen alle Gebäude neu hergerichtet und alle Einrichtungen und ihr Material neu beschafft werden mußten.

Bibliotheken: 111 827,76 RM sind für unsere Bibliotheken ausgegeben worden. Die Höhe der Summe erklärt sich durch die schwierige Erwerbung von Werken, besonders der klassischen marxistischen Literatur und Werken antifaschistischer Schriftsteller infolge der faschistischen Vernichtung wertvollster, unersetzlicher Schriftwerke.

Organisation: Einen verhältnismäßig geringen Betrag von 706 129,31 RM haben wir für Organisation in den 11 Monaten der Berichtszeit ausgegeben. Das sind im Monatsdurchschnitt ca. 65 000,— RM. Ein geringer Betrag im Vergleich zu den Schwierigkeiten des Verkehrs durch Eisenbahn- und Zonentrennung im Reichsmaßstab. Es müssen deshalb zu dieser Summe die Ausgaben für Autounterhaltung noch hinzugerechnet werden.

Die Bezirkszuschüsse in Höhe von 1 508 222,65 RM wurden ausgegeben zum Aufbau der Organisation in allen Bezirken im Reichsmaßstab. Sie haben sich dahin ausgewirkt, daß die Bezirke in verhältnismäßig kurzer Zeit leistungsfähig wurden.

Jugendzuschüsse: Als solche sind hier lediglich verbucht anteilige Kosten für die Herstellung der Zeitschrift „Neues Leben“, mit der die Jugendausschüsse in den drei westlichen Bezirken beliefert wurden.

Innere Verwaltung: In diesem Betrag von 202 331,14 RM sind enthalten die Kosten für die Verwaltung des Parteihauses und der Gesamtbetrag von 1 190 45,09 RM an Baukosten für die Gebäude Wallstraße 76/79 und Märkisches Ufer 6 bis 8.

Darlehen wurden 223 400,— RM an Organisationen für ihren Auf- und Ausbau gegeben.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Die Summe von 1 442 237,50 RM dient der Gründung von Gesellschaften mit besonderen Aufgaben im Rahmen unserer Gesamtorganisation und ist in Wirklichkeit werbendes Kapital, welches in seiner Auswirkung politische und wirtschaftliche Zinsen für die Zukunft tragen wird.

Autounterhaltung: Die Summe von 179 083,42 RM setzt sich so zusammen:

Gehälter der Chauffeure	49 589,33 RM
Benzin	57 482,90 RM
Reparaturen	72 011,19 RM
	<hr/>
	Summa 179 083,42 RM

Hierzu ist zu bemerken, daß sich die Reparaturkosten fortgesetzt steigern. Dies erklärt sich aus der Überbeanspruchung der Wagen. Infolge der Schwierigkeiten des Eisenbahnverkehrs muß neben der Personenbeförderung zum Heranbringen von Material ein ständiger Lastkraftwagenverkehr unterhalten werden. Ich möchte bemerken, daß zu dieser Summe im neuen Monat noch die Versteuerung und die Versicherung hinzukommen.

Für Verpflegung wurden 169 766,18 RM eingenommen und nur 110 937,71 RM ausgegeben. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich aus Forderungen von noch nicht bezahlten Lieferungen.

Soziale Beiträge: In der Einnahme haben wir an sozialen Beiträgen 20 846,16 RM und an Steuern 53 085,06 RM, in der Ausgabe für soziale Beiträge 67 660,55 RM, und an Steuern 44 928,82 RM. Das sind die von der Belegschaft im letzten Monat vereinnahmten und vom Vormonat abgeführten Pflichtbeiträge.

Pensionen: Auf Beschluß des Sekretariats wurden an die Witwen und Familien verstorbener Mitglieder des Zentralkomitees Pensionen festgesetzt und damit eine Ehrenschild an diese verdienten Genossen begeben.

Das Baukonto: 255 258,— RM haben wir bisher für den Bau des neuen Parteihauses und der Großgarage bezahlt. Es sind aber noch große Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Zum Schluß möchte ich zum Kassenbericht bemerken: Die Finanzverwaltung des Zentralkomitees hat sich nach der Wiederherstellung der legalen KPD nach der Zertrümmerung des Terrorregimes der Nazis aus dem Nichts zu einem leistungsfähigen Körper entwickelt, dank der Opferfreudigkeit der Genossen und ihrer Organisationen, so daß allen Anforderungen an die Zentralkasse, die manchmal sehr hoch waren, jederzeit entsprochen werden konnte und wir mit einem Kassenbestand von 2 860 473,56 RM unseren Bericht abschließen können. Die Sozialistische Einheitspartei mit ihren mehr als eine Million Mitgliedern und dem Zusammenfließen der Kassenbestände der KPD und SPD wird leistungsfähiger sein, sie wird alle finanziellen Anforderungen zur Durchführung der neuen Sozialistischen Einheitspartei erfüllen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat die Revisorin, die Genossin Grete Keilson. (Beifall.)

Grete Keilson: Genossen! Die Revisionskommission hat die Kassengeschäfte des Zentralkomitees monatlich revidiert und alle Belege mit den Eintragungen und Angaben in Übereinstimmung befunden. Das Bargeld wurde vorgelegt. Der Kassenbericht wurde schriftlich dem Sekretariat des Zentralkomitees eingereicht. Die Revisionskommission bittet den Parteitag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. (Beifall!)

Aussprache und Beschlußfassung

Vorsitzender Pieck: Genossen! Wir kommen jetzt zur Aussprache. Die Zeit, die uns zur Verfügung steht, ist sehr begrenzt. Doch haben wir ein Interesse daran, daß möglichst viele Genossen zu den verschiedenen

Fragen Stellung nehmen, die in den Berichten zum Ausdruck gebracht wurden. Es war ja nicht nur ein Bericht über die Vergangenheit, sondern in den Berichten wurden auch gleichzeitig Fragen der Gegenwart behandelt.

Aus diesem Grunde schlagen wir vor, eine Redezeit von 10 Minuten festzusetzen. — Oder werden andere Vorschläge gemacht? — Da das nicht der Fall ist, kann ich annehmen, daß die Genossen einverstanden sind mit der Begrenzung der Redezeit in der Aussprache auf 10 Minuten.

Außerdem halten wir es für notwendig, daß besonders unsere Genossen aus den drei westlichen Besatzungszonen zu Worte kommen, da sie nicht so oft, wie wir hier in der Sowjetzone, die Möglichkeit haben, in solchen gemeinsamen Aussprachen ihre Meinungen zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Als Erster hat das Wort Kurt Müller, Hannover. Dann folgt Hans Schiefer aus dem Ruhrgebiet.

Kurt Müller (Hannover): In der englischen Zone ist die wichtigste Frage die Sicherung unserer Ernährung. Wenn wir diese Frage mit Recht auch als ein wichtiges politisches Problem betrachten, so wird uns oft erklärt, daß dieses Problem nichts mit Politik zu tun habe. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn Frauen und Kinder nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt heute hungern, das eine Folge der Hitlerischen Katastrophenpolitik, und also eine eminent politische Frage ist. Wir sind weiter der Meinung, daß, wenn nach zehn Monaten, in denen der sogenannte „unpolitische“ Verwaltungsapparat in Tätigkeit ist, diese Herren plötzlich von der Ernährungskrise überrascht werden, dies dann ebenfalls eine politische Frage ist.

Ein typisches Beispiel der Unfähigkeit der „unpolitischen“ Bürokratie ist der Regierungspräsident von Lüneburg, Dr. Fehrmann. In seiner Erklärung zur Ernährungsfrage auf einer Landtagssitzung Mitte März 1946 tröstete er sich und seine Zuhörer mit den Worten: „Wir befinden uns alle auf einem großen Schiff, das

starken Schaden genommen hat und im Sinken begriffen ist.“ (Zuruf: Das klingt stark nach Goebbels!) Deshalb sei es notwendig, wenn wir schon sterben müßten, würdige Haltung und Ruhe zu bewahren, wie wir sie auch in unseren Gräbern unbedingt halten müßten. (Auflachen.)

Als einen der Auswege aus der Ernährungskrise betrachtete er unter anderem die Verkürzung der Arbeitszeit in seinem Verwaltungsapparat unter Einstellung weiterer Beamter, erwähnte aber als Schwierigkeit die Tatsache, daß nur noch ehemalige Nazis zur Verfügung ständen. Diese merkwürdige Feststellung wird ins rechte Licht gerückt, wenn man erfährt, daß z. B. von den Justizbeamten des Regierungsbezirks heute noch 94 Prozent und von der Lehrerschaft 92 Prozent ehemalige Nazis sind.

Kann das verwundern, da dieser Dr. Fehrmann bis 1937 von Hitlers Gnaden Vizepräsident in Magdeburg und sein Stellvertreter, Dr. Nehr Korn, ein ehemaliger Offizier, von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP waren?

Wir sind der Auffassung, daß dieser „unpolitische“ Verwaltungsapparat, der zusammen mit dem alten Reichsnährstand arbeitet, in Wirklichkeit ein reaktionärer Apparat ist, daß diese „unpolitischen“ Beamten ungeeignet sind, die Ernährung unseres Volkes zu sichern.

Von Bodenreform im demokratischen Sinne ist bei uns nichts zu spüren, eher das Gegenteil. Die Güter, deren Herren natürlich kein Interesse an der Sicherung der Volksernährung haben, sind zu einem Sammelpunkt der Reaktionäre geworden. Auf einem Gut in der Nähe von Hannover sammeln sich heute 75 Adlige, reiten, treiben Sport und amüsieren sich mit anderen Dingen. Diese Junker sind Saboteure unserer Volksernährung.

Unsere Forderung ist: Rückgabe des Landes, das den Bauern früher von Hitler für den Bau von Rüstungswerken, Truppenübungsplätzen usw. geraubt wurde. Aber auch in dieser Beziehung wird nichts getan.

So haben wir auf dem Landbesitz der ehemaligen Reichswerke in Salzgitter noch die alte nazistische Güterverwaltung, die viel Land unbebaut läßt. An diese Verwaltung wandte sich vor kurzem ein sozialdemokratischer Arbeiter mit der Bitte, ihm einen Morgen Land zuzuweisen. Man lehnte mit der Bemerkung ab, daß er Sozialdemokrat sei und deshalb nichts bekommen könne.

An einer anderen Stelle liegen 55000 Hektar ehemaliges Wehrmachtsgelände brach. Dort könnten mindestens 8000 Landarme und Landlose untergebracht werden.

Ein Herr Düsterberg trägt sich mit der Absicht, das Militärgelände in Achterberg im Kreis Celle an zwanzig Adlige aufzuteilen, die aus der Ostzone geflüchtet sind. Pächter, die sich inzwischen dort angesiedelt haben, sollen dafür herausgesetzt werden.

Es ist kein Zufall, daß solche Zustände herrschen, denn an der Spitze der Ernährung steht der bekannte ehemalige Deutschnationale Schlange-Schöningen, der seinerzeit die Entschädigungsaktion für die ostpreußischen Junker, die sogenannte „Osthilfe“, durchführte.

Daß der alte Reaktionär Schlange-Schöningen sich auch heute noch in nichts geändert hat, geht aus seinen neuen politischen Richtlinien hervor, in denen er vom „greisen Reichspräsidenten und Feldmarschall von Hindenburg, in dem die Massen des deutschen Volkes ihren getreuen Ekkehart sahen“, von der „traditionsgebundenen Kultur- und Weihestätte am Sarkophage Friedrichs des Großen in der alten Potsdamer Garnisonkirche“ spricht.

Er fürchtet natürlich die Einheit der Werktätigen und weiß, daß sie das Ende der Reaktion bedeutet. In den angeführten Richtlinien sucht er die Sozialdemokratie mit plumper Schmeichelei zu ködern und gegen die Kommunisten aufzuhetzen:

„Wir können der Sozialdemokratie nur aufrichtig wünschen, daß es ihr gelingen möge, in klarer Frontstellung gegen die Kommunisten die große bejahende

deutsche Arbeiterpartei zu werden. Wir wünschen und wollen auch anstreben, Hand in Hand mit dieser Sozialdemokratie unser unglückliches Vaterland zu retten und wieder aufzubauen.“ (Lachen.)

Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn Dr. Schumacher auf einer Sitzung des Zonenbeirats die von unseren Genossen geforderte Absetzung Schlange-Schöningsens ablehnte.

Entgegen den klaren Bestimmungen des Alliierten Kontrollrats sind wir in der britischen Zone, obwohl wir die aktivste und eine der stärksten Parteien sind, aus allen Schlüsselstellungen der Verwaltung ausgeschaltet. (Hört! Hört!) Wir sind im Ruhrgebiet die stärkste Partei. Aber der Oberpräsident betreibt eine rückschrittliche Politik. Wir sind in Braunschweig ebenfalls die stärkste Partei. Aber wir haben keine führende Position im Ministerpräsidium.

Wir halten an Mitgliederstärke der SPD die Waage. Trotzdem besitzt Dr. Schumacher besondere Vorrechte. (Zuruf: Das ist Demokratie!) Er besitzt mehr Zeitungen als wir, einzelne seiner Zeitungen, z. B. in Hamburg, haben eine höhere Auflage als die unseren.

Das sind unhaltbare Zustände. Wir verlangen die Anwendung der Spielregeln der Demokratie.

Wir sind überzeugt, daß die Ernährung nur gesichert werden kann, wenn die Verwaltung demokratisch gestaltet wird, wenn der „unpolitische“ Beamte verschwindet, wenn die neuen Beamten dem Volke verantwortlich sind und wenn der Apparat des Reichsnährstandes liquidiert wird.

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat der Genosse Hans Schiefer (Ruhrgebiet). Dann folgt Hugo Paul.

Hans Schiefer (Ruhrgebiet): Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich als 2. Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses des Industrieverbandes Bergbau vom Rhein- und Ruhrgebiet, im Auftrage des Vorsitzenden und Betriebsrates der Schachtanlage Grimberg, im Namen der Frauen und Kinder der Verletzten

und zu Tode gekommenen Kameraden aus vollem Herzen danken jenen Menschen aus unserem östlichen Teil Deutschlands, insbesondere Berlins und Thüringens, die diesen Kindern und Frauen unserer Kameraden ihre Solidarität durch ihre Spenden und sonstige Unterstützung bewiesen haben.

Dann möchte ich, Genossinnen und Genossen, einige Worte sagen über den Aufbau der Gewerkschaft in unserer Zone und auch zu der Demokratie und der Anwendung dieser Demokratie. Gleich zu Anfang haben wir die Arbeit in den Gewerkschaften begonnen und es ist bekannt, daß wir von Betriebsgewerkschaften zu Stadtgewerkschaften und augenblicklich zu Bezirksgewerkschaften gekommen sind. Diese Organisationen haben sich von unten her auf demokratischer Grundlage aufgebaut und dementsprechend hat sich auch ein völlig neuer Funktionärkörper entwickelt. Sicherlich sind die Aufgaben, die diese jungen Funktionäre nun in den Gewerkschaften lösen müssen, nicht leicht und einfach, und es ist für einen einfachen Betriebsarbeiter schwer, dieser gewaltigen Aufgaben Herr zu werden. Aber dennoch dürften wir nicht Revolutionäre sein, dürften wir nicht der Kommunistischen Partei angehören, wenn wir nicht mit aller Kraft und mit dem Mut, den wir alle Zeit aufgebracht haben, diese gewaltige Arbeit in Angriff nehmen und zu bewältigen versuchten.

Wir haben in vier Bezirken soweit aufgebaut, daß wir bereits in der Bergarbeitergewerkschaft auf 240 000 bis 250 000 Mitglieder gekommen sind. Die Tatsache des dauernden Ansteigens der Mitgliederzahlen beweist, daß die Arbeiterschaft den Willen hat, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen.

Auch bei den anderen Industriegewerkschaften vollzieht sich in letzter Zeit ein schneller Aufstieg, in dem größten Teil der Städte sind bereits die Ortsausschüsse für den FDGB gebildet.

In der letzten Zeit haben einige Leute versucht, den ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern vorzuwer-

fen, sie hätten die Absicht, die Einheit zu stören und eigene Gewerkschaften aufzuziehen. Es dürfte interessieren, wenn ich dazu einige Worte eines ehemaligen Bezirkssekretärs der Christlichen Gewerkschaften vorlese:

„Vielleicht ist es dem Einzelnen nicht so bekannt, daß an der Revolte in Verbindung mit dem Attentat auf Hitler, am 20. Juli 1944, Heinrich G..., Bernhard O..., Nicolaus Groß, aktiv beteiligt waren, um die deutsche Arbeitsfront in eine Einheitsgewerkschaftsbewegung umzuwandeln.

Diese drei unserer besten Führer sind für die hohe Sache der Einheit in Plötzensee enthauptet worden, und wir haben nicht das Recht, hier zum Verräter an der Arbeiterschaft zu werden. Unsere Pflicht ist es vielmehr, mit rastloser Hingabe unter Einsatz der ganzen Persönlichkeit sich für die Einheitsgewerkschaftsbewegung einzusetzen. (Bravo!)

Ich werde im Kreis Recklinghausen deshalb am Aufbau der Einheitsgewerkschaftsbewegung mitarbeiten für eine Gewerkschaft der alten Form. Ich bitte aufklärend zu wirken und in alter, treuer Verbundenheit gleiches Gedankengut zu vertreten. Denkt an die Jahre vor 1933 zurück! Wie oft haben wir damals den gegenseitigen Bruderkampf bedauert, der unsere Kräfte zermürbte und unsere finanzielle Schlagkraft lähmte zur Freude der Reaktion. Niemand, der es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint und dem ihr Schicksal brennend am Herzen liegt, wird diesen Zustand von früher wünschen können.“

Dieses Dokument wurde veröffentlicht, weil einige Leute glaubten, die Arbeit hindern zu können. Das Resultat war aber, daß wir in dem Gebiet, wo ehemals die Christlichen Gewerkschaften sehr stark verwurzelt waren, nunmehr fast achtzig Prozent aller Bergarbeiter organisiert haben. (Bravo!) Es zeigt sich hier, daß der Wille zur Einheit in der Arbeiterschaft tief verankert ist, und daß auch die Funktionäre der Christ-

lichen Gewerkschaften alle Kraft einsetzen, um diese Einheit machtvoll zu verwirklichen.

Sicherlich sind die Schwierigkeiten ungeheuer. Sie treten einmal auf in Gestalt der Reaktion, die sich bereits zusammengefunden hat und Anstalten macht, gegen die Arbeiter vorzugehen. Durch einige Rundschreiben, die uns in die Hände gefallen sind, haben wir das klar erkannt. Darin wird zum Beispiel verlangt, daß die Gewerkschaften in den Betrieben keine Mitteilungen durch Anschlag bekanntgeben dürfen.

Ihr wißt, daß die Lebensmittelrationen gekürzt sind und infolgedessen die Förderung nachgelassen hat und natürlich auch der Lohn gedrückt wurde. Einige Reaktionen haben bereits ein Rundschreiben herausgehen lassen, in dem sie fordern, daß nur das ausgezahlt wird, was an Lohn verdient wird. Wir sehen daran, daß diese Leute sich mit allen Mitteln wieder einzuschalten versuchen.

Vom Aufbau der Gewerkschaften müssen wir zur vertragschließenden Arbeit kommen, und ich begrüße es, daß hierfür nunmehr endlich die Grundlage gegeben ist, nachdem der Zonenrat ein Betriebsrätegesetz und Bestimmungen für ein Arbeitsgerichtsgesetz erlassen hat. Es wird nunmehr unsere Aufgabe sein, auf dieser Grundlage den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse durchzuführen und die Einheit zu verwirklichen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Die Delegationsführer werden von der Mandatsprüfungskommission aufgefordert, die Parteibücher wieder abzuholen. — Das Wort hat Hugo Paul (Düsseldorf).

Hugo Paul (Düsseldorf): Genossinnen und Genossen! Unsere Partei hat seit ihrem Bestehen ununterbrochen einen entschlossenen Kampf für die demokratischen Rechte unseres Volkes geführt. In der Weimarer Republik waren wir die entschiedensten Gegner jeglichen Abbaus der demokratischen Rechte unseres Volkes, und heute sind wir die Partei, die daran ist, in

Deutschland eine wirkliche demokratische Ordnung unter voller Wahrung der Rechte des schaffenden Volkes durchzusetzen. Auch wir im Westen führen einen zähen, ununterbrochenen Kampf für die elementarsten demokratischen Rechte in den Kommunalverwaltungen, in der Wirtschaft und überall. Wir führen allerdings noch einen ziemlich ungleichen Kampf, weil die beiden Arbeiterparteien noch nicht als so geschlossene Kraft auftreten, wie es notwendig wäre. Das liegt weniger an uns, sondern daran, daß einige sozialdemokratische Spitzenfunktionäre glauben, ein getrenntes Marschieren sei besser.

Es liegt aber auch daran, daß man im Westen ganz spezifische Methoden der Demokratie anwenden will, die nach unserer Meinung und nach der Meinung der Bevölkerung im Westen auf unser Land nicht passen. (Sehr gut!) Dahin gehört einmal die Frage des unpolitischen Beamtentums. Hinter diesem Begriff verbirgt sich heute die gesamte Reaktion im Westen. (Sehr wahr!) Statt eine Bereinigung des Verwaltungskörpers durchzuführen, erfolgt das Gegenteil, und alles verkriecht sich unter dem Mantel dieses unpolitischen, reaktionären Beamtentums.

Wir haben weiter eine Zweiteilung der Stadtverwaltungen in der Spitze, und zwar einen sogenannten bestimmten oder gewählten Bürgermeister, der seine Arbeit ehrenamtlich leisten soll, und einen Stadtdirektor. Jetzt wird mit allen Mitteln von diesen Beamten und Stadtdirektoren versucht, die zum größten Teil von der Militärregierung eingesetzt wurden, die Rechte der Stadtvertretungen und der zum Teil gewählten Bürgermeister weitgehend zu beschneiden. Es findet gleichzeitig ein Kampf um die Stadtverfassungen statt. Wir sind der Auffassung, daß in den Stadtverfassungen das volle Bestimmungsrecht der gewählten Stadtvertretungen garantiert sein muß. Das Beamtentum, zum Teil auch die englische Militärregierung ist anderer Auffassung, nämlich der, daß die Stadtdirektoren das Recht haben müssen, die Beschlüsse der Stadtvertre-

tungen weitgehend zu korrigieren. (Zuruf: Demokratie!)

Weiter wird versucht, in Westdeutschland ein Wahlsystem durchzusetzen, welches, wenn es durchgeführt wird, nur der Reaktion dienen wird, nämlich das sogenannte Personenwahlsystem. Wenn dieses englische Wahlsystem bei uns angewandt wird – und nach den Mitteilungen von führenden englischen Offizieren wird das wohl der Fall sein – hofft man, daß in einer ganzen Reihe von Orten die Reaktion die Mehrheit bekommen wird. (Hört! Hört!) Sie wird aber nur dann die Mehrheit bekommen, wenn es ihr gelingt, die Spaltung der Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr!) Wir werden alles tun, um das zu verhindern.

Wir sehen also, daß schon bei den Fragen der Bereinigung der Verwaltung, der Durchsetzung der elementarsten Rechte in den Stadtvertretungen ein zäher, ununterbrochener Kampf zwischen der Reaktion und uns vor sich geht.

Noch viel schlimmer aber tobt der Kampf in der Wirtschaft. Dort besitzt das schaffende Volk heute auch nicht die kleinste Einflußnahme. In der Wirtschaft herrschen nach wie vor jene Leute, die auch früher Führer der Konzerne und Truste waren. Ich komme aus einer Stadt, die von diesen Kreisen selbst als die Stadt der Wirtschaftsverbände bezeichnet wird. Ja wohl, wir haben noch immer eine ganze Reihe von Wirtschaftsverbänden, aber wir haben in dieser Stadt noch keine legalisierten Gewerkschaftsverbände. (Hört! Hört!) In den Industrie- und Handelskammern sitzen nach wie vor die Vertreter der früheren Großbourgeoisie, und es ist sehr bezeichnend, daß in Düsseldorf vor kurzem der Präsident der Industrie- und Handelskammer von der englischen Militärregierung mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden mußte, weil er sich geweigert hat, der englischen Militärregierung eine Auskunft zu geben. (Hört! Hört! und Lachen.) Heute ist der Mann allerdings wieder entlassen, weil er unfähig ist. (Erneutes Lachen.)

Schumacher hat in Düsseldorf erklärt, daß im Westen Deutschlands eine wirkliche Demokratie sei. (Lachen.) Ich will hier einen Fall herausgreifen, der für diese Demokratie sehr bezeichnend ist. Wir hatten im Westen einen Polizeiführer, SS-Obergruppenführer Weitzel, Polizeiführer für den Westen. Unter seiner Führung sind Hunderte von anständigen Deutschen im Westen ermordet worden. Weitzel ist im betrunkenen Zustande bei einem Bombenangriff zu Tode gekommen, aber seine Witwe bekommt heute von der Regierungskasse 810 Mark Rente pro Monat. (Hört! Hört!) Das ist die Demokratie, die wir im Westen haben. Dem steht gegenüber, daß Tausende und aber Tausende von Familien nicht aus noch ein wissen, daß sie nicht wissen, wie sie die notwendigsten Lebensmittel kaufen sollen, weil ihnen dazu das Geld fehlt.

Über die demokratischen Spielregeln gibt es allerdings verschiedene Auffassungen. Dr. Schumacher ist mit anderen Leuten der Auffassung, daß, je mehr Parteien es gibt, und je größer das Durcheinander ist, je stärker der Kampf untereinander ist, desto mehr Demokratie herrscht. (Lachen.) Das sehen wir auch im Rheinland. Dort wird jede Gruppe und jedes Grüppchen als Partei erlaubt. Wir haben dort die Separatisten in der Rheinischen Volkspartei. Wir haben andere Splitterparteien, die alle nur eine Handvoll Leute hinter sich haben. Jetzt tut sich noch eine neue Partei auf, hinter der die Konzerne stecken, eine Partei, die eine Kontrolle des Rhein-Ruhr-Gebiets unter der Führung der westlichen Länder anstrebt. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! Landesverrat!) Das ist die Demokratie, wie man sie sich jetzt im Westen vorstellt.

Genossen! Ihr habt in der östlichen Zone nach der Meinung des Dr. Schumacher nicht so viel Demokratie. Allerdings habt ihr schon seit Monaten die Möglichkeit, in breitem Umfang die Volksmassen im demokratischen Sinne aufzuklären. Wir im Westen dagegen sind bei unserer Aufklärungsarbeit sehr behindert. Wohl haben wir jetzt nach heftigem Drängen er-

reicht, daß in Düsseldorf nunmehr auch unsere Parteizeitung erscheinen kann. Aber wir haben nicht die Möglichkeit, auch nur eine einzige Broschüre zu verlegen. Man hat mir allerdings jetzt die Lizenz erteilt, eine Funktionärzeitschrift in zwölftausend Exemplaren für unsere Partei herauszubringen. Als ich den englischen Offizier fragte, wie es mit der Papierzuteilung stehe, wurde mir gesagt: Für das Papier müssen Sie selbst sorgen. (Lachen.) Genau so verhält es sich mit den Flugblättern.

Das sind alles Schwierigkeiten, mit denen wir kämpfen, die es in der östlichen Zone nicht mehr gibt. Wir haben trotz dieser Schwierigkeiten aber eine ganze Menge Erfolge in unserer Arbeit. Es ist nicht so, als ob wir noch keinerlei Rechte des werktätigen Volkes durchgesetzt hätten. So ist jetzt ein Betriebsrätegesetz vom Kontrollrat verabschiedet worden. Wir im Westen stehen auf dem Standpunkt: Der Betriebsrat hat die Rechte, die ihm die Belegschaft gibt und verschafft. (Sehr richtig!) So konnten wir in einer Reihe von Betrieben dennoch die Rechte des Betriebsrats weitestgehend ausdehnen, genau so die Rechte in den Stadtvertretungen.

Wir werden den Kampf um die Durchsetzung der demokratischen Rechte weiterführen. Wir sehen die Gefahr, daß ähnliche Zustände im Westen kommen könnten, wie wir sie in der Weimarer Republik gehabt haben. Das ist unsere große Sorge. Aber die Arbeiterschaft in den unteren Einheiten der Sozialdemokratischen Partei will genau wie wir keine Wiederkehr der Weimarer Zustände. In den letzten Wochen hat der Wille zur Einheit in der Arbeiterklasse stark an Boden gewonnen, und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wird auch im Westen — davon bin ich überzeugt — mit oder gegen Schumacher Tatsache werden. Wir werden alles tun, um diese Einheit zu schaffen, weil wir wissen, daß wir ohne diese Einheit die demokratischen Rechte des werktätigen Volkes an Rhein und Ruhr nicht durchsetzen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Georg Fischer (Bayern).

Georg Fischer (Bayern): Genossinnen und Genossen! Wenn man so als waschechter Bayer und als Kommunist dazu, nach Berlin kommt, hat man manchmal den Eindruck, als wenn uns die Schuld dafür gegeben würde, daß in Bayern eine Königspartei entstanden ist. (Heiterkeit.) Ich habe nun, ohne in den Verdacht zu kommen, Föderalist zu sein, die Aufgabe, die Schwere des Kampfes der bayerischen Kommunisten euch vor Augen zu führen, der nicht erst eine Angelegenheit der letzten elf Monate ist, sondern schon begann mit der Niederschlagung der Münchener Räterepublik. Vor einigen Wochen konnten wir in Bayern seit 1919 zum erstenmal wieder eine legale Landeskonferenz durchführen, auf der gewählte Vertreter als Delegierte sprechen konnten.

Der weitaus größte Teil der bayerischen Bevölkerung sind Bauern. Von der neuen Partei erhoffen wir einen Einfluß auf die bäuerlichen Kreise der bayerischen Bevölkerung. Daß es möglich ist, beweist die Tatsache, daß in einem Dorf mit einer Bevölkerung aus Arbeitern und Kleinbauern die Kommunistische Partei die absolute Mehrheit bekommen hat, und daß dort jetzt ein Kommunist Bürgermeister ist. Das ist zwar ein einzig dastehendes Beispiel in Bayern, aber es beweist, daß dort, wo richtig gearbeitet wird, auch Erfolge im bayerischen Dorf nicht ausbleiben können.

Die Lage in Bayern ist dadurch gekennzeichnet, daß die Reaktion, die 1920 die bayerische Ordnungszelle aufgebaut hat, sich heute als Antinazi tarnt und damit in alle Verwaltungsstellen und in die Wirtschaft eindringt.

Die bayerische Wirtschaft befindet sich in einem Zustande der Improvisation. Die Produktion beträgt im Durchschnitt acht Prozent des Friedensstandes. Das ist eine Folge der reaktionären Verhältnisse, der Sabotage wie auch der Unfähigkeit, eine geordnete Wirt-

schaft aufzubauen. Dafür gedeihen Banditentum und Nazismus. Ein klarer Beweis dafür sind die Edelweiß-Banditen in den Bergen Oberbayerns, die vierhundert Antifaschisten, darunter Dr. Hoegner, außerdem die gesamte Landesleitung der Kommunistischen Partei auf eine Mordliste gesetzt haben. Ich habe mit Freuden aus dem Referat des Genossen Ulbricht den kurzen Hinweis entnommen, in welchen Formen der Kampf in einer solchen Situation gegen das Aufleben des Nazismus und der Reaktion zu führen ist.

Was uns in Bayern fehlt, ist die Masseninitiative. Wir als Kommunisten sind noch zu schwach, jetzt schon diese Masseninitiative auszulösen. Natürlich hatten wir auch Erfolge, wo unsere Genossen beim Einmarsch der Amerikaner gehandelt, wo sie als konsequente Antifaschisten die Ordnung der Dinge in die Hand genommen haben. In diesen Orten haben die Kommunisten bis zu vierundvierzig Verwaltungsstellen besetzt. Auch in den Großbetrieben wurde zusammen mit der gesäuberten Direktion musterhaft aufgebaut.

Im Vordergrund unserer Arbeit stehen die Forderungen zur Sicherung der Ernährung, Demokratisierung der Verwaltung und Wirtschaft, Wohnungs- und Siedlungsbau und die Schaffung der Einheit. Dieses Programm wollen wir zur Massendiskussion stellen.

Die Kommunistische Partei hatte bis zum Jahre 1932 in Bayern 15 000 Mitglieder, heute sind es etwa 28 000. Wir haben uns das Ziel gesetzt, in Bayern die Partei auf 100 000 Mitglieder zu bringen, und wir hoffen, daß wir auf dem nächsten Parteitag über die Durchführung dieser Aufgabe berichten können.

Wir beschäftigen uns intensiv mit der Frage der Schulung. Unsere Stützpunkte, die wir im Lande erobern, werden wir in konsequenter und verstärkter Arbeit zu erweitern suchen.

Wir haben eine Zeitung, die vierzehntäglich im Umfang von vier Oktav-Seiten erscheint. Sie darf insgesamt eine Auflage von 250 000 Exemplaren erreichen. Das ist viel zu wenig. Der Hunger nach Nachrichten ist

auch in Bayern vorhanden. Wenn wir heute im Rundfunk zur Bevölkerung sprechen können, so ist das nicht auf die Arbeit der bayerischen Kommunisten zurückzuführen und auch nicht die Folge einer Umstellung in Bayern, sondern der Sieg der Alliierten hat es uns ermöglicht, zu der Bevölkerung zu sprechen.

Nun zur Einheit der Arbeiterklasse! In Bayern ist in den Großbetrieben die Stimmung für die Einheit der Arbeiterklasse gut. Unsere Anhänger hatten wir stets in den bayerischen Großbetrieben, nie auf dem flachen Lande. Als der Kollege Schlimme vom Gewerkschaftsbund in München in der ersten Betriebsrätevollversammlung vor über 1000 Betriebsräten sprach, wurde er mit stürmischem Beifall begrüßt, und die Einheit Deutschlands und der Arbeiterklasse wurde unter dem Jubel dieser Betriebsräte gefordert. Das ist die wirkliche Stimmung unter den Arbeitern. Sie ist durchaus nicht so, wie es kürzlich ein Herr aus Bayern hier in Berlin bei einem Besuch gesagt hat, daß er keinen einzigen Sozialdemokraten in Bayern kenne, der für die Einheit sei. Und wir in Bayern wollen mit euch, die ihr in der Ostzone die Einheit der Arbeiterklasse erreicht habt, unerbittlich und zäh weiterkämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Genossin Käte Dietz.

Käte Dietz (Halle): Genossen! Ich begrüße die Worte des Genossen Franz Dahlem, der die Mitarbeit der Frauen richtig betont hat, besonders darum, weil es noch viele Genossen gibt, die unsere Frauen nur auf die Sozialarbeit abdrängen wollen. Die verantwortliche Mitarbeit der Frauen in der Partei, in der Gewerkschaft und in den Konsumgenossenschaften ist nicht minder wichtig. Wir haben bereits gute Erfolge zu verzeichnen. Frauen stehen heute in leitenden Stellungen als Volksrichter, als Bürgermeisterinnen, als Redakteure, als Leiterinnen von Sozial-, Gesundheits- und Volksbildungsämtern. Diese Frauen beweisen, daß sie

ihren Mann stehen können. Wir müssen also als Partei die verantwortliche Mitarbeit der Frauen stärker in den Vordergrund rücken.

Die Sozialistische Einheitspartei muß sich stärker mit der Schulung unserer Frauen befassen. Wir fordern darum, daß in allen Parteischulen die Frauen mindestens zu fünfzig Prozent beteiligt werden. (Bravo.) Weiter müßten unsere Kreisfrauenreferentinnen, die hauptamtlich bei den Landratsämtern und den Oberbürgermeistern tätig sind, viel mehr als bisher geschult werden, denn sie sehen ihre Aufgaben noch vollkommen unklar. Bei der Schulung dieser Genossinnen, die ja die aktivsten Kämpferinnen sein sollen, die die Verbindung zu den Frauenausschüssen schaffen und die großen Massen der Frauen mobilisieren, muß unsere Partei die Hauptschulungsreferenten stellen.

Starke Kräfte der Partei müssen sich den gewerkschaftlich organisierten Frauen zuwenden. Aus ihren Reihen müssen die weiblichen Betriebsräte geschult, die Gewerkschaftsfrauenreferentinnen entwickelt werden, die in die Betriebsversammlungen hinausgehen sollen, die Frauenkommissionen bilden und die Interessen der Betriebsarbeiterinnen wahren sollen.

Die Betriebsgruppen unserer Partei müssen die Gleichberechtigung der Frau stärker betonen. Das gilt besonders für unsere männlichen Genossen. Wir haben in der Partei jetzt eine zwanzigprozentige Frauenmitgliedschaft. Das ist schon viel, aber noch längst nicht genug. Wenn wir verstehen, uns stärker für die Forderungen der Frauen auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet einzusetzen, ihnen Vertrauen zu schenken und Gelegenheit zu geben, an den ihnen gestellten Aufgaben zu wachsen, so werden auch die Frauen, die bis jetzt noch abseits standen, den Weg in die große Massenbewegung der Sozialistischen Einheitspartei finden.

Die Frauen erwarten aber auch von uns eine Erleichterung in ihren Haushaltssorgen, wenn sie berufstätig sind. Die volle Gleichberechtigung der Frauen

muß in die Tat umgesetzt werden, dann können wir auch mit frohem Optimismus in die Zukunft sehen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Genosse Franz Heitgres.

Franz Heitgres (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Wir haben uns an der Wasserkante die Frage zu beantworten gesucht, ob die Arbeiten, die wir in der englisch, in der amerikanisch oder französisch besetzten Zone durchführen müssen, schwieriger oder leichter sind als die Aufgaben, die in der russisch besetzten Zone stehen. Wir waren durchaus der Ansicht, daß es die Genossen in der russisch besetzten Zone zunächst wesentlich leichter hatten, wichtige Positionen zu erobern und zu besetzen. Aber wir haben uns auch klar gemacht, daß unsere Genossen, die diese Positionen bekommen, das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Massen durch intensive Arbeit an verantwortlicher Stelle festigen müssen.

Demgegenüber hatten wir eine Situation, daß die Parteien erst ein halbes Jahr später als in der östlichen Zone in den westlichen Zonen entstehen konnten. Wir haben ungeheuer viel nachzuholen. Die Referate, die wir heute gehört haben, haben uns deutlich die Linie gezeigt, wie wir zu arbeiten haben. Auch ich will noch einige wichtige Hinweise dafür geben.

Unsere Gesamtpolitik muß stets auf die Einheit des Reiches ausgerichtet sein und kann nie vom Zonen Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Das ist unsere Einstellung gegenüber Schumacher und jenen Leuten in der Sozialdemokratie, die die historische Notwendigkeit der Einheit Deutschlands nicht begriffen haben.

Wir stehen oft vor den schwierigsten Aufgaben, vor allem was die Personalpolitik in den Verwaltungen und in den Betrieben angeht. Wenn unsere Genossen dafür eintreten, daß Nationalsozialisten aus wichtigsten Stellungen entfernt werden, kommt es häufig vor, daß sie aus den Betrieben hinausgeworfen werden. Wir

haben noch nicht die genügende Macht, um dagegen vorzugehen. Selbst die Betriebsräte haben keinerlei Rechte, und die Betriebsausschüsse können sich noch nicht genügend durchsetzen. Wohl gelingt es einigen Betriebsräten, festeren Boden zu gewinnen, aber im allgemeinen haben wir auf diesem Gebiete noch ungeheuer viel nachzuholen.

Wichtig ist, Genossen, daß jeder einzelne nicht nur die Linie der Partei richtig erkennt, sondern auch die richtige Sprache für alle Kreise findet. Genosse Dahlem hat betont, wie wichtig es ist, unsere Genossen zu schulen und die Kader zu entwickeln. Das bedeutet zu gleicher Zeit, daß man die Genossen, wenn man sie an den richtigen Platz setzt, nicht hin- und herschieben darf, und daß man immer wieder prüfen muß, ob sie das Vertrauen der Organisation, des Betriebes, des Wohngebietes oder irgend einer Massenbewegung haben. Sie sollen dort verbunden und verwurzelt sein. So gewinnen sie auch das Vertrauen der Öffentlichkeit.

Die politischen Gefangenen, die aus den Konzentrationslagern kamen, haben nur ein Bewußtsein und einen Wunsch gehabt, daß die Einheit der Arbeiterklasse zur Wirklichkeit werden muß. Diese Aufgabe haben sie sich von Anfang an gestellt. Sie haben bewußt in dieser Linie gearbeitet. Dafür haben wir viele praktische Beispiele.

Es ist auch nicht etwa so, daß in Hamburg in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie keine Erfolge zu erzielen wären. Im Gegenteil, wir können feststellen, daß selbst die verantwortlichen Sozialdemokraten in wichtigen Fragen mit uns zusammengehen. Ich weise darauf hin, daß wir in der Bürgerschaft die kommunalpolitischen Ausschüsse verfassungsmäßig durchgesetzt haben, daß auch die sozialdemokratischen Genossen die kommunalpolitischen Ausschüsse anerkennen, daß wir darin zusammenarbeiten. Ich betone, daß die Zusammenarbeit in der Verwaltung mit den sozialdemokratischen Genossen absolut kameradschaftlich ist.

Nach dem Auftreten von Schumacher hat sich das leider geändert und sie reden jetzt wider besseres Wissen eine andere Sprache. Sie sind selbst nicht von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugt, und sie können es nicht sein, weil Schumacher ihnen kein Programm geben kann. Darum irren sie ins Leere. Wenn sie in polemischer Form persönlich angreifen, so haben wir keinen Grund, ihnen dieses nachzumachen. Wir werden immer nur sachlich zu den Fragen Stellung nehmen, sachlich die Öffentlichkeit aufmerksam machen und so auch das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen.

Unsere Arbeit muß von dem Bestreben getragen sein, daß jeder einzelne von uns nach dem großen Aderlaß, den uns die letzten zwölf Jahre gebracht haben, seine Arbeit tun muß. Vor allem gilt es, die jungen Kräfte richtig einzusetzen. Man darf sie nicht vor den Kopf stoßen, weil sie noch nicht genügend Erfahrung haben, sondern muß ihnen in jeder Form behilflich sein. Nur so können wir das Vertrauen der jungen Genossen, die zu uns stoßen, gewinnen. Wir wissen, daß diese jungen Kräfte gebraucht werden, denn sie sind die Zukunft der kommenden Einheitspartei.

Ich möchte aber betonen, daß in der westlichen Zone die Frage der Reaktion sehr ernst steht. Ich will keine einzelnen Fälle anführen, weil es zu weit führt, sondern nur darauf hinweisen, daß wir in den letzten Wochen in Schleswig-Holstein nicht weniger als dreiundzwanzig Überfälle auf Versammlungen registrieren mußten, bei denen Redner von Nazis niedergeschlagen wurden. Das ist kennzeichnend für die Situation in unserem Gebiet. Und jetzt will man sogar die politischen Ausweise der ehemaligen politischen Gefangenen einziehen. Die politischen Gefangenen standen als Gegner des Nationalsozialismus zwölf Jahre in der illegalen Arbeit, sie sind in der Emigration oder auch im KZ gewesen und haben den Kampf nie aufgegeben. Sie werden die Pässe, die ein Ehrenbrief sind, nicht ausliefern können.

Die Linie wurde für die kommenden Monate klar aufgezeigt. Für uns ist der Parteitag ein Ansporn, und besonders möge das bei unseren sozialdemokratischen Genossen der Fall sein, die mit uns von der Wasserkante herübergekommen sind, heute auf dem Sozialdemokratischen Parteitag weilen und morgen mit uns zusammen die Einheitspartei gründen werden. Sie werden das Bild der russischen Zone mitnehmen und auf jene Greuelmärchen, die in der westlichen Zone kursieren, antworten. Sie werden ihren sozialdemokratischen Freunden, die fürchteten, sie würden nicht lebendig wieder nach Hamburg zurückkommen, durch ihr bloßes Wiedererscheinen die beste Antwort geben. Ja wohl, solche Märchen werden drüben erzählt. Dagegen haben wir den Kampf zu führen. Gerade die sozialdemokratischen Freunde, die das Erlebnis des Parteitages von hier mitnehmen, werden die wichtigsten Mahner und Rufer sein für die Einheit der sozialistischen Parteien auch in der Westzone Deutschlands. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Sägebrecht (Brandenburg).

Willi Sägebrecht (Brandenburg): Genossinnen und Genossen! In diesen Tagen ist es gerade ein Jahr her, daß unser Volk und unsere Heimat von den siegreich vorrückenden Truppen der Sowjetunion befreit wurden und wir besonders in der Provinz Brandenburg ein Bild des Chaos und der Verwüstung sahen, wie es wohl in keiner anderen Provinz der Fall war. Als die deutschen Armeen noch im letzten Stadium ihre Verteidigungsfront an der Oder aufgebaut hatten, vernichteten sie beim Rückzug Dörfer und Städte. Es gab Dörfer, in denen überhaupt kein Leben mehr war, in denen kein Mensch mehr zu sehen war.

Unter diesen äußerst schwierigen Bedingungen übernahmen wir die Arbeit des Aufbaus eines neuen demokratischen Brandenburg.

Brandenburg ist eine Agrarprovinz, und es galt, die Ernte zu bergen, um die Ernährung unserer Bevölke-

rung zu sichern, Katastrophen und Epidemien zu verhindern. Dabei hatten im Frühjahr 1945 die Junker und Großgrundbesitzer ihre Ländereien nicht bestellt, so daß in einzelnen Kreisen bis zu dreißig Prozent des Bodens unbestellt dalagen. So mußten wir alle Kräfte einsetzen und mobilisieren, um den letzten Halm und die letzte Frucht zu bergen, damit wir leben konnten, und nicht nur wir Brandenburger, sondern auch die Berliner und die Menschen in den Industriegebieten.

Diese Aufgabe war für uns ungeheuer schwierig. Sie konnte nur durch Gemeinschaftsarbeit der werktätigen Bauern und Arbeiter gelöst werden. Dabei ergab sich eine immer engere Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Genossen. Es gelang, die Ernte zu bergen und die Herbstbestellung zu einhundertsechs Prozent des Solls durchzuführen.

In diesen Tagen stehen wir vor der schweren Arbeit der Frühjahrsbestellung. Über dem vorjährigen Stand hinaus sind einhundertfünfzigtausend Hektar mehr zu bebauen. Ich kann mitteilen, daß die Frühjahrsbestellung im Durchschnitt schon zu fünfzig Prozent durchgeführt ist. (Bravo.) Die Getreideaussaat ist bereits in fast allen Kreisen erfolgt. In den schwer mitgenommenen Gebieten, wie Lebus, an der Oder und in anderen Ostgebieten ist durch gegenseitige Hilfe und Solidarität erreicht worden, daß diese Gebiete mit an erster Stelle stehen. (Beifall.) Das zeigt, was möglich ist, wenn unser Volk auch unter schwierigsten Bedingungen einheitlich an einem Strang zieht und mit neuen Methoden, mit neuen Kräften an die Lösung der lebenswichtigsten Aufgaben herangeht.

In der Provinz Brandenburg haben wir jetzt die Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei vollzogen. Wir haben nun einhundertfünfzigtausend Mitglieder, und damit steht vor uns die Frage, wie wir mit dieser geballten Kraft die neuen großen Aufgaben lösen, wie sie uns heute der Genosse Walter Ulbricht geschildert hat.

Ein großer Teil der Mitglieder ist noch nicht mit den marxistischen Grundfragen vertraut. Wir wissen, daß wir die Probleme nur lösen können, wenn die Mitglieder unserer Partei nicht nur die marxistische Theorie vom Hörensagen kennen, sondern sie auch studieren und sich gründlich mit ihr bekannt machen. Nur dann wird es möglich sein, an die Umerziehung der großen Masse unseres Volkes heranzugehen. Nur dann werden unsere Genossen auch die Möglichkeit haben, die schweren Probleme, die sich vor ihnen auftun, zu lösen. Infolgedessen müssen wir in der Partei eine durchgehende Massenschulung durchführen.

Ein neuer Menschentypus muß herausgebildet werden, ein Menschentypus, der eigene Initiative entwickelt. Wir erleben es doch oft genug, daß bestimmte Aufgaben deswegen nicht gelöst werden, weil keine Anweisungen gegeben wurden oder weil keine Verordnung erlassen wurde. Wir müssen Kader erziehen, die geschult sind und selbständig arbeiten können. Genosse Dahlem hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir gerade nach der Vereinigung die vor uns stehenden großen Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn wir neue qualifizierte Kader in der Partei schaffen. Diese Frage ergibt sich auch für uns in der Provinz Brandenburg mit aller Deutlichkeit. Dazu ist ein neuer Menschentypus mit eigener schöpferischer Initiative nötig. Nur wenn es gelingt, unsere eigenen Mitglieder massen zu schulen, werden wir auch die noch außerhalb der Partei stehenden Werktätigen zu uns heranzuführen.

Neben der Frage der Frühjahrsbestellung steht die Frage des Aufbaus unserer zerstörten Städte. Wir haben zwar schon Pläne. Aber wir haben noch nicht in allen Städten, Kreisen und Dörfern Menschen mit Tatkraft, die auch unter schwierigen Bedingungen an die Verwirklichung dieser Pläne herangehen. Wir stoßen mitunter bei den Behörden auch auf einen gewissen Formalismus, der den reaktionären Kräften die Möglichkeit gibt, sich mit einer demokratischen Haltung zu tarnen.

Wir stehen vor dem 1. Mai. Wir werden diesen Tag benutzen, um in allen Dörfern der Provinz Brandenburg, in allen Städten die Massen unseres Volkes, nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Bauern, sondern auch alle anderen schaffenden Kräfte zu erfassen, um zu zeigen, daß die Provinz Brandenburg nicht mehr die Provinz des militaristischen Potsdamer Geistes oder eine Provinz der Ostelbier ist, sondern daß ein neues demokratisches Brandenburg entstanden ist, dem die werktätigen Schichten heute das Gepräge geben. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Genosse Knigge (Bremen).

Knigge (Bremen): Genossinnen und Genossen! In diesem Augenblick, wo sich die Delegierten der Kommunistischen Partei Deutschlands versammeln und über die Aufgaben unserer Partei, insbesondere im westlichen Sektor, diskutieren, unterrichten gleichzeitig die sozialdemokratischen Delegierten aus dem Westen ihre Genossen aus dem östlichen Sektor darüber, welche Entwicklung wir vor uns haben.

Wenn die Aktionseinheit der Sozialdemokraten und Kommunisten im östlichen Sektor Deutschlands zur Einheit der beiden Arbeiterparteien führte, so ist es unser Ziel, im westlichen Sektor Deutschlands auch möglichst schnell die Einheit zu erreichen. (Lebhafter Beifall.) Als Genosse Gniffke vom Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei in unserem Bezirk erschien, waren viele sozialdemokratische Genossen bereit, mit uns Kommunisten gemeinsam nach Berlin zu fahren. (Bravo.)

Leider war es uns nicht möglich, diese Genossen hierher zu bringen, weil in der Sozialdemokratischen Partei der Beschluß gefaßt wurde, daß alle Sozialdemokraten aus dem Bezirk Weser-Ems, die am Parteitag teilnehmen, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden. (Entrüstete Pfui-Rufe.) Darüber hinaus wurden Gerüchte verbreitet, wie sie in der Zeit des Hitlerismus gang und gäbe waren, um das

kameradschaftliche Verhältnis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen und um die Aktionseinheit im westlichen Sektor Deutschlands unmöglich zu machen. Es ist bedauerlich, daß unsere sozialdemokratischen Genossen daran glauben, sozialdemokratische Funktionäre im östlichen Sektor Deutschlands würden in die Konzentrationslager gebracht (Heiterkeit), weil sie gegen die Einheit der deutschen Arbeiterklasse eintreten. Wir sind davon überzeugt, daß in einigen Wochen und Monaten die Tatsachen, die im östlichen Sektor Deutschlands geschaffen werden, für sich sprechen werden.

Man wirft uns Kommunisten mangelnde Demokratie vor. Wir bereiten jetzt im Bezirk Weser-Ems den ersten Parteitag nach der Legalisierung vor. Dieser Parteitag, der am 18. und 19. Mai in Bremen-Vegesack stattfindet, wird einer der größten Parteitage werden, der jemals in unserem Bezirk stattgefunden hat. Sechshundert Delegierte werden auf diesem Parteitag anwesend sein. Unsere sozialdemokratischen Genossen hatten am Sonntag vor acht Tagen in demselben Bezirk ihren Bezirksparteitag mit zweiundsiebzig Delegierten.

Einer meiner Vorredner aus dem westlichen Sektor zeigte bereits auf, was sich dort tut. Ich erkläre, daß wir es für falsch halten, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten so überwunden werden, indem uns die alliierten Besatzungsmächte Lebensmittel zuführen. Unserer Meinung nach kommt es auch im westlichen Sektor darauf an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir unsere Ernährung aus eigener Kraft sichern. (Sehr richtig.) Wir werden unmittelbar daran gehen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die demokratische Bodenreform muß auch im westlichen Sektor Deutschlands durchgeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Kommunisten im westlichen Sektor Deutschlands sind bereit, uns gemeinsam mit allen sozialdemokratischen Genossen für die endgültige Durchführung der demokratischen Bodenreform einzusetzen.

Nur sind wir nicht wie Ollenhauer für, sondern gegen jegliche Entschädigung der Junker und Kriegsverbrecher.

Über die Notwendigkeit der demokratischen Bodenreform einige Worte. Im Dezember 1943 lieferten in unseren Bezirk 1600 Kühe 200 000 Liter Milch, im Dezember 1944 wiederum 1600 Kühe 198 000 Liter Milch. Im Jahre 1945 lieferten 1850 Kühe sage und schreibe nur 59 000 Liter Milch. (Lachen und Zurufe.)

Wir haben im Bezirksvorort Bremen jetzt eine ernannte Bürgerschaft. In dieser Bürgerschaft sind neben den politischen Vertretern, Sozialdemokraten, Kommunisten und Bremer Demokraten auch andere Gruppen vertreten, und zwar sechs Gewerkschaftler und zwölf Unternehmer. Selbstverständlich haben wir uns mit den alliierten Behörden darüber unterhalten, daß die Mehrheit in unserer Vaterstadt die Arbeiter und nicht die Unternehmer bilden, daß es deshalb notwendig ist, die Arbeiter stärker in der Bürgerschaft zu berücksichtigen, als die Unternehmer.

Wenn wir daran denken, daß diese erste ernannte demokratische Instanz in Bremen ein Defizit von fünfzig Millionen Mark übernimmt, und daß man bereits damit begonnen hat, dieses Defizit durch allgemeine Belastung insbesondere des werktätigen Volkes zu decken, so sagen wir, daß wir alles tun werden, damit die, die den Krieg wollten und an ihm verdient haben, als erste zahlen.

Es ist beschämend, daß doppelte Lichtrechnungen bezahlt werden müssen, wogegen Reaktionäre und Kriegsgewinnler sich beim Bürgermeister beschweren und erklären, daß sie sehr stark unter dem Nazismus gelitten haben, dabei eine Bilanz aufstellen und feststellen, daß sie in den ersten fünf Monaten des Jahres 1944 nur eine Million Mark Reinverdienst gehabt haben. Wir sagen deshalb unserer Bevölkerung, insbesondere unseren Betriebsarbeitern, diese Kriegsgewinnler sollen und müssen zahlen. Wir sind bereit, auch unseren Anteil zu tragen, damit unser Deutschland ein wahres

demokratisches und glückliches Deutschland wird. Wir sind überzeugt, daß das neue Deutschland nur das werden wird, was wir, insbesondere wir deutschen Kommunisten, ob Frauen oder Männer, aus diesem Deutschland machen werden. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Genossinnen und Genossen! Unter den Delegierten des Parteitages befindet sich der alte Genosse Otto König, der heute seinen fünfundsiechzigsten Geburtstag feiert. (Beifall.) Der Genosse König ist über vierzig Jahre Funktionär in der Bergarbeiter-Bewegung und ist im Mansfelder Seekreis allen Kumpels, allen alten Arbeitern aus einer jahrzehntelangen Tätigkeit bekannt. Er ist dort sozusagen der Parteivater. (Heiterkeit.) Ich darf wohl im Namen des Parteitages unserem Genossen Otto König die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Geburtstage aussprechen und damit den Wunsch verbinden, daß er in guter Gesundheit und guter Arbeitskraft die weitere Zeit, in der er noch große Arbeit wird leisten müssen, verlebt, um im Mansfelder Kreise die Sozialistische Einheitspartei mit dem Geiste erfüllen zu können, der ihn in seiner ganzen Arbeit bisher geleitet hat. In diesem Sinne, lieber Otto König, unsere herzlichsten Glückwünsche. (Stürmischer Beifall.)

Otto König: Werte Genossen! Ich stehe hier neben dem Genossen Pieck und ich stand neben ihm 1920 auf dem Einigungsparteitag, der im Lehrervereinshaus stattfand. Wenige Wochen zuvor war ich mit ihm auf dem Parteitag in Halle.

1906 haben wir den ersten mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter-Streik durchgeführt, der dreizehn Wochen dauerte. Damals schrieb die sozialdemokratische Zeitung: „Gott sei Dank, in Mansfeld ist Bresche geschlagen.“ Was wir seit 1906 getan und erarbeitet haben, wird heute durch den Einheitsparteitag gekrönt, und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird die Arbeit fortführen, die wir vor vierzig Jahren angefangen haben. Es ist mir nicht möglich,

näher darauf einzugehen. Ich wollte bloß diese paar Tatsachen erwähnen.

Ich hoffe, daß die deutsche Jugend unser Werk fortsetzen wird, und zwar nicht nur die Jugend von fünfzehn und zwanzig Jahren. Die Erziehung des Menschen zum Menschen fängt mit dem ersten Lebenstage an. Es ist die Pflicht der Arbeitermütter, dafür zu sorgen, daß die Jugend den Weg weiter geht, den wir als Sozialistische Partei jetzt angetreten haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat der Genosse Fritz Große (Sachsen).

Fritz Große (Sachsen) (herzlich begrüßt): Genossen und Genossen! Obwohl wir heute auf unserem Parteitage im wesentlichen die Aufgaben aufzeigen, die wir unmittelbar zu lösen haben, möchte ich mir doch, da wir heute den Abschlußparteitag begehen, erlauben, einen kurzen Rückblick auf die vergangene Zeit zu werfen, in der unsere Partei in der Illegalität arbeitete. Noch ist die Geschichte des heroischen Kampfes der Kommunistischen Partei und der übrigen fortschrittlichen Kräfte in Deutschland gegen das Blutregime Hitlers nicht geschrieben. Es wäre ein unreifes Unterfangen, hier in zehn Minuten Redezeit auch nur ein annäherndes Bild dieser Seite der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu skizzieren. Aber unser Parteitag sollte nicht auseinandergehen, ohne zu beschließen:

1. Daß in jedem Land oder jeder Provinz eine gründliche Untersuchung unserer illegalen Tätigkeit vorzunehmen ist,

2. daß das Zentralkomitee beauftragt wird, ein umfassendes Werk über die Geschichte unseres Kampfes gegen den Faschismus zu schaffen. (Bravo.)

Mir scheint dies notwendig zu sein, um dem deutschen Volke und besonders seiner Arbeiterklasse die positiven, aber auch die fehlerhaften Seiten unseres Kampfes zu zeigen, ferner um den Arbeitern anderer

Länder, die zum Teil heute noch unter illegalen Bedingungen um ihre Rechte ringen müssen, einige Kampferfahrungen zu übermitteln.

Wenn ich heute als Sprecher der sächsischen Parteiorganisation einige Bemerkungen zur Arbeit der Partei in Sachsen in der Periode von 1933 bis 1945 mache, so muß ich offen gestehen, daß Sachsen im großen und ganzen keine Ausnahme gegenüber anderen Bezirken Deutschlands macht. Ich selbst war bis zur Verhaftung in anderen Gebieten Deutschlands tätig und hatte während der Strafzeit die Möglichkeit, mit Genossen aus anderen Teilen Deutschlands, die zu verschiedenen Zeiten verhaftet wurden, zu sprechen.

Nachdem ich jetzt einen Teil der illegalen Tätigkeit der sächsischen Organisation überblicken kann, kann ich feststellen, daß sowohl die ideologischen als auch die organisatorischen Vorbereitungen unserer Partei auf einen Terror solchen Ausmaßes weitaus ungenügend waren. Die Reichstagsbrand-Provokation fand unsere Partei durchaus ungenügend gerüstet. Im ersten Ansturm des Jahres 1933 wurde der entscheidende Spitzenkader der Partei nahezu völlig verhaftet. Die Kunst, halblegale Arbeitsmöglichkeiten auszunutzen, wurde nur sehr schwerfällig begriffen und nur ungenügend angewandt. Dies führte immer wieder zur Verhaftung der Leitungen und zur teilweisen Zerschlagung ganzer Organisationseinheiten.

Auf dem Lande wurden ganze Organisationseinheiten völlig zum Erliegen gebracht. Hier war auch der Druck der NSDAP am stärksten. Es gibt in Sachsen eine Menge Dörfer, wo bis zum letzten Bauer alles in die NSDAP gepreßt wurde. In den breiten Massen der Bevölkerung, auch bis in die Reihen der Arbeiterklasse, gelang es Hitler, Einfluß zu gewinnen. In den Reihen der Industriearbeiter war jedoch der Einbruch Hitlers schwächer, als in allen anderen Bevölkerungsschichten.

Als wir im Dezember-Januar 1945/46 die Gewerkschaftswahlen durchführten, konnten wir feststellen,

abgesehen von einigen sogenannten Musterbetrieben, daß es keinen nennenswerten Betrieb gibt, in dem der Prozentsatz der NSDAP-Mitglieder höher als zehn Prozent liegt. Wenn man demgegenüber die Beamten, Lehrer, Bauern, Handwerker oder beliebige andere Bevölkerungsguppen nimmt, so liegt der Hundertsatz nirgends so tief wie bei der Industriearbeiterschaft.

Ich erlaube mir, die Behauptung aufzustellen, daß die Tatsache, daß unsere Partei in fast allen Großbetrieben schon vor Hitler Betriebsgruppen hatte, ein wesentlicher Grund mit dafür ist. Überhaupt hat sich die Betriebsgruppe als geeigneter und widerstandsfähiger im Kampf gegen Hitler erwiesen, als die Wohnorganisation. Sowohl in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau als auch in anderen Orten Sachsens wurde von unseren Genossen im Betrieb noch revolutionäre Arbeit geleistet, als die Organisationen längst ohne Verbindungen mit den höheren Parteieinheiten und teilweise zerschlagen waren.

In den Reihen unserer Kommunistischen Partei gab es nur wenige Verräter, die zum Faschismus übergingen. Das Vertrauen zu unserer Sache war unerschütterlich. Aber es gab sowohl in Dresden und Leipzig, als auch in Chemnitz Provokationen, die der Partei einen hohen Verlust zufügten. Nach den großen Verhaftungswellen von 1933/34/35/36 war bis Kriegsausbruch ein gewisser Rückgang der organisierten Arbeit zu verzeichnen. Die Verbindungen nach oben rissen immer wieder ab. In örtlichen Gruppen und kleinsten Einheiten, ohne Zusammenhang untereinander, wurde zwar noch gearbeitet, aber diese Form der Arbeit trug keinen Massencharakter. Es wurde nur Zirkelarbeit und Diskussion betrieben.

Trotzdem die Organisation die Brüsseler Beschlüsse nicht genügend kannte, zeigte sich schon vielerorts eine gute Zusammenarbeit mit den Genossen der SPD. Das Beispiel der Volksfrontarbeit in Frankreich erleichterte die Erkenntnis, einheitlich arbeiten zu müssen. Der Bürgerkrieg in Spanien fand weitgehende Un-

terstützung. Viele Genossen, die heute in der Partei aktiv sind, haben sich in den Reihen der internationalen Brigaden als Soldaten, Offiziere oder Kommissare ausgezeichnet. Nicht gering ist auch die Zahl der sächsischen Arbeiter, die in Spaniens Erde ruhen, gefallen im Kampfe gegen Franco und seine Auftraggeber.

Mit Ausbruch des Krieges begann die Arbeit der Partei wieder zuzunehmen. Trotz der ersten militärischen Erfolge Hitlers wurde in steigendem Maße unsere Arbeit forciert. Um diese Zeit zeigten sich auch die Anfänge einer stärkeren Aktivität der Frauen. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion, besonders aber nach Stalingrad, nahm die illegale Arbeit zu. Sie erlitt auch keine Abschwächung trotz des gesteigerten Bluterrors.

Die Bombenangriffe lösten verstärkte Aktivität unserer Genossen aus. Besonders nach den ersten großen Angriffen im Jahre 1943 begann in Leipzig unsere Partei wieder mit Flugblättern an die Öffentlichkeit zu treten. Die Rundfunkreden und Meldungen unserer Genossen aus der Emigration haben diese Arbeit weitgehend befruchtet. Eine große Hilfe für unsere Arbeit war besonders der Sender Freies Deutschland.

Auch die Moral unserer Genossen im Kerker wurde durch diese Sendungen gestärkt, da die Wachmannschaften immer mehr mit unseren Genossen über diese Rundfunksendungen diskutierten. Mit der immer stärkeren Verbreitung der Konzentrationslager wurde auch die Verbindung der Partei zu den Genossen im Lager besser, die bis dahin noch recht ungenügend war. Es begann zum Teil ein Prozeß der Befruchtung der Arbeit unserer Partei in den Betrieben durch die Tätigkeit unserer Lagerorganisationen.

In vielen Orten wurde Solidarität mit ausländischen Arbeitern im Betrieb geübt. Es gab viele Beispiele enger Zusammenarbeit mit Organisationen ausländischer Arbeiter. So wurde in Chemnitz, aber auch an

anderen Orten, eine breite Unterstützungsbewegung entwickelt. Rauchwaren, Zeitungen und auch Lebensmittel wurden besonders an russische Arbeiter, die nach Deutschland zwangsverschleppt waren, gesammelt und gespendet. Bis in die Reihen von Arbeitern, die der NSDAP angehörten, wurde diese Bewegung getragen. In Sachsen waren vor allen Dingen Leipzig, später Dresden und Chemnitz starke Punkte organisierter Arbeit.

Eine ganz besondere Aktivität entwickelte unsere Partei bei dem Transport von illegalem Material aus der Tschechoslowakei. Zittau und Neugersdorf i. d. Lausitz, Altenberg, Olbernhau, Neuhausen im Erzgebirge, Klingenthal und Bad Elster im Vogtland waren neben vielen anderen Stellen die Punkte, an denen die „Rote Fahne“ und anderes illegales Material nach Sachsen transportiert wurde. Von Sachsen aus wurde dieses Material dann in das Reich gebracht.

Man kann über die illegale Arbeit der sächsischen Organisation nicht sprechen, ohne die wahrhaft heldenhafte Arbeit der Dresdner Bergsteiger-Organisation zu nennen. In unermüdlicher Weise waren diese Genossen tätig, nicht nur beim Transport von Material, sondern auch in der Weise, daß Hunderte und aber Hunderte von Revolutionären, die in die Emigration mußten oder die nach Spanien zu den internationalen Brigaden wollten, von ihnen über die Grenze geleitet wurden. Umgekehrt wurde mancher illegale Genosse von ihnen ins Land geschleust.

Später, im Kriege, war in vielen Betrieben Leipzigs und auch in einigen Chemnitzer Werken eine bewußte Arbeit der Partei zu spüren. Die Methoden der Arbeit wurden verfeinert, den verschiedenen betrieblichen Bedingungen angepaßt. Die Losungen waren konkret, die Aufgaben auch durchführbar. Interessant ist zum Beispiel ein Flugblatt, das 1943 in Leipzig nach dem ersten großen Bombenangriff herauskam. Ich zitiere aus diesem Original-Flugblatt folgende Aufgabenstellung:

„Die Leipziger Antifaschisten sagen Euch, was zu tun ist. Bei einem Luftangriff müßt Ihr zuerst Euer Leben sichern. Stellt deshalb bei Voralarm in den Betrieben jede Arbeit ein! Bringt Euch in Sicherheit! Im Falle eines Angriffs verlaßt die Rüstungsbetriebe und kümmert Euch um Eure Familien und Wohnungen! Die ganze Rüstungsindustrie kann zerschlagen werden, aber Euer Leben müßt Ihr erhalten. Laßt Euch nicht von Nazi-Betriebsbonzen oder Werkschutz im Betrieb festhalten! Bleibt nach einem Angriff der Arbeitsstelle fern. Entschuldigt Euch mit Aufräumarbeiten oder schlechten Verkehrsverhältnissen! Langsamer arbeiten führt zur schnelleren Beendigung des Krieges. Unterstützt Euch gegenseitig, wenn es gilt, Euer Leben, Eure Wohnungen und Euer Hab und Gut zu bergen! Das Leben der deutschen Arbeiter, ihrer Frauen und Familien ist tausendmal wichtiger als die Rüstungsbetriebe der Nazi-Verbrecher. Kämpft mit uns Antifaschisten gegen den totalen Krieg Hitlers, für den totalen Frieden!“

Leipzig, Dezember 1943.

Später als die 72-Stunden-Woche eingeführt werden sollte, gaben unsere Leipziger Genossen ein zweites Flugblatt heraus. In ihm sind die Aufgaben schon umfassender gestellt:

„Was sollt Ihr tun? In jedem Betrieb die 72-Stunden-Woche ablehnen! Arbeitet langsamer! Brandmarkt die faschistischen Antreiber! Meldet Euch krank! Werdet Ihr durch den Vertrauensarzt gesund geschrieben, so meldet Euch erneut krank oder bleibt der Arbeit fern! Die Frauen im Betrieb müssen nicht nur auf ihrem freien Wirtschaftstag bestehen, sondern noch mehrere Tage frei verlangen. Treibt Sabotage an Maschinen und Werkzeugen! Übt passive Resistenz in jeder Form! Tut alles, was dem Krieg schadet und ihn schnell beendet! Schreibt Euren Angehörigen ins Feld, sie sollen Schluß

machen, sie sollen sich in Gefangenschaft begeben! Beseitigt endlich die Furcht vor den Nazis! Wenn wir uns zusammenschließen, dann ist dieser nazistische Spuk bald hinweggefegt und die Welt von dem größten Übel aller Zeiten befreit. Zeigt der Welt, daß das deutsche Volk mit den Naziverbrechern nichts gemein hat! Beweist, das wir in der Lage sind, ein freies demokratisches Deutschland aufzubauen! Nieder mit der 72-Stunden-Woche! Gegen den totalen Krieg! Für den totalen Frieden!“

Leipzig, Mai 1944.

Um diese Zeit wurden durch unsere Partei in Chemnitz in den Betrieben von Niles, Moll und einigen anderen Werken Flugblätter in russischer, französischer, holländischer und serbischer Sprache herausgebracht, in denen zur Sabotage, Vorbereitung der Partisanentätigkeit und Zusammenarbeit aller Antifaschisten aufgerufen wurde. Es zeigte sich hier wie an vielen anderen Orten des Landes, wie unsere Partei vom einfachen Radiohören und Verbreiten dieser Meldungen aus der abgeschlossenen Zirkelarbeit heraus mit einer breiten Arbeit unter den Massen begann. Es wurden Losungen gestellt, die die Massen als richtig empfanden. Diese verstärkte Arbeit brachte eine gesteigerte Terrorwelle mit sich, und die Zahl der Genossen, die zum Schafott gingen, wuchs ständig. Im Flugblatt der Leipziger Genossen vom Mai 1944 waren auch Losungen für die Arbeit unter den Soldaten enthalten. Es wurde von uns eine große Korrespondenz mit Soldaten an der Front organisiert. Leider zeigte sich das Resultat dieser Arbeit nicht in Form von Massenbewegungen an der Front, ebenso wenig wie unser Volk in der Heimat sich aus der Tyrannei Hitlers mit eigener Kraft befreite. Die ansteigende Zahl der durch die Militärgerichte Hitlers Verurteilten zeigte jedoch, wie immer mehr die Soldaten ihre Sehnsucht nach Frieden demonstrierten.

Am schwächsten war unsere Arbeit bei den ganz jungen Jahrgängen. Obwohl es dort nicht wenige Anzeichen von Unzufriedenheit gab, wurde doch nirgends eine auch nur einigermaßen ernste Arbeit unter der Hitlerjugend geleistet. Es unterstreicht lediglich die Möglichkeiten, wenn z. B. in Altenberg im Erzgebirge eine Gruppe junger Arbeiter unter Anleitung eines Genossen unserer Partei sich in der Hitlerjugend gehalten und durch ihre geschickte Arbeit dreimal die Auflösung der örtlichen HJ-Organisation erreicht hat.

In unserem Kampfe gegen Hitler fanden wir nicht nur gute Kameradschaft bei den besten und aktivsten Genossen aus der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch bei anderen fortschrittlichen Kräften zeigten sich, wenn auch mit vielen Schwächen behaftet, Anfänge aktiven Widerstandes. Aus den Reihen der NSDAP heraus wuchsen Kräfte, die sich zusammenschlossen und Aktivität entwickelten. Wir hatten zwei solcher Widerstandsgruppen im Erzgebirge und Vogtland, die zwar nur wenige Leute umschlossen, beide zusammen noch nicht 100, die aber durch ihre Positionen in Wehrmachtverwaltungsstellen eine nicht unerhebliche Tätigkeit entfalteten. Doch sowohl diese Gruppen als auch einige ähnliche Strömungen in anderen Gebieten Sachsens standen nicht in engem Kontakt mit unserer Partei. Lediglich in Leipzig und in Dresden wurden Kreise der Intelligenz an die Bewegung „Freies Deutschland“ herangezogen.

Wenn wir selbstkritisch unsere Arbeit einschätzen, müssen wir feststellen, daß wir trotz unerschütterlicher Treue unserer Genossen zur Partei und trotz mutiger Arbeit vieler Genossen nicht imstande gewesen sind, eine breite Massenbewegung gegen Hitler zu entfalten. Das Resultat unserer Arbeit war trotz der harten Opfer völlig ungenügend. Wir haben z. B. in Leipzig vor der Illegalität 4000 Mitglieder gehabt. Davon gingen 2280 durch Zuchthaus und KZ. In Dresden gingen von 4000 Genossen 1562 durch Zuchthaus und KZ, in Chemnitz von ca. 4000 Genossen 1600, nicht gerech-

net die vielen Hunderte, die wir in Sachsen als Todesopfer gelassen haben.

Es kann niemand in Deutschland sagen „man konnte nichts machen“, wie es jetzt so oft von den verschiedensten „verhinderten Antifaschisten“ versucht wird, die damit ihre Passivität in den Jahren schwärzester deutscher Schande entschuldigen wollen. Unsere Partei hat gezeigt, daß man gegen Hitler kämpfen konnte. (Beifall.)

Es folgen Mitteilungen über das Zusammentreten der Kommissionen usw.

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat Genosse Eggerath (Thüringen).

Eggerath (Thüringen): Genossinnen und Genossen! Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei. Das Zentralkomitee hat heute Bericht erstattet. Die Diskussion ist schon ziemlich fortgeschritten. Ich verlese deshalb einen Antrag, den ich nachher bei der Abstimmung anzunehmen bitte. Dieser Antrag lautet:

Der 15. Parteitag hat den Bericht des Zentralkomitees über die Tätigkeit der Parteiorganisation seit der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 entgegengenommen.

Der Parteitag stellt fest, daß wichtige Teile des Aktionsprogramms, das im Aufruf vom 11. Juni 1945 veröffentlicht wurde, verwirklicht wurden.

Insbesondere hebt der Parteitag hervor, daß die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten, die schon in der Illegalität begann, sich zur festen Arbeitsgemeinschaft der beiden Arbeiterparteien entwickelt hat. Dadurch wurde ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Mitgliedern beider Parteien und die Voraussetzung der Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen.

Der Parteitag begrüßt die Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien

und deren Festigung in den letzten Monaten. Diese Einheitsfront ermöglichte die geschlossene Durchführung der großen historischen Aufgabe der demokratischen Bodenreform. Diese Einheitsfront wird dazu beitragen, die friedliche Arbeit unseres Volkes und die Einheit Deutschlands zu sichern.

Der Parteitag bestätigt den Bericht des Zentralkomitees.

Vorsitzender Pieck: Das Wort hat der Genosse Fred Oelssner.

Fred Oelssner: Genossinnen und Genossen! Wenn wir die mehr als 27jährige Geschichte unserer Partei überschauen, dann können wir sagen, daß wir trotz zahlreicher taktischer Fehler, trotz vieler Irrtümer, die wir in diesen siebenundzwanzig Jahren begangen haben, doch in der großen Grundlinie unserer Partei, vor allem in der großen historischen Perspektive, die unsere Partei aufzeigte, absolut recht behalten haben. Daß dem so ist, danken wir dem Umstande, daß wir uns in unserer Arbeit von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten ließen. Sie war eine starke Waffe in der Hand unserer Partei und gab uns auch in Zeiten, in denen die ganze bürgerliche Wissenschaft den Erscheinungen ohnmächtig gegenüberstand, Überlegenheit, Zielsicherheit und Klarheit.

Ich möchte das hier bei der Knappheit der Zeit nur an einem Beispiel demonstrieren. Als die große Wirtschaftskrise über Deutschland hereinbrach und wir im Jahre 1931 in Deutschland den großen Bankenkrach erlebten, da schrieb der Leiter des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, Professor *Wagemann*, in seinem Konjunkturbericht am 26. August 1931 folgende charakteristische Zeilen:

„Der akute Ausbruch der Kreditkrise hat an vielen Stellen an die Fundamente der Wirtschaftsentwicklung gerührt und so den organischen Ablauf der Depression unterbrochen. Solche von außen her auf die Wirtschaft einwirkenden Ereignisse sind

ebensowenig wie Erdbeben, Brandkatastrophen usw. mit den Methoden der Konjunkturforschung vor auszusehen, auch ihre Folgen entziehen sich jeder quantitativen Voraussicht.“

Das heißt, Professor Wagemann, der seinerzeit die größte Kapazität in Deutschland auf dem Gebiet der Konjunkturforschung war, gab im Jahre 1931 klipp und klar zu, daß die bürgerliche ökonomische Wissenschaft in Deutschland Bankrott gemacht hatte, und zwar deshalb, weil sie in den Jahren vorher, als in Deutschland eine relativ gute Konjunktur herrschte, gepredigt hatte, daß der Kapitalismus die Krisen überwunden hätte, daß wir einen organisierten, einen krisenlosen Kapitalismus hätten usw. Und als dann die Wirtschaftskrise mit aller Wucht hereinbrach, wußten die Herren nicht weiter und verstanden die Erscheinungen nicht zu erklären.

Ihr wißt, Genossen, daß unsere Partei diesen Erscheinungen durchaus nicht hilflos gegenüberstand. Schon in der Zeit der sogenannten relativen Stabilisierung, als alle davon sprachen, daß die Wirtschaftskrisen durch den organisierten Kapitalismus überwunden seien, hat unsere Partei klar und deutlich auf den vorübergehenden Charakter dieser Stabilisierung hingewiesen und vorausgesagt, daß neue, noch gewaltigere Wirtschaftskrisen eintreten würden.

Und unsere Partei hat recht gehabt. Sie hat recht gehabt, weil sie diese Voraussage machte auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorie.

Man könnte unzählige solcher Beispiele anführen, die davon zeugen, daß wir in der Einschätzung der historischen Perspektive recht behalten haben, weil wir uns in unserer Arbeit leiten ließen von den Lehren von Marx und Engels, von Lenin und Stalin.

Heute erleben wir nun wieder in verschiedenen Zeitungen eine Diskussion über den Marxismus, und es tauchen dort solche Thesen auf, als sei der Marxismus überhaupt keine europäische Erscheinung und passe

zum mindesten nicht für die westeuropäischen Verhältnisse. Ich glaube, daß die Herrschaften dabei den Umstand vergessen, daß der klassische Marxismus, so wie er von Marx und Engels geschaffen wurde, der Abschluß der geistigen Entwicklung der drei fortschrittlichsten Kulturvölker Westeuropas ist, nämlich der klassischen deutschen Philosophie, der klassischen englischen Ökonomie und des französischen Sozialismus und der Lehren vom Klassenkampf in Frankreich überhaupt; der Marxismus des 20. Jahrhunderts aber hat seine Weiterentwicklung gefunden dank der Entwicklung in Rußland, wo das russische Volk durch drei Revolutionen und zwei Kriege entscheidend das Gesicht der Welt bestimmt hat. Der Marxismus hat sich hier weiter entwickelt zum Leninismus, der nichts anderes ist als der Marxismus in der Epoche des Imperialismus, d. h. der Marxismus unserer Epoche.

Wenn man also heute sagt, daß dieser Marxismus für die westeuropäischen und besonders für die deutschen Verhältnisse nicht passe, vergißt man eben den Umstand, daß der Marxismus die Erfahrungen der westlichen Kulturvölker ebenso enthält, wie die russischen Erfahrungen, und wenn Schumacher beispielsweise heute einen europäischen Sozialismus konstruiert als „den Versuch der ökonomischen Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit“, und diesen Sozialismus der „kommandierten Vermassung“ gegenüberstellt, so ist das nichts anderes als kleinbürgerliches Geschwätz, das mit Marxismus absolut nichts zu tun hat. Wenn wir uns auch darüber klar sind, daß wir in Deutschland im Kampf um die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse unseren eigenen Weg gehen werden, der nicht der gleiche Weg ist wie in Rußland, der den besonderen Bedingungen bei uns in Deutschland entsprechen wird, so wollen wir dabei doch nicht vergessen, daß wir von den Russen trotzdem ungeheuer viel lernen können. (Beifall.)

Der Marxismus-Leninismus ist in der Vergangenheit unsere Stütze gewesen, und er wird unsere Stütze

auch in Zukunft sein. Aber wir hatten auf diesem Gebiet auch eine Schwäche zu verzeichnen, eine Schwäche, die in unserem Dogmatismus, in unserem zu starren Festhalten am Buchstaben, in der undialektischen Anwendung der einmal gelernten Lehrsätze unter allen Bedingungen und zu allen Zeiten lag.

Aber ich möchte hier von vornherein einem Mißverständnis vorbeugen. Ich will damit nicht gesagt haben, daß wir nicht auch den Buchstaben des Marxismus verteidigen, wenn es sich um die Grundprinzipien des Marxismus handelt. Bei den Grundgesetzen, die Marx z. B. aufgezeigt hat über die kapitalistische Gesellschaftsordnung, werden wir auch den Buchstaben des Marxismus verteidigen. Denn wir haben nicht vergessen, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ihren historischen Ausgangspunkt im Revisionismus genommen hat. Sie begann eben mit der Revision der Grundsätze der marxistischen Theorie. (Sehr gut!)

Darum möchte ich hier klar und eindeutig sagen, daß, solange z. B. die kapitalistische Warenproduktion besteht, auch die von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion gelten werden. Diese Gesetze können modifiziert, aber nicht aufgehoben werden ohne Aufhebung des Kapitalismus. Wir haben es durchaus nicht nötig, wenn wir komplizierte ökonomische Erscheinungen der Gegenwart erklären und verstehen wollen, Anleihen bei der bürgerlichen Vulgär-Ökonomie zu machen. Solange Klassen bestehen — und auch an diesem Grundsatz des Marxismus halten wir fest —, solange wird es auch einen Klassenkampf geben, und solange wird die Grundfrage der sozialistischen Umgestaltung die Frage der politischen Macht bleiben. Möge Dr. Schumacher noch so sehr dagegen wettern und sagen, es sei falsch, die „Macht als die eigentliche Substanz der Politik“ zu betrachten, wir wissen sehr gut, daß das wiederum nichts anderes ist als kleinbürgerliches Geschwätz, das nur der Reaktion dient.

Ich sagte, wir hatten noch eine Schwäche zu verzeichnen, und diese Schwäche bestand darin, daß wir nicht genügend Aufmerksamkeit auf den Umstand richteten, daß der Marxismus kein Dogma ist, kein Rezept für alle Zeiten, sondern eine lebendige Wissenschaft, die mit der Entwicklung der Gesellschaft selbst ständig weiter entwickelt werden muß. Die Frage des theoretischen Kampfes, die Frage der Arbeit an der ideologischen Front war für uns zu sehr und zu ausschließlich politische Schulung und nicht gleichzeitig wissenschaftliche Forschung.

Ich möchte hier an ein Wort erinnern, daß Genosse *Stalin* auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gesagt hat:

„Es wäre lächerlich, zu verlangen, daß die Klassiker des Marxismus uns fertige Lösungen für alle und jegliche theoretische Fragen hätten liefern sollen, die in jedem einzelnen Lande nach Ablauf von 50 bis 100 Jahren auftauchen können, damit wir, die Nachfahren der Klassiker des Marxismus, die Möglichkeit haben, uns ruhig auf die Bärenhaut zu legen und fertige Lösungen wiederzukauen.“

Wir sollten daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß eine unserer wichtigsten Aufgaben im Kampfe an der ideologischen Front darin besteht, wissenschaftliche Forschungsarbeit zu betreiben, d. h. die marxistisch-leninistische Theorie weiter zu entwickeln entsprechend den Bedingungen, unter denen wir heute leben.

Ich will damit nichts gegen die Aufgaben der Schulungsarbeit sagen. Ich weiß, welche ungeheure Bedeutung die Schulung, die Propagierung der marxistisch-leninistischen Erkenntnisse gerade in der neuen Partei hat. Aber ich weiß auch, daß es ebenso wichtig ist, diese Theorie weiter zu entwickeln zur Erklärung all der neuen Erscheinungen, die wir heute auf den verschiedensten Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung haben.

Wir haben in der Vergangenheit aber diese Aufgabe unterschätzt. Ich kann aus Zeitmangel nicht ausführ-

lich Beispiele anführen. Nur ganz kurz eines: in unserem Kampf gegen die Nazi-Ideologie haben wir es häufig sozusagen als unter unserer Würde betrachtet, uns mit solchen unsinnigen Losungen wie „Brechung der Zinsknechtschaft“ auseinanderzusetzen. Denn vom Standpunkt der ökonomischen Theorie ist das absurd. Aber weil wir uns nicht ernsthaft damit auseinandergesetzt haben, konnte Hitler mit Hilfe dieser Losung die breiten Massen des Kleinbürgertums erfassen. (Sehr richtig.) Das sind Unterlassungssünden unserer Vergangenheit, und wir müssen dafür sorgen, daß wir in Zukunft gerade auf diesem Gebiet der Weiterentwicklung unserer revolutionären Theorie eine neue Linie einschlagen und nicht wieder ein Versäumnis zulassen.

Wir haben ein ungeheures Arbeitsfeld gerade auf ideologischem Gebiete vor uns. Die Welt hat sich gewaltig verändert. Nehmen wir nur die Entwicklung der letzten Jahre, die großen Strukturveränderungen, die in der kapitalistischen Wirtschaft vor sich gegangen sind, die reichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung; wir erleben eine Riesenstreikwelle in dem stärksten kapitalistischen Land der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir sehen vor uns den heroischen Kampf der werktätigen Massen Griechenlands um demokratische Rechte. Die Besonderheit des nationalen Befreiungskampfes in unserer Epoche hat Erscheinungen hervorgebracht wie die Widerstandsbewegung in Frankreich, in Jugoslawien usw., die neuartigen Kampfformen des nationalen Befreiungskampfes in Indonesien. Und wir sehen nicht zuletzt die Riesenerfolge, die das Sowjetvolk in seinem sozialistischen Aufbau aufzuweisen hat.

Das, und vieles andere noch, sind Probleme, die auch wir theoretisch verarbeiten müssen, die wir benutzen müssen, um daraus die Lehren für unsere praktische Arbeit in Deutschland zu ziehen. Es wird unsere Aufgabe sein, zur Lösung gerade dieser großen ideologischen Aufgaben besonders an die studierende Jugend

zu appellieren, denn sie wird einen großen Anteil an der Lösung dieser Aufgaben haben müssen.

Man wird zwar gegen uns wieder den Vorwurf erheben, wie es unlängst der „Tagesspiegel“ – er hatte den Artikel aus der „Main-Post“ abgedruckt – getan hat, wir wollen mit Hilfe der Politik die Universitäten erobern. Ach nein, wir wollen unendlich viel mehr, wir wollen der deutschen Wissenschaft die Grundlage geben, auf der sie zu einer neuen, ungeahnten Blüte gedeihen kann und auf der es ihr möglich ist, unserem Volke wirklich zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Diese Grundlage aber, Genossen, ist der dialektische Materialismus. Darum wollen wir auch heute auf unserem letzten kommunistischen Parteitag das Gelöbnis ablegen: Jawohl, wir stehen auf dem Boden des dialektischen Materialismus, wir stehen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Das war unser Leitstern in den 30 Jahren unserer geschichtlichen Arbeit, und der Marxismus-Leninismus wird auch der Leitstern der einheitlichen Arbeiterbewegung Deutschlands sein, der ihr den Weg zum Siege weist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Ich schlage vor, noch einem Genossen das Wort zu geben. Einverstanden? (Zustimmung.)

Das Wort hat Genosse Paul Krüger (Wiesbaden).

Paul Krüger (Wiesbaden): Genossinnen und Genossen! Die Genossen Referenten und auch einige Genossen haben in der Diskussion die Gefahren der Reaktion aufgezeigt, besonders die neuen Ansätze, die wir heute in der Westzone offensichtlich schon wieder haben. Ich komme aus Groß-Hessen und kann berichten, daß man schon so langsam wieder sieht, wie die Reaktionsäre im Schafspelz wieder ihre Wolfszähne zeigen, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftssabotage.

Wir können feststellen, daß gerade in der jetzigen Notzeit, wo jedes Stück Material, jeder Rohstoff so not-

wendig gebraucht wird, um Ware zu produzieren, um ein Haus wieder herzustellen, die Reaktion es versteht, die Dinge fehlzuleiten. So hat zum Beispiel eine Firma, die noch über sehr ansehnliche Messingbestände verfügt, sich nach dem kapitalistischen Prinzip des Profites errechnet, daß man mit diesem Messing, wenn man Puder Dosen herstellt, mehr Geld verdienen kann, als wenn man etwas Nützliches daraus macht. Weiterhin haben wir Fälle, wo man Bausehnholz, das man für die Möbelherstellung, namentlich für die Ostflüchtlinge und die Evakuierten, die alle ihre Möbel verloren haben, gut verwenden könnte, dazu mißbraucht, um kleine Wägelchen herzustellen, weil man bei einem Preis von 25.— RM mehr verdient.

Diese Art der Sabotage wird ganz bewußt von der Reaktion betrieben, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Männer, die heute an verantwortlicher Stelle stehen, nicht fähig sind, zu regieren.

Wenn wir das heute feststellen, und wir in der Westzone als Partei vor die Aufgabe gestellt sind, diese Dinge zu entlarven und die Arbeiterschaft dagegen zu mobilisieren, so müssen wir daraus die Folgerung ziehen, daß wir alles daran zu setzen haben, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter herbeizuführen und zu sichern.

Mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft steht und fällt die Demokratie. Wir haben in Groß-Hessen einige Ansätze guter Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiet. Wir können feststellen, daß der Wille der Arbeiterschaft zur Einheit auch unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei vorhanden ist. Aber dieser Wille ist eingeeengt in die Zwangsjacke der Disziplin einiger SPD-Führer, die in der Westzone ihren Parteigoismus in den Vordergrund stellen.

Mir haben viele Kollegen von der Sozialdemokratie, als ich nach Berlin fuhr, mit auf den Weg gegeben, daß ich dort einmal feststellen soll, ob es nun wahr ist, was

ihre sozialdemokratischen Führer immer behaupten. Ich habe z. B. die Aufgabe, festzustellen, wo die verschwundenen sozialdemokratischen Funktionäre hingekommen sind. Nun, eines habe ich allerdings festgestellt: es wird hier in der Ostzone etwas verschwinden, es wird verschwinden der Name KPD und der Name SPD, das will ich meinen sozialdemokratischen Kameraden übermitteln. (Beifall.)

Es wird eine Einheitspartei kommen. Wir werden von diesem großen Ereignis hier in Berlin die Kraft mit hinausnehmen in die westliche Zone, um dort von unten herauf durch die Betriebsgruppenarbeit den Gedanken der Einheit zu verwirklichen, um auch dort zu der großen Tat schreiten zu können, die hier vollbracht wird.

Das, Genossinnen und Genossen, ist es, was wir mitnehmen wollen zu unserer schweren Arbeit in der Westzone. Wir werden alles tun, damit innerhalb der Betriebe, dem Herzen der Wirtschaft, das rote Blut, das Herzblut, die Kraft der Einheit der Arbeiterklasse, sich entwickelt, und wir hoffen, daß sich auch in der Westzone bald offensichtliche Erfolge der Einheitsbewegung zeigen werden. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden. Erhebt sich gegen den Antrag auf Schluß der Debatte Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich das Einverständnis fest, daß wir die Debatte abschließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt der Antrag Eggerath vor, der besagt, daß der Parteitag den Bericht des Zentralkomitees bestätigt.

Diejenigen, die mit diesem Antrag einverstanden sind, ersuche ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann liegt der Antrag der Revisionskommission vor, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. —

Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Dazu hat das Wort der Genosse Große.

3. BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- KOMMISSION

Fritz Große: Genossen und Genossinnen! Ich will den Bericht sehr kurz geben. Es wäre zwar notwendig, einige Dinge zu kommentieren. Ich glaube aber, es ist besser, wenn die Delegierten daraus die Lehre ziehen und die Dinge für künftige Zeiten korrigieren.

Wir haben auf dem Parteitag 519 Delegierte, davon 130 aus den Westzonen. Wir bitten jedoch, der Parteitag möge beschließen, daß man bei 6 Genossen das Mandat aussetzt, weil einige Dinge noch zu untersuchen sind, die bisher nicht geklärt werden konnten. Wir schlagen also vor, daß nur 513 Mandate bestätigt werden. Die in Frage kommenden Bezirke haben eine entsprechende Mitteilung erhalten.

Diese 513 Delegierten setzen sich folgendermaßen zusammen: 136 Genossen sind unmittelbare Delegierte aus den Betriebsgruppen und von diesen 136 bestehen bereits in 66 Betrieben gemeinsame Betriebsgruppen. Unter den 513 Delegierten befinden sich nur 105 Frauen.

Die soziale Zusammensetzung der Delegierten ist folgende: 367 Arbeiter, 95 Angestellte, 7 Lehrer, 1 Gewerbetreibender, 10 Bauern, 11 Hausfrauen, 7 Künstler und 7 Redakteure sowie 8 Intellektuelle.

Die Zugehörigkeit zu unserer Partei bei den Delegierten zeigt folgendes Bild: Seit dem 8. Mai 1945 sind 104 Delegierte Mitglied unserer Partei, 67 Delegierte sind zwischen 1 und 15 Jahre und 342 Delegierte sind mehr als 15 Jahre in der Kommunistischen Partei. Bevor die Genossen zur KPD kamen, waren 127 in der SPD, 87 gingen durch die USPD, 52 Genossen waren

bereits bei der Gründung des Spartakusbundes Mitglied, 144 kamen vom Kommunistischen Jugendverband, 77 von der Sozialistischen Arbeiterjugend und 160 waren vorher in keiner Organisation.

69 der Delegierten waren während der Hitlerzeit in der Emigration, in der Illegalität waren 372 Genossen aktiv tätig, davon 274 unmittelbar unter Kontrolle von illegalen antifaschistischen Organisationen.

Gewerkschaftlich organisiert vor 1933 waren 435 Delegierte, 78 waren damals nicht gewerkschaftlich organisiert, heute sind 449 gewerkschaftlich organisiert, 64 noch nicht. (Hört! Hört!) 105 Delegierte sind Funktionäre im FDGB.

Die Alterszusammensetzung ist folgende: Unter 25 Jahren sind 22 Delegierte, darunter 7 männliche und 15 weibliche, im Alter von 26 bis 35 Jahren sind 80 Delegierte, im Alter von 36 bis 45 Jahren 225, im Alter zwischen 46 und 55 Jahren 158, im Alter von 56 bis 65 Jahren sind 22 und 65 Jahre und darüber sind 6 Delegierte.

Vor und während der Illegalität sind folgende Delegierte bestraft gewesen: 3 Delegierte waren verurteilt zu lebenslänglichem Zuchthaus, 141 Delegierte haben 831 Jahre Zuchthaus abgesessen, 64 Delegierte haben 132 Jahre Gefängnis abgesessen, 215 Genossen waren im KZ inhaftiert zu einer Gesamtdauer von 637 Jahren.

Damit, Genossinnen und Genossen, ist das Wesentliche gesagt, was die Mandatsprüfungskommission vorzutragen hat. Ich bitte jetzt das Präsidium, den Bericht bestätigen zu lassen und die Bezirke zu beauftragen, die 6 beanstandeten Mandate zurückzuziehen.

Vorsitzender Pieck: Genossinnen und Genossen! Ihr habt den Bericht gehört. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall, dann lasse ich über den Antrag der Mandatsprüfungskommission abstimmen.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die

Gegenprobe? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann würden wir heute abend die Beratungen abschließen. Die Delegationsführer werden gebeten, sofort in den ersten Rang zu kommen, um sich zu einer kurzen Besprechung zu begeben. Alle übrigen Delegierten müssen hierbleiben, bis die Delegationsführer zurückkommen.

Morgen früh beginnen wir mit der Sitzung um 10 Uhr, aber pünktlich. Wir müssen um 14 Uhr fertig sein.

Schluß der Sitzung 19.55 Uhr.

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Sonnabend, den 20. April 1946, vormittags 10 Uhr

Die Sitzung wird um 10.20 Uhr durch den Vorsitzenden Wilhelm Pieck eröffnet.

Vorsitzender Pieck: Genossinnen und Genossen! Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Auf der Tagesordnung steht heute: Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes, anschließend daran die Aussprache und Beschlußfassung über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, worauf der Bericht der Redaktionskommission folgen wird. Dann folgt der Bericht über das Statut der Sozialistischen Einheitspartei nebst dem Bericht der Statutenkommission und der Vereinigungsbeschluß der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Das Resultat des in geheimer Wahl gewählten Parteivorstandes wird im Anschluß bekanntgegeben werden, sobald die Wahlkommission ihre Arbeit beendet hat.

Genosse Walter Ulbricht übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender Ulbricht: Zum 4. Punkt der Tagesordnung hat Genosse Wilhelm Pieck das Wort über das Thema:

4. DIE EINHEIT DES SCHAFFENDEN DEUTSCHEN VOLKES

Referent Wilhelm Pieck

(Der Redner wird mit langanhaltendem Beifall empfangen.)

Genossinnen und Genossen! Unserem 15. Parteitag kommt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine besondere Bedeutung zu. Ihm ist die große historische Aufgabe auferlegt, zu vollenden, was in

den Zuchthäusern und Konzentrationslagern während der Hitlerzeit entstand, was in der gemeinsamen, mit Todesgefahr verbundenen Arbeit der antifaschistischen Kämpfer geschaffen wurde. Unser Parteitag soll erfüllen, was seit Jahren und Jahrzehnten die tiefste Sehnsucht der besten Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung ist: *die Einheit*.

Unser Parteitag soll die Verschmelzung der Kommunistischen Partei mit der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschließen. Wir können uns keinen besseren Abschluß und keine würdigere Krönung der 30jährigen Geschichte unserer Partei denken.

Als vor mehr als 30 Jahren der Spartakusbund als Keimzelle der KPD geschaffen wurde, entstand er als das, was unsere Partei immer gewesen ist, als Kampfinstrument gegen die Reaktion und gegen den imperialistischen Krieg. Gegner des imperialistischen Krieges waren es, die sich damals im Spartakusbund zusammenfanden, altbewährte Kämpfer gegen Militarismus und Imperialismus. Es waren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Franz Mehring und viele andere. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die Geburtslegitimation und das Programm des Spartakusbundes. Und dieser Kampf war zugleich ein Kampf gegen die Reaktion und für demokratische Volksrechte. Es war der Kampf gegen den Burgfrieden, gegen die Knebelung und Entrechtung der Arbeitermassen zur Durchführung der imperialistischen Kriegspolitik. Der Burgfrieden war die Kapitulation vor den Kriegstreibern, durch ihn wurde Deutschland zum Militärzuchthaus für das Volk, zum Terrorregime gegen alle, die sich nicht willig auf die Schlachtbank führen lassen wollten. Karl Liebknechts Ruf „*Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg*“ war der Appell zum Kampf für die politischen Rechte der Arbeiterklasse, für Streik- und Versammlungsfreiheit, für Presse- und Redefreiheit. Aus diesem Kampfe entstand die Kommunistische Partei Deutschlands als die Partei des

Kampfes gegen den Krieg, für die demokratischen Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes. Dieser Kampf wurde von den Spartakusleuten, den Gründern der KPD geführt auf dem Boden des unverfälschten Marxismus, als Klassenkampf auf dem Boden der internationalen Solidarität und der Freundschaft der Völker. Und diesen Boden hat die Kommunistische Partei niemals in ihrer 30jährigen Geschichte verlassen. (Beifall.)

Wenn wir uns heute entschließen, diese Partei aufzugeben, der wir drei Jahrzehnte unseres Lebens gewidmet haben, die unseren Jungen politische Geburtsstätte und Heimat ist, so bewegen uns dazu schwerwiegende Gründe. Es ist natürlich barer Unsinn, wenn von den Gegnern der Vereinigung davon geschwätzt wird, daß die Vereinigung nur unter äußerem Druck erfolge. Wie könnten Menschen, die in den furchtbaren Jahren des Naziterrors ihrer Überzeugung treu blieben und dafür die größten Opfer brachten, heute, wo sie frei ihre Meinung sagen können, sich einem äußeren Druck beugen, wie könnten sie sich mit Begeisterung für eine Sache einsetzen, die nicht etwa ihrem unmittelbaren Interesse entspräche. Und doch handeln wir unter einem inneren Zwange, nämlich dem Druck unseres Gewissens. Wenn wir heute die uns so lieb und teuer gewordene Kommunistische Partei aufgeben, so gehorchen wir der Stimme der höchsten Pflicht, unserer Klasse und unserem werktätigen Volke den größten Dienst zu erweisen. (Beifall.)

Für uns Kommunisten war die Partei nie Selbstzweck, sie war uns stets ein Mittel, ein Instrument zum Kampfe für die Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wir haben daher auch nie auf revolutionäre Maßnahmen verzichtet, wenn sie im Interesse des werktätigen Volkes notwendig wurden, etwa nur, um uns dadurch leichtere Bedingungen für unsere Organisationsarbeit zu verschaffen. Polizei- und Unternehmerterror haben uns nie abhalten können, unsere revolutionäre Pflicht zu erfüllen.

Wir haben dafür schon vor 23 Jahren, im Jahre 1923, ein Verbot unserer Partei über uns ergehen lassen müssen. Ja, noch früher, im Jahre 1919, als die Partei kaum entstanden war, wurden wir von der damaligen Reichsregierung verboten. Auch der Hitler-Terror hat uns nicht daran hindern können, unermüdlich den Kampf fortzusetzen. Wir haben gekämpft trotz der Opfer, die wir getragen haben, wie keine andere Partei. Wir haben viele der Besten unserer Partei in diesem Kampfe verloren. Wenn wir heute beschließen, die selbständige Existenz unserer Partei aufzugeben und uns mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dem mächtigen Strom der Sozialistischen Einheitspartei zu vereinigen, so handeln wir damit im Sinne des Vermächtnisses unserer Toten. (Lebhafter Beifall.)

Es ist notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte unserer Partei zu werfen, um zu verstehen, was unser Entschluß, die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei zu vollziehen und die Sozialistische Einheitspartei zu schaffen, für die Arbeiterklasse bedeutet. In unserem Aufruf vom 11. Juni 1945 erklärten wir:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen.“

In diesem Satze ist mit wenigen Worten die Geschichte und das Wesen der Kommunistischen Partei umrissen. Sie entstand am 30. Dezember 1918 aus dem Spartakusbund, und ihr Wesen und Ziel war der Kampf gegen Reaktion, Militarismus und Imperialismus. Sie wollte die Arbeiterklasse unter einer revolutionären Führung vereinigen und ihr die Macht im Staate verschaffen, um die kapitalistische Ausbeutung und Knechtung zu beseitigen und den Sozialismus zu verwirklichen. Die Kommunistische Partei wandte sich mit aller Schärfe gegen das verhängnisvolle Bündnis, das zwischen der Regierung der sogenannten Volksbeauftragten und der

militaristischen Reaktion abgeschlossen wurde und das der Reaktion alle Möglichkeiten ihrer Restauration verschaffte und zur völligen Aushöhlung der Demokratie führte. Unsere Partei verlangte die Bewaffnung der Arbeiter, die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Entmachtung des Monopolkapitals. Sie war jedoch viel zu schwach, um die breiten Massen für diese Kampfziele zu mobilisieren, und ließ sich im Januar 1919 in provozierte Kämpfe verwickeln, die ihr eine Niederlage mit großen Opfern, darunter die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bereiteten. Durch die Vorstöße der Reaktion und die Unterstützung, die ihr durch die Regierung zuteil wurde, steigerte sich in hohem Maße die Unzufriedenheit der fortgeschrittenen werktätigen Massen. Immer dringlicher zeigte sich die Notwendigkeit der Schaffung einer breiten revolutionären Massenpartei. Im Jahre 1920 kam es zur Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wobei sich die Mehrheit mit der Kommunistischen Partei vereinigte. Es ist bemerkenswert, daß damals gegen diese Vereinigung auf den Parteitag in Halle und Berlin auch prophezeit wurde, die Vereinigung der linken USPD-Genossen mit der KPD sei eine „naturwidrige“ und werde nicht von Dauer sein. Diese Prophezeiung war damals ebenso falsch, als sie es heute ist. Aus dieser Vereinigung ging eine starke Massenpartei hervor, die seitdem ein entscheidender politischer Faktor in Deutschland war.

Die Vereinigung führte jedoch zu einer Überschätzung der Kräfte der Partei. Die Folge davon war, daß sie sich im März 1921 dazu verleiten ließ, sich in Kämpfe mit der bewaffneten Macht einzulassen, ohne die breiten Massen des werktätigen Volkes hinter sich zu haben. Die Folge dieser Kämpfe waren eine erneute Niederlage und erneute große Verluste.

Daraus hat jedoch die Partei ihre Lehren gezogen und ihr Hauptgewicht nunmehr auf die Arbeit unter den werktätigen Massen und ihre Gewinnung für die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse gelegt. Schon

damals wurde in eindringlicher Weise die Notwendigkeit der Einheitsfrontpolitik begründet und alles daran gesetzt, zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Führern und ihren Mitgliedermassen zu gelangen. Der Erfolg dieser Arbeit zeigte sich in einigen gemeinsamen großen Aktionen der Arbeiterklasse. So nach dem Rathenau-Mord 1922 und während der Ruhr- und Inflationskrise 1923. In einem gemeinsam geführten Generalstreik gelang es der Arbeiterschaft, die reaktionäre Cuno-Regierung zu stürzen.

Andererseits war die Reaktion bereits so erstarkt und die Regierung von ihr so beeinflußt, daß der Arbeiterschaft immer mehr die Möglichkeiten eingeengt wurden, mit demokratischen Mitteln ihre Forderungen durchzusetzen. Das zeigte sich mit aller Deutlichkeit, als im Jahre 1923 in den Ländern Sachsen und Thüringen in den Landtagen auf Grund parlamentarischer Wahlen Arbeitermehrheiten entstanden und Regierungen aus SPD- und KPD-Vertretern gebildet wurden. Damals wurde unverzüglich die Reichswehr gegen diese Länder mobilisiert, um diese Arbeiterregierungen abzusetzen.

Die Kommunistische Partei erkannte nur zu gut, welchen Ausgang diese Entwicklung in Deutschland nehmen mußte, wenn es nicht gelang, die Einheit der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die immer mehr erstarkende Reaktion zu schaffen. Immer wieder trat sie deshalb mit Angeboten an die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zur Schaffung der Einheitsfront und zur Durchführung gemeinsamer Kampffaktionen heran. Leider standen diese Führer so stark im Banne der Koalitions politik mit der Bourgeoisie, als daß sie sich zu einer Einheitsfront mit den Kommunisten entschließen konnten. Im Gegenteil, es wurden immer schärfere Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei unternommen, Verbote ihrer Zeitungen, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, Verhaftungen und hohe Gefängnisstrafen. Alles das trug dazu bei, das Verhältnis zwischen den Kommu-

nisten und den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern immer mehr zuzuspitzen.

Wenn sich die Kommunistische Partei auch nicht von ihrer Grundlinie zur Herstellung der Einheitsfront abhalten ließ, so trug doch der Kampf gegen die Kommunistische Partei sehr dazu bei, daß von ihr eine Reihe taktischer Fehler gemacht wurden, die das Zustandekommen der Einheitsfront oder zumindestens ihren Zugang zu den sozialdemokratischen Massen sehr erschwerten. Es trug hierzu auch das in der Partei verbreitete Sektierertum und ein gewisser Dogmatismus bei. Beseelt von dem absolut richtigen Bestreben, aus dem gewaltigen historischen Ereignis der siegreichen Oktoberrevolution so viel wie möglich zu lernen, waren die Kommunisten oftmals bestrebt, die Erfahrungen der Oktoberrevolution schematisch auf Deutschland zu übertragen. Dabei haben wir die nationalen Besonderheiten Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung häufig weitgehend ignoriert. Auch machte das revolutionäre Klassenbewußtsein die Kommunisten oftmals überheblich gegenüber anderen Arbeiterschichten und führte zu ihrer Abkapselung von den Massen.

Einen weiteren grundlegenden Fehler begingen wir in der Einschätzung der Sozialdemokratischen Partei, in der wir jahrelang unseren Hauptfeind sahen und gegen den wir das Hauptfeuer unseres Kampfes auch dann noch richteten, als bereits die Faschisten ihre Mordbanden gegen die Arbeiterklasse führten. Unsere Genossen sahen wohl, daß von den in den Regierungen sitzenden sozialdemokratischen Führern die schärfsten Maßnahmen der Polizei- und Staatsgewalt gegen die Kommunisten angewandt wurden, gegen die sie sich mit aller Schärfe wandten, übersahen aber dabei die Notwendigkeit, eine enge Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Massen herbeizuführen. Ja, sie machten sogar den Fehler, die sozialdemokratischen Massen für die reaktionäre Politik ihrer Führer verantwortlich zu machen. Diese Verschärfung führte sogar dazu,

daß die Kommunisten sich zur Teilnahme an einem Volksentscheid gegen die preußische Braun-Severing-Regierung entschlossen, nachdem die von den Kommunisten an die Regierung gestellten Forderungen eines schärferen Vorgehens gegen die Reaktion von der Regierung abgelehnt worden waren. Die Kommunisten kamen dadurch in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter in eine Gemeinschaft mit der faschistischen Reaktion.

Wenn also unbestritten sehr ernste Fehler von uns in diesen Jahren in unserer Arbeiterpolitik gemacht wurden und damit das Zustandekommen der Einheitsfront erschwert wurde, so lag doch das Haupthindernis darin, daß die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer die Einheitsfront und das Zusammengehen mit den Kommunisten nicht wollten und ablehnten. Selbst als die Demokratie bereits in tödlicher Gefahr war, als der Staatsstreich Papens am 20. Juni 1932 in Preußen zur Absetzung der Regierung unternommen wurde und unsere Parteiführung ein Angebot an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften richtete, für die Abwehr dieses Anschlages und für die Erhaltung der Braun-Severing-Regierung gemeinsam einen Generalstreik durchzuführen, wurde dieses Angebot abgelehnt. Und auch noch an dem verhängnisvollsten Tage in der deutschen Geschichte, am 30. Januar 1933, wurde das Angebot der Kommunisten, durch einen gemeinsamen Generalstreik die Hitler-Regierung zu stürzen, von der Führung der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß man erst abwarten wolle, ob Hitler den Boden der Legalität verlassen werde. (Lachen.) Es ist kein Zweifel, daß sogar noch in dieser Stunde durch die Herstellung der proletarischen Einheitsfront die Aufrichtung der Hitler-Diktatur hätte verhindert werden können. Es ist also nicht die Schuld der Kommunisten, daß damals die Einheitsfront nicht zustande kam, und daß in Deutschland der Faschismus in wenigen Monaten alles vernichten konnte, was die deutsche Arbeiter-

bewegung in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte.

Der Sieg des Faschismus wurde zu einem Wendepunkt in der Politik unserer Partei. Die Erkenntnis, daß aus dem Siege des Faschismus ernste Lehren gezogen werden mußten, machte sich in der Partei immer mehr breit. Und die wichtigste Lehre bestand darin, daß die Spaltung der Arbeiterklasse unbedingt überwunden und die Einheitspartei der Arbeiterklasse geschaffen werden muß.

Auf unserer illegalen *Brüsseler Parteikonferenz* im Oktober 1935 haben wir sehr ernst die von der Partei gemachten Fehler kritisiert und daraus unsere Lehren gezogen. In der dort angenommenen Resolution wird erklärt:

„Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit.“

In der ganzen Periode nach der Brüsseler Parteikonferenz war das Bestreben unserer Partei darauf gerichtet, die Aktionseinheit besonders mit der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die völlige Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Deutschland, die erschreckend anwachsende Zahl der Opfer des Hitler-Faschismus und besonders die fieberhaften Kriegsrüstungen Hitlers erforderten immer gebieterischer ein Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien. Es ist uns in diesen Jahren auch gelungen, einzelne Abkommen mit sozialdemokratischen Gruppen sowohl in Deutschland wie in der Emigration abzuschließen. Aber alle diese Abkommen wurden von dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der sich in der Emigration in Prag befand, sabotiert. Unsere Partei hat die auf der Brüsseler Konferenz festgelegte Linie konsequent weiterentwick-

kelt. Je mehr die Katastrophe des neuen Weltkrieges heranrückte, um so mehr trat der Kampf gegen den imperialistischen Krieg in den Vordergrund. Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges wies unsere Partei auf ihrer illegalen Berner Parteikonferenz im Januar 1939 darauf hin, daß das deutsche Volk über Nacht in die Kriegskatastrophe gestürzt werden könne. In unserer Resolution sagten wir, „daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist.“ Hätte unser deutsches Volk damals auf die warnende Stimme unserer Partei gehört, wieviel Opfer an Gut und Blut, wieviel Kummer und Tränen, wieviel Schande und Haß wären unserem Volke erspart geblieben!

Auf der *Berner Parteikonferenz* wurde auch die Orientierung der Partei auf die Schaffung der Einheitspartei erneut bestätigt. Die Konferenz verwies nachdrücklichst auf die Mai-Resolution des ZK. vom Mai 1938, in der es heißt:

„Wir Kommunisten sind überzeugt, daß im Prozeß des Kampfes gegen das Hitler-Regime auch die einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse geschaffen werden muß.“

Wenn wir also heute auf diesem Parteitag so weit sind, die Verschmelzung mit der Sozialdemokratischen Partei beschließen zu können, so ist das die Stunde der Erfüllung des Zieles, für das wir seit mehr als zehn Jahren gekämpft haben. (Bravo!)

Ich möchte diesen kurzen Überblick über die Geschichte unserer Partei nicht abschließen, ohne nicht besonders darauf hingewiesen zu haben, daß unsere Partei trotz aller ihrer Mängel und Fehler doch stets eine einheitliche Grundlinie konsequent durchgeführt hat. (Beifall.) Und diese Grundlinie bestand

1. im Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus, für den Frieden und die Völkerverständigung und die Freundschaft mit der Sowjetunion,

2. der Kampf gegen die Reaktion und für eine Demokratie, die den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Staates sichert, mit dem Ziele der Verwirklichung des Sozialismus,
3. der Kampf für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Herbeiführung ihrer Einheit und ihres Bündnisses mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen, (Beifall.)
4. der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen, der Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer.

Genossinnen und Genossen! Das sind die revolutionären Traditionen unserer Kommunistischen Partei, auf die wir mit Recht stolz sein können. Und diese Traditionen sollen nicht abgebrochen werden, sondern wir wollen sie mithinübernehmen in die Sozialistische Einheitspartei. Unsere Arbeit wird getragen sein von der großen Erkenntnis und den Lehren, die wir aus der Vergangenheit gezogen haben. Die Erkenntnis beruht darin, daß ohne die Einheit der Arbeiterklasse unser Volk aus dem Chaos nicht herauskommen kann, in das es von Hitler gestürzt wurde, und daß der Neuaufbau der Wirtschaft, die Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie und der Friede nicht gesichert sind, wenn dahinter nicht die einzige Kraft der Arbeiterklasse steht. (Lebhafter Beifall.) Die Lehre, die wir daraus ziehen, ist die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei.

Schweres und Unheilvolles hat unser Volk in den zwölf Jahren der Hitler-Diktatur erlebt. Es ist ein ungeheures Trümmerfeld, das uns der Hitlerkrieg hinterlassen hat. Riesengroß sind Schande und Schmach, die

auf unserem Volke lasten, weil es nicht vermocht hat, die Hitler-Barbarei und den Hitler-Krieg zu verhindern, und sich nicht aus eigener Kraft von dieser Pest hat befreien können. Großes muß von unserem Volke geleistet werden, wenn es wieder emporkommen und sich wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwerben will. Die Verantwortung dafür liegt aber bei der Arbeiterklasse und vor allem bei uns, bei der von uns zu schaffenden Sozialistischen Einheitspartei, die zur Führung unseres Volkes berufen ist. (Beifall.) Und von dieser Erkenntnis aus sind wir sofort nach der Zerschlagung der Hitlermacht durch die alliierten Truppen daran gegangen, das normale Leben wieder in Gang zu bringen und Voraussetzungen für die Neugestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland zu schaffen.

Als das Zentralkomitee der KPD am 11. Juni 1945 sich mit seinem Aufruf an das deutsche Volk wandte, setzte es in diesem Aufruf konsequent die Linie fort, die in den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz festgelegt war. Der Aufruf enthielt einen Appell an die Sozialdemokratische Partei zur Aktionseinheit und an die beiden anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bildung einer Einheitsfront. Das Neue im politischen Leben Deutschlands bestand darin, daß dieser Appell der KPD breitesten Widerhall fand. Und diese Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und die Einheitsfront mit der Liberal-Demokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens durchaus bewährt. Wir haben eine Reihe gemeinsamer Beschlüsse gefaßt, die dem Nutzen unseres Volkes dienen. Es hat zwar nicht an Versuchen gefehlt, die Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien zu sprengen, indem behauptet wurde, die Zusammenarbeit der Parteien entspräche nicht den Spielregeln der Demokratie. Nach diesen Einwänden scheint die Demokratie darin zu bestehen, daß sich die Parteien gegenseitig bekämpfen müssen. Aber gerade dank der

Zusammenarbeit der vier Parteien ist der demokratische Neuaufbau in der sowjetischen Besatzungszone den übrigen Teilen Deutschlands sehr weit voraus. Es ist hier ein reges politisches Leben, eine sehr entwickelte und weit verbreitete demokratische Presse, und es wurden hier große einheitliche Gewerkschaften geschaffen.

Wir haben gemeinsam die demokratische Bodenreform durchgeführt, die der entscheidende Schlag gegen das reaktionäre Junkertum, den Stützen des preußischen Militarismus, ist und gleichzeitig Sicherungen für die Ernährung unseres Volkes schaffen wird. Wir haben in weitgehendem Maße die Verwaltungen und Betriebsleitungen von den faschistischen Elementen gesäubert und sind im Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsorgane ein großes Stück vorwärts gekommen. Wir haben uns in einmütiger Weise für die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands ausgesprochen und uns ebenso einmütig zu den Potsdamer Beschlüssen der Alliierten Mächte geäußert. Wir sind uns völlig dessen bewußt, daß die Potsdamer Beschlüsse für lange Zeit die Grundlagen unseres Handelns bilden. Wir haben uns mit Vorbedacht auf den Boden dieser Beschlüsse gestellt; denn wir wissen, daß Geist und Buchstabe die Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus fordern, um die Welt vor einer neuen Aggression des deutschen Monopolkapitals zu bewahren.

Diese Aufgaben entsprechen voll und ganz den Interessen unseres Volkes. Darum wünschen wir nur, daß uns im Kampfe für die Verwirklichung dieser Aufgaben keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir sind entschlossen, Garantien für den Aufbau eines demokratischen, freiheitlichen und friedlichen Deutschlands zu schaffen. (Beifall.) Die beste Sicherung des Friedens liegt aber in der Schaffung der Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse, liegt in der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei.

Als wir im Sommer vorigen Jahres die *Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei*

schufen, waren wir uns vollkommen klar darüber, daß die Arbeitsgemeinschaft nur ein Übergangsstadium zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sein werde. Im Punkt 5 des am 19. Juni 1945 mit der Sozialdemokratischen Partei abgeschlossenen Abkommens heißt es:

„Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.“

Je fester aber die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien wurde, je mehr sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter näherten und besonders in den Betrieben eine enge Zusammenarbeit einsetzte, um so unruhiger wurden die reaktionären Kreise, die von der Einheit der Arbeiterklasse nichts wissen wollen, sondern in ihr eine große Gefahr für die Wiederaufrichtung ihrer Macht sehen.

Diese Besorgnis der Reaktion über die Einheit der Arbeiter hat ihre Gründe. Der Unterschied in der Lage zwischen 1918 und jetzt besteht darin, daß die Reaktion nicht mehr wie damals nach dem ersten Weltkrieg über den Staatsapparat verfügt, um die Arbeiterschaft zu knebeln. Sie vermag auch heute nicht wie damals konterrevolutionäre Freikorps zu organisieren, um die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Durch den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft sind die reaktionären Kreise weitgehend wirtschaftlich geschwächt, so daß sie keine Mittel zu umfangreichen Bestechungen der Arbeiterklasse besitzen. Alles das läßt die Aussichten der reaktionären Monopolherren, ihre alte Macht wieder aufzurichten, recht trübe erscheinen. Es ist ihnen heute nur eine Hoffnung geblieben, ihre Macht wieder zu erlangen, wenn es ihnen gelingt, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten und einen Teil der

Arbeiterschaft gegen den anderen auszuspielen. Es ist nicht zufällig, daß in den Teilen Deutschlands, wo die Einheitsfront der Arbeiter und die Maßnahmen zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien noch schwächer entwickelt sind, die reaktionären Elemente in beträchtlichem Umfang politische und wirtschaftliche Machtpositionen innehaben.

Die Bewegung zur Schaffung der Einheit hat gerade darum so lebhaft Unruhe bei allen Reaktionären hervorgerufen. Je stärker die Einheitsbewegung wurde, um so stärker setzten die Versuche ein, diese Bewegung zu durchkreuzen. Das war deutlich zu beobachten nach den Beschlüssen der sogenannten Sechziger-Konferenz der beiden Parteien vom 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin.

Auf dieser Konferenz wurde von je dreißig Vertretern beider Parteien beschlossen, die Verschmelzung der beiden Parteien vorzubereiten und eine Studienkommission mit der Ausarbeitung eines Programms zu beauftragen. Nach dieser Konferenz setzte sofort geradezu ein Trommelfeuer aller reaktionären Kreise gegen die bevorstehende Verschmelzung der beiden Parteien ein. Die sozialdemokratischen Mitglie­dermassen wurden geradezu bombardiert mit der Behauptung, daß sie mit den Beschlüssen der Sechziger-Konferenz vergewaltigt würden, daß über ihre Köpfe hinweg von den Spitzen der Partei die Einheit beschlossen werde und die Mitglieder nichts mehr dazu zu sagen hätten. Mit geradezu rührender Sorge nahm man sich der Demokratie innerhalb der Partei an und hetzte mit einer Niederträchtigkeit ohnegleichen gegen die Vereinigung. Dabei waren in der Konferenz vom 20. und 21. Dezember noch keinerlei Beschlüsse über die Verschmelzung der beiden Parteien gefaßt worden, sondern nur die Frage der Vereinigung den Mitglie­dermassen beider Parteien zur Diskussion unterbreitet und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen worden, die diese Diskussion fördern und selbstverständlich die Vereinigung vorbereiten sollten.

Eine Schwierigkeit in der Durchführung dieser Beschlüsse bestand allerdings in der Aufteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen und in der Unterschiedlichkeit der Entwicklung der beiden Parteien in den Besatzungszonen. Die weitestgehende Entwicklung der beiden Parteien besteht in der sowjetischen Besatzungszone, weil hier sofort nach der Zerschlagung der Hitlermacht durch den politisch weitsichtigen Erlaß des Marschalls Shukow den antifaschistisch-demokratischen Parteien und den Gewerkschaften volle Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt und auf Grund der Zusammenarbeit auch der Gedanke der Einheit am weitesten entwickelt war. Aus dieser Unterschiedlichkeit der Entwicklung heraus wurde versucht, der Vereinigung der beiden Parteien Schwierigkeiten zu bereiten.

Ein Dr. Schumacher in Hannover, der sich Sozialdemokrat nennt, (Heiterkeit) stellte sogar die These auf, daß es bei der Trennung Deutschlands in die vier Besatzungszonen nicht einmal eine einheitliche Sozialdemokratie, geschweige denn eine Sozialistische Einheitspartei geben könne. (Erneute Heiterkeit.) Er beanspruchte für sich in Deutschland einen eigenen Herrschaftsbereich, in dem er sich als der Führer der Sozialdemokratischen Partei in den westlichen Besatzungszonen proklamierte. Wir wissen nicht, woher er die Legitimation dafür hat. Auch im übrigen gab sich Schumacher große Mühe, die Vereinigung zu hintertreiben. Aber allmählich hat er sich immer mehr entlarvt als ein Feind der Arbeiterklasse und als ein Agent der Reaktion. (Lebhafter Beifall.) Wenn er jetzt wieder, wie in der Presse bekanntgegeben, in Berlin versuchen will, Proselyten für seine reaktionären Bestrebungen unter der Arbeiterschaft zu machen, so wird er sich dabei ebenso eine Abfuhr holen wie bei seiner letzten Gastrolle in Berlin. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Die Beschlüsse vom 20. und 21. Dezember 1945 hatten den positiven Erfolg, daß sie die Front in der Einheitsbewegung klärten und die Feinde der Einheit auf den Kampfplatz riefen. Dieser Kampf spielte sich beson-

ders in Berlin ab, begünstigt durch die Aufteilung Berlins in die vier Besatzungssektoren und auf Grund der hier erscheinenden lizenzierten Tagespresse. Darunter nimmt „Der Tagesspiegel“ eine besondere Stellung ein, der sich offen als Fraktionsblatt der Feinde der Einheit und der Spalter der Sozialdemokratie bezeichnete. Vor allem nahm diese Zeitung das Monopol zur Wahrung der Demokratie für sich in Anspruch, — Demokratie so, wie sie diese Zeitung versteht, nämlich volle Freiheit für die Agenten der Reaktion zur Spaltung der Partei und der Verhinderung der Einheit. Es war kein Argument zu dumm, als daß es nicht von dieser Zeitung aufgegriffen wurde, um den angeblichen Nachweis zu liefern, daß mit der Schaffung der Einigung der Arbeiterklasse und der Einheitspartei die Demokratie bedroht sei. Dieser Unsinn wurde noch übersteigert durch die Behauptung, daß es der KPD nur darauf ankäme, die Sozialdemokratische Partei zu verschlucken und schließlich auch die beiden anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien aufzufressen, so daß nur noch eine Partei übrigbliebe, und das würde das Ende der Demokratie sein. (Heiterkeit.) Man sollte es kaum für möglich halten, daß eine solche unsinnige Behauptung sogar von Leuten im Auslande aufgegriffen wird, denen man eine etwas ruhigere Beurteilung der Einheitsbewegung in Deutschland zutrauen sollte. So konnten wir neulich im Londoner Rundfunk und auch in der Presse die gleiche Behauptung von einem englischen Parlamentsmitglied namens Gordon Walker hören, daß in der russischen Zone eine Einparteien-Herrschaft errichtet worden sei, in der die Kommunisten eine führende Stellung innehätten. Der Mann hat sich sogar einige Tage in Berlin aufgehalten, und er hätte sich davon überzeugen können, daß in der sowjetischen Besatzungszone vier Parteien existieren, weiter auch davon, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder in Berlin für die schnellste Vereinigung mit der Kommunistischen Partei ist. Aber es hat wenig Sinn, sich mit die-

sen Herren auseinanderzusetzen, denn sie sind nicht geneigt, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie verdrehen sie ihren Wünschen entsprechend.

Wie sehr der Gedanke der Einheit und der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei in den werktätigen Massen, besonders unter den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern Wurzel gefaßt hat, zeigt die stürmische Entwicklung dieser Bewegung in der sowjetischen Besatzungszone, besonders in den Ländern Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und in den beiden Provinzen Sachsen-Anhalt und Brandenburg, wo durch die Schaffung der gemeinsamen Organisationsausschüsse der beiden Parteien die Vorbereitungen zur Vereinigung sehr rasch vorwärtsschritten. Eine Ausnahme machte hier Berlin, wo es unter dem Einfluß reaktionärer Kreise gelang, eine gewisse Verwirrung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei herbeizuführen. Es ist kein Zweifel, daß zuerst gewisse Schwankungen in der Führung der Berliner Sozialdemokratie die Machinationen reaktionärer Kreise begünstigten, die alles daransetzten, die Verschmelzung der beiden Parteien wenigstens möglichst lange hinauszuschieben, wenn sie schon nicht zu verhindern war. Das sollte mit der Forderung erreicht werden, daß die Vereinigung nur gemeinsam in allen Zonen und durch die Abhaltung eines Reichsparteitages entschieden werden könne. Schließlich tauchte auch die Forderung nach einer Urabstimmung der Mitglieder auf. Es war klar, daß das alles nur Manöver waren, um die Vereinigung zu hintertreiben.

Es machte den Feinden der Arbeiterklasse nichts aus, daß von den 605 300 Mitgliedern der Sozialdemokratie innerhalb der sowjetischen Besatzungszone sich 539 000 Mitglieder in den Ländern und Provinzen nahezu einmütig für die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien aussprachen, und daß von den 66 300 Mitgliedern in Groß-Berlin nur 19 000 sich gegen die Vereinigung bei der sogenannten Urabstimmung ausspra-

chen, also die weit überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder für die Vereinigung ist. Trotzdem schreien diese Feinde der Arbeitereinheit von einer Vergewaltigung der Mitgliedschaft, die angeblich unter Druck in der sowjetischen Besatzungszone vor sich ginge. Auch der schon erwähnte Herr Gordon Walker hat sich unter die Rechenkünstler begeben, die aus der Tatsache, daß bei der Urabstimmung in Berlin von 66 300 sozialdemokratischen Mitgliedern 19 000 gegen die Vereinigung stimmten, ausrechnen, daß 82 Prozent der Mitgliedschaft gegen die Vereinigung seien. Solche Rechenkunststücke zeigen schon die Verlegenheit, in der sich diese Feinde der Einheit angesichts der Tatsache befinden, daß der sozialdemokratische Bezirksparteitag in Berlin einmütig der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zugestimmt hat. (Lebhafter Beifall.)

Allerdings war die sozialdemokratische Parteileitung genötigt, eine Gruppe von Parteipaltern und Agenten der Reaktion aus der Sozialdemokratischen Partei zu entfernen. (Bravo!) Diese Gruppe hat sich zu einem Klub vereinigt, der sich in einem Zehlendorfer Krankenhaus (Heiterkeit) zu einer Tagung unter dem hochtönenden Namen eines Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins zusammenfand, aber dabei in seinem Programm sofort erkennen ließ, wes Geistes Kinder dort versammelt sind. Daß sie den Klassenkampf für eine überholte Angelegenheit ansehen und den Gesellschaftszustand bereits so weit entwickelt sehen, daß volle Harmonie zwischen Kapital und Arbeit herrscht, läßt deutlich die Hand der Reaktion erkennen. (Zuruf: 1918!) Würde dieser Klub nicht die Unterstützung reaktionärer Kreise in Berlin und durch sie die Publikationsmöglichkeiten in der einheitsfeindlichen Presse besitzen, so würde man wahrscheinlich kaum noch von diesem Klub sprechen. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Reaktion doch mit ihren Machinationen einen gewissen Einfluß auf Teile der sozialdemokratischen Arbeiter-

schaft ausübt, so daß es dringend notwendig ist, sich ernstlich um die Aufklärung unter diesen sozialdemokratischen Arbeitern zu bemühen und sie für die Vereinigung zu gewinnen. (Sehr gut!) Ich denke, daß dazu der jetzt erfolgte einmütige Beschluß des Groß-Berliner Bezirksparteitages und die jetzt auf den beiden Parteitagenden Beschlüsse über die Vereinigung sehr dazu beitragen werden, den größten Teil dieser Arbeitermassen, die wir dringend brauchen, der Sozialistischen Einheitspartei zuzuführen. (Beifall.)

Für die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei wurde von der zweiten Konferenz des Sechziger-Ausschusses am 26. Februar 1946 ein weiterer Schritt getan, indem dieser Konferenz die von der Studienkommission ausgearbeiteten „Grundsätze und Ziele“ sowie das Parteistatut im Entwurf vorlagen. Über diese Dokumente ist inzwischen ernsthaft diskutiert worden, und es ist zu erwarten, daß auf den jetzt stattfindenden Parteitagen der beiden Parteien die endgültigen Formulierungen beschlossen werden, die eine feste ideologische Grundlage für die Verschmelzung der beiden Parteien auf dem Boden des konsequenten Marxismus bilden werden.

In den „Grundsätzen und Zielen“ ist die Er kämpfung des Sozialismus eindeutig als das Endziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands festgelegt worden. Es wird wieder sehr viel in dieser Zeit von verschiedenen Seiten über Sozialismus gesprochen, ohne daß Klarheit herrscht, was darunter zu verstehen ist. (Sehr gut!) Wir erinnern uns der Zeit nach dem ersten Weltkriege, wo auch zur Ablenkung der Arbeiterklasse von ihren Kampfaufgaben sehr viel vom Sozialismus geredet wurde, von der Sozialisierung und anderen Dingen, die nicht durch den Kampf der Arbeiter gestört werden dürften. Wir lasen damals, daß sogar der große Kapitalmagnat Stinnes durch seine Betriebskonzentration der größte Sozialist sei, der in seiner Arbeit nicht gestört werden dürfe. Wir haben also allen Grund, klar und eindeutig aufzuzeigen, was

wir unter Sozialismus verstehen. Es handelt sich dabei nicht um irgendwelche verschwommenen ethischen Ziele in einer fernen Zukunft, sondern um die Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise, um die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Das Mittel für die Verwirklichung dieser sozialistischen Produktionsweise ist die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Mit dieser klaren Begriffsbestimmung in unseren „Grundsätzen und Zielen“ des von uns erstrebten Sozialismus grenzt sich die Sozialistische Einheitspartei von allen denen ab, die es für opportun halten, den Sozialismus auf ihre Fahne zu schreiben, ohne klar und deutlich zu erklären, was sie darunter verstehen.

Es ist aber eine bewußte Täuschung und Irreführung der Arbeitermassen, wenn von der Verwirklichung des Sozialismus geredet, gleichzeitig aber die Einheit der Arbeiterklasse abgelehnt wird (sehr wahr!), so wie es Schumacher, Ollenhauer und andere Feinde der Arbeitereinheit unternehmen.

Gerade deshalb ist von so großer Bedeutung unsere Hervorkehrung der Einheit der Arbeiterklasse und der Verschmelzung der beiden Parteien, um dadurch den politischen Einfluß der Arbeiterklasse bis zur Eroberung ihrer politischen Macht zu steigern. In unseren „Grundsätzen und Zielen“ wird klar zum Ausdruck gebracht, daß wir durch die Schaffung von Arbeitermehrheiten die politische Macht der Arbeiterklasse herbeiführen wollen und daß wir mit der Möglichkeit rechnen, auf diesem Wege den Sozialismus herbeizuführen.

Nun kommen allerdings Leute, die Feinde der Arbeitereinheit sind, aber von Sozialismus reden, mit dem Vorwurf gegen die Sozialistische Einheitspartei, daß sie unter dem Einfluß der Kommunisten die Diktatur erstrebe, als die sie die politische Herrschaft der Arbeiterklasse bezeichnen. Wenn solche Vorwürfe von den reaktionären Kreisen erhoben werden, so ist das nicht

zu verwundern; denn sie wissen, daß mit der Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und mit dem entscheidenden Einfluß dieser Klasse die eigene Herrschaft ein für allemal ein Ende haben wird. Wenn aber solche Leute mit solchen Vorwürfen kommen, die von sich behaupten, den Sozialismus zu wollen, so müssen wir ihnen schon sagen, daß sie damit Spiegelfechterei betreiben. Wir sprechen offen aus, was wir im Interesse der werktätigen Arbeitermassen wollen, und wir können uns dabei auf die wissenschaftlichen Grundsätze des Sozialismus stützen, wie sie vor fast 100 Jahren von Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ dargelegt wurden. Darin heißt es:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Und ein halbes Jahrhundert später verkündete die deutsche Sozialdemokratie 1891 in ihrem „Erfurter Programm“:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Dieser Gedankengang ist die Grundlage der „Grundsätze und Ziele“ der Sozialistischen Einheitspartei, die sich klar und eindeutig auf den Boden des konsequenten Marxismus stellt, aber nicht eines dogmatischen Marxismus, der zu allen Zeiten alte Weisheiten starr wiederholte, sondern sie steht auf dem Boden des leben-

digen kämpferischen Marxismus, der alle Veränderungen in der Entwicklung sorgfältig studiert und entsprechend der besonderen Lage seine politischen Maßnahmen bestimmt.

Genossinnen und Genossen! Das Neue in der heutigen Lage besteht darin, daß gewisse Möglichkeiten vorhanden sind, daß die Arbeiterklasse auf friedlichem Wege mit den Mitteln der Demokratie zur politischen Herrschaft gelangt. Das gerade wird in den „Grundsätzen und Zielen“ mit folgenden Worten ausgedrückt:

„Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten.“

Darin besteht eben das Neue in der gegenwärtigen Lage, und darum hat sich auch der Arbeiterklasse angesichts des Wiedererstarkens der Reaktion eine so große Unruhe bemächtigt. Darum ist das Streben nach Einheit so elementar, weil die deutschen Arbeiter sehr gut verstehen, daß jetzt die Frage entschieden wird, ob in Deutschland ein demokratischer Weg zum Sozialismus möglich sein wird oder nicht. Um diesen Weg zu garantieren, um unserem Volke die großen Opfer eines blutigen Bürgerkrieges zu ersparen, darum wollen wir jetzt die Sozialistische Einheitspartei schaffen, die stark genug ist, die Reaktion niederzuhalten. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir auf die Geschichte des gegenseitigen Bruderszwistes in den früheren Jahren zurücksehen, so müssen wir feststellen, daß gerade die Meinungsverschiedenheiten über den Weg zum Sozialismus die Hauptdifferenz zwischen den beiden Parteien bildeten. Während die KPD die Ansicht vertrat, daß nur durch

die Zertrümmerung des Weimarer Staatsapparates und durch die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland der Sozialismus verwirklicht werden könne, war die SPD unter Verkennung der realen Machtverhältnisse der Überzeugung, daß gerade der Weimarer Staat das geeignete Instrument für die Verwirklichung des Sozialismus sei. Zwischen diesen beiden Auffassungen konnte es natürlich keine Versöhnung geben. Heute ist die Lage ganz anders. Beide Auffassungen, die der Kommunisten und die der Sozialdemokraten, sind durch die Geschichte erledigt. Der neue Weg, der sich uns heute angesichts der besonderen Lage in Deutschland eröffnet, ist weder der alte Weg der KPD noch der alte Weg der SPD. Es ist ein völlig neuer Weg, auf dem wir sowohl die KPD- wie auch die SPD-Genossen vereinigen können, um gemeinsam auf unser großes Ziel, den Sozialismus, hinzustreben. Es kommt heute darauf an, diesen Weg freizuhalten und ihn nicht wieder durch das Hochkommen der Reaktion versperren zu lassen.

Wohlverstanden, Genossinnen und Genossen, wir sprechen von der *Möglichkeit* eines neuen demokratischen Weges zum Sozialismus, die den besonderen Verhältnissen im heutigen Deutschland entspricht. Wir sind uns dabei völlig im klaren, daß es von unserem Kampfe abhängt, ob aus dieser Möglichkeit die Wirklichkeit wird. Das hängt davon ab, ob wir die in unseren „Grundsätzen und Zielen“ aufgezeigten Gegenwartsforderungen in ganz Deutschland verwirklichen. In diesen Gegenwartsforderungen ist klar die Frage der Entmachtung der Reaktion und des Imperialismus, die Errichtung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie und die Sicherung des Friedens gestellt. Wir verlangen in unseren Gegenwartsforderungen die Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, die Beseitigung der kapitalistischen Monopole und die Vernichtung des reaktionären Militarismus.

Das sind die grundlegenden Maßnahmen, die heute durchgeführt werden müssen, um ein erneutes Hochkommen der Reaktion zu verhindern. Wir wissen, daß

diese Maßnahmen noch lange nicht in Deutschland durchgeführt sind. Bis auf den heutigen Tag sitzen in vielen Teilen Deutschlands noch immer Nazis und andere Reaktionäre in hohen Ämtern und halten wichtige Machtpositionen in ihren Händen. Die Monopolherren sind nicht nur nicht überall beseitigt, sondern sie haben in großen Teilen Deutschlands noch immer und schon wieder maßgebende Stellungen inne und beginnen bereits, den eben zerschlagenen imperialistischen Machtapparat zusammenzuflicken. Die demokratische Bodenreform, die der stärkste Schlag gegen den Militarismus und die Reaktion ist, wurde erst in einem Teile Deutschlands durchgeführt. Hier hat die neue Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ein weites Arbeitsfeld vor sich, und wir wünschen nur, daß man uns freie Entfaltung gewährt, dann wollen wir schon mit den Reaktionären und Militaristen fertig werden. (Lebhafter Beifall.)

Aber unsere Aufgabe kann sich nicht darauf beschränken, die alten Kräfte, die das Verderben des Volkes bewirkten, beiseitezustoßen, wir müssen auch neu aufbauen. Der Ausbau der Selbstverwaltungen auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen, die Überführung der öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsanstalten in die Hände der Allgemeinheit, der Aufbau der Wirtschaft und die Sicherung der Währung, die Durchführung einer demokratischen Steuerreform, alles das sind wirtschaftliche und politische Aufgaben, ohne deren Lösung unser Volk die Not nicht überwinden kann. Es ist abwegig, zu glauben, diese Riesenaufgaben könnten von einem „neutralen“, von den Volksmassen getrennten Beamtenapparat gemeistert werden. Nur unter aktivster Anteilnahme der Volksmassen, nur unter unmittelbarer Führung der stärksten deutschen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei, können diese Aufgaben erfüllt werden.

Um aber die Anteilnahme der Volksmassen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu ermöglichen, ist

die Sicherung der demokratischen Volksrechte, des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts, die Anerkennung der Betriebsräte und des gesetzlichen Achtstundentages erforderlich. Auch diese Aufgaben hat die Sozialistische Einheitspartei als Gegenwartsforderungen erhoben und wird ihre ganze Kraft einsetzen, um sie zu verwirklichen.

Um die geistige Neugeburt unseres Volkes zu bewirken, kämpft die Sozialistische Einheitspartei für die demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens, kämpft sie gegen jegliches Bildungsprivileg des Besitzes. Um die Einheit der deutschen Schule zu wahren, fordert die Sozialistische Einheitspartei die Trennung der Kirche von Staat und Schule. (Lebhafter Beifall.) Außerdem kämpft sie für die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung. (Sehr gut!)

In der Erkenntnis, daß die Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands die Voraussetzung für einen gesunden Neuaufbau ist, bekämpft die Sozialistische Einheitspartei alle separatistischen und föderalistischen Bestrebungen, die nur der Reaktion die Möglichkeit einer Restaurierung verschaffen sollen. Wir fordern demgegenüber die Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik und die Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien (lebhafter Beifall), wobei wir uns für die Erhaltung Berlins als Reichshauptstadt einsetzen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Es ist selbstverständlich, daß die SED die Herstellung friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern mit der vollen Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitler-Regime den anderen Völkern zugefügten Schäden als ihre Forderung aufstellt.

Genossinnen und Genossen! Diese Gegenwartsforderungen, die im einzelnen in unseren Grundsätzen und

Zielen näher dargelegt sind, sind das Minimalprogramm, dessen Verwirklichung sich die SED unmittelbar zum Ziel setzt. Seine Erfüllung wird der Aufbau einer wahren kämpferischen Demokratie sein. Die SED wird die Reaktion und das Monopolkapital ausschalten und damit die Voraussetzungen für einen demokratischen Weg zum Sozialismus schaffen. Aber gerade deshalb werden alle reaktionären Kräfte auftreten, um die Verwirklichung dieser Gegenwartsforderungen zu verhindern. Es wäre töricht, zu glauben, daß wir auch nur eine dieser Gegenwartsforderungen, geschweige denn unser sozialistisches Endziel anders als im erbittertesten Klassenkampf verwirklichen können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn heute die Feinde der Arbeiterklasse mit dem Geschwätz kommen, daß der Klassenkampf überholt sei, so soll damit nur der Reaktion und dem Monopolkapital geholfen werden, die Arbeitermassen zu entwaffnen, damit die Großkapitalisten ihren Klassenkampf um so brutaler gegen die Arbeiter führen können. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wir werden alles tun, daß die Arbeiter auf diesen Schwindel nicht mehr hereinfallen, sondern dafür sorgen, daß sie sich in der SED die Waffe schmieden, mit der sie die Reaktion besiegen und den Sozialismus erkämpfen werden. (Beifall.)

Indem sich die SED das Ziel setzt, die Ursachen der nationalen Katastrophe unseres Volkes im demokratischen Neuaufbau zu beseitigen und darüber hinaus eine bessere Zukunft, den Sozialismus zu erkämpfen, stellt sie sich Aufgaben, die über die engen Klasseninteressen des Proletariats hinausgehen. Die Vernichtung der Reaktion und des Monopolkapitals, der Aufbau einer kämpferischen Demokratie, der Wirtschaftsaufbau und alle anderen Aufgaben sind heute Existenzfragen unseres ganzen Volkes. Die Erkämpfung des Sozialismus bedeutet die Aufhebung der Ausbeutung und Unterdrückung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Befreiung des ganzen Volkes von Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Krisen, Hunger und Not.

Darum ist die SED, die natürlich ihrem Klassencharakter nach eine Arbeiterpartei ist, zugleich die Partei des ganzen schaffenden Volkes. Sie vertritt nicht nur die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Interessen der werktätigen Frauen, der Wissenschaftler, der Künstler und des gewerblichen Mittelstandes.

Den werktätigen Bauern wurde im letzten Jahre mit der Durchführung der demokratischen Bodenreform der Beweis erbracht, daß gerade die Arbeiterparteien, die diese Reform am energischsten durchführen, ihre grundlegenden Interessen vertreten. Bei der Organisation der Erntehilfe im Herbst und jetzt bei der Durchführung der Hilfe für die Frühjahrsbestellung stehen die beiden Arbeiterparteien in den vordersten Reihen. Die SED wird diese Politik im Interesse der werktätigen Bauern konsequent fortführen. Sie wird es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, das im letzten Jahr zwischen den Bauern und der Stadtbevölkerung geknüpfte Band immer fester zu machen und zu einem dauernden Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu gestalten. Somit ist die SED auch die Partei der werktätigen deutschen Bauern, in die alle wahrhaft demokratischen antifaschistischen deutschen Bauern hineingehören.

Nach 12 Jahren schwärzester Reaktion, während der Kunst und Wissenschaft in Deutschland der räuberischen Kriegspolitik Hitlers dienten, haben die Geistesarbeiter wieder die Möglichkeit erlangt, frei zu schaffen, niemandem verantwortlich als ihrem Gewissen. Aber diese Freiheit bedeutet nicht, daß sie sich nun von der Politik zurückziehen, um irgendwelche Hirngespinnste zu flechten. Der echte Künstler und der wahre Wissenschaftler werden immer die Nähe der Volksmassen suchen und verstehen, daß die Lebensfähigkeit und die Stärke der neuen Demokratie eine Existenzfrage für Wissenschaft und Kunst ist. (Lebhafte Zustimmung.) So gehört auch der Intellektuelle in die Front des schaffenden Volkes und seine politische

Heimstätte ist die Partei dieses Volkes, die Sozialistische Einheitspartei.

Der gewerbliche deutsche Mittelstand, der durch die Totalmobilisierung Hitlers so schwer gelitten hat, muß heute ein großes Stück der allgemeinen Aufbauarbeit leisten. Wo früher ein Großbetrieb lieferte, müssen heute vielfach hunderte kleiner Handwerker schaffen, um die Lücken auszufüllen. So kommt dem Mittelstande heute eine besondere Aufgabe zu, die er nur zu erfüllen vermag, wenn er fest mit den übrigen werktätigen Schichten verbunden ist. Diese enge Verbindung und die größte Unterstützung in seiner Arbeit findet der Mittelstand in der SED.

Ein Wort besonders über die Frauen! Sie spielen heute im politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes eine so hervorragende Rolle, daß sie gar nicht überschätzt werden kann. Keine der großen vor uns stehenden Aufgaben kann gelöst werden ohne die aktive Anteilnahme der Frauen. Das ist auch ziemlich allgemein anerkannt. Ebenso wird auch die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens anerkannt. Aber von dieser Anerkennung bis zur wirklichen Gleichberechtigung ist noch ein sehr weiter Weg. (Sehr richtig.) Die SED fordert die Neuordnung des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Sie wird ihren großen politischen Einfluß und ihre große organisatorische Kraft einsetzen, um diese Forderungen zu verwirklichen. Sie wird ihre erste Aufgabe darin sehen, gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Frauen gleiche Löhne für gleiche Arbeit zu erwirken. (Beifall.) Wir müssen unter den werktätigen Frauen eine besondere Werbetätigkeit entfalten. Alle aktiven antifaschistischen Frauen müssen Mitglieder unserer Einheitspartei werden. (Lebhaftes Bravo.) Wir müssen in der neuen Partei viel stärker als bisher Frauen mit verantwortlichen Funktionen betrauen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn wenn wir schon von der Gleichberechtigung der Frauen reden, dann müssen wir vor allem in der eigenen Par-

tei damit anfangen und hier die volle Gleichberechtigung verwirklichen. (Erneute lebhaftige Zustimmung.) Jedoch nicht nur in der Partei, sondern im ganzen öffentlichen Leben, in den Verwaltungen und in der Wirtschaft müssen wir die Frauen besonders fördern und zu verantwortlichen und führenden Funktionen vorschlagen. Dann werden wir große Erfolge damit erzielen.

Noch ernster und schwieriger ist das Problem der deutschen Jugend. Nachdem sie gläubig den Irrlehren der Nazis gefolgt war, erlebte sie mit dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes den Zusammenbruch des Weltbildes, das sie sich gezimert hatte. Nun sind viele unserer Mädel und Jungen verzweifelt und resignieren. Ihnen ein neues Ideal zu geben, für das es zu leben, zu arbeiten, zu kämpfen lohnt, das ist unsere erste Aufgabe für die Jugend. Dieses Ideal kann aber kein anderes sein als ein besseres, schöneres Deutschland, ein freies Deutschland, in dem nicht mehr der Mensch des Menschen Knecht ist, in dem Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Not beseitigt sind. Dieses Ideal wollen wir unserer Jugend geben. (Beifall.) Wir wollen, wie gestern der Genosse Verner in dem Bericht über die Jugendarbeit zum Ausdruck brachte, alle unsere Kraft dafür einsetzen, die Jugend, die große künftige Generation heranzuziehen, die siegreich zu Ende führen wird, was wir heute beginnen. Das muß eine der elementarsten Aufgaben aller unserer Organisationen in der SED sein. (Bravo.)

Die SED wird auch ein völlig neues Verhältnis zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften herstellen. In der Gewerkschaftsbewegung wurde die Spaltung ja schon im vorigen Jahre überwunden und sofort eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung geschaffen, d. h. innerhalb der sowjetischen Besatzungszone. Daneben bestanden aber immer noch zwei getrennte Arbeiterparteien. Wenn es auch dank der Aktionseinheit nicht zu Reibereien gekommen ist und auftauchende Streitfragen im Geiste freundschaft-

licher Übereinkunft gelöst wurden, so wird die Verschmelzung zur SED ohne Zweifel das Band zwischen der Partei und den Gewerkschaften noch fester knüpfen. Die einmütige Zustimmung, die die Vereinigung in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder fand, ist der beste Beweis dafür. Wenn heute so alte Gewerkschaftsführer wie Theodor Leipart die Verschmelzung begrüßen, so zeigt das, wie tief der Gedanke der Einheit die Gewerkschaftskreise bewegt. Die SED wird alles daran setzen, den Einfluß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu steigern und ihn in seinem Kampfe um die Interessen des werktätigen Volkes tatkräftig zu unterstützen.

Die SED wird die Partei des schaffenden deutschen Volkes sein. Sie ist eine durch und durch deutsche Partei, die unabhängig ist von äußeren Einflüssen und in Deutschland für die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes kämpft. Man hat gegen uns Kommunisten oft den Vorwurf erhoben, daß wir angeblich fremden Einflüssen nachgeben, weil wir stets für ein gutes, freundschaftliches Verhältnis des deutschen Volkes zu den anderen friedliebenden Völkern eingetreten sind. Aber ist es nicht offenkundig, daß gerade jene reaktionären Elemente fremden Einflüssen unterliegen, die in dieser schwersten Zeit unseres Volkes die nationale Zusammengehörigkeit aller Deutschen zerstören wollen? Wir haben gegen die volksverräterischen Elemente stets gekämpft und werden erbitterte Feinde aller separatistischen und föderalistischen Bestrebungen bleiben. (Zustimmung.) Wir sind eine unabhängige deutsche Partei und lassen uns in unserer Arbeit leiten einzig und allein von den Interessen des deutschen Volkes. (Lebhaftige Zustimmung.)

Die SED wird die größte unabhängige Partei sein, die je in Deutschland existiert hat. Sie wird einen ungeheuren politischen Einfluß haben. Daraus ergibt sich eine große Verantwortung für jedes Mitglied unserer Partei. Diese Verantwortung wird noch dadurch erhöht, daß die SED sich eindeutig auf den Standpunkt

der Erringung des Sozialismus stellt. Seitdem der Sozialismus eine Wissenschaft geworden ist, muß er auch, wie Engels einmal sagte, wie eine Wissenschaft behandelt werden, d. h. er muß gründlich studiert werden. Die SED wird also in viel größerem Maße, als es die alten Parteien taten, auf dem Gebiete der Theorie arbeiten müssen, um die sozialistische Wissenschaft auf die Höhe zu bringen, die ihr gebührt. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Zusammenhange kommt auch der Schulung der Parteimitglieder der SED eine große Bedeutung zu. Die SED wird hunderttausende Mitglieder haben, die unsere sozialistische Wissenschaft nicht einmal dem Namen nach kennen. Selbst bei den alten Mitgliedern der beiden Parteien sind in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur große Bildungslücken entstanden, die wir auch ausfüllen müssen. Auf diesem Gebiet haben wir eine große Arbeit vor uns; denn wir wollen nicht eine Masse blinder Mitläufer in der Partei haben, sondern bewußte Kämpfer, die wissen, warum sie in der Partei sind. (Stürmische Zustimmung.) Neben einer umfangreichen Bildungsarbeit kann diese Aufgabe nur gelöst werden durch die Herausgabe sozialistischer Literatur in Massenaufgaben, um den Parteimitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich durch das Selbststudium zu schulen.

Riesengroß sind also die Aufgaben, die wir auf diesem Gebiet zu erfüllen haben. Aber groß werden auch die Kräfte sein, die wir in der SED für die Lösung dieser Aufgaben bereitstellen können.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Organisationsstruktur der SED. Für den Marxisten ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die organisatorische Struktur der Partei von den politischen Aufgaben abhängt, die vor der Partei stehen. In den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, in der Periode der Sammlung der Kräfte war die Hauptarbeit der Partei auf die Mobilisierung der Massen in den Wahlkämpfen gerichtet. Damals entsprach die Wohnbezirksorganisation durchaus den Aufgaben der Partei. Die sozialdemokra-

tischen Organisationen entstanden als Wahlvereine, und diese sozialdemokratischen Vereine haben in jener Zeit eine große und verdienstvolle Arbeit geleistet.

Heute stehen aber andere, viel größere Aufgaben vor der SED. Heute gilt es, den werktätigen Massen und vor allem der Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu erkämpfen. Dazu ist es notwendig, daß die Partei besonders fest verwurzelt ist dort, wo die proletarischen Massen zusammengeballt sind und wo sie ihre gesellschaftstragende Rolle spielen, nämlich in den Betrieben. Darum müssen die Betriebsgruppen die entscheidenden Grundeinheiten der neuen Partei werden. In dem vorgelegten Entwurf des Statuts der SED werden daher auch die Betriebsgruppen neben den Wohnbezirksgruppen als die Grundeinheiten der Partei genannt. Das heißt, die im Betriebe stehenden Mitglieder der Partei werden dort zusammengefaßt und kassiert. Sie werden in der Betriebsgruppe auch ihre politischen Rechte und Pflichten ausüben. Wir sind davon überzeugt, daß gerade diese Organisationsstruktur den Aufgaben der Partei entspricht und ihr eine ungeheure Schlagkraft verleihen wird.

Nun sind gerade gegen diese Betriebsgruppen verschiedentlich Einwände erhoben worden; es wurde die Befürchtung laut, daß dann die in den Betriebsgruppen organisierten Parteimitglieder keinen Einfluß auf die kommunalpolitischen Entscheidungen in ihrem Wohnbezirk nehmen können. Das ist natürlich in keiner Weise beabsichtigt. Und das neue Statut der SED wird Vorkehrungen dafür treffen, daß die kommunalpolitischen Fragen eines bestimmten Wohngebietes von allen dort wohnenden Parteimitgliedern in demokratischer Weise gelöst werden. Das hebt aber die positive Tatsache nicht auf, daß die Betriebsgruppe die grundlegende Organisationseinheit der Partei sein wird.

Das Gesetz des gesamten innerpolitischen Lebens der Partei wird die Parteidemokratie sein. Die leitenden Instanzen der Partei von oben bis unten werden

von den Mitgliedern oder den von ihnen betrauten Delegierten gewählt. Die politische Grundlinie der Partei wird von den Mitgliedern diskutiert und dann in den übergeordneten Körperschaften, auf dem Parteitag von den gewählten Delegierten beschlossen. Aber uns ist die Parteidemokratie nicht nur eine Angelegenheit der Wahlen. Die Politik der Partei wird von den Massen der Parteimitglieder nicht nur bestimmt, sondern auch durchgeführt. Die Politik der Partei darf nicht die Angelegenheit einer kleinen Gruppe von Parteibeamten sein, sondern sie muß von der ganzen Masse der Parteimitglieder aktiv getragen werden. (Zustimmung.) Darin sehen wir die echte innerparteiliche Demokratie, daß die Mitglieder nicht nur beschließen, sondern auch durchführen.

Jede Demokratie hat aber die Disziplin zur notwendigen Ergänzung. Der demokratische Wille der Mehrheit kann nur dann verwirklicht werden, wenn deren Beschlüsse auch von der Minderheit loyal durchgeführt werden. Eine Organisation, in der Mehrheitsbeschlüsse von der Minderheit oder von einzelnen Querulanten sabotiert oder durchkreuzt werden, ist keine politische Kampfpartei. Ohne Disziplin kann es keine schlagkräftige Partei geben, und wir wollen doch -- das ist auch unsere Aufgabe -- die Reaktion und die Imperialisten schlagen. Aber diese Disziplin soll kein Kadavergehorsam sein. Wir brauchen in der Partei eine freiwillige Disziplin, die innerster Überzeugung entspringt. Die deutschen Arbeiter und Werktätigen haben erkannt, daß nur dann unser Volk einen Aufstieg erringen kann, daß nur dann der Sozialismus erkämpft werden kann, wenn der Einzelne seine Sonderinteressen und Meinungen dem allgemeinen Interesse unterordnet. (Sehr wahr.)

Genossinnen und Genossen! Jeder, der an unserem Parteitage teilnimmt, kann sich glücklich schätzen, diese historischen Tage unmittelbar miterleben zu dürfen. Wir haben schwere Zeiten durchgemacht. Wir haben die Kämpfe in der alten Sozialdemokratie mit-

gemacht, die schon damals die Partei lähmten. Wir haben dann die furchtbaren Tage im August 1914 erlebt, die für jeden von uns ein schmerzliches Erlebnis waren. Die alte Sozialdemokratische Partei brach auseinander und die Arbeiter, die noch kurz vorher unter der alten Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ gegen den Krieg demonstriert hatten, zerfleischten nun auf dem Schlachtfelde ihre Klassenbrüder. Wir erlebten die Tage des Sturzes Wilhelms II. und wurden dann Zeugen des verhängnisvollen Versagens der deutschen Arbeiterklasse. Wir haben die Kommunistische Partei aus der Taufe gehoben als die Partei des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg, und viele neue, junge Kämpfer traten an unsere Seite. Sie wuchsen in unserer Kommunistischen Partei auf, reiften unter der Obhut unseres Ernst Thälmann zu stahlharten politischen Kämpfern heran, die ihre geschichtliche Bewährungsprobe hundertfach bestanden haben.

Aber wir vermochten das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse nicht zu vollbringen, weil die Arbeiterbewegung in Deutschland gespalten und darum ohnmächtig war. Nicht die Arbeiterklasse errang den Sieg, sondern der Faschismus. In jenen furchtbaren Jahren reifte in uns die Erkenntnis heran, daß die Einheit der Arbeiterklasse die erste Voraussetzung für ihren Sieg ist. Wir haben jahre- und jahrzehntelang an dieser Einheit gearbeitet. Aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, aus den illegalen Gruppen im Landeströme uns die heiße Sehnsucht nach Einheit entgegen. (Sehr wahr.) Das beflügelte uns in unserem Kampfe um die Einheit.

Und nun, Genossen und Genossinnen, ist es soweit. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist eine politische Tatsache. Sie entsteht unter dem Wutgeheul der reaktionären Meute, die sich durch diese Einheit bedroht fühlt. Mögen sie heulen und toben, die Herren Monopolkapitalisten und Reaktionäre, wir werden ihnen noch viel mehr Anlaß dazu geben. (Stürmische Zustimmung.)

Die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erregt Hoffnung und freudige Zuversicht in den breiten Massen des schaffenden Volkes. Endlich ist der Bruderzwist für immer begraben. Endlich werden wir in einer Partei vereinigt sein und gemeinsam kämpfen. Endlich werden wir die starke und mächtige Organisation haben, die unsere Kräfte zum Neuaufbau, zum Kampf um den Sozialismus vereint.

Die Sozialistische Einheitspartei ist die Hoffnung unseres Volkes auf eine bessere Zukunft.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Es lebe die antifaschistische demokratische deutsche Republik!

Es lebe der Sozialismus!

(Jubelnder Beifall. — Die Delegierten erheben sich und singen begeistert die Internationale.)

Vorsitzender Pieck: Jetzt wird Genosse Ackermann den Bericht der Redaktionskommission geben über die Grundsätze und Ziele der SED.

a) Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Bericht der Redaktionskommission

Berichterstatter Ackermann (lebhaft begrüßt): Genossinnen und Genossen! Der Bericht der Redaktionskommission kann kurz sein, da nur ein wesentlicher Abänderungsvorschlag zu den Grundsätzen und Zielen der SED vorlag. Der Entwurf ist von allen Parteiorganisationen der SPD und KPD, die hier vertreten sind, einstimmig gebilligt worden. Im Teil II, der den Kampf um den Sozialismus behandelt, ist eine Formulierung enthalten, die den Massen unverständlich ist und von böswilligen Gegnern ausgenutzt werden könnte, Verwirrung zu stiften. Es heißt dort:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln

in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Für den geschulten Marxisten ist es klar, daß die hier geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf keinen Fall eine *Enteignung* der schaffenden Bauern und der Gewerbetreibenden bedeutet. Aber von unseren Gegnern ist wiederholt der Versuch gemacht worden, die Schichten der kleinen und mittleren Besitzer mißtrauisch zu machen und ihnen einzureden: Seht, die Sozialistische Einheitspartei fordert eure Enteignung! Aus diesen Erwägungen hat die Redaktionskommission beschlossen, den Anträgen einiger Bezirksparteitage zuzustimmen und dem oben zitierten Satz folgende Fassung zu geben:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Falls unser Parteitag diese Änderung beschließen sollte, würden wir dann einen entsprechenden Antrag an unsere Freunde von der Sozialdemokratischen Partei richten und gemeinsam zu entscheiden haben, ob nicht besser diese neue Fassung in die Erklärung über die Grundsätze und Ziele der SED aufgenommen wird.

Das ist alles, was über die Arbeit der Redaktionskommission zu berichten ist. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Den Bericht für die Statutenkommission gibt der Genosse Dahlem.

b) Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Bericht der Statutenkommission

Dahlem: Ich bitte die Delegierten, den Entwurf der Statuten zur Hand zu nehmen. Die Statutenkom-

mission schlägt eine Reihe von Änderungen vor, die zustandegekommen sind in Diskussionen und durch Vereinbarungen im zentralen Organisationsausschuß der beiden Parteien.

§ 2

Zu § 2, wo es jetzt in Absatz 1 heißt:

Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken

soll hinzugefügt werden:

und aktiv in der Partei zu arbeiten. (Beifall.)

§ 3

Bei § 3, in dem davon die Rede ist, welche Mitgliedschaft in der Vergangenheit anzurechnen sei, wird vorgeschlagen, hinzuzufügen:

bei der Sozialistischen Arbeiterpartei, bei der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, bei der Kommunistischen Jugend und bei dem Sozialistischen Jugendverband.

§ 5

Zu § 5 wird vorgeschlagen, einen neuen Absatz einzufügen, der folgendermaßen lauten soll:

Der Ausschlußantrag kann nur von einem Parteimitglied oder von einer Parteikörperschaft beantragt werden. Der Antrag muß schriftlich unter Angabe der Beweismittel begründet werden und ist an den Vorstand der für den Beschuldigten zuständigen Ortsgruppe zu richten. Der Ortsgruppenvorstand gibt den Antrag mit dem Ergebnis der Prüfung an den Kreisvorstand weiter.

§ 9

§ 9, der entscheidende Paragraph, der zu den meisten Diskussionen Anlaß gegeben hat, erhält nun folgende Fassung:

1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.
2. In Betrieben, in denen mindestens 5 Parteimitglieder tätig sind, wird eine Betriebsgruppe er-

richtet. Parteimitglieder, die in einem solchen Betriebe tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen, wenn der Ortsgruppenvorstand oder die übergeordnete Parteikörperschaft als besondere Arbeit im Wohnbezirk so beschließt.

3. Die von einer Betriebsgruppe nicht erfaßten Arbeiter, Angestellten, Angehörigen freier Berufe, selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirte, Arbeitslosen, Berufslosen, Hausfrauen usw. werden in Wohnbezirksgruppen erfaßt.
4. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung der Parteiarbeit.
5. Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Sie kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.
6. Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut.

Der § 9 ist auch in der Statutenkommission der Sozialdemokratischen Partei in dieser Fassung angenommen worden. Wir schlagen vor, ihn ebenfalls in dieser Fassung anzunehmen.

§ 10

Bei § 10 wird vorgeschlagen, den ersten Absatz folgendermaßen zu formulieren:

Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe ist die unterste Einheit, die kommunalpolitische Entscheidungen trifft.

Damit ist auch eine Lösung zu den Diskussionen über die Rolle aller in einem Wohngebiet wohnenden Mitglieder bei Kommunalwahlen und kommunalpolitischen Entscheidungen getroffen worden.

Es wird weiter vorgeschlagen, noch folgende Absätze einzufügen:

2. Die Mitglieder mehrerer benachbarter Gemeinden können zu einer Ortsgruppe vereinigt werden.
3. Mitglieder in Gemeinden, für die eine Ortsgruppe nicht besteht, gelten als Einzelmitglieder. Sie können der Ortsgruppe einer Nachbargemeinde zugewiesen werden. Ist das nicht angängig, so werden sie bei dem Sekretariat der höheren Gliederung geführt, die gebietsmäßig zuständig ist.
4. Reicht die Zahl der Mitglieder in einem Orte zur Bildung einer Ortsgruppe nicht aus und sind die Absätze 2 und 3 nicht anwendbar, so bilden sie einen Stützpunkt. Sie wählen sich einen Stützpunktleiter. Dieser übernimmt die Aufgaben des Ortsgruppenvorstandes.
5. Die Ortsgruppen können nach den örtlichen Verhältnissen aufgegliedert werden.

Weiter wird noch ein neuer Absatz vorgeschlagen:

6. Dem Ortsgruppenvorstand muß mindestens eine Frau angehören.

Und schließlich soll noch ein Absatz 7 eingefügt werden:

7. Sekretäre werden nach Bedarf im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand angestellt.

Früher hieß es: mit Zustimmung, jetzt heißt es: im Einvernehmen.

§ 11

In § 11 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

2. In räumlich ausgedehnten Kreisen können mehrere Ortsgruppen durch Arbeitsgebietsleitungen als Hilfsorgane der Kreisleitung zusammengefaßt werden.

Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3. Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und lautet:

4. Die Geschäfte des Kreises werden nach den Beschlüssen des Kreisvorstandes von einem Sekre-

tariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus 6 bis 8 Mitgliedern einschließlich der beiden Vorsitzenden. Dem Sekretariat muß mindestens eine Frau angehören.

Absatz 6 erhält folgende Formulierung:

6. Die Mitglieder des Sekretariats mit Ausnahme der Vorsitzenden werden vom Kreisvorstand aus seiner Mitte gewählt.

Diese Formulierungen werden deswegen vorgeschlagen, weil die Vorsitzenden direkt von den Delegiertenkonferenzen oder Ortsgruppenmitgliederversammlungen gewählt werden sollen. Die einzelnen Sekretariatsmitglieder, die ja im Laufe eines Jahres wechseln können, können dann jeweils von der betreffenden Körperschaft neu gewählt werden.

Der Absatz 7 wird jetzt folgendermaßen formuliert:

7. Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand.

(Zuruf: Müssen die Kreissekretäre dem Kreisvorstand angehören?) Das ist nicht absolut nötig.

§ 15

§ 15 erhält folgende erweiterte Fassung:

Die Bezirke in einem Lande oder einer Provinz oder die Kreise in einem Lande oder einer Provinz ohne Bezirksaufgliederung

— es gibt Provinzverbände, die keine Bezirkseinteilung haben —

und die Kreise in der Stadt Berlin werden zu einem Landes- bzw. Provinzialverbande zusammengeschlossen.

§ 19

Zu § 19, der von der Zahl der Mitglieder des Zentralsekretariats handelt, schlagen wir vor, die Zahl von 12 Mitgliedern auf 14 zu erhöhen. Es hat sich in den ge-

meinsamen Aussprachen erwiesen, daß zur Leistung der umfangreichen Arbeit diese Anzahl die zweckmäßigere ist.

§ 20

§ 20 erhält folgende erweiterte Formulierung:

Auf Tagungen, die durch Delegierte gebildet werden, sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Die Mitglieder der einberufenden Körperschaft, die Revisoren, die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Vorsitzende der Pressekommission nehmen mit beratender Stimme teil.

Wenn also die Mitglieder einer Parteileitung in Zukunft auf den Delegiertenkonferenzen Stimmrecht haben wollen, dann müssen sie durch ihre Arbeit in den unteren Einheiten dafür sorgen, daß sie gewählt werden. (Sehr gut.)

§ 20 erhält weiter folgenden neuen Absatz:

Die Aufstellung von Kandidaturen zu einem Stadt-, Kreis-, Provinzial- oder Reichsparlament erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand der übergeordneten Gliederung.

§ 21

§ 21 betrifft die zusätzlichen Extrabeiträge für die Partei. Der Absatz 3 hatte bisher folgende Fassung:

Mitglieder mit höherem Einkommen sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.

Diese Formulierung wird jetzt ergänzt durch den Zusatz:

mit einem Einkommen von mehr als 300 RM.

§ 22

§ 22 bringt folgende Änderungen: Im alten Statut war festgelegt, daß die Ortsgruppen direkt mit der Bezirkskasse abrechnen. Wir haben im Organisationsausschuß miteinander vereinbart, daß der Kreis für die Kassierung die wichtigste Einheit im Parteaufbau sein soll. Der Absatz 3 wird also lauten:

Das Landes- bzw. Provinzialstatut bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an den Kreis abzuführen haben. Es bestimmt ferner, welchen Anteil an den Einnahmen die Kreise an den Landes- bzw. Provinzialverband abzuführen haben und welchen Anteil an der Beitragseinnahme der Landes- bzw. Provinzialverband den Bezirken zur Verfügung stellen.

Absatz 5 lautet dementsprechend dann:

Die Ortsgruppen und die Kreise führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeträgen aus. Die Zahlungen erfolgen an die Kasse des Kreises.

§ 23

Bei § 23 handelt es sich um den Namen des Zentralorgans der Partei. Im Organisationsausschuß waren wir alle der Auffassung, daß der beste Zeitungsname wäre: „Deutsche Volkszeitung“. Um aber auch hier zu demonstrieren, daß es sich bei dem Zentralorgan der SED um etwas Neues handelt, schlägt der Organisationsausschuß vor, das Zentralorgan in Zukunft „Neues Deutschland“ zu nennen.

§ 25

§ 25, der als letzter Paragraph hinzugefügt wird, bekommt folgende Fassung:

Aufbau, Aufgaben, Tätigkeit und Finanzen der Gliederungen werden durch besondere Statuten der Kreise und der Landes- bzw. Provinzialverbände geregelt.

Das ist für uns in der KPD etwas Neues, war aber bisher alte Tradition in der Sozialdemokratischen Partei, wo es sogar noch Ortsstatuten gab. Wir haben vereinbart, daß im Rahmen und entsprechend der Linie des Gesamtstatuts auf Grund der vom Parteivorstand herausgegebenen Musterstatuten, nur in den Kreisen und Ländern bzw. Provinzen solche Statuten ausgearbeitet und herausgegeben werden sollen.

c) Die Vereinigung
der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands und der Kommunistischen Partei
Deutschlands zur Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands

Vorsitzender Pieck: Dann haben wir noch den Punkt c unter Nr. 4 der Tagesordnung. Dazu liegt folgender Antrag vor:

„Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands tritt mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admirals-Palast in Berlin zu einem gemeinsamen Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse, bestehend aus Mitgliedern beider Parteien zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und größter Beschleunigung durchzuführen.

Sobald in den Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Kommunistische Partei aufgehört zu existieren.“

Also die beiden Berichte und dieser Beschluß stehen zur Entscheidung durch den Parteitag. Ich glaube, Genossen, daß es nicht notwendig ist, daß wir noch eine breite Diskussion führen (lebhaft Zustimmung), daß wir aber, wenn entgegen den Vorschlägen der beiden Kommissionen und dieses Antrags, den ich eben verlesen habe, Abänderungsvorschläge gemacht werden,

dazu die Möglichkeit geben. Sind Sie damit einverstanden oder soll eine Diskussion sein? (Rufe: Keine Diskussion.) Dann setze ich das Einverständnis des Parteitages voraus, daß sich die Wortmeldungen auf Einbringung von Abänderungsvorschlägen beziehen.

Als erster hat das Wort der Genosse Baumgarten (Hannover). (Zuruf: Verzichte!) Dann Genosse Wandel.

Wandel: Ich bin in einem Punkt mit dem Vorschlag der Statutenkommission nicht einverstanden. Ich bin der Meinung, daß wir bei aller Anerkennung der großen Verdienste des Jugendverbandes die Mitgliedschaft im Jugendverband nicht gleichsetzen können mit der Mitgliedschaft in der Partei. Ich spreche nicht in eigener Sache, denn ich verliere selbst dadurch 5 Jahre Mitgliedschaft, und ich weiß, daß diese Zeit im Jugendverband mit zu den heroischsten Zeiten gehört, die ich miterlebt habe. Aber es wäre nicht richtig, eine solche Gleichsetzung vorzunehmen. Daher bitte ich, diesen Punkt abzuändern.

Vorsitzender Pieck: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann wird zu dem einzigen Abänderungsvorschlag der Genosse Dahlem noch das Wort nehmen.

Dahlem: Der Einwand ist richtig. (Rufe: Wieso? Warum?) Die Nichtgleichsetzung von Zugehörigkeit zu Partei und Jugendverband entspricht der Praxis, wie sie bisher in unseren Mitgliedsbüchern zum Ausdruck kam, sowohl bei SPD wie KPD. Partei und Jugend sind zwei verschiedene Organisationen. Ich schlage deswegen vor, daß die Parteimitgliedschaft angerechnet wird, außer bei der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wie der Entwurf besagt, bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, und daß wir den nächsten Satz folgendermaßen formulieren:

Die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband, zur Kommunistischen Jugend und zur Sozialistischen Arbeiter-Jugend werden im Mitgliedsbuch eingetragen. (Zustimmung.)

Vorsitzender Pieck: Gibt es noch andere Abänderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung schreiten.

Beschlußfassung

Wir stimmen zunächst ab über den Vorschlag der Redaktionskommission, den Genosse Ackermann vorgelegt hat. Hier war die einzige Änderung die, daß auf Seite 10 der dritte Absatz beginnen soll mit den Worten:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsvorschlag. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Gesamtheit der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei einschließlich der soeben beschlossenen Abänderung. Wer für diesen Gesamtvorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Damit sind diese Grundsätze und Ziele einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über das Statut. Dazu sind von der Statutenkommission eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht. Ich darf wohl insgesamt über das Statut einschließlich der vorgeschlagenen Abänderungen abstimmen. Oder wird Einzelabstimmung gewünscht? (Rufe: GesamtAbstimmung!) Wir stimmen also insgesamt ab. Wer für das vorgeschlagene Parteistatut einschließlich der vom Genossen Dahlem im Namen der Statutenkommission vorge-

schlagenen Änderungen ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle auch hier einstimmige Annahme fest.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den von mir verlesenen Beschluß über die Vereinigung. Ich darf den Antrag noch einmal verlesen. (Der Antrag wird noch einmal verlesen, Text Seite 230.) Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Beschluß ist einstimmig gefaßt. (Großer Beifall.)

Wir kommen nun noch zu dem *Bericht der Wahlkommission*. Dazu hat das Wort der Genosse Matern.

5. WAHL DES PARTEIVORSTANDES

Hermann Matern: Genossinnen und Genossen! Unser Parteitag hat anteilig in den Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 40 Mitglieder zu wählen. Wir haben mit den Delegationsführern über die Vorbereitung der Wahlliste gesprochen. Gestern wurde über die Vorschläge eine Verständigung erzielt und ein Stimmzettel vorbereitet, der heute morgen allen Delegierten zur Abstimmung gegen Abstempelung ihrer Delegiertenkarte ausgehändigt wurde.

Auf dem Stimmzettel konnte jeder Delegierte die vorgeschlagenen Kandidaten akzeptieren oder streichen oder Zusätze machen, wie er es für richtig hielt. In der Wahl des Anteils an dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei ist unser Parteitag souverän.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission waren auf unserem Parteitag 504 stimmberechtigte Delegierte. An der Wahl des anteiligen Parteivorstandes haben sich 492 Delegierte beteiligt. Gültige Stimmzettel wurden abgegeben 490, ungültige 2. Die vorgeschlagene Liste wurde im wesentlichen von den

Delegierten in der Einzelwahl gewählt, also 490 Stimmen haben fast alle der gewählten Genossen erhalten. Einige Delegierte haben Namen gestrichen und neue hinzugesetzt. Es haben erhalten: Der Genosse Koenen 489 Stimmen, der Genosse Dahlem 489, der Genosse Reimann 489, Kurt Müller 489, Lohagen 487, Zilles 486, Waschow 3, Fritz Große 3, Robert Lehmann 1 Stimme.

Insgesamt haben 490 gültige Stimmen erhalten und sind damit gewählt für unsern Anteil zum Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Hermann Matern, Paul Merker, Hans Jendretzky, Johannes R. Becher, Hans Mahle, Paul Wandel, Elli Schmidt, Martha Arendsee, Maria Rentmeister, Hanna Meltzer (Ruhrgebiet), Olga Körner (Sachsen), Waldemar Schmidt (Groß-Berlin), Willi Sägebrecht (Brandenburg), Paul Rech (Brandenburg), Kurt Bürger (Mecklenburg), Hans Warnke (Mecklenburg), Werner Eggerath (Thüringen), Georg Letz (Thüringen), Bernhard Koenen (Provinz Sachsen), Walter Biering (Provinz Sachsen), Wilhelm Koenen (Land Sachsen), Ernst Lohagen (Leipzig), Gustav Gundelach (Hamburg), Heinrich Schramm (Bremen), Max Reimann (Ruhrgebiet), Hugo Paul (Düsseldorf), Hermann Zilles (Köln), Kurt Müller (Hannover), Walter Fischer (Frankfurt a. M.), Willi Böple (Mannheim), Albert Buchmann (Stuttgart), Fritz Sperling (München), Fritz Nickolay (Saargebiet), Prof. Dr. Rompe, Erich Honnecker (Jugend), Heinz Keßler (Jugend).

Damit hat der Parteitag seine Pflicht erfüllt und seinen Anteil an dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei gewählt. (Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Außer dem so gewählten paritätischen Anteil an der Zusammensetzung des gesamten Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei haben wir noch die Verpflichtung, unseren paritätischen Anteil an der im Statut vorgesehenen

Revisionskommission

zu wählen, deren Bestand auf 6 Mitglieder gemeinsam vereinbart wurde. Wir haben also drei Mitglieder dazu zu wählen. Ich glaube nicht, daß es eine Verletzung der Demokratie sein wird, wenn wir die drei Genossen per Akklamation wählen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? (Wird verneint.) Wir schlagen folgende Genossen dafür vor: Arthur Wyschka, Grete Keilson, Josef Miller. — Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Genossen, die Karte zur Hand zu nehmen. Wir stimmen ab über die drei Genossen als Anteil an der gemeinsamen Revisionskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Das ist einstimmig angenommen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß heute Abend um 17.30 Uhr im Admiralspalast, in dem Gebäude der Staatsoper, das große Musikwerk Ludwig van Beethovens, die IX. Symphonie, aufgeführt wird. Ich bitte die Genossen, bereits um 17 Uhr oder wenigstens so frühzeitig da zu sein, daß pünktlich um 17.30 Uhr begonnen werden kann. Nach 17.30 Uhr wird niemand mehr in den Saal gelassen.

Morgen früh werden im Admiralspalast die beiden Parteitage zu dem Vereinigungsparteitag zusammenzutreten. Die Tagung beginnt um 10 Uhr. Ich bitte auch hier die Genossen, sich so einzurichten, daß wir um 10 Uhr beginnen können.

Parteiabzeichen und Parteifahne

Dann noch eine Information: Es ist das natürliche Bedürfnis, daß die neue Partei sich irgendein Abzeichen schafft. Eine solche Absicht hat auch vorgelegen, und es waren Vorbereitungen dazu getroffen. Aber nach den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates ist es verboten, derartige Abzeichen zu tragen, so daß wir davon Abstand nehmen müssen. Es handelt sich um ein generelles Verbot, das natürlich den Zweck hat, zu verhin-

dern, daß die alten faschistischen Abzeichen wieder auftauchen. Wir werden aber leider davon auch betroffen. Sie werden sagen: Vielleicht macht man der Einheitspartei gegenüber eine Ausnahme. Aber dazu sind Verhandlungen notwendig, so daß wir leider nicht, wie es vorgesehen war, heute schon die neuen Abzeichen ausgeben konnten.

Wir haben eine Vereinbarung über das Abzeichen der Partei getroffen, daß in seiner Fahne zum Ausdruck kommt. Die Parteifahne wird eine rote Fahne sein, die in der Mitte die beiden zum Einheitsgruß verschlungenen Hände in einem goldenen Kreis tragen wird. Die Farbe der Hände wird auch in Gold gehalten sein. Über den Kreis werden im flachen Bogen die Worte „Sozialistische Einheitspartei“ und unter dem Kreis in gerader Linie „Deutschlands“ stehen. Darüber wird in der Presse eine Zeichnung erscheinen, damit die Fahnen der Partei möglichst einheitlich sind.

Zur Frage der Abkürzung des Parteinamens sind wir uns in beiden Körperschaften darüber schlüssig geworden, daß die Abkürzung für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich auf die Anfangsbuchstaben stützt:

SED

und nicht, wie das vielfach schon eingeführt worden ist: SEPD. SED ist also die offizielle Abkürzung unseres Parteinamens. Ich bitte die Genossen, das auch in den Bezirken publik zu machen.

Damit sind alle Mitteilungen erschöpft, und wir sind am Schlusse unserer Arbeit angelangt.

Schlußansprache von Wilhelm Pieck

Genossen! Wenn unsere Tagung auch kurz war, so sind die Beratungen und die Beschlüsse doch von großer, weittragender Bedeutung, und wir sind uns alle des Ernstes der Stunde bewußt, weil wir uns der Aufgaben bewußt sind, die vor uns stehen.

Es ist zwar der Hitlerfaschismus, der Gewaltapparat von den Waffen der Alliierten Mächte zerschlagen, aber damit ist noch keineswegs die wichtigste Aufgabe erfüllt, daß die reaktionären Kräfte in ihrem Bestand zerschlagen und ausgerottet sind und daß an ihre Stelle der neue Geist der Demokratie, der Freiheit und des Friedens des deutschen Volkes tritt. Das ist die große Aufgabe, die zu beginnen und durchzuführen wir verpflichtet sind.

Unsere Sozialistische Einheitspartei wird uns darin eine große Waffe sein. Aber ohne die Mitwirkung jedes Einzelnen, ob alt oder jung, wird diese Aufgabe nicht gelöst werden, und darum unser Appell, sich bei unserem Beschluß des Aufgehens der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Sozialistische Einheitspartei immer der großen Verpflichtung bewußt zu sein, diese großen Aufgaben, die wir in den Grundsätzen und Zielen niedergelegt haben, bis zu Ende durchzuführen. (Bravol).

Genossen! Mit diesem Appell bitte ich Euch an die Arbeit zu gehen. Wir wollen das auf dem heutigen Parteitag in dem Gelöbnis zum Ausdruck bringen, daß wir den Toten unserer Partei schuldig sind: die Einheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen, um ihren Sieg, den Sozialismus herbeizuführen. Wir bringen unser Gelöbnis zum Ausdruck in dem gemeinsamen Gesang des Kampfliedes, das uns in diesen Wochen und Monaten der Vereinigung immer wieder begleitet hat: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

(Die Teilnehmer haben sich erhoben und singen gemeinsam das Kampflied: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“)

Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei, der ihr letzter ist, wird hiermit geschlossen. (Lange anhaltender Beifall.)

Schluß der Verhandlungen 12,45 Uhr.

BESCHLÜSSE DES PARTEITAGES

Zum Bericht des Zentralkomitees

Der 15. Parteitag hat den Bericht des Zentralkomitees über die Tätigkeit der Parteiorganisation seit der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 entgegengenommen.

Der Parteitag stellt fest, daß wichtige Teile des Aktionsprogramms, das im Aufruf vom 11. Juni 1945 veröffentlicht wurde, verwirklicht wurden.

Insbesondere hebt der Parteitag hervor, daß die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten, die schon in der Illegalität begann, sich zur festen Arbeitsgemeinschaft der beiden Arbeiterparteien entwickelt hat. Dadurch wurde ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Mitgliedern beider Parteien und die Voraussetzung der Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen.

Der Parteitag begrüßt die Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien und deren Festigung in den letzten Monaten. Diese Einheitsfront ermöglichte die geschlossene Durchführung der großen historischen Aufgabe der demokratischen Bodenreform. Diese Einheitsfront wird dazu beitragen, die friedliche Arbeit unseres Volkes und die Einheit Deutschlands zu sichern.

Der Parteitag bestätigt den Bericht des Zentralkomitees.

GRUNDSÄTZE UND ZIELE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

*Niemals wieder darf die Reaktion
zur Herrschaft gelangen!*

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

*Die Arbeiterklasse allein
hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus*

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung *aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher*. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der *kapitalistischen Monopole*, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des *reaktionären Militarismus*, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.
4. Ausbau der *Selbstverwaltung* auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die *Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung*. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. *Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung* auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige

Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk, unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute.

Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. *Demokratische Steuerreform.* Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reichen sollen die größeren Kriegslasten tragen.
8. *Sicherung der demokratischen Volksrechte.* Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.
9. Sicherung des *Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes.* Anerkennung der *Betriebsräte* als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. *Achtstundentag* als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.
11. Demokratische Reform des gesamten *Bildungs- und Erziehungswesens.* Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.
12. Herstellung der *Einheit Deutschlands* als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
13. Anerkennung der Pflicht zur *Wiedergutmachung* der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster *Kampf gegen Rassenhetze* und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie

der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokrati-

schen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur

Partei des schaffenden Volkes

wird. Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in *ihrem* Lande für die wahren nationalen Interessen *ihres* Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die *wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands* eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

PARTEISTATUT DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS (SED)

§ 1

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die Partei erfüllt ihre Aufgaben auf Grund der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Beschlüsse des Parteitages und dieses Statuts.

Mitgliedschaft

§ 2

- (1) Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Ortsgruppenvorstand.
- (3) Wird die Aufnahme abgelehnt, so ist die Beschwerde an den Kreisvorstand zulässig. Sie muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides eingelegt werden.
- (4) Erhebt eine andere Parteikörperschaft gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kreisvorstand darüber. Gegen dessen Entscheidung kann die beteiligte Parteikörperschaft Beschwerde an den Landes- (Provinzial-) Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

§ 3

Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliedszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angerechnet. Die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband, zum Kommunistischen Jugendverband und zur Sozialistischen Arbeiterjugend wird im Mitgliedsbuch eingetragen.

§ 4

- (1) Die Mitgliedschaft endet
 - a) durch Austritt,
 - b) durch Ausschluß,
 - c) durch Tod.
- (2) Wer aus der Partei ausscheidet, verliert für sich und seine Rechtsnachfolger jeden Anspruch an das Parteivermögen.

§ 5

- (1) Der Ausschluß aus der Partei erfolgt, wenn das Mitglied gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei gröblich verstößt, oder wenn es ehrlos handelt, oder wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei die Partei schädigt.
- (2) Der Ausschlußantrag kann nur von einem Parteimitglied oder von einer Parteikörperschaft beantragt werden. Der Antrag muß schriftlich, unter Angabe der Beweismittel, begründet werden und ist an den Vorstand der für den Beschuldigten zuständigen Ortsgruppe (§ 10) zu richten. Der Ortsgruppenvorstand gibt den Antrag mit dem Ergebnis seiner Prüfung an den Kreisvorstand (§ 11) weiter.

- (3) Über die Beschwerde entscheidet das Parteischiedsgericht des Landes- (Provinzial-) Verbandes.
- (4) Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann der Ausgeschlossene oder der beteiligte Ortsgruppen- oder Kreisvorstand die Entscheidung des Parteitagcs anrufen. Dies muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des Schiedsgerichts bei dem Zentralsekretariat des Parteivorstandes geschehen.

§ 6

Die zur Entscheidung berufenen Instanzen sind berechtigt, statt auf Ausschluß aus der Partei auf zeitweise Ausschließung von Ämtern oder auf die Erteilung eines Verweises oder einer Rüge zu erkennen.

§ 7

Die Mitgliedschaft wird gestrichen, wenn das Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt. Stundung der Beiträge ist zulässig.

Gliederung der Partei

§ 8

Die Partei gliedert sich in

- a) Betriebsgruppen und Wohnbezirksgruppen,
- b) Ortsgruppen,
- c) Kreise,
- d) Bezirke,
- e) Landes- (Provinzial-) Verbände.

Betriebs- und Wohnbezirksgruppen

§ 9

- (1) Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.
- (2) In Betrieben, in denen mindestens fünf Parteimitglieder tätig sind, wird eine Betriebsgruppe er-

richtet. Parteimitglieder, die in einem solchen Betriebe tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen, wenn der Ortsgruppenvorstand oder die übergeordnete Parteikörperschaft eine solche besondere Arbeit im Wohnbezirk beschließt.

- (3) Die von einer Betriebsgruppe nicht erfaßten Arbeiter, Angestellten, Angehörigen freier Berufe, selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirte, Arbeitslosen, Berufslosen, Hausfrauen usw. werden in Wohnbezirksgruppen erfaßt.
- (4) Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit.
- (5) Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Sie kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.
- (6) Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut (§ 25).

Ortsgruppen

§ 10

- (1) Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe ist die unterste Einheit, die kommunalpolitische Entscheidungen trifft.
- (2) Die Mitglieder mehrerer benachbarter Gemeinden können zu einer Ortsgruppe vereinigt werden.
- (3) Mitglieder in Gemeinden, für die eine Ortsgruppe nicht besteht, gelten als Einzelmitglieder. Sie können der Ortsgruppe einer Nachbargemeinde zugewiesen werden. Ist das nicht angängig, so werden sie bei dem Sekretariat der höheren Gliederung geführt, die gebietsmäßig zuständig ist.

- (4) Reicht die Zahl der Mitglieder in einem Orte zur Bildung einer Ortsgruppe nicht aus und sind die Absätze 2 und 3 nicht anwendbar, so bilden sie einen Stützpunkt. Sie wählen sich einen Stützpunktleiter. Dieser übernimmt die Aufgaben des Ortsgruppenvorstandes.
- (5) Die Ortsgruppen können nach den örtlichen Verhältnissen aufgegliedert werden.
- (6) Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Der Ortsgruppenvorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Ortsgruppenvorstand muß mindestens eine Frau angehören.
- (7) Sekretäre werden nach Bedarf im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand (§ 11) angestellt.

Kreise

§ 11

- (1) Die Ortsgruppen in einem Landkreise werden zu einem Kreis zusammengeschlossen. In Stadtkreisen werden die Stadtbezirke zu einem Kreis zusammengeschlossen. Kreisfreie Städte gehören zu dem angrenzenden Kreise.
- (2) In räumlich ausgedehnten Kreisen können mehrere Ortsgruppen durch Arbeitsgebietsleitungen als Hilfsorgane der Kreisleitung zusammengefaßt werden.
- (3) Der Kreis wird von einem Kreisvorstand geleitet. Der Kreisvorstand besteht aus zwanzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Kreisvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.
- (4) Die Geschäfte des Kreises werden nach den Beschlüssen des Kreisvorstandes von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel

aus sechs bis acht Mitgliedern, einschließlich der beiden Vorsitzenden. Dem Sekretariat muß mindestens eine Frau angehören.

- (5) Die Kreisdelegiertenkonferenz wählt die Mitglieder des Kreisvorstandes.
- (6) Die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Kreisvorstand aus seiner Mitte gewählt.
- (7) Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand.

§ 12

- (1) Kreisdelegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, statt. Zu der Kreisdelegiertenkonferenz entsendet jede Ortsgruppe (jeder Stadtteil) Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung. Sie wird vom Kreisvorstand mit Zustimmung des Bezirksvorstandes erlassen.
- (2) Die Delegierten werden von den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen (Stadtbezirke) gewählt. Die Kreisdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einberufen werden.
- (3) Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Kreisvorstandes, die Anträge der Ortsgruppen und der Delegierten.
- (4) Auf Verlangen des Bezirksvorstandes sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- (5) Der Kreisvorstand erstattet der Kreisdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Bezirke

§ 13

- (1) Mehrere Kreise in einem Lande oder einer Provinz werden zu einem Bezirk zusammengeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar dem Landes- (Provinzial-) Verband angeschlossen sind.
- (2) Der Bezirk wird von einem Bezirksvorstand geleitet. Er besteht aus dreißig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Bezirksvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.
- (3) Die Geschäfte des Bezirks werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus acht Mitgliedern, darunter mindestens zwei Frauen.
- (4) Der Bezirksvorstand wird von der Kreisdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats vom Bezirksvorstand aus seiner Mitte gewählt.
- (5) Die Anstellung der Bezirkssekretäre erfolgt durch den Bezirksvorstand mit Zustimmung des Landes- (Provinzial-) Vorstandes.
- (6) Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Kreisdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

§ 14

- (1) Bezirksdelegiertenkonferenzen finden mindestens einmal jährlich statt. Zu dieser Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung. Sie wird von dem Bezirksvorstand mit Zustimmung des Landes- (Provinzial-) Vorstandes erlassen.
- (2) Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.
- (3) Die Bezirksdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist

von einem Monat durch den Bezirksvorstand einberufen werden.

- (4) Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Bezirksvorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise und der Delegierten.
- (5) Auf Verlangen des Landes- (Provinzial-) Sekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- (6) Der Bezirksvorstand erstattet der Bezirksdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Landes- (Provinzial-) Verbände

§ 15

- (1) Die Bezirke in einem Lande oder einer Provinz oder die Kreise in einem Lande oder einer Provinz ohne Bezirksaufgliederung und die Kreise in der Stadt Berlin werden zu einem Landes- bzw. Provinzialverbände zusammengeschlossen.
- (2) Der Landes- (Provinzial-) Verband wird von einem Landes- (Provinzial-) Vorstand geleitet. Er besteht aus mindestens vierzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Landes- (Provinzial-) Vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.
- (3) Die Geschäfte des Landes- (Provinzial-) Vorstandes werden vom Landes- (Provinzial-) Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus zehn bis zwölf Mitgliedern, darunter mindestens drei Frauen. Der Landes- (Provinzial-) Vorstand wird von der Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats

werden von dem Landes- (Provinzial-) Vorstand aus seiner Mitte gewählt. Die Anstellung von Landessekretären erfolgt durch den Landes- (Provinzial-) Vorstand im Einvernehmen mit dem Parteivorstand.

- (4) Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz eine Revisionskommission.
- (5) Sie wählt ferner das Schiedsgericht. Es besteht aus fünf Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender.

§ 16

- (1) Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, mindestens einmal jährlich, statt. Zu der Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung, die vom Landes- (Provinzial-) Vorstand mit Zustimmung des Parteivorstandes erlassen wird.
- (2) Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.
- (3) Außerdem nehmen die Mitglieder der Bezirkssekretariate an der Delegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil.
- (4) Die Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung, in der Regel mit einer Frist von einem Monat, durch den Landes- (Provinzial-) Vorstand einberufen werden.
- (5) Die Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Landes- (Provinzial-) Vorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke und der Delegierten.
- (6) Auf Verlangen des Zentralsekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- (7) Der Landes- (Provinzial-) Vorstand erstattet der Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz jähr-

lich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Landes- (Provinzial-) Delegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Parteitag

§ 17

- (1) Parteitage finden nach Bedarf, in der Regel jährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung, die vom Parteivorstand erlassen wird.
- (2) Die Delegierten werden von den Landes- (Provinzial-) Konferenzen gewählt.
- (3) Der Parteitag muß unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten durch den Parteivorstand einberufen werden.
- (4) Der Parteitag beschließt über die Vorlagen des Parteivorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke, der Landes- (Provinzial-) Verbände, der Delegierten.
- (5) Der Parteitag wählt die zwei Parteivorsitzenden mit gleichen Rechten und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Revisionskommission. Der Parteivorstand erstattet dem Parteitag einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichtet die Revisionskommission über ihre Tätigkeit. Der Parteitag beschließt über die Abnahme dieser Berichte. Er beschließt ferner über Berufungen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte.

Parteivorstand

§ 18

Die Partei wird von dem Parteivorstand geleitet. Er besteht aus achtzig Mitgliedern. Dem Partei-

vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

Zentralsekretariat

§ 19

- (1) Zur Durchführung der Politik der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte die Mitglieder des Zentralsekretariats.
- (2) Das Zentralsekretariat besteht aus vierzehn Mitgliedern einschließlich der beiden Parteivorsitzenden. Dem Zentralsekretariat müssen mindestens zwei Frauen angehören.
- (3) Die Partei wird durch die Parteivorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Tagungen, Abstimmungen, Ämter

§ 20

- (1) Außerordentliche Ortsgruppenversammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitage finden auf Beschluß der zur Einberufung berechtigten Körperschaft, der übergeordneten Gliederung, des Parteivorstandes oder eines Drittels der zur Entsendung von Delegierten berechtigten Gliederungen statt. Die Einberufungsfrist wird dabei auf die Hälfte gekürzt.
- (2) Auf Tagungen, die durch Delegierte gebildet werden, sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Die Mitglieder der einberufenden Körperschaft, die Revisoren, die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Vorsitzende der Pressekommission nehmen mit beratender Stimme teil.
- (3) Die Vertreter der übergeordneten Gliederungen sind berechtigt, an allen Verhandlungen der ihnen nachfolgenden Parteigliederungen und deren Körperschaften teilzunehmen und jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu nehmen.

- (4) Die Verhandlungen werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die der Parteivorstand erläßt. Er erläßt auch eine Geschäftsordnung für das Verfahren der Schiedsgerichte.
- (5) Beschlüsse bedürfen zu ihrer Annahme der einfachen Mehrheit. Anträge zum Parteiprogramm und Anträge auf Auflösung der Partei bedürfen zu ihrer Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten.
- (6) Wahlen sind geheim. Sie können mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten durch Handerheben erfolgen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann die Wahl auch durch Zuruf erfolgen. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.
- (7) Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär kann nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär im Landes- (Provinzial-) Vorstand oder im Parteivorstand oder für die Wahl zu einem Landes- oder Reichsparlament kann nur gewählt werden, wer seit mindestens drei Jahren Mitglied der Partei ist. Von diesem Grundsatz kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn es das Parteiinteresse erfordert.
- (8) Die Aufstellung von Kandidaturen zu einem Stadt-, Kreis-, Provinzial- oder Reichsparlament erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand der übergeordneten Gliederung.
- (9) Die Wahlzeit für Parteiämter beträgt in der Regel ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die vorzeitige Abberufung bedarf der Zustimmung des Vorstandes der übergeordneten Gliederung. Gegen den Beschluß dieser Körperschaft steht dem Abberufenen und der beteiligten Körperschaft die Beschwerde an die übergeordnete Gliederung zu. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

- (10) Die Tätigkeit der Vertreter der Partei in den Parlamenten, den Selbstverwaltungsorganen, den Regierungen und allen sonstigen öffentlichen Ämtern unterliegt den Beschlüssen und der Kontrolle der zuständigen Parteikörperschaften.

Beiträge

§ 21

- (1) Das Eintrittsgeld beträgt 1.— RM.
- (2) Der Beitrag beträgt monatlich 1.— RM. Er ermäßigt sich für Berufslose, Arbeitslose und Jugendliche auf die Hälfte.
- (3) Mitglieder mit einem Einkommen von mehr als dreihundert Reichsmark monatlich sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.

§ 22

- (1) Die Eintrittsgelder und Beiträge werden durch die Ortsgruppen erhoben. Die Beitragszahlung wird durch Marken bescheinigt, die in das Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) eingeklebt werden.
- (2) Von den Einnahmen an Eintrittsgeldern steht der Parteikasse die Hälfte, von den Einnahmen an Beiträgen steht ihr ein Viertel zu.
- (3) Das Landes- (Provinzial-) Statut bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an den Kreis abzuführen haben. Es bestimmt ferner, welchen Anteil an den Einnahmen die Kreise an den Landes- (Provinzial-) Verband abzuführen haben und welchen Anteil an der Beitragseinnahme der Landes- (Provinzial-) Verband den Bezirken zur Verfügung stellt.
- (4) Die Kreisdelegiertenkonferenz bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an ihren Kreis abzuführen haben. Diese Festsetzung

bedarf der Zustimmung des Bezirksvorstandes (des Landes- oder des Provinzialvorstandes).

- (5) Die Ortsgruppen und die Kreise führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeträgen aus. Die Zahlungen erfolgen an die Kasse des Kreises.
- (6) Die Gliederungen rechnen über ihre Zahlungen vierteljährlich ab.
- (7) Für die Kassenführung erläßt das Zentralsekretariat eine Kassenordnung.
- (8) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (9) Für die Berechnung der Mitgliederzahlen, die für die Delegiertenzahlen zugrunde zu legen sind, wird von dem Vierteljahresabschluß ausgegangen, der dem Vierteljahr vorausgeht, in dem die Einberufung der Tagung erfolgt.

Parteiorgane

§ 23

- (1) Zentralorgan der Partei ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Neues Deutschland“. Alle Bekanntmachungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan.
- (2) Die Landes- (Provinzial-) Verbände geben für ihren Bereich mit Zustimmung des Zentralsekretariats Tageszeitungen heraus. Die Geschäftsführung des Verlages und die Haltung des Parteiorgans wird von einer Pressekommission überwacht. Die Pressekommission wird von dem Landes- (Provinzial-) Vorstand gewählt. Die Anstellung der Redakteure der leitenden Parteiorgane bedarf der Bestätigung des Zentralsekretariats.
- (3) Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Monatsschrift „Einheit“.
- (4) Die Herausgabe von Literatur durch Parteiverlage erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat.

- (5) Das Zentralorgan der Partei und die Monatsschrift „Einheit“ unterstehen unmittelbar dem Zentralsekretariat.

Prüfung der Parteieinrichtungen

§ 24

Das Zentralsekretariat ist berechtigt, die Parteiorgane, die Geschäftsführung der Parteigliederungen und deren wirtschaftliche Unternehmungen zu überwachen und zu diesem Zwecke Berichte und Abrechnungen einzufordern und Einsicht in die Bücher und den Geschäftsverkehr zu nehmen.

Sonderstatuten

§ 25

Aufbau, Aufgaben, Tätigkeit und Finanzen der Gliederungen werden durch besondere Statuten der Kreise und der Landes- (Provinzial-) Verbände geregelt.

DIE VEREINIGUNG DER SPD UND KPD
ZUR SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

„Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands tritt mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admirals-Palast in Berlin zu einem gemeinsamen Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei zu vollziehen.

In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse, bestehend aus den Mitgliedern beider Parteien, zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und größter Beschleunigung durchzuführen.

Sobald in den Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei konstituiert ist, hat die Kommunistische Partei aufgehört zu existieren.“

VERZEICHNIS DER REDNER
DES 15. PARTEITAGES

	Seite
Ackermann, Anton	99, 222
Dahlem, Franz	84, 223, 231
Dietz, Käthe	154
Eggerath, Werner	174
Fischer, Georg	152
Gniffke, Erich W.	29
Große, Fritz	166, 184
Heltges, Franz	156
Keilson, Grete	140
Knigge	182
König, Otto	165
Krüger, Paul	181
Matern, Hermann	233
Müller, Kurt	141
Oelssner, Fred	176
Oelssner, Alfred	136
Paul, Hugo	147
Pieck, Wilhelm	17, 187, 236
Sagebrecht, Willi	159
Schlefer, Hans	144
Schmidt, Eili	89
Ulbricht, Walter	35
Verner, Paul	119
Wandel, Paul	231

I N H A L T

	Seite
Tagesordnung des Parteitages	6
Präsidium und Kommissionen	7
Einleitung	13
Bericht über die Verhandlungen	16
Erster Verhandlungstag	
Begrüßung des Parteitages	17
Wahl des Präsidiums und der Kommissionen	24
Begrüßung durch Erich W. Gnifke	29
Bericht des Zentralkomitees	
a) Die Politik der Partei Berichterstatter Walter Ulbricht	36
b) Die Organisationspolitik der Partei Berichterstatter Franz Dahlem	64
c) Der ideologische Kampf der Partei Berichterstatter Anton Ackermann	99
d) Die Frauenarbeit der Partei Berichterstatterin Elli Schmidt	89
e) Die Jugendarbeit der Partei Berichterstatter Paul Verner	119
f) Kassenbericht der Partei Berichterstatter Alfred Oelssner	136
Bericht der Revisoren	140
Aussprache und Beschlußfassung	140
Bericht der Mandatsprüfungskommission	184
Zweiter Verhandlungstag	
Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes	
Referent Wilhelm Pieck	187
a) Die Grundsätze u. Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Bericht der Redaktionskommission	222
b) Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Bericht der Statutenkommission	223
c) Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheits- partei Deutschlands (SED)	230
Beschlüsse des Parteitages	
Zum Bericht des Zentralkomitees	238
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . .	239
Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	247
Die Vereinigung der SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	262
Verzeichnis der Redner	263